

Stenographisches Protokoll

21. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 19. Dezember 1979

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Inhalt

Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 2082)

Personalien

Krankmeldungen (S. 1995)
Entschuldigung (S. 1995)

Tatsächliche Berichtigungen

Dr. Tull (S. 2041)
Dr. Nowotny (S. 2077)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 (170 d. B.)

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatter: Modl (S. 1995)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatter: Hirscher (S. 1996)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

Generalberichterstatter: Maderthaner (S. 1996 und S. 2081)

Redner:

Ing. Sallinger (S. 1997),
Mühlbacher (S. 2002),
Dr. Stix (S. 2007),
Sandmeier (S. 2013),
Dr. Tull (S. 2019 und S. 2041),
Dr. Broesigke (S. 2023),
Vizekanzler Dr. Androsch (S. 2027 und S. 2036),

Dr. Taus (S. 2030),
Dipl.-Vw. Josseck (S. 2037),
Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 2042),
Köck (S. 2046),
Dr. Pelikan (S. 2049),
Westreicher (S. 2052),
Dr. Heindl (S. 2056),
Schauer (S. 2058),
Dr. Steidl (S. 2062),
Ing. Gassner (S. 2064),
Prechtl (S. 2068),
Fachleutner (S. 2070),
Ingrid Tichy-Schreder (S. 2073),
Staudinger (S. 2075),
Dr. Nowotny (S. 2077),
Bundesminister Staribacher (S. 2078) und
Graf (S. 2079)

Annahme der Beratungsgruppen IX und XI (S. 2082)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1980 (S. 2082)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dr. Stix, Grabher-Meyer, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Ladenverkaufsbetriebszeiten geregelt werden (Ladenverkaufszeitengesetz) (32/A)

Sandmeier, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Graf und Genossen betreffend Leitlinien zur Budgetsanierung (33/A)

Grabher-Meyer, Dr. Wiesinger, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend Maßnahmen gegen Alkohol- und Nikotinwerbung (34/A) (Entschließungsantrag S. 2040)

Anfragen der Abgeordneten

Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend behauptete Einflußnahme auf eine Gerichtsentscheidung (279/J)

Dr. Frischenschlager und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend ein Verfahren um Vertragsverlängerung von Assistenten (280/J)

Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Bau des Basistunnels für die Bahn durch den Pfänder (281/J)

Dr. Wiesinger, Dr. Neisser und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Umweltpolitik in Österreich (282/J)

Hietl, Ottilie Rochus und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Export ungarischen Weines über die Grenzkontrollstelle Liebing in die Bundesrepublik Deutschland (283/J)

Steinbauer, Kammerhofer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Einführung eines Viewdata-Dienstes durch die Post (284/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Auflösung von Außendienststellen der Österreichischen Bundesforste (285/J)

Franz Brunner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend unerträgliche Wettbewerbssituation bei Fruchtsäften (286/J)

Grabher-Meyer, Ing. Murer, Dr. Frischenschlager und Genossen an den Bundes-

minister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Verbot von Spraydosen — Treibgasen (287/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Veselsky und Genossen (167/AB zu 146/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen (168/AB zu 178/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Hagspiel und Genossen (169/AB zu 152/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 19. Sitzung vom 17. Dezember 1979 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Glaser, Anneliese Albrecht, Dr. Veselsky und Ing. Schmitzer.

Entschuldigt hat sich Herr Abgeordneter Rösch.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 167/AB bis 169/AB eingelangt sind.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (170 der Beilagen)

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben

Kapitel 53: Finanzausgleich

Kapitel 54: Bundesvermögen

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Kapitel 56: Familienlastenausgleich

Kapitel 57: Staatsvertrag

Kapitel 59: Finanzschuld

Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)

Kapitel 75: Branntwein (Monopol)

Kapitel 76: Hauptmünzamt

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (170 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen IX: Handel, Gewerbe, Industrie, und XI: Finanzen, sowie den Text des Bundesfinanzgesetzes und alle Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind, zusammengefaßt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe IX ist Herr Abgeordneter Modl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Modl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des

Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen: Spezialbericht zu Beratungsgruppe IX, Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters, Abgeordneten Sandmeier, das Kapitel 63 des Bundesvoranschlags für das Jahr 1980 in seiner Sitzung am 26. November 1979 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ sind für das Jahr 1980 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 1 927 973 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Kapitels 63 beträgt 241 545 000 S; er ist gegenüber dem Jahre 1979 um 11 932 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 1 686 428 000 S; das sind um 263 526 000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 995 942 000 S vorgeschätzt und damit um 275 529 000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1979.

In der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlags 1980 sind für das Kapitel 63 keine Kredite enthalten.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 12,5 Prozent des Gesamtbudgets des Ressorts ausmacht, sind 928 Planstellen, somit um eine Planstelle weniger als im Vorjahr, zugrunde gelegt. Der höhere Personalaufwand ist daher zur Gänze auf die mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 in Kraft tretende Bezugserrhöhung und auf die laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zum Sachaufwand ist folgendes zu bemerken:

Die Anlagenkredite des Ressorts, welche lediglich 0,1 Prozent des Gesamtressortkreditbesandes ausmachen, sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Die für das Jahr 1980 veranschlagten Förderungskredite mit einem Anteil von 73,4 Prozent am Ressort-Budget sind gegenüber dem Jahre 1979 um 259,8 Millionen Schilling höher veranschlagt. Diese Veränderung ergibt sich einerseits durch eine Erhöhung der Förderungsausgaben für den Österreichischen Fremdenverkehr um 50,3 Millionen Schilling, für die Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen um 201,9 Millionen Schilling, gemäß Stärkeförderungs-gesetz um 4,0 Millionen Schil-

Modl

ling sowie um 3,6 Millionen Schilling bei verschiedenen anderen Förderungsansätzen.

Die Kredite für Aufwendungen sind im Bundesvoranschlag 1980 um 3,7 Millionen Schilling höher als im Vorjahr; sie stellen zirka 14,0 Prozent des Ressort-Gesamtkredites dar.

Die Einnahmen des Ressorts wurden für das Rechnungsjahr 1980 um 275,5 Millionen Schilling höher als für 1979 veranschlagt. Die Mehreinnahmen ergeben sich fast ausschließlich durch die erhöhte Veranschlagung der zu erwartenden Einnahmen an Montangebühren.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Ing. Sallinger, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Mühlbacher, Dkfm. DDr. König, Köck, Staudinger, Lehr, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Ing. Dittrich, Edith Dobesberger, Ingrid Tichy-Schreder, Wille, Westreicher und Neumann das Wort.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dipl.-Vw. Dr. Staribacher beantwortete eingehend die an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 30. November 1979 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 (80 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe XI ist Herr Abgeordneter Hirscher. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Hirscher:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlages für 1980.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 in seiner Sitzung am 30. November 1979 in Verhandlung gezogen.

Die Gruppe Finanzen umfaßt zwölf Kapitel:
Kapitel 50: Finanzverwaltung,
Kapitel 51: Kassenverwaltung,
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,
Kapitel 53: Finanzausgleich,
Kapitel 54: Bundesvermögen,
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),

Kapitel 56: Familienlastenausgleich,
Kapitel 57: Staatsvertrag,
Kapitel 59: Finanzschuld,
Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),
Kapitel 75: Branntwein (Monopol),
Kapitel 76: Hauptmünzamt.

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Sandmeier, Dr. Broesigke, Mühlbacher, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Hirscher, Dipl.-Kfm. DDr. König, Dr. Veselsky, Dr. Pelikan, Kern, Dr. Feurstein, Dipl.-Kfm. Dr. Steidl, Ing. Gassner und Koppensteiner das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch und Staatssekretär Elfriede Karl nahmen zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Mühlbacher mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,
dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,
dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,
dem Kapitel 53: Finanzausgleich,
dem Kapitel 54: Bundesvermögen,
dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),

dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,
dem Kapitel 57: Staatsvertrag,
dem Kapitel 59: Finanzschuld,
dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),
dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol), und
dem Kapitel 76: Hauptmünzamt,

samt dem zum Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 (80 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke den Herren Berichterstattern für die Berichte.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Generalberichterstatter Maderthaler das Wort.

Generalberichterstatter **Maderthaler:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen; es sind dies: der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen I a bis I c), der Konjunkturausgleich-Voranschlag

Maderthaner

(Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Stellenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1980 stimmt mit dem in Geltung stehenden Bundesfinanzgesetz weitgehend überein.

Ebenso sind nähere Details zum Bundesfinanzgesetz dem vorliegenden Bericht des Finanz- und Budgetausschusses zu entnehmen.

Die Anzahl der systemisierten Personenkraftwagen verminderte sich gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1979 um vier Fahrzeuge und die Anzahl der Motorräder um 77 Fahrzeuge.

Die Anzahl der systemisierten Anlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 142 auf 165 erhöht.

Der Stellenplan für das Jahr 1980 sieht als Gesamtsumme 284 590 Planstellen für Bundesbedienstete und 4 650 Planstellen für jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge vor. Gegenüber 1979 bedeutet dies eine Vermehrung um 1 477 Planstellen für Bundesbedienstete und um 205 Planstellen für jugendliche Bedienstete.

Die Vorberatungen im Finanz- und Budgetausschuß über den Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1980, den Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, den Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes sowie den Stellenplan fanden am 30. November 1979 statt.

Das Bundesfinanzgesetz wurde vom Ausschuß unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Mühlbacher mit Stimmenmehrheit angenommen.

Weiters wurden die mit dem Text des Bundesfinanzgesetzes verhandelten Systemisierungspläne und der Stellenplan unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit als Ergebnis seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1980 in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung sowie dessen Anlagen mit Ausnahme der Anlagen I und II, die bereits Gegenstand der Anträge des Ausschusses in den Spezialberichten waren, und zwar

Anlagen I a bis I c — Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der Abänderungen zu den Beratungsgruppen II, XI und XIV,

Anlage II a — summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages,

Anlage III — Stellenplan,

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) und

Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag),

(80 und Zu 80 der Beilagen)

wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Ich stelle den Antrag, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke auch dem Herrn Generalberichterstatter.

Wir gehen nun in die Debatte ein.

Der erste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Sallinger.

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der diesjährigen Budgetdebatte zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1980 ist immer wieder betont worden, daß eine Sanierung der prekären Bundesfinanzen nicht mehr länger aufgeschoben werden soll oder aufgeschoben werden darf.

Diese Feststellung hat sich nicht nur bei den Rednern der Oppositionspartei, sondern auch bei vielen Rednern der Regierungspartei wie ein roter Faden durchgezogen. Die Regierung selbst und allen voran der Finanzminister hat erklärt, daß mit diesem Budget eine Sanierungsphase eingeleitet werden soll.

Der Finanzminister hat bei seinem Sanierungskurs erstmalig Vorstellungen aufgegriffen, die auch von der Österreichischen Volkspartei schon lange dargelegt worden sind. Er hat für 1980 ein Budget vorgelegt, in dem die Ausgabensteigerungen geringer sind als die voraussichtlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandprodukts und auch geringer als der geschätzte Einkommenszuwachs.

Es ist aber zu hoffen, daß diesmal die Ausgabenansätze auch wirklich eingehalten werden; nicht so wie es in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist.

Die Regierungspartei, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat offenbar eingesehen — was wir schon lange gesagt haben —, daß steigende Defizite schließlich zu großen Schwierigkeiten führen werden.

Ing. Sallinger

Die rapid wachsende Staatsverschuldung hat zur Folge, daß die Belastungen der Bevölkerung und im besonderen die Belastungen der Wirtschaft unerträglich werden und daß sich die Budgetstruktur auch ständig verschlechtert. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Anteil der Personalausgaben ist ständig im Wachsen, auch der Schuldendienst nimmt zu, während für produktive Ausgaben für Investitionen der Spielraum immer enger wird.

Auch 1980 werden die Ausgaben für Investitionen und für Wirtschaftsförderung keineswegs steigen, sondern real fallen oder zurückgehen.

Bei den Ausgaben für öffentliche Investitionen beträgt die Steigerungsrate nominell 2,5 Prozent, was auch der Herr Finanzminister bei seiner Budgetrede als geringfügig bezeichnet hat.

Noch schlechter, meine Damen und Herren, ist es um die Wirtschaftsförderung bestellt. Für Wirtschaftsförderung sind inklusive der Exportförderung, der Förderung im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung und auch der Landwirtschaft wie bei der Forschungsförderung der gewerblichen Wirtschaft im Bundesvoranschlag für das Jahr 1980 nur 7,1 Milliarden Schilling präliminiert, was um rund 700 Millionen Schilling weniger ist als im heurigen Jahr.

Die Budgetstruktur hat sich also in den letzten Jahren verschlechtert, und für produktive Ausgaben ist der Spielraum immer enger geworden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Dieser Trend wird sich auch im Jahre 1980 fortsetzen, und deshalb sind wir von einer Budetsanierung, wie wir sie verstehen, noch weit entfernt. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat vor dieser Entwicklung immer gewarnt. Es geht dabei nicht nur um eine höhere Dotierung von Förderungsmaßnahmen im Kapitel Handel, sondern insgesamt um die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des Budgets.

Nach unserer Vorstellung kann man nur dann eine Budetsanierung machen oder auch nur von ihr reden, wenn es gelingt, die Zunahme der Staatsverschuldung einzubremsen, die Defizite abzubauen, die Belastungen zu stoppen — das haben wir ja von seiten der Wirtschaft immer wieder verlangt — und auch für produktive Staatsausgaben wieder mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Alle diese Kriterien einer echten Sanierung sind im Budget 1980 nicht enthalten. Im Gegenteil, die ohnedies schon hohe Staatsquote

steigt weiter an, und die meisten Einsparungen bringen der Bevölkerung wieder Belastungen.

Die Einsparung bei den Bundeszuschüssen zur Sozialversicherung zahlt die Bevölkerung in Form von höheren Zwangsbeiträgen zur Pensionsversicherung.

Es ist nicht richtig, wenn der Herr Finanzminister die Erhöhung mit 50 S pro Monat für den durchschnittlichen Alleinverdiener beziffert. Dabei sagt er nämlich nicht, daß der Arbeitgeberanteil noch einmal 50 S im Monat pro Beschäftigten beiträgt. Die Belastung beträgt also für Arbeitgeber und Arbeitnehmer 100 S.

Das bedeutet aber eine neuerliche Erhöhung der Lohnnebenkosten. Und gerade wir haben immer wieder betont, daß wir bei den Lohnnebenkosten sehr vorsichtig sein müssen. Wir haben hier eine europäische Spitze erreicht, und ich glaube, das sollte sicher nicht unser Ehrgeiz sein. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben im Jahre 1978 85 Prozent gehabt und heuer, 1979, werden es 88 Prozent sein. Wir sind also nach Italien bereits an zweiter Stelle unter den europäischen Staaten.

Die Budgetpolitik der Regierung hat zur Folge, daß die Wirtschaft durch immer höhere Steuern und Abgaben in ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowohl innen als auch nach außen sehr beeinträchtigt wird.

Angesichts dieser drückenden Steuerlast ist es besonders provokant, daß den Wirtschaftstreibenden auch noch vorgeworfen wird, sie wären die Hauptschuldigen, wenn heuer um 5 Milliarden Schilling zuwenig Steuergelder abgeliefert worden sind.

Ich möchte mich mit diesen unqualifizierten Vorwürfen gar nicht beschäftigen. Ich möchte nur dazu sagen, daß man es sich nicht so einfach machen kann, wenn man das Zurückbleiben der Steuerleistung hinter den Einnahmenschätzungen erklären will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Steuerpolitik sollte der Herr Finanzminister ganz andere Sorgen haben. Wir müssen uns nämlich wirklich die Frage stellen, wie sich die Wirtschaft in diesem harten Konkurrenzkampf behaupten kann, wir müssen uns fragen, wie diese Firmen und diese Unternehmen neue Produkte schaffen können und wie wir diese notwendige Anpassung durchführen sollen, wenn die Belastungen größer und die Erträge geringer werden.

Diese Fragen müssen wir dem Herrn Finanzminister stellen.

Ich möchte dazu feststellen, daß derzeit in der Wirtschaft ein gewisser Optimismus vorhanden ist, der durch eine gute Wirtschafts-

Ing. Sallinger

politik unterstützt werden muß. Ich habe erst vor einigen Tagen gesagt, daß die Konjunkturlage, die wir Anfang des Jahres, sagen wir, weniger geschätzt haben, doch besser geworden ist, daß die Industrie 1979 eine bessere Auslastung hat, daß der Konjunkturaufschwung besonders durch Exportaufträge eine gute Stütze hat und daß auch die Investitionstätigkeit zu Beginn von 1979 noch nicht gut war, daß sie aber in der zweiten Hälfte angezogen hat.

Auch das muß man sagen. Man muß aber auch dazusagen, daß die Belastungen nicht größer werden dürfen. Es ist ein Stopp dieser Belastungen erforderlich, die Lohnpolitik muß maßvoll bleiben, und wir müssen in Gesprächen wirklich dazu kommen, daß die Lohnnebenkosten eingebremst werden und daß auch Leistungsanreize gesetzt werden. Wir haben in Österreich viele leistungswillige Menschen, und hier muß man auch Leistungsanreize setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Staat ist immer weniger in der Lage, durch wirksame Maßnahmen den Strukturanpassungsprozeß sinnvoll zu fördern. Im Budget 1980 sind keine strukturpolitischen Akzente erkennbar, und es werden wieder nur einige Großprojekte bevorzugt. Für den wichtigen Bereich der kleinen und der mittleren Betriebe gibt es sicherlich Versprechungen, die aber sehr unverbindlich sind.

Zum Beispiel sind für das General-Motors-Projekt Ausgaben in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling geplant. Das ist mehr, als 1980 im Kapitel Handel insgesamt für wirtschaftsfördernde Maßnahmen zur Verfügung steht. Die Wirtschaftsförderungsausgaben betragen nämlich für die gesamte Wirtschaft rund 1,1 Milliarden Schilling, und in diesem Betrag sind auch die Ausgaben für Fremdenverkehrswerbung und das Energiewesen beinhaltet.

Ich bin dafür, daß man auch Großprojekte und Großindustrien fördert. Es soll hier kein Mißverständnis geben. Ich kann mir auch vorstellen, daß sich ausländische Betriebe in Österreich ansiedeln, weil sie hier, wo es auch wenige Streiks gibt, doch ein ruhiges soziales Klima finden. Aber ich möchte dazusagen, daß das Maß der Förderung eingehalten werden soll und daß man vor allem auch die österreichische Industrie, ob sie nun verstaatlicht oder privat ist, aber auch die kleinen und die mittleren Betriebe im selben Ausmaß fördern muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe schon erwähnt, daß die Exporte gestiegen sind. Ich möchte noch dazusagen: Im Ausland, besonders im Osten, hat es früher

nur Aufträge für die verstaatlichte Industrie oder für die Privatindustrie gegeben. Jetzt sieht man dort gerne unsere kleinen Betriebe und besonders unsere Mittelbetriebe, weil sie als Zulieferindustrie und auch als Spezialerzeuger sehr notwendig sind, was wir sehr begrüßen und was auch zeigt, daß unsere Arbeiter, unsere Ingenieure und auch unsere Unternehmer tüchtig sind und daß die österreichische Wirtschaft mit ihren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt ankommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese kleinen Betriebe sind diejenigen, die einem Großteil der österreichischen Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze sichern und auch immer wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Wenn wir uns zurückerinnern an 1975, an das Jahr der Rezession, so wissen wir, daß es notwendig war, die Arbeitsplätze in den Industrien zu halten, auch wenn dies in Form von Schulungen geschehen ist. Diese kleinen Betriebe aber haben niemanden entlassen, sie haben nicht den Rechenstift in die Hand genommen, sondern sie sind zu ihren Mitarbeitern gestanden und haben selbst noch Leute aufgenommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es sind auch die vielen Klein- und Mittelbetriebe, die durch ihre Ausbildung und ihre Beschäftigungsleistung bisher eine Jugendarbeitslosigkeit in Österreich verhindert haben. Ich glaube, daß man den österreichischen Unternehmern hier danken soll, weil sie gerade in den letzten Jahren die stärker gewordenen Jahrgänge von Jugendlichen auf Lehrstellen untergebracht haben, und diese Jugendlichen haben dort wirklich eine gute Ausbildung. Wir sehen es ja: Wir sind stolz auf die Facharbeiter, die österreichische Qualitätsprodukte erzeugen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1979 waren rund 3 500 Lehrplätze zusätzlich notwendig geworden, und die jungen Menschen sind alle untergebracht worden. Ich möchte von dieser Stelle aus meinen Kammerpräsidenten und auch den Unternehmern danken, daß sie sich an die Spitze dieser Aktion gestellt haben, eine ausreichende Anzahl von Lehrplätzen zur Verfügung zu stellen, um der Jugend die Möglichkeit zu geben, hier eine gute Ausbildung zu haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit 194 000 Lehrlingen haben wir in Österreich jetzt einen Rekordstand zu verzeichnen.

Wir begrüßen natürlich auch — und das möchte ich auch hier sagen —, daß sich der Bund bemüht, in verstärktem Maße Jugendliche zu beschäftigen. Der Finanzminister hat in seiner Budgetrede auf den wichtigen Beitrag des Bundes hingewiesen, Jugendarbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen.

Ing. Sallinger

Man muß aber, wenn man das bejaht, auch eine Relation sehen, und zwar die, daß mit insgesamt 4 650 Jugendlichen — es wurde heute ja schon gesagt — ihr Anteil an den Bediensteten des Bundes 1,6 Prozent beträgt. In der gewerblichen Wirtschaft beträgt allein die Zahl der Lehrlinge — ich habe es schon gesagt — 194 000, und das sind fast 10 Prozent der Beschäftigten!

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wird aber vor allem von unseren Betrieben gelöst. Die Regierung ist zwar stolz darauf, daß wir keine Jugendarbeitslosigkeit haben, aber ich muß doch immer wieder betonen, daß das Hauptverdienst der gewerblichen Wirtschaft gebührt, daß es keine Jugendarbeitslosigkeit gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben in Österreich in den einzelnen Bereichen des Gewerbes 580 000 Beschäftigte, in der Industrie, inklusive der verstaatlichten und der Bauindustrie 666 000, im Handel 360 000, im Geld- und Kreditwesen 83 000, im Verkehr 150 000, im Fremdenverkehr 138 000, sodaß in der gewerblichen Wirtschaft 1 977 000 Arbeitnehmer beschäftigt sind. Vor allem diese kleinen und die mittleren Betriebe stellen einen bedeutenden Teil der Arbeitsplätze zur Verfügung, und dafür möchte ich ihnen von dieser Stelle aus wirklich danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß nun angesichts dieser Zahlen auch Taten folgen sollten und daß eine mittelstandsfreundliche Politik betrieben werden sollte. Die Klein- und Mittelbetriebe werden in der Wirtschaftspolitik gerne vergessen. Wir hören die Regierung immer von einer planvollen und längerfristigen Strukturpolitik reden. In Wirklichkeit kommt es aber nur zu Ad-hoc-Lösungen und zu Sanierungsaktionen in letzter Minute, um Kündigungen zu verhindern oder aufzuschieben.

Mit solchen Maßnahmen werden zwar sicherlich vorübergehend gewisse beschäftigungspolitische Erfolge erzielt; das will ich gerne einräumen. Der notwendige Strukturwandel wird damit aber nicht gefördert, und es werden auf diese Weise keine dauerhaften Arbeitsplätze geschaffen. In den Vorstellungen der Regierung zur Bewältigung des Strukturwandels ist eine defensive Haltung erkennbar.

Technologische Neuerungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und Produktivitätsfortschritte werden nicht als Chance zu mehr Wachstum und zu mehr Wohlstand gesehen. Man fürchtet immer nur den Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Position, die wir zu den Arbeitsplätzen einnehmen, habe ich, glaube ich, eindeutig

schon seit Jahren klargestellt. Wir sind froh, wenn unsere Werkbänke besetzt sind, wir sind froh, wenn die Verkaufspulte besetzt sind, dann geht es der Wirtschaft gut, und wir stehen auch haltungsmäßig zu unseren Mitarbeitern, ob sie nun in den großen oder in den kleinen Betrieben sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zur Sicherung der Vollbeschäftigung in den achtziger Jahren wird von der Regierungsseite als auch von der Gewerkschaftsseite eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen. Man meint offenbar, dadurch die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilen zu können. Auch vom Gewerkschaftsbund wurde in der letzten Zeit wieder eine Arbeitszeitverkürzung bis Mitte der achtziger Jahre verlangt.

Diese Forderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde aber nicht nur mit mehr Freizeit für Arbeitnehmer begründet, sondern auch mit der Sicherung der Arbeitsplätze. Ich glaube, daß man sich das wirklich sehr überlegen soll. Solche Überlegungen haben allerdings die bisherige Entwicklung völlig außer acht gelassen.

Der technische Fortschritt hat den heutigen Wohlstand erst ermöglicht und wesentlich dazu beigetragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und diese Arbeitsplätze auch zu sichern. Die Vollbeschäftigung wird nicht durch Rationalisierung und auch nicht durch neue Produkte gefährdet. Arbeitsplätze sind dann bedroht, wenn die Betriebe daran gehindert werden, ausreichend zu investieren. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Steigende Belastungen vermindern nun einmal die Erträge. Wenn keine Erträge da sind, können die Betriebe nicht investieren. Ohne ausreichende Investitionen können nicht genügend Arbeitsplätze zur Sicherung der Vollbeschäftigung geschaffen werden. Ich habe schon immer gesagt, daß die Arbeitsplätze nur in gesunden Betrieben sicher sind und daß sie der Wirtschaft genauso am Herzen liegen wie dem Gewerkschaftsbund. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt Zusammenhänge zwischen Erträgen, Investitionen und Vollbeschäftigung. Das kann man nicht oft genug sagen und muß es auch in der Öffentlichkeit wirklich immer wieder betonen. Sie müssen auch in der Budgetpolitik berücksichtigt werden. Unseres Erachtens sollte die Budgetpolitik berücksichtigen, daß man die Defizite abbaut und die Belastungen stoppen muß. Wir haben das immer und immer wieder gesagt. Ich möchte es auch hier sehr deutlich sagen. Die Wirtschaft ist gewillt mitzutun. Die Wirtschaft ist aus dem Inneren heraus bestrebt, ihren Mitarbeitern sichere Arbeitsplätze zu geben. Aber man muß

Ing. Sallinger

ihnen dazu auch die Möglichkeit lassen. Es müssen wieder steuerliche Leistungsanreize gesetzt werden, um die Leistungswilligen zu ermutigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe schon gesagt: Ob es unsere Mitarbeiter sind, ob es die Ingenieure sind, ob es die Unternehmer sind, sie sind leistungswillig. Man muß ihnen aber auch die Gelegenheit dazu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leistungshemmnisse, die wir alle spüren, sollen beseitigt werden. Auch die Eigenkapitalbildung soll erleichtert werden. Hier komme ich wieder auf das 2. Abgabenänderungsgesetz zurück. Wir haben ja am 13. September 1978 der Öffentlichkeit vorgeführt, daß die Zurücknahme dieses Gesetzes für uns ein wesentliches Anliegen ist. Die Innovationsfähigkeit der Betriebe muß gefördert werden, damit die Strukturanpassung der Wirtschaft, der Betriebe durchgeführt und forciert werden kann.

Wenn die Regierung, meine Damen und Herren, in ihrer Budgetpolitik diese Vorschläge berücksichtigt, dann braucht sie sich, glaube ich, in Zukunft vor technischen Neuerungen nicht zu fürchten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Gegenteil: Manche technologischen Entwicklungen könnten der Wirtschaft einen großen Auftrieb geben. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe, die den Großteil der Arbeitnehmer beschäftigen, sind besonders flexibel und können Technologien anwenden, die für große Betriebe oft weniger geeignet sind. Aber die gewerblichen Betriebe sind sicher beweglicher.

Heute gibt es eine Reihe von Betrieben, die in der Entwicklung bahnbrechend sind. Ich habe schon auf den Export hingewiesen. Besonders in den europäischen Staaten kommen unsere Produkte gut an. Man kann nicht sagen, daß es auf der einen Seite keine „intelligenten Produkte“ gibt, und auf der anderen Seite sagen wir, daß unser Export um 17,5 Prozent gestiegen ist. Wir hoffen, daß es weiter so der Fall ist.

Betriebe experimentieren mit der Sonnenenergie, sie stellen sich auf umweltfreundliche Produktionen ein und sie erzeugen hochwertige Qualitätsprodukte oder sie bieten maßgeschneiderte Dienstleistungen an. Die Chancen, meine Damen und Herren, werden allerdings nur dann genützt werden können, wenn die Wirtschaftspolitik viel stärker auf die Erfordernisse dieser Klein- und Mittelbetriebe eingeht bzw. sie berücksichtigt. Bisher ist dies zuwenig geschehen. Sie wurden manches Mal auch vergessen.

Wir werden daher in der nächsten Zeit wieder im Parlament den Entwurf eines Mittel-

standsgesetzes einbringen. Dieser Entwurf wurde von uns schon in der letzten Legislaturperiode eingebracht, konnte aber nicht behandelt werden, weil die vorzeitige Wahl das verhindert hat. Ich weiß schon jetzt, was der Handelsminister sagen wird: Es gibt keinen Mittelstand; es gibt entweder einen Oberstand oder einen Unterstand. — Den Mittelstand lehnt er ab. Ich rate ihm, vom Oberstand herunterzugehen, vom Unterstand hinaufzugehen, und dann ist er im Mittelstand, wo wir uns finden werden. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Die Regierung ist im Unterstand!)*

Eine gesetzliche Verankerung der Anliegen des Mittelstandes ist deshalb notwendig, meine Damen und Herren, weil verschiedene Entwicklungen den Mittelstand und damit auch die freie Gesellschaftsordnung ernstlich bedrohen. Die Tendenz zum Zentralismus und auch die Tendenz, daß man alles von seiten der Bürokratie sieht, ist eben nicht notwendig und kann von uns auch nicht gutgeheißen werden.

Wir müssen das Mittelstandsgesetz auch deshalb einbringen, damit man die Forderungen des Mittelstandes auch in der Öffentlichkeit diskutiert.

Meine Damen und Herren! Wir werden versuchen, dieses Mittelstandsgesetz durchzubringen. Ich hoffe, daß die Parteien, die hier im Parlament vertreten sind, auch diesem Mittelstandsgesetz zustimmen werden.

Ich habe schon vom Export gesprochen. Wenn ich heute etwas mehr über diese kleinen und mittleren Betriebe gesprochen habe, so deshalb, weil diese Mittelbetriebe diese Kraft von uns allen brauchen, denn die großen Betriebe tun sich leichter. Sollte es aber eine andere Situation geben, so wird die Kammerorganisation genauso für alle anderen Gruppen und auch für alle anderen Sektionen eintreten.

Meine Damen und Herren! Im Interesse der kleinen Handelsbetriebe wäre es zu begrüßen, wenn die seit langem erhobene Forderung betreffend den Verkauf unter dem Einstandspreis auch endlich berücksichtigt würde. Ich erwarte, daß durch die laufenden Verhandlungen, die jetzt im Gange sind, wirklich eine Lösung kommt und daß wir in kurzer Zeit das auch positiv werden vermerken können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hoffe jedenfalls, daß wir eine bessere Politik für den Mittelstand machen können und daß das bei allen im Parlament vertretenen Parteien möglich sein wird. Ich glaube auch, daß der Herr Handelsminister dann eine bessere Möglichkeit hat, für den Mittel-

Ing. Sallinger

stand einzutreten, weil wir kontrollieren können, was wir wollen, weil wir kontrollieren können, was beschlossen worden ist, und dann auch sehen, was nicht durchgesetzt worden ist.

Hohes Haus! Im heurigen Jahr haben wir auf dem Exportsektor eine günstige Entwicklung zu verzeichnen. Ich habe darüber schon gesprochen. Der Export war es auch, der die stärksten Impulse für diese hohe Zuwachsrate 1979 ergeben hat. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß gleichzeitig die Importe stark angestiegen sind. Sowohl importseitig als auch exportseitig werden in der Zukunft starke Veränderungen zu erwarten und auch starke Veränderungen zu bewältigen sein.

Bei der Importpolitik geht es vor allem darum, die Energie- und die Rohstoffbasis für unsere produzierende Wirtschaft zu sichern. Leider zeichnet sich die Gefahr ab, daß bei den Energiebezügen einseitige Abhängigkeiten entstehen. Meines Erachtens sollte die Regierung ständig bemüht sein, für Energie- und für Rohstoffbezüge eine möglichst breite Streuung der Lieferländer zu erreichen, um das Ausfallrisiko zu vermindern. Daneben sollte es natürlich für den Handelsminister eine vorrangige Aufgabe sein, für die sicher schwieriger werdenden Energieprobleme ein Konzept zu entwickeln, an dem sich die Wirtschaft orientieren kann.

Für die Exportentwicklung bestehen die Hauptprobleme in der anhaltenden Währungsunsicherheit, in der Belastung unserer exportierenden Wirtschaft durch die Hartwährungspolitik und in der unruhigen politischen Lage im Nahen und auch im Fernen Osten.

Die Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer versucht, die österreichischen Exporteure und Importeure nach Kräften zu unterstützen, und zwar in fast allen Ländern der Welt. Es gibt für uns keine Bevorzugung einer gewissen Weltregion. Und ich will dabei nicht bestreiten, daß es Gebiete gibt, in denen die Geschäftstätigkeit der Firmen und auch die Arbeit der Außenhandelsdelegierten besonders schwierig ist.

Die Wirtschaft kann es sich aber nicht leisten, in irgendeinem Land Chancen ungenutzt zu lassen oder Märkte unbearbeitet zu lassen. Wir haben das Gefühl, daß der Handelsminister die Tätigkeit der Wirtschaft durch Auslandsreisen stärker unterstützen sollte, und ich glaube, daß sich auch die Handelspolitik der Regierung, wie dies auch für die Außenhandelsorganisation der Bundeskammer selbstverständlich ist, in allen Gegenden der Welt gleichermaßen und noch mehr für die österreichische Wirtschaft einsetzen muß.

Hohes Haus! Ich habe versucht, ein realistisches Bild unserer längerfristigen Wirtschaftsprobleme zu skizzieren, und ich habe mich bemüht aufzuzeigen, welche budgetpolitische Kursänderung notwendig wäre, damit die Wirtschaft diese Probleme, vor die sie gestellt ist, auch lösen kann.

Die derzeit günstige Konjunkturlage darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Budget 1980 den wirtschaftlichen Erfordernissen unseres Landes und der Wirtschaft nicht gerecht wird. Besonders die steigende Steuer- und Abgabenbelastung macht uns Sorgen. Ich möchte hier wieder das 2. Abgabenänderungsgesetz erwähnen. Wir sehen in den Maßnahmen des Finanzministers die Einsparungen nicht, und vor allem wird auch nicht im Bereich der Verwaltung gespart. Wir sehen im Budget 1980 auch keine wirkungsvollen Ansätze für eine dauernde Sanierung des Bundeshaushaltes.

Die Ausgaben für Investitionen der Wirtschaftsförderung werden neuerlich reduziert, und von einem Belastungsstopp, den wir immer und immer wieder fordern und auch nicht aufhören, es zu sagen, ist nichts zu sehen. Die Österreichische Volkspartei lehnt daher die Kapitel Handel und Finanzen des Bundesvoranschlages 1980 ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, Herr Präsident Sallinger, versuchte, mit seinem Beitrag wirtschaftliche Maßnahmen der sozialistischen Bundesregierung einer Kritik zu unterziehen. Diese Kritik wird jedoch sehr deutlich durch die derzeitige Wirtschaftssituation widerlegt. Denn Österreichs Wirtschaftslage zeigt ein erfreuliches Bild. So wird die Wirtschaft heuer um 5 Prozent wachsen. Die Wirtschaftsforscher hatten noch zu Anfang des Jahres die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Betriebe unterschätzt. Sie mußten ihre Prognose für das laufende Jahr seit Jahresbeginn bereits dreimal nach oben revidieren. *(Zustimmung bei der SPO.)*

Und diese Wachstumssteigerung, verehrte Damen und Herren, kommt nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis der getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und der gezielten Wirtschaftsförderungspolitik dieser Bundesregierung. *(Beifall bei der SPO.)*

So gehen die kräftigsten Wachstumsimpulse vom Export aus. Die Ausfuhren stiegen viel stärker als vorgesehen, wobei der Exportboom auch in den letzten Monaten weiter anhielt. Allein im August stiegen die Exporte um 26 Prozent, im September um 14 Prozent.

Mühlbacher

In den ersten neun Monaten des Jahres war eine Zunahme um 16,7 Prozent zu verzeichnen. Österreich war nach den bisherigen Ergebnissen sowohl 1978 als auch 1979 trotz Hartwährungspolitik im Export erfolgreicher als die Bundesrepublik Deutschland. Die österreichische Wirtschaft konnte auch in den westlichen Industriestaaten beachtliche Marktanteils Gewinne erzielen.

Die Erfolge der Exportwirtschaft wurden nicht zuletzt deshalb erzielt, weil das System der Exportförderung in verstärktem Maße eingesetzt wurde. Derzeit werden rund 40 Prozent aller österreichischen Exporte durch dieses System gefördert.

Während der Haftungsrahmen im Jahre 1960 rund 3,5 Milliarden Schilling betragen hat, beträgt er gegenwärtig 200 Milliarden Schilling. Auch im Ausführfinanzierungsförderungsverfahren kam es laufend zu Rahmenenerhöhungen, und zwar seit Einführung des Ausführfinanzierungsförderungsgesetzes im Jahre 1967 von 7,5 Milliarden Schilling auf derzeit 100 Milliarden Schilling.

Der österreichischen Exportwirtschaft wurden seit Bestehen des Ausfuhrförderungsverfahrens insgesamt rund 3,1 Milliarden Schilling an Schadensfällen abgenommen. Dazu, verehrte Damen und Herren, kommt noch die große Hilfestellung für unsere Exportwirtschaft durch den Außenhandelsfonds, finanziert mit Außenhandelsbeiträgen. Rund 100 Außenhandelsstellen in der ganzen Welt unterstützen die schwierige Arbeit unserer Exporteure, Kostenzuschüsse für Auslandsveranstaltungen ermöglichen es unserer Wirtschaft, auf der ganzen Welt präsent zu sein.

Berücksichtigt man auch noch, daß die Zinzenschubaktion der Bundesregierung zum größten Teil exportorientierten Betrieben zugute kommt, kann doch, verehrte Damen und Herren, mit Recht gesagt werden, daß diese umfassenden Förderungsmaßnahmen wesentlich zu Österreichs Exporterfolgen beigetragen haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einen wesentlichen Anteil am guten Wirtschaftswachstum haben auch Österreichs Klein- und Mittelbetriebe. Diese Klein- und Mittelbetriebe stellen einen bedeutenden Teil der österreichischen Wirtschaft dar. Sie haben sich als besonders konjunkturunabhängig erwiesen und daher viel zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung beigetragen.

Um diesen Betrieben die Anpassung an die sich ändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten zu erleichtern, wurden auch hier die Förderungsaktionen wesentlich ausgebaut. Betrag das Volumen an Investitionskrediten, de-

nen eine solche Förderung zuteil wurde, in den Jahren 1966 bis 1969 nur 3,8 Milliarden Schilling, so war es in der abgelaufenen Legislaturperiode, also in den Jahren 1975 bis 1978, bereits auf 20,7 Milliarden Schilling angestiegen. Im Jahr 1978 allein betrug das geförderte Investitionskredit- beziehungsweise -aufwandsvolumen bereits 7,2 Milliarden Schilling. Die Investitionstätigkeit und -neigung der Klein- und Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft hat in den letzten Monaten stark zugenommen. Dies hat auch im Antragsvolumen bei den Förderungsaktionen seinen Niederschlag gefunden. Dazu, verehrte Damen und Herren, einige Beispiele.

Stammaktion der BURGES: 1979 wird ein Kreditvolumen in der Höhe von 1,4 Milliarden Schilling gefördert, 1978 waren es 1 Milliarde Schilling.

Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz: 1979 wird das geförderte Kreditvolumen 4,8 Milliarden Schilling erreichen, im Jahre 1978 war es ein Betrag von 3,2 Milliarden Schilling.

Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion: 1979 Kreditvolumen in der Höhe von 1 Milliarde Schilling, 516 Millionen im Jahr 1978.

Dazu kommt noch die Prämienaktion des Fremdenverkehrs mit 650 Millionen Schilling gegenüber 620 Millionen Schilling des Jahres 1978.

Der verstärkten Investitionsneigung wurde auch durch erweiterte Förderung Rechnung getragen, sodaß 1979 das geförderte Investitionskredit- beziehungsweise -aufwandsvolumen schon fast 8,5 Milliarden Schilling ausmachen wird, 1978 waren es 5,6 Milliarden.

Besonders stark erweitert wurde die Förderung von Betriebsneugründungen und Betriebsübernahmen durch junge initiative Menschen. Die Obergrenze für die geförderten Investitionen wurde von 500 000 S auf 2 Millionen Schilling, in den Bundesländern Burgenland, Kärnten und Wien zufolge der Beteiligung des Landes gar auf 4 Millionen Schilling angehoben, der Zuschuß von 12 Prozent auf 15 Prozent der förderbaren Investitionssumme erhöht und die Beschränkung auf bestimmte Branchen weitgehend beseitigt.

Die ungebrochene Fortsetzung der bewährten Investitionsförderung für die Klein- und Mittelbetriebe erscheint wirtschaftspolitisch geboten. Für die laufende Legislaturperiode ist daher mit einem geförderten Kreditvolumen von 40 Milliarden Schilling zu rechnen.

Verehrte Damen und Herren! An dieser Stelle möchte ich auf das Problem der direkten

Mühlbacher

beziehungsweise indirekten Wirtschaftsförderung eingehen. Abgeordneter Broesigke hat bereits gestern dieses Thema aufgegriffen und dabei zur direkten Förderung Bedenken geäußert. Abgeordneter Sallinger lehnt die direkte Wirtschaftsförderung überhaupt ab. Für Abgeordneten Sallinger steht die direkte Wirtschaftsförderung im krassen Widerspruch zu den Grundsätzen der sogenannten sozialen Marktwirtschaft.

Nach diesen Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft wären alle Förderungsaktionen des Bundes — so verstehe ich es — überflüssig, wie zum Beispiel die BURGES-Kleingewerbe-Kreditaktion, die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion, die Aktion aus dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, die Existenzgründungsaktion und die vielen Prämienaktionen im Fremdenverkehr.

Ich habe bewußt lediglich Aktionen für Klein- und Mittelbetriebe oder — wie Sie es sagen — für die mittelständische Wirtschaft aufgezählt, weil ich in diesem Zusammenhang an den Herrn Präsidenten Sallinger die Frage stellen will, ob eine Abschaffung dieser Aktionen für die gewerbliche Wirtschaft mit seinen immer wiederkehrenden Bekenntnissen für die mittelständische Wirtschaft im Einklang steht.

Wir Sozialisten können solchen Grundsätzen nicht folgen, denn wir wissen, daß auf Grund des Strukturwandels diese Förderungsmaßnahmen, diese direkten Förderungen der Klein- und Mittelbetriebe notwendig sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir Sozialisten treten daher auch weiterhin für eine direkte Wirtschaftsförderung ein! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Haben Sie das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz erfunden? Solche Fragen sind eine Zumutung!)*

Immer wenn ich hier von diesem Pult — und das geht mir jetzt seit neun Jahren so — die Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz erwähne, kommt der Zwischenruf: Haben Sie das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz erfunden, worauf ich Ihnen jedesmal gesagt habe: Nein, es war ein gemeinsames Gesetz, ein Gesetz mit allen Stimmen. Aber eines ist passiert: daß wir — die Sozialisten — während der sozialistischen Regierung die Dotierung wesentlich erhöht haben und diese Aktion sehr ausgebaut haben, und das ist der Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Aber die Frage an den Präsidenten Sallinger ist eine Zumutung!)*

Herr Abgeordneter Staudinger, das ist keine Zumutung, denn wenn auch heute von der sozialen Marktwirtschaft nicht gesprochen wurde hier von diesem Pult, wird ja immer

außerhalb des Hauses wieder davon gesprochen. Das steht dann nicht im Einklang mit dieser Förderungspolitik, und das will ich hier besonders aufzeigen. *(Abg. Dr. König: Wieso steht das nicht im Einklang?)* Weil Sie bei der sozialen Marktwirtschaft sagen, daß Sie keine Unterstützung beziehungsweise keine Förderung beanspruchen. *(Abg. Dr. König: Wer sagt das? Darum heißt es ja „sozial“!)* Sie bringen ja hier immer den Einwand, mit Förderungsaktionen wird in die Betriebe eingegriffen, dem Unternehmer die Entscheidungsfreiheit genommen. Dies ist aber doch längst widerlegt und widerlegt durch jeden einzelnen Förderungsnehmer. Keiner hat das Gefühl, daß er gelenkt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Gegenteil: Durch die Förderung wird meines Erachtens die Entwicklung der Eigeninitiative erst ermöglicht. Oder, zurückkommend auf die Gegenüberstellung der direkten Förderung mit der sozialen Marktwirtschaft: Glauben Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, wenn man die Gewerbesteuer um 7,5 Prozent senken würde, was bedeutet, den Betrag der jährlichen Dotierung der Aktion aus dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz bei den Betrieben zu belassen, daß dann der gewerblichen Wirtschaft mehr geholfen worden wäre?

Bedenken Sie: Bisher wurden mit dieser Aktion fast 20 Milliarden Kreditvolumen gefördert. Strukturverbessernde Investitionen im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe in diesem hohen Ausmaß haben bestimmt zur Erhaltung und zum Ausbau der mittelständischen Wirtschaft beigetragen. So glauben wir Sozialisten, den Klein- und Mittelbetrieben wirksam zu helfen, so glauben wir, eine sinnvolle Marktwirtschaft zu betreiben.

Oder, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, meinen Sie, daß nach den Grundsätzen Ihrer sogenannten sozialen Marktwirtschaft es sinnvoller wäre, zum Beispiel die Außenhandelsbeiträge nicht einzuheben, um so der Außenhandelswirtschaft 1 Milliarde Schilling pro Jahr zu ersparen, was bedeuten würde, daß es keine Außenhandelsorganisation und keine österreichischen Außenhandelsstellen in der ganzen Welt geben würde, daß dann die Exportwirtschaft größere Erfolge verbuchen könnte? Der Meinung sind Sie ja sicherlich auch nicht. Daher empfehle ich Ihnen, überprüfen Sie Ihren Standpunkt soziale Marktwirtschaft. Sie müßten sich dann nicht andauernd widersprechen. So sagen Sie nein zur direkten Förderung, gleichzeitig verlangen Sie aber, wie heute hier Präsident Sallinger oder wie überhaupt

Mühlbacher

in letzter Zeit des öfteren, eine Aufstockung der Mittel für die Aktion zum Beispiel nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz. Anerkennen Sie doch, daß unsere Wirtschaftspolitik, unsere Wirtschaftsförderung und auch der Weg unserer Marktwirtschaft erfolgreich ist. (*Abg. Graf: Das nein, Herr Mühlbacher, wird nicht anerkannt!*)

Den österreichischen Betrieben kommt doch auch eine indirekte Förderung durch die steuerbegünstigten Investitionen zugute. Wir haben nämlich steuerliche Investitionsbegünstigungen in einem Umfang, den Sie nicht so bald in einem anderen Land finden werden: vorzeitige Abschreibungsmöglichkeiten, steuerfreie Investitionsrücklagen, Investitionsfreibeträge und ähnliches mehr. Sehen Sie, meine Damen und Herren, in dieser Ausgewogenheit der direkten und indirekten Wirtschaftsförderung, glaube ich, liegt der Schlüssel zu unserem Erfolg in der Wirtschaftspolitik, der sozialistischen Wirtschaftspolitik. (*Abg. Dr. König: Stehen Sie weiter zu dieser Form der Abschreibung und der Investitionsförderung?*) Ja. (*Abg. Dr. König: Ja ist ja! Gut zu hören!*) Wir sind aber bereit — und ich komme darauf noch zurück —, das gesamte Abgaberecht zu überdenken, ob nicht noch bessere Möglichkeiten zu finden sind für eine Wirtschaftsförderung.

So blieb — und ich darf fortsetzen — nach den Erfolgen des Wirtschaftswachstums die Vollbeschäftigung für unser Land erhalten, die Arbeitsplätze wurden sicherer. Die Arbeitslosenrate ging im Vergleich zum Vorjahr weiter zurück und liegt derzeit unter 2 Prozent.

Für die Wirtschaft bedeutet Vollbeschäftigung Sicherung der Kaufkraft und damit Sicherung des Umsatzes und der Aufträge. Österreich gehört zu den stabilsten Ländern und hat derzeit sogar die niedrigste Inflationsrate der Welt.

Der Fremdenverkehr erreichte in diesem Sommer die höchste Zuwachsrate seit Jahren. Auch die Prognosen für die kommende Wintersaison sind günstig. So konnte auch eine Verschlechterung der Leistungsbilanz verhindert werden. Das ursprünglich prognostizierte Anwachsen des Leistungsbilanzdefizits von 11 Milliarden auf 17 Milliarden Schilling wird mit Sicherheit nicht eintreten. Aller Voraussicht nach wird sich die Leistungsbilanz sogar weiter verbessern, wobei das Defizit unter der 10-Milliarden-Grenze liegen könnte.

Alles in allem eine wirtschaftliche Situation, die, vorsichtig ausgedrückt, als günstig zu bezeichnen ist und die die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen, sei es auf dem Gebiet

der Währungspolitik, sei es auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, dieser sozialistischen Bundesregierung bestätigt.

Dies anerkennt auch Herr Professor Koren. Er sagte: Trotz aller Krisen nimmt Österreich durch seine Währungs- und Wirtschaftspolitik eine günstige Position ein.

Ein anderer ÖVP-Spitzenfunktionär sagte es noch deutlicher, und zwar wörtlich:

Eine amerikanische Umfrage bei 90 internationalen Banken hat ergeben, daß Österreich unter 91 Staaten den 12. Platz hinsichtlich seiner Kreditwürdigkeit einnimmt. Nach wie vor wird Österreich als ernste Adresse beurteilt, ganz so, wie der Herr Bundeskanzler das vor wenigen Jahren behauptet hat. Ich sage das, weil ich mich zumindest mittelfristig geirrt habe, als ich vor Ihnen behauptet hatte, die Schulden- und Belastungspolitik unserer Regierung führe unser Land rapid an den Rand eines Abgrundes. Damals war ich der Meinung, es werde sich noch innerhalb der vergangenen Regierungsperiode die Unvereinbarkeit einer harten Währungspolitik nach außen mit einer Inflationspolitik nach innen schmerzhaft herausstellen. Im Augenblick scheint das Gegenteil einer Katastrophe eingetreten zu sein, und ich freue mich über den Erfolg der österreichischen Export- und Fremdenverkehrswirtschaft, über die Auslastung der Betriebe und des Arbeitsmarktes, über die Auftragslage im allgemeinen und über die gestiegenen Einnahmen der öffentlichen Hand. (*Beifall bei der SPÖ.*) — Handelskammerpräsident Hans Maier-Rikh in seiner Rede vor der Vollversammlung der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für die Steiermark am 27. November 1978.

Ich verlange jetzt nicht, daß Sie auch zugeben, daß Sie sich mit Ihrer Kritik seit Jahren geirrt haben. Was ich mir aber vorstellen könnte, wäre, daß wir anstehende Probleme der Wirtschaft gemeinsam zu lösen versuchen.

Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, müßten in Wirtschaftsfragen weniger parteipolitisch agieren, angewandte Sachpolitik wäre hier nützlicher. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein erster Schritt in dieser Richtung wurde bereits erfolgreich gemacht. Wir haben gemeinsam zu der allgemein anerkannten Einführung der Arbeiterabfertigung flankierende Maßnahmen gesetzt. Es wurde eine Lösung gefunden, um bei Klein- und Mittelbetrieben eventuell entstehende finanzielle Härten zu beseitigen, wozu auch, was hier noch nicht gesagt wurde, der Bund einen Beitrag leisten

Mühlbacher

wird, nämlich bis zu 60 Millionen Schilling im Jahr 1980.

Ein weiterer Schritt wurde auch bereits getan: Ich meine die vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen zur Verbesserung der Nahversorgung. Wir werden Übereinstimmung erzielen zu einem Gesetz, das den Verkauf unter dem Einstandspreis verbietet. Wir werden die Bemühungen fortsetzen, schrittweise die Preisbindung der sozial kalkulierten Artikel aufzuheben. Weitere gemeinsame Schritte würden der Wirtschaft bestimmt guttun. (*Abg. Dr. König: Späte Erkenntnisse!*) Leider sind Sie beim 2. Abgabenänderungsgesetz allzusehr parteipolitisch verhaftet, sodaß meine Einladung sicherlich nicht angenommen wird.

Wir wissen, daß dieses Gesetz für alle harte Einbußen gebracht hat. Aber es muß doch auch anerkannt werden, daß der gewünschte Erfolg, nämlich die Verbesserung der Handelsbilanz, nicht ausblieb. Nur wenn man diese Ausgangsposition anerkennt, wird man sachbezogen über Verbesserungen verhandeln können.

Ich, verehrte Damen und Herren, habe bereits vor der Beschlußfassung des 2. Abgabenänderungsgesetzes namens des Freien Wirtschaftsverbandes angekündigt, daß ich sofort nach Verbesserung der wirtschaftlichen Situation für eine Lockerung dieses Gesetzes eintreten werde. (*Ruf bei der ÖVP: Heute!*) Das habe ich auch getan, und ich glaube sagen zu dürfen, nicht erfolglos. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Bei den von mir namens des Freien Wirtschaftsverbandes bereits geführten Verhandlungen gab Vizekanzler und Finanzminister Dr. Androsch deutlich zu erkennen, daß er dem Wunsch der Wirtschaftstreibenden nach einer Verbesserung der Steuerabschreibung für Firmenfahrzeuge großes Verständnis entgegenbringt. Bei den Beratungen über das Budget 1980 bekräftigte er nun im Finanz- und Budgetausschuß in seiner Antwort auf die von mir diesbezüglich gestellte Frage neuerlich seine Bereitschaft, die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für betrieblich genutzte Kombifahrzeuge zu verbessern. (*Abg. Dr. König: Und was ist mit dem Sozialkapital?*)

Gleichzeitig stellte Dr. Androsch in Aussicht, daß die Steuererleichterung auch auf die Fahrzeuge der Handelsvertreter und Ärzte ausgedehnt werden soll.

Damit werden die steuerlichen Härten des 2. Abgabenänderungsgesetzes für die davon besonders betroffenen kleineren Betriebe und die Berufsgruppe der Handelsvertreter beseitigt.

Meine Damen und Herren! Mir ist auch bekannt, daß Kürschner, Juweliere und Photohändler wegen des 30prozentigen Mehrwertsteuersatzes Umsatzrückgänge beklagen. (*Abg. Graf: Wie wahr!*) Dazu ist zu sagen: Wenn tatsächlich auf Grund des 30prozentigen Mehrwertsteuersatzes sich die Umsätze in das Ausland verlagert haben und erwiesen ist, daß trotz Anhebung der Umsatzsteuer, jedoch wegen eingetretenen Umsatzrückganges weniger Steuereinnahmen erzielt werden als beim seinerzeitigen 18prozentigen Steuersatz, dann wird und kann sicherlich niemand gegen eine Korrektur des Umsatzsteuersatzes sein. (*Abg. Dr. König: Bezweifeln Sie, daß das der Fall ist?*) Es ist daher Aufgabe der Branchenvertreter, die Entwicklung genauest zu verfolgen und aufzuzeigen.

Meine Damen und Herren! Derartige Probleme wird es immer wieder zu lösen geben. Sie werden leichter gelöst werden können, wenn es die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gibt. Kraftakte, wie Straßendemonstrationen, Verlassen der Steuerkommission und ähnliches, lösen keine Probleme, sondern schaffen nur neue. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Auf uns kommt in dieser Legislaturperiode noch viel Arbeit zu, und zwar von der Überarbeitung des Strukturverbesserungsgesetzes bis hin zu einer großen Neugestaltung des Abgabenrechtes. Ich möchte daher abschließend nochmals die Opposition zur gemeinsamen Arbeit einladen, um so die bestmöglichen und sinnvollsten Lösungen zu finden.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß kommend, verbleibt mir nur noch zu sagen: Die Regierung Kreisky setzt mit ihrem zehnten Budget den erfolgreichen österreichischen Weg in der Wirtschaftspolitik fort. Sie schafft damit die Voraussetzungen zur Weiterführung der Vollbeschäftigungs- und Stabilitätspolitik. Gleichzeitig wird mit dem Budget 1980 der finanzielle Spielraum konjunktursichernder Maßnahmen bei eventuellen künftigen Konjunkturreinbrüchen vergrößert. (*Ruf bei der ÖVP: Wodurch?*) Wie wichtig eine solch vorausschauende Politik zur Sicherung der Vollbeschäftigung ist, weiß niemand besser als die Selbständigen in Handel und Gewerbe. Weniger Beschäftigte heißt weniger Kaufkraft und damit zwangsläufig weniger Umsatz und weniger Aufträge. Daher ist es gerade für die gewerbliche Wirtschaft besonders wichtig, daß diese erfolgreiche Politik fortgesetzt wird.

Die Tatsache, daß das Sparbudget 1980 konjunkturgerecht konzipiert ist, konnte auch die ÖVP nicht widerlegen. Sie ist in einem deutlich erkennbaren Argumentationsnotstand.

Mühlbacher

Ihr Nein zum Budget 1980 ist politisch begreiflich, sachlich aber unbegründet und nicht überzeugend. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Der Mühlbacher hat sich bei der Regierung nicht bedankt! Der Dank an die Regierung hat hier gefehlt!)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Mühlbacher, mein Vorredner, hat hier angeprangert, es bestünde von seiten der Wirtschaft die Meinung — er hat sich dabei an die ÖVP gewandt, aber auch ein bisschen zu uns heraufgeschaut —, die Förderung sei überflüssig. Nun ist das eine sehr starke Behauptung, an der aber — unfreiwillig, wie ich annehme, Herr Kollege Mühlbacher — etwas Wahres dran ist. Das so stark entwickelte und immer weiter zu entwickelnde Förderungssystem in der Wirtschaft ist doch tatsächlich deswegen notwendig, weil vorher den Betrieben zwei Drittel ihrer Erträge weggenommen werden und dann ein kleiner Teil zurückgegeben wird. Das heißt: Weil es ein System gibt, das viel wegnehmen und nur ein kleines bisschen davon wieder zurückgeben will, brauchen wir ein so umfangreiches Förderungssystem. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)*

Zum zweiten hat sich der Herr Abgeordnete Mühlbacher wieder ein wenig an der Marktwirtschaft gerieben und an ihr herumgekritelt. Ich will mich hier gar nicht auf eine große ideologische Debatte einlassen, Herr Kollege Mühlbacher, aber ich möchte doch an dieses hintergründig humorvolle Churchill-Wort über die Demokratie erinnern. Er meinte, die Demokratie sei die schlechteste Staatsform, aber er wisse keine bessere. Ich möchte das in einen Analogieschluß umwandeln: Die Marktwirtschaft ist die schlechteste Wirtschaftsform, aber es gibt keine bessere. Ich möchte sagen, wir wissen sogar eine bessere, nämlich die soziale Marktwirtschaft! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Lassen Sie mich nun einiges zur Situation Österreichs im Rahmen der Weltwirtschaft sagen. Wir haben ein ganz enormes Ausmaß an weltwirtschaftlicher Verflechtung erreicht. Wir nähern uns mit jenem Anteil, den die Importe und Exporte, auch der stille Export, am Zustandekommen unserer gesamten volkswirtschaftlichen Leistung nehmen, etwa der 40-Prozent-Grenze. Österreich gehört heute trotz seiner Kleinheit zu den 20 größten Welt-handelsländern. Das hat aber zur Konsequenz, daß unser Schicksal in einem immer größeren Ausmaß von dem abhängt, was sich in der Welt draußen tut und wie wir Österreicher uns darauf einstellen.

Es ist daher durchaus angebracht, wenn man einen Überblick und eine Analyse über die wirtschaftliche Lage zu geben versucht und daraus Schlußfolgerungen ziehen will, die in wirtschaftspolitische Überlegungen und Forderungen münden, daß man dann mit einem Blick auf diese weltwirtschaftliche Verflechtung Österreichs beginnt. Hier fällt sofort die Ungleichgewichtigkeit unserer Handelsbilanz auf.

Ich möchte gar nicht von dem Horrorjahr 1977 reden, in dem unser Außenhandelsdefizit geradezu explodiert ist. Das hat sich glücklicherweise wieder eingependelt. Es sind uns da die verschiedensten Umstände zu Hilfe gekommen. Aber unbeschadet dieses einen Jahres zeigt auch die Entwicklung davor und danach, und zwar trendbereinigt betrachtet, daß wir ein strukturelles Handelsbilanzdefizit in einer Höhe haben, die unsere Erlöse aus dem Fremdenverkehrsexport anders als in früheren Zeiten nicht mehr zu decken vermögen.

Dieses strukturelle Handelsbilanzdefizit scheint sich derzeit zwischen 50 und 60 Milliarden Schilling einzupendeln. Es hat in Wahrheit bis heute niemand, auch nicht die Bundesregierung, eine Gegenstrategie entwickeln können, die einen Ausweg aus dieser Situation zeigt. Wir wissen bis heute nicht, wie wir in Zukunft diese Entwicklung korrigieren können, damit wir von diesem überaus großen strukturellen Handelsdefizit wegkommen.

Es sei hier ein Blick auf das Budget geworfen. Interessanterweise ist die Größenordnung unseres Außenhandelsdefizites in etwa vergleichbar mit der Größenordnung unseres nun auch schon strukturell gewordenen Budgetdefizites im Ausmaß von rund 50 Milliarden Schilling.

Es gibt ernst zu nehmende und anerkannte Wissenschaftler, die darauf hinweisen, daß es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen Außenhandels- und Budgetdefizit gibt. Wenn etwa gesagt wird, daß durch die explodierenden Budgetdefizite zusätzliche Einkommen geschaffen würden, die zu einem nicht unbeachtlichen Teil für Importgüter ausgegeben werden, dann zeigen solche Hinweise schon eine gewisse kritische Entwicklung auf. Wir erleben ja in der Tat ein gewaltiges Ansteigen der Importe. Und das hängt sicher auch mit der Deficit spending-Politik der österreichischen Bundesregierung zusammen.

Daß sich unsere Exporte relativ erstaunlich gut entwickelt haben, hat nicht verhindern können, daß sich die Schere ungünstig schließt, daß die Entwicklung der Importe aufholt und die Steigerung der Exporte wieder zu über-

Dr. Stix

holen droht. Es taucht also die Frage auf, wie wir zu einem langfristigen Gleichgewicht kommen.

Es wäre hier auch einiges über die Wechselkurspolitik zu sagen, über die „Politik des teuren Schillings“, die betrieben wird. Wenn nicht alle Bedenken real geworden sind, die die Wirtschaft diesbezüglich geäußert hat, so sehe ich den Hauptgrund darin, daß derzeit noch rund die Hälfte unseres Außenhandels mit den EG-Ländern, speziell mit der Bundesrepublik Deutschland, abgewickelt wird. Natürlich wirkt sich im Deutschlandgeschäft die Koppelung zwischen Schilling und D-Mark nicht so negativ für den Export aus, wie dies bei allen außereuropäischen Ländern der Fall ist.

In seinen Unterlagen für die Pörschacher Klausur hat der Herr Vizekanzler ausgeführt:

Eine Strategie zur Verbesserung der Leistungsbilanz kann angesichts der weltweiten Veränderung in den Rahmenbedingungen und der neuen internationalen Arbeitsteilung nur erfolgreich sein, wenn sie nicht auf Versteinerung bestehender Strukturen angelegt ist. Dies bedeutet, daß nicht die Importsubstitution, sondern die Eroberung neuer Exportmärkte Priorität haben muß. — Ende des Zitats.

Eine Zielsetzung, der ich beipflichten kann. Nur lautet die Frage: Wie soll das erreicht werden können? Die Wirtschaft weist beispielsweise darauf hin, daß genau in jenen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, wo die Märkte für die Zukunft gesucht werden müssen, die österreichischen Firmen wegen der bisherigen Hartwährungspolitik immer häufiger Aufträge verlieren.

Es ist nicht wegzuleugnen, daß diese Politik des österreichischen Schillings sehr genau überlegt werden muß und daß es sicherlich bald eine Grenze gibt, wo man sich entscheiden muß, ob man den bisherigen Weg noch fortsetzen kann oder nicht.

Aber noch einmal zurück zur Eroberung ausländischer Märkte. Wir wissen, daß durch den Verfall des US-Dollars die österreichischen Firmen sehr schwer auf dem nordamerikanischen Markt kämpfen. Das ist nun einmal ein Problem, dem schwer beizukommen ist.

Ein Ausweichen findet teilweise in den lateinamerikanischen Markt statt. Da muß man natürlich sagen, daß es eine sehr wenig wirksame Unterstützung, sondern im Gegenteil eine Erschwerung der österreichischen Bestrebungen ist, auf dem lateinamerikanischen Markt Fuß zu fassen, wenn man gleichzeitig eine Außenpolitik betreibt, in der etwa die

Anerkennung des kommunistischen Kuba Platz findet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zur EG noch einmal einige Worte: Es wird zum Beitritt Griechenlands kommen, wir werden Spanien und Portugal sehen, wie sie in die EG einziehen. Damit taucht für die österreichische Agrarwirtschaft ein großes Problem auf. Diese Länder geraten dann mit unter das europäische Agrarregime, wir werden dort Exportmärkte verlieren. Es sei daher an dieser Stelle an die Bundesregierung appelliert, von jenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, die das besondere Abkommen zwischen den EG und Österreich bezüglich der Weiterentwicklung des Abkommens vorsieht, die sogenannte Evolutivklausel.

Es ist nun höchste Zeit, an diese anknüpfend energische Verhandlungen zu führen, damit wir diese europäischen Verträge in der Weise weiter entwickeln können, daß langfristig auch unser Agrarexport weiterhin bestehen bleiben kann. Sonst erleiden wir auf diesem Gebiet Rückschläge, die wir dann in der Gesamtentwicklung unserer Volkswirtschaft nur schwer verdauen können.

Die Entwicklung unserer Exporte steht in einem engen Zusammenhang auch mit der Kaufkraft in den Ländern der Dritten Welt; von dort her gibt es einen weiteren Zusammenhang mit der Rohstoffsituation. Erstens in der Welt und zweitens in Österreich.

Der Herr Vizekanzler hat ebenfalls in seinen Ausführungen zur Pörschacher Klausur folgendes gesagt: „Schwerwiegendes Hindernis für eine entsprechende Nachfrageausweitung ist jedoch die mangelnde Ausstattung der Entwicklungsländer mit Finanzmitteln.“ Eine richtige Feststellung, aus der aber wiederum erst Konsequenzen gezogen werden müssen.

Man liest allenthalben über verschiedene Projekte, die Exportförderung in Österreich mit der Sicherung der österreichischen Rohstoffbasis zu kombinieren. Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist im Flusse; wir werden in diesen Bereichen zweifellos in der nächsten Zeit einiges tun müssen und auch einige Weiterentwicklungen erleben.

Ich möchte mich ganz entschieden dafür aussprechen, daß wir in Österreich die Sicherung unserer Rohstoffimporte verknüpfen mit einer massiven finanziellen Unterstützung jener Länder der Dritten und Vierten Welt, aus denen diese Rohstoffe kommen.

Wenn ich die Energierohstoffe, auf die ich gesondert zu sprechen kommen werde, hier im Moment ausklammere, dann gilt in etwa, daß wir Österreicher zu 30 Prozent unserer Rohstoffbedürfnisse abhängig sind von Im-

Dr. Stix

portieren. Es steht die weitere schwerwiegende Tatsache nach wie vor im Raum, daß es keine Krisenbevorratung gibt. Das einzige, was wir in Österreich derzeit besitzen, ist uns die durch den Druck von seiten der Internationalen Energieagentur aufgefüllte Ölbevorratung; außerdem gibt es daneben eine Schrottbbevorratung.

Sonst gibt es kein Bevorratungswesen in Österreich. Es ist das eines der größten Versäumnisse, die wir dieser Bundesregierung vorwerfen. Es zeigt sich auch in diesem Handelsbudget, daß für die Bevorratung so gut wie gar nichts drinnen ist. Das ist ja auch der Hauptgrund, warum wir dieses Budgetkapitel ablehnen.

Wir werden aber nicht darum herumkommen, aus staatspolitischen Erfordernissen eine Bevorratung in Österreich aufzubauen. Nichts liegt daher näher, als dies in einer Kooperation mit den rohstoffliefernden Ländern zu tun und darauf auch unsere Exportfinanzierung abzustellen. Es genügt nicht allein, Exportforderungen zu garantieren, deren Einbringung gewissermaßen in einem Versicherungssystem für das einzelne Unternehmen abzusichern. Wir müssen — und jetzt greife ich die Worte des Herrn Finanzministers auf — dafür sorgen, daß in jenen Ländern die Kunden überhaupt kaufkräftig werden. Man wird in Wahrheit in Zukunft den Abnehmer finanzieren müssen, will man erstens unsere Exporte ankurbeln und zweitens die Rohstoffversorgung Österreichs sichern.

Das gilt vice versa in abgewandelter Form auch für unsere Energierohstoffe. Damit komme ich nun zu jenem Bereich, der heute die ganze Szenerie dominiert, nämlich die energiewirtschaftliche und energiepolitische Situation.

Der Herr Handelsminister ist zurückgekommen aus Polen. Es wurde dort ein großer Vertrag abgeschlossen, der uns die Lieferung von 1,2 Millionen Tonnen Kohle sichert.

Es gibt weiters Verhandlungen über die gemeinsame Nutzung von ungarischen Kohlevorkommen an der österreichischen Grenze. Es gibt Verhandlungen mit Jugoslawien, obwohl sich dort die Schweiz anscheinend in der Vorhand befindet. Rundum, es gibt also im Bereich Kohle eine ganze Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, die österreichische Energieversorgung zu sichern. Wir begrüßen das prinzipiell. Es muß aber dazu einigiges angemerkt werden.

Zunächst einmal glaube ich, daß wir unsere Bezüge nicht auf einige wenige Länder einseitig ausrichten dürfen. Wir haben keinen Einwand dagegen, daß die energiewirtschaft-

liche Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Ostblock verstärkt wird, unter Randbedingungen allerdings und unter Begleitmaßnahmen, auf die ich noch eingehen werde.

Wir haben aber etwas dagegen, daß man auf andere mögliche Lieferländer, wie beispielsweise Südafrika, für Kohle verzichtet, weil, wie der Herr Handelsminister im Ausschuß gesagt hat, Südafrika ein Land sei, wo die UNO es nicht gerne sieht, wenn man dort Kohleeinkäufe tätigt. Das ist nach freiheitlicher Auffassung kein Standpunkt, der den wirklichen österreichischen Interessen gerecht wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zur Energiepolitik gegenüber den Ostblockländern sind vor allem seitens der Industrie Bedenken aufgetaucht, wann die Grenze erreicht sein werde, wo die Abhängigkeit zu groß wird. Und im Organ der Industrie ist in einem Kommentar dazu schon die Frage aufgeworfen worden: Droht hier ein Helsinki der Energiepolitik?

Es gibt zwei Aspekte, wenn man diese Entwicklung beurteilt. Zunächst die Frage, inwieweit der Ostblock langfristig überhaupt lieferfähig ist, und zum zweiten die Frage der Abhängigkeit generell.

Die langfristige Lieferfähigkeit der Ostblockländer ist nämlich keineswegs unbestritten. Ich verweise auf die diesbezügliche Artikelserie, die vor einigen Wochen in den „Salzburger Nachrichten“ erschienen ist, darf dazu aber auch aus der „Industrie“ zitieren, wo es heißt: „Zwischen Preßburg und Kiew, zwischen Rostock und Varna bereitet man sich auf einen gnadenlosen Kampf um jede Kilowattstunde, um jede Tonne Steinkohle, um jeden Kubikmeter Erdgas vor. Schon jetzt stehen einzelne Kombinate innerhalb dieser Länder in einem beispiellosen Wettstreit um knappe Energiequellen, die zur Planerfüllung notwendig sind.“

Es ist also bei allen Verhandlungen mit dem Ostblock auch die Situation einer möglicherweise schneller als erwartet limitierten Lieferfähigkeit zu berücksichtigen.

Zum zweiten zur Abhängigkeit. Wir bejahen die Kohleeinfuhren aus dem Osten, wir bejahen die Olkäufe, wir bejahen die Erdgasimporte. Aber die Abhängigkeit ist natürlich dadurch in wachsendem Maße gegeben, und sie kann unseres Erachtens nur erträglich gestaltet werden, indem ein massives Bevorratungswesen auch auf diesem Gebiet aufgebaut wird. Wir brauchen in Österreich dringend die derzeit nicht gegebene Kohlebevorratung, wir brauchen in Österreich dringend die derzeit kaum gegebene Erdgasbevorratung.

Dr. Stix

Ich darf daran erinnern, daß ebenfalls der Herr Handelsminister im Budgetausschuß davon gesprochen hat, daß beim Erdgas eine Lücke droht, die unüberbrückbar ist. Das waren seine Worte.

Auch hier ist ein Versäumnis anzuprangern. Man hat es österreichischerseits zu lange hinausgezögert, an das Algeriengas heranzukommen, man hat zu lange geglaubt, man könne mit den in Aussicht genommenen Lieferungen aus dem Iran die Probleme lösen. Man hat die Entwicklung bezüglich der Erdgas-situation im Iran genauso falsch eingeschätzt, wie man lange völlig illusionär geglaubt hat, der Iran sei ein sicherer Lagerplatz für all-fälligen österreichischen Atommüll.

Hier hilft nur eines: Diversifizieren, breite Auffächerung der Bezugsquellen und sofortiger innerösterreichischer Aufbau eines Bevorratungswesens. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es gibt aber auch Energierohstoffe, die wir nicht importieren müssen. Abgesehen von den konventionellen Energieträgern, die wir im eigenen Land haben, wie Braunkohle und so weiter, ist das der Bereich der Biomasse im großen Sinn.

Hinsichtlich der fossilen Energieträger Braunkohle, eigenes inländisches Erdöl und Erdgas begrüßen wir, das möchte ich hier unterstreichen, daß ein Schwerpunkt gesetzt wurde bezüglich der Aufsuchung neuer inländischer Vorkommen. Es gibt diesbezüglich eine Verstärkung der Studien und der Prospektierarbeiten. Das halten wir für unbedingt notwendig, und wir sind völlig einverstanden mit dem Handelsminister, daß auf diesem Gebiet ein Schwerpunkt gesetzt wird.

Aber zurück zu einem anderen Energierohstoff, der scheinbar nicht zum Kapitel Handel, sondern zum Kapitel Landwirtschaft gehört, nämlich zur Biomasse. In Wahrheit ist dies aber auch eine Aufgabe der österreichischen Energiepolitik und gehört daher in dieses Kapitel.

Konkret meine ich zunächst einmal den sogenannten Biosprit, also jenen Alkohol, der dazu dienen soll, zu einem Teil das Benzin zu ersetzen, indem er diesem beigemischt wird. Hier, Herr Handelsminister, ist es höchste Zeit, daß Sie konkrete Initiativen ergreifen. Es besteht allenthalben eine Bereitschaft, sei es in der Landwirtschaft, sei es in der Zuckerindustrie, sei es in Bereichen der Wirtschaft, die Abwärme produziert, tätig zu werden, eine eigene österreichische Alkoholproduktion als Beitrag zur Lösung unserer Energieprobleme aufzuziehen.

Aber, Herr Bundesminister, alle warten darauf: Wie wird der Handelsminister die Weichen stellen? Welche Bestimmungen wird es über das Ausmaß der Beimischung zum Benzin geben? Wann? Wieviel? Nach welchen Regeln? Wie wird die Preisbildung ausschauen, die der Herr Handelsminister für diese Dinge vorsieht?

Bevor diese rechtlichen, energiepolitischen, wirtschaftspolitischen, preispolitischen, nicht zuletzt auch, und das betrifft wieder den Herrn Vizekanzler, monopolrechtlichen Aspekte nicht geklärt sind, werden alle diejenigen, die bereit sind, etwas zu tun, die bereit sind, eine Alkoholproduktion aufzuziehen, zögern, weil sie in einer Phase der Unsicherheit natürlich das Risiko nicht eingehen wollen, mit gigantischen Investitionen vorzupreschen und dann dies womöglich in die falsche Richtung getan zu haben.

Daher unser freiheitlicher Appell an Sie, Herr Bundesminister Dr. Staribacher: Handeln Sie rasch, regeln Sie zukunftsfreudig und entschlossen die rechtlichen, preislichen und anderen Umstände, deren es bedarf, damit in Österreich zur Versorgung, zur Mitversorgung des Treibstoffmarktes aus der eigenen heimischen Biomasse Alkohol produziert werden kann! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Ich mache nun einen thematischen Sprung und möchte einiges zum österreichischen Fremdenverkehr sagen. Es ist dies jener Wirtschaftszweig, dem wir es überhaupt verdanken, daß sich der österreichische Konsument in diesem gigantischen Ausmaß mit ausländischen Konsumgütern eindecken kann.

Im Jahre 1970 betrug die Deckungsquote des Handelsbilanzdefizits durch unseren österreichischen Fremdenverkehr 75 Prozent. Noch bis zu den Jahren 1973, 1974, ja sogar bis 1975 sind wir — mit Schwankungen — auf etwa 90 Prozent oben geblieben. Dann aber ist diese Deckungsquote, die wir den Fremdenverkehrseinnahmen verdanken, dramatisch abgesunken. 1976 53 Prozent, 1977 waren es nur noch 34 Prozent, um sich dann wieder anzuheben und sich in den Jahren 1978 und, wie es den Anschein hat, jetzt auch 1979 bei rund 60 Prozent wieder zu stabilisieren.

Allein aus der Schilderung dieser Entwicklung zeigt sich, daß die Situation des Fremdenverkehrs nicht mehr so gut ist, wie sie das noch Anfang der siebziger Jahre im Rahmen unserer Volkswirtschaft war. Wir müssen daher alles tun, um den Fremdenverkehr weiter zu entwickeln, wir müssen alles tun, um seine Leistungskraft zu erhöhen, und das heißt praktisch gesprochen, wir müssen ihn

Dr. Stix

wettbewerbsfähig erhalten gegenüber konkurrierenden Ländern mit gleichfalls großem Fremdenverkehr.

Auch hier ist der Schillingkurs wieder ein Problem. Sie wissen, Herr Handelsminister, daß es Probleme vor allem in den westlichen Bundesländern mit der Politik des teuren Schillings gibt, wir haben das unglückliche Beispiel der Schweiz vor Augen. Zum Glück haben wir nicht jene Aufwertung des Schillings miterleben müssen, die die Schweizer mit ihrem Schweizer Franken erleben mußten. Dort hat diese sehr starke Aufwertung zu massiven Einbußen beim Ausländerfremdenverkehr geführt.

Nur tut das der Schweiz sehr wenig, weil der Schweizer Fremdenverkehr ganz anders strukturiert ist als der österreichische. Es spielt in der Schweiz der Inlandsgast eine viel größere Rolle, indem er nahezu die Hälfte der Nächtigungen in der Schweiz bestreitet. Ganz anders in Österreich: mit über 90 Prozent hängen wir von unseren ausländischen Gästen ab. Daher auch hier Vorsicht mit einem weiteren Andrehen der Hartwährungspolitik. Es könnte sonst jene Henne geschlachtet werden, die die goldenen Eier legt, von denen wir bei der Bezahlung unserer Importgüter leben.

Eine weitere Entwicklung macht uns Sorge im österreichischen Fremdenverkehr. Es gibt Tendenzen, auch von seiten der Regierung, so etwas wie eine Industrialisierung des Fremdenverkehrs vorzunehmen. Es weiß zwar kein Mensch, was man sich darunter eigentlich vorstellen soll, aber es läuft darauf hinaus, dem Massentourismus, den Großveranstaltungen, den monokulturellen Beschlagnahmen ganzer Fremdenverkehrsgebiete durch einige wenige Managementgruppen die Türen zu öffnen.

Wir halten das für eine sehr gefährliche Entwicklung.

Herr Handelsminister, Sie waren im Ausschuß eigentlich derjenige, wenn ich Sie richtig verstanden habe, der sich persönlich von diesen geäußerten Absichten einer Industrialisierung unseres österreichischen Fremdenverkehrs mindestens zum Teil distanziert hat. Sie werden ja sicherlich dazu noch Stellung nehmen.

Wenn das Ihre Haltung ist, Herr Handelsminister, dann möchte ich Sie darin bestärken. Wir warnen eindringlich vor einer Industrialisierung unseres Fremdenverkehrs. Es hat sich doch gezeigt, daß gerade die äußerst individuelle Dienstleistung, die unsere klein- und mittelbetrieblich strukturierte Fremdenverkehrswirtschaft, hauptsächlich getragen vom

Familienbetrieb, dem ausländischen Gast bietet, Österreich so charmant, so anziehend und zu einem so begehrten Urlaubsland macht.

Wenn man hier mit einer Grobrasur drüberfährt, wenn man versucht, einen Massentourismus im Computerstil einzuführen, dann wird man diese Eigentümlichkeit, diese Flexibilität und diese auf dem Familienbetrieb beruhende Leistung des österreichischen Fremdenverkehrs beeinträchtigen und gefährden. Ich glaube, daß man damit der gesamten Volkswirtschaft nichts Gutes tut, sondern überflüssigerweise, Herr Bundesminister, ein großes Risiko eingeht.

Soweit zum Fremdenverkehr.

Einige Worte zur Situation des österreichischen Einzelhandels, zu den Problemen der Nahversorgung und zu den Problemen, die auch die Konsumenten auf diesem Gebiet haben.

Insgesamt ist die Entwicklung des Einzelhandels keineswegs so erfreulich, wie man das angesichts der allgemeinen konjunkturellen Lage meinen möchte. Ich entnehme einem Eigenbericht der „Presse“ vom 4. Oktober, daß der Handel mit den Prognosen in keiner Weise zufrieden ist: „Statt Umsatzplus droht Durststrecke“. Diese Ergebnisse seien auch auf eine sich ständig verengende Kosten-Ertrags-Schere zurückzuführen. Die Handelsspannen schrumpfen, die Einzelhandelsumsätze wachsen zum Teil weniger — in Schwankungen, aber tendenziell weniger — als das Bruttosozialprodukt, sie wachsen vor allem viel weniger als das Geldsparen, als die Spareinlagen. Daraus resultieren vor allem für viele kleinere Kaufleute Existenzprobleme.

Steuerliche Probleme wurden hier schon erwähnt, bei bestimmten Branchen die Luxussteuer von 30 Prozent; ich brauche das nicht zu wiederholen.

Wir müssen uns also mit dem Problem eines an sich nach wie vor um seine Existenz ringenden Einzelhandels, vor allem eines um seine Existenz ringenden kleinen Kaufmannstandes befassen. Hier spielen verschiedene Probleme eine Rolle. Es gibt kein Patentrezept. Ich glaube daran, daß wir ein ganzes Bündel von Maßnahmen brauchen, um die Probleme zu lösen.

Ein Problem etwa: Die zu geringen Handelsspannen bei den kleinen Kaufleuten, die wir so dringend für die Aufrechterhaltung unserer Nahversorgung in den Städten, aber auch in den kleinen Orten am Land benötigen, erklären sich daraus, daß ein großer Teil, manchmal bis zu drei Viertel des Sortiments aus Waren mit sozial kalkulierten Preisen besteht

Dr. Stix

und daß aus dieser Situation heraus der kleine Kaufmann einfach nicht zu einer befriedigenden Ertragslage kommt.

Hier müßte man wirklich eine Auflockerung im Bereich der Bindung sozial festgelegter Preise beim kleinen Kaufmann, beim Laden um die Ecke, wie es heißt, ernsthaft überlegen, Herr Handelsminister. Ich weiß, daß Sie diesem Gedanken keineswegs so unaufgeschlossen gegenüberstehen. Er wird interessanterweise eher von seiten der ÖVP negativ bewertet (*Widerspruch des Abg. Staudinger*), wenn ich ganz konkret an Äußerungen etwa des Herrn Kollegen Zittmayr denke, an die ich mich noch persönlich erinnere.

Aber wenn hier ein Umdenken im Gange sein sollte, dann begrüße ich das, und dann werden Sie sicherlich unsere freiheitliche Unterstützung dafür finden, wenn wir durch eine Auflockerung dieser Bindung der sozial kalkulierten Preise beim kleinen Kaufmann einen Weg finden, diesem zu helfen, zu einer lebensfähigen Ertragslage zu gelangen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Wir sind massiv für die Erhöhung der Spannen eingetreten, der Käsespannen und so weiter, ganz gewaltig!*)

Ich erinnere mich aber sehr deutlich, Herr Kollege Zittmayr, an diesbezügliche Äußerungen im Ausschuß. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das ist schon lange vorbei!*) Das ist vorbei. Ich weiß, es ist nicht immer angenehm, an Dinge erinnert zu werden, die man früher einmal gesagt hat und wo man heute erfreulicherweise einsieht, daß man Unrecht gehabt hat. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Wir sind für gute Spannen!*)

Ein weiteres Problem betrifft den Verkauf bestimmter Waren unter dem Einstandspreis. Es ist ja jahrelang gerungen worden, dieses Problem einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Das ist bis heute nicht gelungen. Wie ich jetzt höre, wird ein neuer Anlauf unternommen. Ich kenne noch nicht die Details, ich bin sehr gespannt, sie zu erfahren. Aber wenn es gelingt, einen rechtlich und wirtschaftlich praktikablen Weg zu finden, um jenes Unwesen zu unterbinden, daß bestimmte Produkte unter ihrem Einstandspreis verkauft werden, dann werden auch Sie, Herr Bundesminister, in diesem Bereich die Unterstützung der freiheitlichen Fraktion finden.

Ein — für heute — letztes Problem zum Einzelhandel ist die Frage der Ladenverkaufszeiten. Herr Bundesminister, auch dieses Problem ist Ihnen nicht neu. Wir Freiheitlichen haben bereits im Jahre 1975 einen Gesetzes-

antrag betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Ladenverkaufsbetriebszeiten geregelt werden, eingebracht.

Wir haben nach Ablauf der Legislaturperiode dieses Gesetz wiederum eingebracht, und wir bringen diese freiheitliche Initiative, obwohl sie auf wenig Gegenliebe stößt, am heutigen Tage wiederum ein. (*Abg. Staudinger: Dr. Stix! Zu spät, du rettetest Carrefour nicht mehr!*)

Herr Kollege Staudinger! Sie geben mir durch Ihren Zwischenruf Gelegenheit, eines jener Mißverständnisse auszuräumen, das sich aus unerklärlichen Gründen so hartnäckig im Raume hält. Das Mißverständnis nämlich, daß es darum ginge, länger offen zu halten. Herr Kollege Staudinger, darum geht es uns gar nicht. Wir glauben, daß unser Vorschlag genau in der Lage ist, sowohl dem kleinen Kaufmann gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der personalstarken Betriebsformen des Handels zu helfen, wie andererseits den Wünschen der Konsumenten entgegenzukommen.

Ich darf das kurz begründen, Kollege Staudinger. Unser Ladenverkaufszeitenantrag sieht vor, daß alle eine Begrenzung der Wochenoffenhaltezeit von 50 Wochenstunden haben. Das ist bindend.

Über 50 Wochenstunden hinaus soll kein Einzelhandelsgeschäft geöffnet halten dürfen. Das gilt für alle und entspricht in etwa zeitlich auch der jetzigen Situation. Das ist also keine Ausdehnung der Ladenoffenhaltezeiten und beeinträchtigt daher auch nicht — das darf ich jetzt der linken Reichshälfte sagen — die sozialen Errungenschaften der Handelsgestellten.

Aber nun geht es weiter, Herr Kollege Staudinger! Wir möchten, daß im Rahmen dieser Wochenzeit die Kaufleute täglich zwischen 7 und 20 Uhr wählen können, zu welcher Zeit sie offen haben.

Jetzt rechnen Sie bitte mit, mit einem Taschenrechner oder mit den fünf Fingern, Herr Kollege Staudinger! Wenn man Samstag nur bis 12 Uhr und die fünf Wochentage von Montag bis Freitag mit je 13 Stunden, das ist zwischen 7 und 20 Uhr, rechnet, dann kommt man auf 70 Wochenstunden, auf 70 mögliche Offenhaltewochenstunden. Davon dürfen aber nur 50 in Gebrauch genommen werden! Es entstehen also Zeitnischen von 20 Wochenstunden.

Nun ergibt sich daraus folgender Effekt:

Auch die großen personalstarken Betriebe des Einzelhandels können 20 Wochenstunden nicht offenhalten, weil sie an die 50 Stunden-

Dr. Stix

Grenze gebunden sind. (*Abg. Dr. König: Wer kontrolliert denn das?*) Das ist genau festgelegt. Natürlich wird das kontrolliert und muß kontrolliert werden.

Es ergibt sich eine Zeitnische von 20 Wochenstunden. Nun kann sich je nach Branche, je nach Standort, je nach Kundenkreis der kleine Kaufmann mit seinen Ladenoffenhaltezeiten so anpassen, daß er diese 20 Stunden-Nische ausnützt, in der der große Konkurrent geschlossen haben muß.

Das ist eine echte Existenzhilfe, gerade für den kleinen Kaufmann. (*Abg. Staudinger: Grau, Freund, ist jede Theorie!*) Der Effekt ist aber noch ein anderer — das ist halt der Königsgedanke bei dieser Sache, Herr Kollege Staudinger —, der Effekt ist, daß sich für den Konsumenten im Gesamtsystem die Einkaufsmöglichkeiten zeitlich ausdehnen.

Das hilft vor allem den berufstätigen Frauen — daran müßten eigentlich auch die Vertreter der sozialistischen Frauen interessiert sein —, das erleichtert nämlich beträchtlich die Situation der berufstätigen Frauen, aus deren Kreisen zahlreiche Klagen kommen, daß sie sich äußerst schwer tun, die notwendigen Einkäufe unterzubringen.

Daher ersuche ich also, trotz der Widerstände — sie sind bekannt, Herr Bundesminister — von seiten der Gewerkschaft, von seiten der Kammerorganisation, aber nicht von allen Mitgliedern der Kammer, Herr Kollege Staudinger, und auch von Ihren Seiten, Herr Handelsminister, doch noch einmal diesen freiheitlichen Anregungen und Vorschlägen näherzutreten.

Dies ist auch — damit schließe ich schon — ein volkswirtschaftliches Problem, und dafür wird sich ja der Herr Finanzminister interessieren.

Bekanntlich kommen Steuern nicht aus zurückgehenden Umsätzen, sondern Steuern entstehen nur bei steigenden Umsätzen. Diese Maßnahme einer flexiblen Verkaufszeit trägt zweifellos — wir sind überzeugt davon — dazu bei, daß es zu einer Verbesserung der Umsätze im Einzelhandel kommt, die ja nicht gut sind, wie wir gehört haben.

Das ist ein Element, das zur Konjunkturbelebung beiträgt, das aber mit der Konjunkturbelebung auch zur Belebung Ihrer Einnahmen beiträgt, Herr Finanzminister!

Es gibt also auch ein volkswirtschaftliches Interesse daran, einen Beitrag zur Anhebung der Einzelhandelsumsätze dadurch zu leisten, daß man sich diesen freiheitlichen Vorschlägen für ein modernes flexibles Ladenverkaufs-

zeitengesetz öffnet. Darum ersuchen wir. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier** (OVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorerst einige Sätze zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mühlbacher. Leider ist er nicht im Saal, aber vielleicht hört er mich irgendwo. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wie immer!*)

Herr Abgeordneter Mühlbacher hat gemeint, er sei derjenige, der für eine Abänderung des Abgabenänderungsgesetzes eintritt. Er meinte, auf seine Initiative hin werde eine Verbesserung kommen.

Nun wissen wir aus den Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß, daß gerade Herr Abgeordneter Mühlbacher es war, der an Hand eines Beispielen nachzuweisen versuchte, daß die reglementierten Anschaffungskosten 105 000 S für ein Auto mehr als ausreichend seien, ja er hat gemeint, auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit könnte er nachweisen, daß darin noch ein Polster sei, unter Umständen vielleicht für die Garage, man könnte sich vielleicht sogar noch eine Garage bauen.

Heute kommt er plötzlich drauf, daß diese Argumentation nicht mehr stichhältig ist.

Die Österreichische Volkspartei hat damals mit klarer Sachargumentation gearbeitet und nachgewiesen, daß diese 105 000 S beileibe nicht ausreichen. (*Beifall bei der OVP.*)

Erst heute, nach zwei Jahren, kommt Herr Abgeordneter Mühlbacher drauf und schließt sich der Argumentation der Österreichischen Volkspartei an. Er muß einsehen, welchen Unsinn dieses wirtschaftsschädigende Gesetz damals gebracht hat. Wir freuen uns nunmehr, daß er sich unserer Argumentation anschließt. (*Beifall bei der OVP.*) Da kann man nur mit Wallenstein sagen: Spät kommt Ihr, Graf Isolani, aber Ihr kommt! (*Beifall bei der OVP. — Abg. Staudinger: Mühlbacher, der Retter ist da! Weihnachten!*) Ja, vor Weihnachten paßt das ganz besonders. (*Heiterkeit.*)

Nun, meine Damen und Herren, zum Kapitel Finanzen: Ich habe mir einen Großteil der Reden der sozialistischen Abgeordneten zu diesem Budget angehört. Es gab, wenn man es zusammenfaßt, viel Lobhudelei für die Regierung, auf den jeweiligen Minister und auf das vorliegende Budget.

Sandmeier

Ich habe nicht eine kritische Bemerkung gehört, als ob es überhaupt nichts Kritisches zu diesem Budget zu sagen gäbe.

Glauben Sie nicht — die Damen und Herren von der linken Seite spreche ich jetzt an —, daß es angebracht gewesen wäre, wenigstens zu sagen, daß Sie es bedauern, daß die Regierung neuerdings mit diesem Budget die Österreicher schwer belastet, daß ab 1980 die Beiträge zur Pensionsversicherung neuerlich erhöht werden, daß durch Maßnahmen im Budget der Milchpreis erhöht wird, daß das Budget, das Sie heute kritiklos beschließen werden, den vielen Sparern Verschlechterungen bringt?

Niemanden von Ihnen hat es gestört, daß das Budget wieder ein Defizit von nahezu 50 Milliarden Schilling aufweist und daß damit der Schuldenberg neuerlich wächst! (*Präsident Mag. M i n k o w i t s c h übernimmt den Vorsitz.*)

Allerdings, das muß man zugeben, ist es wesentlich leiser geworden mit der Behauptung, daß Schulden deswegen aufgenommen werden müßten, um die Arbeitsplätze zu sichern. Sie glauben offensichtlich selbst nicht mehr, was Ihnen Ihre Propaganda jahrelang vorgebetet hat.

Offenbar war es eine Devise des Herrn Klubobmanns Fischer, die Minister über den grünen Klee zu loben.

Es hat Sie dabei gar nicht gestört, daß zum Beispiel der Herr Landwirtschaftsminister Haiden ein paarmal während der Budgetdebatte hier in diesem Haus die Unwahrheit gesagt hat.

Ich muß das deswegen sagen, weil erst vorige Woche wieder zwei Fakten sichtbar wurden, wo die Wahrheit nicht gesagt wurde, wo es offensichtlich ist, daß hier eine Falschinformation gegeben wurde.

Herr Landwirtschaftsminister Haiden meinte, es wäre bei der Aufnahme der weiblichen Bediensteten bei der Forstlichen Ausbildungsstelle in Gmunden-Orth in keiner Weise verfügt worden, daß die Kraft aufzunehmen sei und daher auch in keiner Weise veranlaßt wurde, daß sie wieder nach Hause gehen soll.

Bei mir persönlich waren der Vater und dieses Mädchen und sie haben mir erzählt, daß das Mädchen aufgefordert wurde, am 5. November in der Früh ihren Dienst zu beginnen und daß sie nach dreieinhalb Stunden wieder nach Hause gehen mußte.

Nun frage ich mich: Wer hat hier die Unwahrheit gesagt: war es der Vater und die-

ses Mädchen, oder war es der Herr Landwirtschaftsminister? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Weiters hat der Herr Landwirtschaftsminister behauptet, es wurde nicht interveniert. Derjenige, der interveniert hat und der vom Herrn Abgeordneten Zittmayr genannt worden ist, hat sich nicht dagegen gewehrt, weil die Intervention eben erfolgt ist.

Ich wollte das nur deshalb sagen, weil ich meine, man kann nicht einfach die Minister über den grünen Klee loben und soll zur Kenntnis nehmen, daß sie hier nicht einmal die Wahrheit sagen.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Worte zum Budget im Detail. Vorher möchte ich einige positive Aspekte zum Budget vermerken.

Erstens betrachten wir es als positiv, daß nunmehr auch der Finanzminister der Meinung ist, daß das Budget saniert werden muß. Bisher hat er dies ja immer bestritten. Wenn wir ihn gefragt haben — sei es im Finanz- und Budgetausschuß, sei es in einer mündlichen Fragestunde —, welche Maßnahmen er ergreifen werde, um das Budget zu sanieren, so hat er bisher immer geantwortet: Keine Maßnahmen, es gebe ja nichts zu sanieren, die Finanzen seien in Ordnung.

Heute wird offen von Sanierungsmaßnahmen gesprochen.

Es ist immerhin, glaube ich, ein Fortschritt, wenn ein Schwindsüchtiger erkennt und zugibt, daß er krank ist, und nun auch bereit ist, einen Arzt aufzusuchen. (*Abg. Staudinger: In Österreich hat jeder das Recht zur freien Meinungsänderung! — Heiterkeit.*)

Zweitens. Als positiv betrachten wir die Erkenntnis des Finanzministers, daß es mit der galoppierenden Defizitwirtschaft nicht so weitergehen kann. Bisher wurde dies ja immer verniedlicht. Der Schuldenzuwachs hat in der Zwischenzeit Ausmaße angenommen, daß selbst den Hartgesottensten die Graubirnen aufsteigen müssen.

Drittens. Als positiv wäre zu vermerken, daß erstmals die Ausgaben des Budgets schwächer steigen als die Einnahmen; wenn wir nicht aus einer langjährigen Budgettaktik des Finanzministers wüßten, daß dies nur Optik ist und der Budgetvollzug jedes Jahr anders ausgesehen hat.

Der Finanzminister hat dieses Budget als Sparbudget bezeichnet. Das Attribut „Spar“ ist falsch. Das ist kein Sparbudget, das ist ein Belastungsbudget. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sandmeier

Neuerdings rächt sich der verschwenderische Umgang mit Steuergeldern, wie wir es seit Jahren beobachten müssen.

Wieder wird die Bevölkerung zur Kasse gebeten. Vergeblich wartet der Österreicher, daß die Regierung einmal bei sich selber anfängt zu sparen. Hier gibt es leider keine Anzeichen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Geradezu als phantasielos möchte ich es bezeichnen, daß der Regierung seit Jahren nichts anderes zur Sanierung des Budgets einfällt, als Steuern und Gebühren zu erhöhen oder die Bevölkerung sonstwie zu belasten.

Die Österreichische Volkspartei hat ganz konkrete Vorschläge für echte Einsparungen im Budget unterbreitet.

Nun muß die Bevölkerung neuerlich Belastungen auf sich nehmen. Diesmal sind es Hunderttausende Arbeitnehmer, denen man eine weitere Erhöhung des Beitrages zur Pensionsversicherung auflastet, ohne daß sie eine zusätzliche Leistung daraus erwarten können. Der Finanzminister kann eben seinen gesetzlichen Verpflichtungen, die notwendigen Beiträge an die Pensionsversicherungsanstalten abzuliefern, nicht mehr nachkommen. Und jetzt greift er wieder in die Taschen der Arbeitnehmer, der Gewerbetreibenden und der Bauern. Die gesetzlichen Verpflichtungen — er hätte den Auftrag, dafür zu sorgen, aber es ist kein Geld mehr im Budget vorhanden. Aber vier neue Staatssekretäre hat man installiert und dadurch die Bürokratie neuerdings aufgebläht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für Hunderttausende Österreicher wird die Sparförderung wesentlich verschlechtert; nur deswegen, weil die sozialistische Bundesregierung das Budget schlecht verwaltet hat.

Alle Österreicher werden ab 1. Jänner 1980 mehr für das Grundnahrungsmittel Milch bezahlen müssen, wovon der Erzeuger, der Bauer, der die Arbeit leistet, den geringsten Teil erhält. Mehr als die Hälfte bekommt der Herr Finanzminister.

Besonders leidtragend werden dabei wieder einmal die kleinen Einkommensträger und die Familien sein.

Ich möchte deshalb noch einmal festhalten: Es ist kein Sparbudget, sondern ein Belastungsbudget. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Die Bevölkerung wird neuerdings belastet, aber die Regierung verschwendet hurtig weiter.

Die Bürokratie nimmt nicht ab, sie wird weiter aufgebläht. Hunderte Millionen Schil-

ling werden so verpulvert, aber den Mindestrentnern eine bescheidene Aufbesserung ihres niedrigen Einkommens zu geben, weigert man sich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dafür aber steigen die Repräsentationsausgaben der Regierung von 1979 auf 1980 um 23,5 Prozent. Die Mindestrentner bekommen eine Aufbesserung von nur 5,6 Prozent. Ein Beispiel mehr, daß die Ausgabenkürzungen auf Kosten der Bevölkerung erfolgen, während die Regierung in ihrem ureigensten Bereich keinerlei Spargesinnung zeigt.

Nun ein paar Worte über die Steuern; sie gehören auch zum Kapitel Finanzen. Es ist eine alte Binsenweisheit: Niemand zahlt gerne Steuern. Aber wir alle wissen, daß der Staat eine Menge Aufgaben zu erfüllen hat, Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich, im Straßenwesen, auf dem Sicherheitssektor und so weiter. Das sind alles Leistungen, die wir zwar in Anspruch nehmen können, die uns aber der Staat nicht schenkt.

Wir selbst sind es, meine Damen und Herren, die dafür Sorge tragen, daß es Schulen gibt, daß Straßen das Land erschließen. Es ist unser Steuerschilling, der in diesen Leistungen steckt.

Weil es unser Geld ist, haben wir ein besonderes Anrecht, zu wissen, wie der Staat damit umgeht, ob er sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich verwaltet, oder ob er es leichtfertig ausgibt und verschwendet.

Die ÖVP hat hier eine klare Meinung. Jeder muß das dem Staat abliefern, was der Staat zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben benötigt. Aber ebenso klar ist es die Meinung der ÖVP, jeder Staatsbürger soll über einen möglichst großen Teil seines Einkommens selbst verfügen können, weil er am besten weiß, wie er es für seine Familie, für sein Leben einzusetzen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen kein Volk der Bevormundeten sein. Wenn der Staat freilich dem einzelnen Staatsbürger immer höhere Steuern aufbürdet und ihm immer mehr Belastungen zumutet, dann ist umso mehr eine umfassende Kontrolle notwendig, um zu wissen, wohin das Geld fließt.

Die Verantwortung zum Beispiel für die Bürokratieexplosion — letztes Beispiel ist die Installierung von vier Staatssekretären —, für das gigantische Budgetdefizit und für den ungeheuren Steuerdruck trägt allein die Regierung und niemand anderer. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sandmeier

In diesem Zusammenhang kann man der sozialistischen Regierung einen Vorwurf nicht ersparen: Sie geht mit dem hart erarbeiteten Steuerschilling der Österreicher verschwenderisch um. Das können wir nicht unwidersprochen hinnehmen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Politik der sozialistischen Alleinregierung hat dazu geführt, daß alle Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zusammengerechnet von 1970 bis 1979 um 175 Prozent gestiegen sind. Einen Unternehmer, der in diesem Zeitraum seine Preise um fast das Zweifache erhöht hätte, würde man mit Recht einen Preistreiber nennen.

Die Auswirkungen der sozialistischen Belastungspolitik bekommt jeder Staatsbürger zu spüren. Jährlich hat jeder erwerbstätige Österreicher im Durchschnitt 127 000 S an Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand abzuführen, und zu den besonders Belasteten gehören die Arbeitnehmer.

Die Lohnsteuereinnahmen des Finanzministers haben sich seit 1970 verviereinhalbfacht; sie sind um zweieinhalbmal so stark gestiegen wie Löhne und Gehälter.

1970 betrug die Lohnsteuer 13,7 Milliarden Schilling, 1980 wird die Lohnsteuer 61 Milliarden Schilling betragen! Innerhalb von nur zehn Jahren hat sich also die Lohnsteuer auf das Viereinhalbfache erhöht und ist zweieinhalbmal so rasch gestiegen wie die ihr zugrunde liegenden Löhne und Gehälter. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Obwohl die Steuerschraube von der Regierung immer strenger angezogen wird, wird die Lage der Staatsfinanzen immer kritischer. Drei Ursachen sind für diese Situation maßgebend:

Erstens die inzwischen als unrichtig erkannte Annahme, man könne die Vollbeschäftigung längerfristig durch Schuldenmachen erhalten;

zweitens die ungeheure Verschwendung, die sich unter der sozialistischen Regierung breitgemacht hat;

drittens die Mißwirtschaft in vielen von der SPO dominierten Unternehmen des Bundes.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, daß die sozialistische Regierung selbst nichts vom Sparen und von verantwortungsvollem Wirtschaften hält. Laufend greift sie mit vollen Händen in den Staatssäckel und verschleudert die Millionen. Sie teilt auf Kosten der Steuerzahler Wahlgeschenke aus, sie errichtet Milliardenprojekte und begann,

durch ihre Verschwendungspolitik die Staatsfinanzen zu ruinieren.

Man kann es nie deutlich genug sagen: Es ist unser aller hart erarbeitetes Geld, das der Regierung nur zu treuen Händen übergeben wird, und jeder Österreicher hat ein Anrecht, daß mit seinem Geld möglichst sorgsam umgegangen wird! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist wahrlich kein Lob, wenn kürzlich in einer Broschüre zu lesen war: Die sozialistische Regierung hat mit den Steuergeldern aller Österreicher Spesenluxus und Verschwendung getrieben.

Wenn die Regierung heute hochtrabend von Budgetschwerpunkten spricht, so ist es fatale Tatsache, daß sich die Ausgaben für den Schuldendienst zum einzigen echten Budgetschwerpunkt gemausert haben. Die Staatsschulden haben sich seit 1969 mehr als versechsfacht. Heuer werden es bereits über 300 Milliarden Schilling sein, und der wirkliche Schuldenstand — der wirkliche! — ist noch viel höher. Ich werde noch kurz darauf zurückkommen.

Aber das wohl vernichtendste Urteil über die Schulden- und Verschwendungspolitik eines Staates, der seine Steuerzahler auspreßt und zugleich künftige Generationen belastet, fällt der Herr Bundeskanzler selbst, und zwar damals als Oppositionschef, im Jahre 1967 hier im Parlament von diesem Pult aus. Er sagte damals unter anderem, daß es falsch und unheilbringend ist, für die Amortisation der Schulden nicht vorzukehren, die Schuldenlast mit immer wieder neuen Schulden zu belasten und von Jahr zu Jahr von der Hand in den Mund dahinzuleben. — Und genau das, meine Damen und Herren, tun Sie heute hier in Österreich. (*Abg. Dr. Zittmayr: ...damals noch gesunde Ansichten gehabt!*)

Nun noch ein paar Worte zur längst fälligen Budgetrechtsreform. Daß das derzeitige Budgetrecht reformbedürftig ist, streitet wohl niemand mehr ab. Es ist in wesentlichen Teilen veraltet und in vielen Punkten unzureichend.

Dabei scheint es besonders wichtig, daß die Budgethoheit des Nationalrats nicht nur in der Genehmigung der von der Regierung vorgelegten Einnahmen und Ausgaben bestehen kann, sondern daß auch ein Maximum an parlamentarischer Kontrolle beim Budgetvollzug verlangt werden muß. Dieses Kontrollbedürfnis ist umso größer, je größer der dem Finanzminister aus durchaus sachlichen Gründen eingeräumte Spielraum ist.

Sandmeier

Wenn man von diesen grundsätzlichen Prämissen ausgeht, erscheint eine Budgetrechtsreform in größerem Ausmaß, das heißt, auch durch Schaffung neuer verfassungsrechtlicher Grundlagen, nur dann sinnvoll, wenn sie etwa folgende fünf Schwerpunkte umfaßt:

Eine Budgetplanung kann nicht nur für den Zeitraum eines Jahres erfolgen, sie muß längerfristig angelegt sein. Heute wird uns jeweils nur ein Budget sozusagen von der Hand in den Mund vorgelegt: keine Planung für einen längeren Zeitraum. Aber das kann, so glaube ich, meine Damen und Herren, auf die Dauer nicht gut gehen.

Zweitens. Der Gesetzgeber müßte schon bei der Schaffung und Beschlußfassung neuer Gesetze die künftigen Vollziehungskosten an Hand einer Kosten-Nutzen-Rechnung kennen. Es gibt genug Beispiele, meine Damen und Herren, wo erst durch den Budgetvorschlag die wahren Kosten eines beschlossenen Gesetzes sichtbar wurden.

Drittens. Die gigantische Zunahme der Staatsschulden während der letzten Jahre erfordert mehr Transparenz der Schuldenpolitik der Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Nationalrat muß eine umfassende Information über die Entwicklung der Finanzschulden, also der Schulden aus Rechtsgeschäften, durch die sich der Bund Geldmittel beschafft, und der Verwaltungsschulden — wenn also die Leistung des Vertragspartners früher erbracht wird als die Gegenleistung des Staates — erhalten.

Viertens. Die zunehmende Flucht aus dem Budget muß kontrollierbar werden. Außerbudgetäre Investitionsfinanzierungen durch den Bund — etwa im Wege von Sondergesellschaften bei Straßen und Autobahnen — müssen offengelegt und einer echten parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden.

Das gleiche gilt von den Leasing-Verträgen, die in der Praxis des Bundes immer häufiger werden.

Es fehlen in der Bekanntgabe der wahren Verschuldung des Bundes zum Beispiel die immer häufiger werdenden Vorfinanzierungen der Länder. Weil der Bund zahlungspleite ist, müssen ihm die Länder zu Hilfe kommen; sie müssen ganz wichtige Projekte vorfinanzieren. Der Bund ist nicht imstande, das Geld zur Verfügung zu stellen. *(Zustimmung des Abg. Dr. Mock.)* Der Bund rühmt sich aber dennoch, wenn diese Projekte gebaut werden, daß er die Arbeitsplätze sichert. In Wirklichkeit sind es zu einem Großteil die

Länder, die hier Arbeitsplätze schaffen und Arbeitsplätze sichern. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Große Verbindlichkeiten, die die Zukunft belasten, entstehen dem Bund aus dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses Wien. Wo scheinen die noch fälligen Verbindlichkeiten auf? Das Bestellobligo — nirgends sichtbar.

Herr Bundesminister! Der Nationalrat und die Bevölkerung wollen endlich wissen, wie hoch der Bund wirklich verschuldet ist. Geben Sie uns einmal das bekannt! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es muß daher in einem neuen Budgetrecht gesetzlich sichergestellt werden, daß bei der Gesamtaufstellung der Schulden und Verbindlichkeiten auch die genannten Verbindlichkeiten erfaßt werden, damit dem Nationalrat und der Bevölkerung das Ausmaß der Verschuldung bekannt wird. Es ist mit Sicherheit nicht anzunehmen, daß der Herr Finanzminister selbst die ganze Wahrheit über die Verpflichtungen des Staates nicht kennen sollte. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Er weiß es, wie hoch der Bund wirklich verschuldet ist. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

In der gleichen Weise, wie auf dem Gebiete des Budgets meist mit einer bewußten Zahlenakrobatik gearbeitet wird, indem ständig die Einnahmen zu hoch, die Ausgaben und die Defizite zu niedrig veranschlagt werden, werden die Bevölkerung und der Nationalrat über die tatsächliche finanzielle Situation des Staates im unklaren gelassen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Mit Hilfe eines unvollständigen Nachweises über die Gesamtverschuldung des Bundes gelang es sicherlich der Regierung mit Erfolg, den Eindruck einer geordneten Finanzgebarung zu erwecken. Mit diesem Kunstgriff und der Angstparole Arbeitslosigkeit verstanden es die Sozialisten, ihre Fehlleistungen auf dem Gebiete der Finanzen und der Wirtschaft zu tarnen.

In der Bundesrepublik Deutschland liegen auf diesem Gebiet die Verhältnisse anders. Dort müssen alle Schulden, die die Bundesrepublik Deutschland hat, gemäß dem Haushaltsgrundgesetz sichtbar sein. Es ist dort verlangt, daß eine eigene Verpflichtungsermächtigung des Parlaments für Vorbelastungen vorgelegt wird.

Auch in der Schweiz verlangen die betreffenden Bestimmungen eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung. Die in Aussicht genommenen Verbindlichkeiten sind in den Voranschlag aufzunehmen. Es müssen

Sandmeier

alle Kosten — alle; auch die Folgekosten — bereits dem Parlament bekanntgegeben werden.

Schließlich müßte eine Budgetrechtsreform einen fünften Schwerpunkt enthalten, und zwar: Auf längere Sicht müssen auch die Grundsätze der verbundenen Finanzwirtschaft zwischen den Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden neu überdacht werden. Der Finanzausgleich müßte auch von der Verfassung her als paktiertes Gesetz zwischen Bund und Ländern garantiert werden. Allerdings ohne Diktat des Bundes. Das lehnen wir ab! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun darf ich zum Schluß kommen. Eine Politik, die den Bürger mit immer mehr Steuern und Abgaben belastet, die ihn immer mehr entmündigt, weil sie ihm die Entscheidung über die Verwendung des erarbeiteten Einkommens mehr und mehr nimmt, weil sie ihr Heil in immer mehr Staat, in immer mehr und neuen Ausgabenprogrammen und in immer noch mehr Schulden sucht, ist weder liberal, wie sich die Regierung heute so gern nennt, noch ist sie sozial. Das ist unsoziale Politik! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

42 Prozent, also bald die Hälfte der gesamten Leistungen aller Erwerbstätigen werden von den „öffentlichen Händen“ mit Beschlag belegt, der Verfügung derjenigen, die diese Leistung erbracht haben, entzogen und vom Staat verbraucht, verwendet und umverteilt. Hier gehen eben die Auffassungen zwischen unserer Politik und Ihrer Politik weit auseinander! (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Staat darf nicht mehr und mehr zur Verteilungsmaschine werden. Die Staatsquote darf nicht weiter ausgedehnt werden. Es darf nicht länger fast jeder zweite Schilling, der in Österreich erarbeitet wird, in die öffentlichen Kassen fließen. Was wir brauchen, ist eine Konsolidierung des Budgets und grundlegende Korrekturen an unserem komplizierten und leistungsfeindlichen Steuersystem, das endlich einfacher und vor allem arbeitnehmerfreundlich und den Bedürfnissen der Familie und der Wirtschaft gerecht werden muß. (*Erneute Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Finanzminister hat angekündigt, daß er zumindest bis zum Jahre 1983 an den alljährlichen kalten Lohn- und Einkommensteuererhöhungen festhält. Er ist nicht bereit, dem Bürger die inflations- und progressionsbedingten heimlichen Steuermehreinnahmen zurückzugeben. Im Gegenteil: Er kündigt

neue Steuern an. Dabei ist die Tatsache, daß die Bundesregierung stets ihre Finanzpolitik auf die Besteuerung der Inflation gegründet hat, ein wesentlicher Grund, nicht nur für die enorme Ausweitung des öffentlichen Sektors im abgelaufenen Jahrzehnt, sondern auch für die Untergrabung des Leistungswillens der Arbeitnehmer und der Investitionsfähigkeit der Wirtschaft. Beides sind Grundlagen unseres Wirtschaftssystems.

Die Bundesregierung hat sich die bisher vorgenommenen Steuerkorrekturen immer erst mühsam abringen lassen. Sie hat es in Kauf genommen, daß der Arbeitnehmer noch nie so stark zur Kasse gebeten wurde wie in diesem Jahrzehnt sozialistischer Regierung. In allzu vielen Fällen wird Leistung noch immer bestraft und nicht honoriert. Der Gewerkschaftsbund macht bei dieser Steuerpolitik der Regierung die Mauer. Das bedauern wir außerordentlich! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Auch die aktuelle Steuerdiskussion zeigt, daß die Bundesregierung die verschärfte Besteuerung des Arbeitnehmers zur Grundlage ihrer Finanzpolitik macht, und zwar auch dort, wo diese Verschärfung nicht die Folge realer Lohnsteigerungen, sondern nur die Folge des dem Arbeitnehmer geleisteten Inflationsausgleichs ist. Der Arbeitnehmer erleidet Verluste des Realeinkommens, und bei den Betrieben entsteht eine Substanzauszehrung.

Die von der Bundesregierung betriebene unverantwortliche Budgetpolitik hat aber nicht nur zu einer Verschärfung des Abgabendrucks geführt, sondern in den letzten zehn Jahren sind auch die öffentlichen Schulden pro Kopf der erwerbstätigen Österreicher von 20 000 S auf rund 106 000 S gestiegen. Eine Budgetsanierung ist notwendig. Die Regierung schlägt aber den falschen Weg ein!

Wir werden daher auch einen Entschließungsantrag einbringen betreffend Leitlinien zur Budgetsanierung. Wir werden ihn nicht heute abstimmen lassen, sondern ihn dem Finanz- und Budgetausschuß zuweisen lassen, um Ihnen genug Zeit zu geben, mit uns über diesen Vorschlag zu diskutieren. Wir glauben, daß es gerechtfertigt ist. Wir glauben, daß es notwendig ist, ganz ernsthafte Gespräche zu führen. Ich bitte Sie, dieses Papier nicht einfach wieder wegzuwischen, sondern es als Grundlage für eine echte Gesprächsbasis anzusehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vor 20 Jahren gab es einen Schlagler, der geheißen hat: Der Papa wird's schon richten.

Sandmeier

Heute müßte es heißen: Die Kinder werden's schon zahlen. — Hoffentlich sind sie es imstande.

Professor Horst Knapp hat einmal gesagt: Bei uns gibt es eine besondere Form von Kannibalismus; wir fressen nicht nur unsere eigene Zukunft, sondern auch die Zukunft unserer Kinder. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und weil dieses Budget kein Sparbudget, sondern wieder ein Belastungsbudget ist, können wir ihm keine Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle Jahre wieder erklingt das alte Lied der Österreichischen Volkspartei, das jetzt auch mein Vordner, der Herr Kollege Sandmeier, schwungvoll angestimmt hat. Es ginge uns immer schlechter — so wird es in diesem Lied behauptet —, der Staat stünde vor einem finanziellen Ruin, wir alle nagten am Hungertuch. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Dieser Jeremiade in Moll, meine Damen und Herren, stehen erfreuliche Tatsachen entgegen, Tatsachen, die die Sprecher der Österreichischen Volkspartei der Unwahrheit zeichnen. Volle Kaufhäuser im Weihnachtsrummel in diesen Tagen, durch steigende Einkommen entsprechend vermehrte Umsätze, ein großartiges Weihnachtsgeschäft.

Daher kann man, glaube ich, mit Recht und ohne Übertreibung sagen, daß es in diesem Lande noch nie so vielen Menschen so gut gegangen ist wie in dem nunmehr zu Ende gehenden Jahrzehnt. Mit Recht kann man daher den Wunsch für 1980 und für die achtziger Jahre daran knüpfen: Es möge uns allen nie schlechter gehen als bisher, als in der Zeit, für die die Sozialisten verantwortlich gezeichnet haben. Ich kann eines ohne Übertreibung, ohne Überheblichkeit feststellen und voraussetzen: Diese Bundesregierung wird zweifelsohne dafür sorgen, daß es den Österreicherinnen und Österreichern auch in den achtziger Jahren ähnlich gut gehen wird wie in den nunmehr zu Ende gehenden siebziger Jahren. (*Beifall bei der SPO.*)

Meine Damen und Herren! Das Budget 1980 wurde nun in vielen Stunden im Finanz- und Budgetausschuß besprochen und beraten. Es stand viele Wochen hindurch auf dem parlamentarischen Prüfstand.

Das Interesse, das man in der Öffentlichkeit der Haltung und den Reaktionen der

Österreichischen Volkspartei entgegengebracht hat, war, rückblickend kann man das nunmehr feststellen, wohl berechtigt.

Nach vielen vorhergegangenen Erklärungen der Österreichischen Volkspartei über Sparmaßnahmen, über die überfällige Bekämpfung einer vermeintlichen Verschwendungspolitik, über die Bekämpfung der vermeintlichen Belastungswellen erwarteten wir alle mit großer Spannung nun konkrete Vorstellungen, Vorschläge und Alternativen der Österreichischen Volkspartei.

Trotz eingehender Beratungen aber blieb vieles, muß man bedauerlicherweise sagen, eigentlich alles unbeantwortet. Sie haben die Frage nicht beantwortet, welche Ausgaben nun gekürzt werden sollen. Sie haben die Gelegenheit vorbeiziehen lassen, uns zu sagen, ob und welche Einnahmen erhöht werden sollten, um das Defizit zu verringern. Sie haben Ihre Vorstellungen darüber verschwiegen, wie das Budgetvolumen Ihrer Meinung nach aussehen soll, ob es größer oder aber kleiner sein soll.

Sie haben vor den Wahlen, meine Damen und Herren, am 6. Mai 1979 sehr viel angekündigt und sehr viel versprochen. Jetzt, in diesen letzten Wochen, in den letzten Tagen hätten Sie die Möglichkeit gehabt, die Karten auf den Tisch zu legen und uns aufzuzeigen, bei welchen konkreten Kapiteln Mehrausgaben vorgenommen oder Einsparungen getroffen werden sollen, um Ihre vor dem 6. Mai abgegebenen Versprechungen einzulösen.

Der Herr Generalsekretär Dr. Lanner hat in der ersten Lesung am 7. November gegen die Beamtenflut, gegen die Explosion im Dienstpostenplan Stellung genommen, heftige Kritik daran geübt und Anklage erhoben. Wenn der Personalstand, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, Ihrer Meinung nach reduziert werden soll, dann sollten Sie nunmehr endlich einmal konkret Ihre diesbezüglichen Vorstellungen darlegen.

Wie stellen Sie sich das vor? Sollen etwa Bedienstete aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung abgebaut werden? Oder aber mutet man den Österreicherinnen und Österreichern weniger öffentliche Dienstleistungen zu? Oder aber sind Sie vielleicht der Meinung, daß die Bezüge der öffentlich Bediensteten in Hinkunft nicht in ähnlicher Höhe erhöht werden sollen, wie dies in den letzten Jahren der Fall gewesen ist?

Im Interesse der Glaubwürdigkeit Ihrer Politik hätten Sie nunmehr, in dieser Stunde der parlamentarischen Wahrheit wohl die Pflicht gehabt, detailliert und konkret aufzuzeigen,

Dr. Tull

welche Ansätze des Budgets Ihrer Meinung nach geändert werden müßten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nicht leere Phrasen, meine Damen und Herren, nicht schöne Worte, nicht leeres Stroh dreschen, wie dies soeben der Herr Kollege Sandmeier getan hat, nicht Horrormärchen erzählen, sondern die Fakten, die wirtschaftlichen Zusammenhänge realistisch erkennen und endlich einmal richtig beurteilen!

Ein Paradebeispiel, wie dies die Österreichische Volkspartei immer wieder tut, geht aus einer Aussendung des ÖVP-Pressedienstes nach einer Sitzung der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei hervor. Hier erklärte Mock wörtlich: „Die Fehlentwicklung der sozialistischen Wirtschaftspolitik war schon bisher von einem Kreislauf der Verschwendung, Verschuldung und Belastung gekennzeichnet. In der Phase der Hochkonjunktur von 1970 bis 1974 wurden keine Rücklagen geschaffen, sondern die Inflation angeheizt und die Belastungswellen in Bewegung gesetzt.“

Nun, meine Damen und Herren, wie sieht im Gegensatz zu dieser Behauptung des Herrn Dr. Mock die Wahrheit aus?

Den hohen Wachstumsraten und der weltweiten Inflationswelle bis 1974 entsprechend hat die Bundesregierung in dieser Phase immer eine restriktive Budgetpolitik betrieben. Gerade in dieser Zeit von 1970 bis 1974 konnten trotz der stabilitätsorientierten Grundlinie des Budgets umfangreiche Reformen durchgeführt werden und ein großer Nachholbedarf vor allem auf dem Gebiet Erziehung, Wissenschaft, Forschung, Bildung, aber auch im sozialen Bereich befriedigt werden. Und darauf sind wir Sozialisten sehr stolz. Denn wir haben das gutgemacht, was Sie von 1966 bis 1970 unterlassen und bewußt vernachlässigt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Diese Vorhaben konnten in dieser Phase von 1970 bis 1974 aus eigenen Einnahmen finanziert werden.

Aber darüber hinaus — und das verschweigt Herr Dr. Mock, das verschweigt auch der Herr Kollege Sandmeier — konnte gerade in der damaligen Zeit nicht nur das alles, was ich hier aufgezeigt habe, aus eigenen Einnahmen finanziert werden, sondern, was besonders entscheidend gewesen ist, wir haben in dieser Zeit durch verstärkte Rückzahlungen den Anteil der Finanzschuld am Bruttonationalprodukt von 13 Prozent im Jahre 1969 — und das war das Erbe der ÖVP-Alleinregierung — auf 10 Prozent im Jahre 1974 gesenkt. Das ist der niedrigste Wert seit 1957 gewesen. Das sind die Früchte unserer sozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und da wagt ein Herr Dr.

Mock selbstbewußt, geradezu überheblich zu behaupten, daß diese Wirtschafts- und Finanzpolitik verfehlt und falsch gewesen wäre!

Nun, meine Damen und Herren, ich kann nur eines sagen: Solche „Fehlentscheidungen“ würden sich die Österreicherinnen und Österreicher noch sehr viele Jahre hindurch bieten lassen. Denn diese Fehlentscheidungen, wie Sie sie bezeichnen, waren in Wirklichkeit jene Maßnahmen, die die Grundlage unserer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, der verbesserten Einkommensverhältnisse und der Hebung unseres Lebensstandards gewesen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Mock behauptet dann weiter in dieser seiner Aussendung, daß in der Phase des Konjunkturéinbruchs 1975 die Verschwendungspolitik fortgesetzt wurde.

Nun, meine Damen und Herren, jetzt haben Sie endlich einmal die Katze aus dem Sack gelassen. Die arbeitsplatzsichernde Politik der sozialistischen Bundesregierung, die Sorge um die Erhaltung der Vollbeschäftigung in einer Zeit weltweiter Krisenerscheinungen, das bezeichnet ein Herr Mock nun nachträglich als Verschwendung. Er bewegt sich damit im Kielwasser jenes Herrn Präsidenten Mitterer, der seinerzeit davon gesprochen hat, daß eine gesunde Arbeitslosigkeit wohl durchaus akzeptabel wäre.

Der Wirtschaftskurs in der Zeit dieses Konjunkturéinbruchs nahm im Interesse der Arbeitsplatzsicherung bewußt — Herr Kollege Graf, Ihnen ist das vielleicht unangenehm zu hören — eine Zunahme der Haushaltsdefizite wie der Finanzschulden in Kauf. *(Abg. Graf: Sie zitieren falsch! Alles, was Sie hier sagen, stimmt nicht! Es ist entsetzlich, was Sie da daherreden! Mir ist auch nichts unangenehm!)*

Und nun zu Punkt 3 der Ausführungen des Herrn Dr. Mock: Herr Dr. Mock sagt, durch neue Belastungen und ein Andauern der Verschwendungspolitik werde die grundlegende Sanierung des Staatshaushalts verabsäumt. *(Abg. Graf: Sehr richtig!)* Sehr richtig.

Nun, meine Damen und Herren, wollen wir uns damit vielleicht doch etwas eingehender beschäftigen, Herr Kollege Graf? *(Abg. Graf: Das wäre gut!)*

Ihr Kollege Lanner hat in der ersten Lesung des Budgets wörtlich erklärt: „Die Ansichten der Volkspartei, wo eingespart werden soll, unterscheiden sich grundsätzlich von denen der sozialistischen Bundesregierung.“

Wie sah es in den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß aus? Sie, Herr Wirtschafts- und Finanzsprecher der Österrei-

Dr. Tull

chischen Volkspartei, haben uns leider kein einziges Mal die Ehre Ihres Besuchs im Finanz- und Budgetausschuß gegeben, um dort selbst Zeuge zu sein (*Abg. Graf: Haben Sie mich vermißt?*), wie hilf- und ratlos Ihre Kollegen operiert haben. Oder aber Sie haben es in kluger Voraussicht, daß Sie sich dort nur blamieren könnten, vorgezogen, nicht in die Sitzungen zu kommen. (*Abg. Graf: Die Angst vor Ihnen hat das verhindert!*) Nicht vor mir, Herr Kollege (*Abg. Graf: Ich weiß! Das war es ja! Urangst!*), denn ich habe dort den Vorsitz geführt und habe es nur genußvoll registriert, meine Damen und Herren, was Sie dort wiederum an Wünschen angemeldet haben.

Herr Kollege Lanner war es ja, der von Sparsamkeit gesprochen hat, Herr Kollege Graf. Herr Wirtschaftssprecher! Es kann Ihnen natürlich nicht sehr angenehm sein, es geht Ihnen vielleicht unter die Haut, wenn der eine von Sparsamkeit spricht und die andern uns gleich ein Bukett von Wünschen im Finanz- und Budgetausschuß überreichen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Ist ja nicht wahr! Wo sind die Anträge!*) Das ist nicht wahr? Ach so, keine Anträge. Nein! Anträge nicht! Aber Sie haben sehr deutlich Wünsche geäußert, Herr Kollege. Natürlich darf man Wünsche äußern, auch an den Weihnachtsmann können Sie Wünsche äußern. Sie können auch den Wunsch äußern, möglichst bald in die Regierung zu kommen. Den Wunsch werden Ihnen die Österreicher und Österreicherinnen noch lange nicht erfüllen. Das kann ich Ihnen voraussagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie sahen denn diese Wünsche der Österreichischen Volkspartei im Finanz- und Budgetausschuß aus? Herr Kollege Zittmayr! Sie waren ja auch nicht immer dabei, aber ich zitiere nun die „Parlamentskorrespondenz“ — da hat es folgendermaßen ausgesehen —:

Landwirtschaft: 1 Milliarde Schilling, Äußeres: 55 Millionen Schilling, Bauten: 160 Millionen Schilling, Erhöhung der Familienbeihilfen: 1,17 Milliarden Schilling. Die Ablehnung der Sparförderung würde dem Staat zusätzlich eine Erhöhung des Defizits um 400 Millionen Schilling verursachen, die Ablehnung der Sozialversicherungsmaßnahmen 5,9 Milliarden Schilling, die Ablehnung der Aufhebung der Preisstützung 600 Millionen Schilling und die Ablehnung des Fernmeldeinvestitionsgesetzes — am Montag haben Sie das ja hier dokumentiert — 500 Millionen Schilling, also insgesamt 10 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Das ist die Widersprüchlichkeit in Ihrer Politik. Lanner kommt hier heraus, scheinheilig empfiehlt er

unter allen Umständen mehr Sparsamkeit, mehr Zurückhaltung, und auf der anderen Seite gehen Sie dann her, ganz kaltschnäuzig, ja so, als ob man aus dem vollen schöpfen könnte, und sagen, 10 Milliarden Schilling, was sind denn schon 10 Milliarden Schilling bei diesem Defizit? Gleichzeitig stellen Sie sich hierher und weinen, wie hoch das Defizit sei.

Meine Damen und Herren! In diesen wochenlangen Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß konnten Sie die Prioritäten, die in diesem Budget vom Finanzminister gesetzt worden sind, einfach nicht widerlegen. Und diese Prioritäten sind: die Erhaltung der Vollbeschäftigung als eine besonders vorrangige Aufgabe der sozialistischen Bundesregierung (*Beifall bei der SPÖ*), die Schaffung ausreichender Bildungs- und Berufschancen für die junge Generation, die Verteidigung der Stabilitätserfolge, auf die wir besonders stolz sein können, denn wir sind heute, was Stabilität betrifft, geradezu alleinstehend in der ganzen Welt. Die Höhe, die wir erreicht haben, ist einfach nicht mehr zu überbieten. Die Modernisierung und die Steigung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie die Sicherung unserer Energieversorgung.

Die Österreichische Volkspartei konnte trotz unzähliger Reden nicht bestreiten, daß das Nettodefizit, meine Damen und Herren, verringert worden ist und daß der Anteil des Nettodefizits am Bruttonationalprodukt von 4,2 Prozent im Jahre 1978, Herr Kollege, im Jahre 1980 auf 3,1 Prozent zurückgehen wird, wobei wir nicht verhehlen, daß es unser Ziel wäre, auf 2,5 Prozent zu kommen.

Sie können nicht bestreiten, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, daß von diesem Budget, das konjunkturgerecht erstellt ist, keine inflationären Tendenzen ausgehen und der Stabilitätserfolg weiterhin gewährleistet ist.

Durch die Defizitverringerung wird der Staat zweifelsohne bei künftigen Konjunkturerbrüchen, vor denen wir alle zusammen nicht gefeit sind, durch entsprechende Maßnahmen vorsorgen können.

Der weitere Defizitabbau — und da gebe ich Ihnen, Herr Kollege Sandmeier und meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, recht — ist ein besonderes Anliegen nicht nur von Ihnen, sondern auch von uns allen, es ist ein zentrales Problem unserer Budgetpolitik. Es bleibt daher im Mittelpunkt unserer Überlegungen.

Aber wir sollten doch erkennen, daß das Defizit der vergangenen Jahre mehrere Ursachen hat. Das sind einmal konjunkturelle Ursachen, die ich nur kurz gestreift habe, aber

Dr. Tull

da gibt es auch zweifelsohne strukturelle Ursachen, die man einfach nicht übersehen soll. Diese strukturellen Ursachen sind einfach darauf zurückzuführen, daß einerseits die Kosten öffentlicher Leistungen, die wir erbringen müssen und gerne erbringen, überdurchschnittlich steigen, während die Aufkommenselastizität der meisten Steuern, der wichtigsten Steuern, in den letzten Jahren abgenommen hat.

Bei vielen Steuern, Herr Kollege Sandmeier, ist heute die Aufkommenselastizität bereits weniger als eins. Mehr als eins ist sie nur bei der Lohnsteuer; während sie beispielsweise bei jenen Steuern, die die Unternehmer entrichten, die Selbständigen, weit darunter liegt.

Wenn man daher vom Defizit und von der Notwendigkeit des Abbaus des Defizits spricht, sollte man einen klaren Blick bewahren und das richtige Maß anwenden. Ich glaube, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß hier entsprechende Maßnahmen auf lange Sicht unvermeidbar sein werden, um eben die richtigen Proportionen zu bekommen, vor allem im Hinblick auf die Verteuerung der öffentlichen Dienstleistungen.

Herr Kollege Sandmeier hat nicht nur im Finanz- und Budgetausschuß, sondern auch hier häufig beredt Klage geführt über die Steuerquote, die seit 1970 um mehr als 13 Prozent gestiegen ist. Auch das ist ein altes Lied, ein altes falsch gesungenes Lied.

Herr Kollege Sandmeier! Unwahre, unvollständige Behauptungen werden nicht richtiger, werden nicht wahrer, wenn man sie laufend wiederholt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Diese Weisheit müssen Sie dem Finanzminister sagen!*)

Und wenn Sie, meine Damen und Herren, immer wieder Unwahrheiten nach der Methode einer Tibetanischen Gebetsmühle wiederholen, so werden wir es nicht unterlassen, immer wieder die Wahrheit zu wiederholen (*Zustimmung bei der SPÖ*), um den Unterschied zwischen Ihnen, zwischen Ihrer Politik und uns, unserer Politik möglichst plastisch darzustellen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wahr ist, daß sich der Anteil der Steuern, vor allem, was das Bruttonationalprodukt betrifft, vom Jahre 1970 auf 1980 zwar von 23,7 auf 24,6 Prozent erhöht hat, also um 0,9 Prozent, daß aber der Anteil des Bundes, Herr Kollege Zittmayr, und das ist das entscheidende, im Grunde genommen gleichgeblieben ist. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Sandmeier! Hören Sie jetzt einen Augenblick zu! Ich habe ja auch dem sehr andächtig zugehört, was Sie gesagt haben, obzwar es Überwindung gekostet hat, sich all das anhören zu müssen, was Sie hier gesagt haben.

Aber, Herr Kollege Sandmeier, Sie haben davon gesprochen, daß nunmehr das Steueraufkommen in den letzten Jahren so gigantisch gestiegen sei. Natürlich ist es gestiegen. Es ist allein schon deswegen gestiegen, weil wir heute um 400 000 Menschen mehr im Arbeitsprozeß haben als in jener unseligen Zeit von 1966 bis 1970, für die Sie verantwortlich gewesen sind. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist die eine Ursache, eine sehr entscheidende Ursache. (*Abg. Sandmeier: Eine viermal so hohe Steuerbelastung!*)

Herr Kollege Sandmeier! Natürlich sind vermehrt Steuern in die Kassen des Bundes geflossen, einfach deswegen, weil durch die gute Einkommenspolitik unserer Gewerkschaften und unserer sozialistischen Bundesregierung alle mehr verdienen, und mehr verdienen bedeutet natürlich auch, höhere Steuern zahlen zu müssen. (*Abg. Sandmeier: Mehr Schulden!*)

Letzten Endes, meine Damen und Herren, soll man nun einmal die Kirche im Dorf belassen und soll man zugeben, daß wir alle zusammen in diesen zehn Jahren reicher geworden sind, daß wir darüber hinaus mehr zusätzliche Leistungen vom Staat erwartet und auch erfüllt bekommen haben, und wir müssen daher nunmehr bereit sein nach dem alten Grundsatz: Gib Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist! Wir müssen also dem Finanzminister das geben, was er braucht, um jene Aufgaben erfüllen zu können, die wir immer wieder anmelden, die aber vor allem auch wegen Ihrer hemmungslosen Lizitationspolitik immer wieder in der Öffentlichkeit behandelt werden müssen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Unserer Meinung nach, meine Damen und Herren, ist dieses Budget — und das ist eindeutig bewiesen —, dieses Sparbudget unter den gegebenen Verhältnissen das Optimum. Es ist ein gutes Budget für Österreich und sorgt dafür, daß das kommende Jahr nach menschlichem Ermessen, soweit nicht von außen unerwarteterweise irgendwelche Ereignisse über uns hereinbrechen, einen guten Verlauf nehmen wird.

Da wir Sozialisten immer wieder dafür sorgen werden, daß die soziale Symmetrie in der Finanz-, Wirtschafts- und Budgetpolitik beachtet wird und daß darüber hinaus auch in der Steuerpolitik bei der Verteilung der Steuern ein gerechter Maßstab angelegt wird,

Dr. Tull

da diese Voraussetzungen gegeben sind, können wir dem Budgetentwurf 1980 mit Genugtuung unsere Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß meinem Vorredner in einem Punkt recht geben: wenn er nämlich sagt, daß Behauptungen dadurch nicht richtiger werden, daß sie gebetsmühlenartig ständig wiederholt werden.

Zu diesen Behauptungen rechne ich zwei Märchen, die uns Jahr für Jahr aufgetischt werden. Das eine ist das Märchen vom konjunkturgerechten Budget der ersten Hälfte der siebziger Jahre, von der restriktiven Budgetpolitik und dergleichen mehr. Das andere ist die Angelegenheit mit der Steuerquote. Beides wird durch die Ziffern eindeutig widerlegt.

Wenn es am Beginn der siebziger Jahre, also bis 1974, eine konjunkturgerechte Budgetpolitik gegeben hätte, dann hätten sich in diesen Jahren Überschüsse ergeben müssen. Tatsächlich weisen aber die Rechnungsabschlüsse Abgänge auf, und zwar insbesondere, Herr Kollege Dr. Tull, im Jahre 1973 12,8 Milliarden Schilling, im Jahre 1974 18,5 Milliarden Schilling.

Wie kann man sich dann hierherstellen und die Behauptung aufrechterhalten, daß es in dieser Zeit eine konjunkturgerechte Budgetpolitik gegeben hat, wenn man in der Zeit der Hochkonjunktur derartige Defizite gebaut hat, die dann natürlich in der Folge, als es zur Rezession kam, notwendigerweise strukturell geworden sind. Denn das war ja nicht eine vorübergehende Injektion, die da 1975 und 1976 gegeben wurde, sondern es ist dabei geblieben. Auch heute befinden wir uns im Zeitalter einer Konjunktur, aber im Gegensatz dazu halten wir bei einem noch immer nicht bewältigten strukturellen Defizit.

Das zweite ist das Märchen von der Steuerquote. Wenn man natürlich nur einen Teil herausnimmt und die Steuern im engeren Sinn betrachtet, dann ist die Rechnung schon richtig. Wenn man aber den gesamten Anteil der öffentlichen Hand zugrunde legt, so zeigt sich eben, daß von 1971 bis jetzt die Steigerung von 36 auf 41 Prozent des Bruttoinlandsproduktes war.

Es ist daher eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Belastung der österreichischen Bevölkerung mit öffentlichen Abgaben in den

siebziger Jahren um ein Sechstel gestiegen ist, und das ist eine gewaltige Belastungszunahme.

Umsomehr ist natürlich die Fragestellung berechtigt, wie es nun eigentlich mit der Steuerreform aussieht. Es gibt hier die Steuerreformkommission, die der Herr Bundesminister für Finanzen im vorigen Jahr eingesetzt hat und die nicht so sehr daran leidet, daß sich die Österreichische Volkspartei fluchtartig daraus zurückgezogen hat, sondern vor allem daran, daß die Teilnehmerzahl verhältnismäßig groß ist — sie erreicht fast Kompaniestärke — und weiter daran, daß dort die Interessenvertretungen einen unheilvollen Einfluß ausüben, weil sie natürlich glauben, von ihrem Standpunkt aus berechtigt, jede Änderung verhindern zu müssen, soweit sie wirkliche oder vermeintliche Privilegien betrifft, und auch jede Änderung verhindern zu müssen, wo sie glauben, daß irgendeine andere Berufsgruppe mehr bekommen könnte, als ihr zusteht.

Das belastet natürlich die Arbeiten einer Steuerreformkommission sehr, und es ist zu befürchten, daß es nur zu kleinen Reformen auf diesem Wege kommen kann, zumindest ist das der derzeitige Eindruck.

Das österreichische Steuersystem bedarf aber einer grundlegenden Reform, von welcher Seite immer man es betrachtet. Bei der Umsatzsteuer ist diese Reform ja durchgeführt worden. Es wäre nur an der Zeit, die Erfahrungen seit Einführung des neuen Systems dazu zu benützen, um verschiedene Vereinfachungen und Veränderungen vorzunehmen. Diesbezügliche Vorschläge liegen vor.

Dringender aber und unvermeidlich ist eine grundsätzliche Ertragsteuerreform. Das derzeitige System entspricht nicht den wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten.

Ich möchte nur ein Beispiel anführen: Gerade mein Vorredner hat die Vorrangigkeit der Erhaltung der Arbeitsplätze herausgestellt, ein Prinzip, zu dem sich sicherlich alle drei Fraktionen dieses Hauses bekennen. Auf der anderen Seite besteuern wir die Arbeitsplätze in der Form der Lohnsummensteuer, sodaß ein Unternehmer, der eine neue Maschine kauft und dafür Arbeitskräfte reduziert, dadurch steuerlich besser dran ist, als wenn er diese Arbeitskräfte behielte, weil sich dadurch die Lohnsummensteuer reduziert. Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden.

Für den Steuerpflichtigen ist es vielfach ein Zufallsergebnis, was am Ende des Jahres herauskommt, wobei nicht verschwiegen werden darf, daß dieses Zufallsergebnis mit durchaus

Dr. Broesigke

legalen Mitteln vielfach sehr wohl gesteuert werden kann, was auf die Geschicklichkeit des Betreffenden ankommt. Wir glauben aber, daß diese Geschicklichkeit nicht der Maßstab für das Ausmaß der Besteuerung sein sollte.

Auf der anderen Seite sehen wir aus den Budgetziffern, daß der Staat keine steigenden Erträge aufweist. Während also der Steuerdruck bei der Bevölkerung im Laufe der Jahre von Jahr zu Jahr größer wird, nicht wesentlich, sondern unmerklich sich erhöht, ist auf der anderen Seite der Ertrag des Staates so ziemlich immer derselbe. Daß bei diesem System etwas nicht stimmen kann, liegt auf der Hand.

Von der Gleichheit entfernt sich das österreichische Steuerrecht immer mehr. Es wurde unlängst gefordert, daß ein gesonderter Tarif für die Dienstnehmer erstellt werden sollte.

Meine Damen und Herren! Diesen verschiedenen Tarif, wenn auch auf Umwegen, haben wir bereits in Österreich für die einzelnen Bevölkerungsgruppen. Es sind einmal die Landwirte, die hauptsächlich pauschaliert sind, dann sind die Gewerbetreibenden, die neben der Einkommensteuer noch die Gewerbesteuer haben, es sind die freien Berufe, die die Gewerbesteuer nicht haben, aber die Einkommensteuer, und es sind die Unselbständigen, die bestimmte Steuervorteile haben, als da ist der Sechstelbezug und der Dienstnehmerabsetzbetrag.

Es gibt also doch ohnehin die verschiedensten Formen der Besteuerung, und es haben sich diese Formen so weit auseinanderentwickelt, daß von einer Gleichheit der Besteuerung heute nicht im mindesten mehr die Rede sein kann.

Dazu kommt noch, daß die sozialistische Steuerpolitik von dem Gleichheitsgedanken dann beherrscht wird, wenn es um Steuerabzüge bestimmter Art geht. Wenn es dagegen um die Einnahmenseite geht, so finden wir die Anbetung der heiligen Progression, an der nicht das mindeste geändert werden darf, auch nicht in der Form breiter Proportionalbänder, wie wir Freiheitlichen sie seit eh und je gefordert haben.

Also Gleichheit auf der einen Seite, Verschärfung der Ungleichheit auf der anderen Seite.

Und schließlich noch etwas, woran das österreichische Steuerrecht krankt, das ist die Bedeutung der Rechtsform. Es ist nicht gleichgültig, in welcher Rechtsform ein bestimmter Betrag verdient wird. Ein wesentliches und verständliches Bestreben der Steuerpflichtigen, wieder mit legalen Mitteln, ist es, die Rechts-

form so gut zu wählen, daß man steuerlich am besten davonkommt.

Nun hat man, um den hier gegebenen Schwierigkeiten entgegenzutreten, seinerzeit das Strukturverbesserungsgesetz geschaffen, das ja auch immer wieder, zumindest zum Teil, verlängert worden ist. Ich glaube, daß man rückblickend sagen kann, daß damit keine endgültige Lösung des Problems zustande gekommen ist. Ich weiß, es handelt sich um eine heilige Kuh. Man hat immer in einer gewissen Andacht von den Wachstumsgesetzen gesprochen, auch in diesem Hause, und wie gewaltig die Auswirkungen dieser Wachstumsgesetze wären. In Wirklichkeit ist dadurch aber das Problem nicht gelöst worden.

Auch der Gesetzesname ist nicht ganz berechtigt. Es wurde zwar schon die Struktur verbessert, aber nicht, was man sich vielleicht darunter vorstellt, die wirtschaftliche Struktur, sondern es wurde eine Art von Steuerstruktur dadurch herbeigeführt, weil jedes Unternehmen natürlich das Bestreben hatte, jene Struktur anzunehmen, mit der es sich steuerlich die besten Möglichkeiten ausgerechnet hat. Daß diese beste Steuerstruktur nicht unbedingt die beste wirtschaftliche Struktur sein muß, liegt auf der Hand.

Aus diesem Grund werden wir nicht umhin können, früher oder später einen Weg zu suchen und zu finden, der es mit sich bringt, daß die Rechtsform für die Besteuerung keine Rolle spielt, damit nicht eine Unmasse von Arbeit, Scharfsinn, Überlegungen nur auf die an sich unproduktive Tätigkeit der Suche nach der geeigneten Rechtsform verwendet wird.

Dies könnte man auf die Weise bewerkstelligen, daß man entsprechend einem von der freiheitlichen Fraktion schon im Jahre 1972 vorgelegten Vorschlag eine Unternehmenssteuer, eine Betriebssteuer einführt — unter dem Namen Betriebssteuer ist diese Frage jetzt in der öffentlichen Diskussion —, die ohne Rücksicht auf die Rechtsform von dem Unternehmensertrag ausgeht, wobei auch des Problem des nicht entnommenen Gewinns, das ja niemals zufriedenstellend gelöst wurde, endlich einmal in einer zufriedenstellenden Art gelöst werden könnte.

Daher wird es nicht damit getan sein, wenn als Ergebnis einer Steuerreform einige neue Paragraphen hinzukommen, einige Änderungen durchgeführt werden, auf der anderen Seite aber das System, so wie es, glaube ich, im Jahre 1925, jedenfalls Mitte der zwanziger Jahre, eingeführt wurde, unverändert bleibt.

Dr. Broesigke

Ein weiteres Problem ist das der Bewertung, denn alle diese Steuerfragen hängen ja zum wesentlichen Teil mit dem Problem der Bewertung zusammen.

Das schon erwähnte Strukturverbesserungsgesetz diene ja vielfach nicht dem Ziel der Strukturverbesserung im Sinne einer Änderung der Rechtsform, sondern dem Ziel, bessere Abschreibungsgrundlagen zu bekommen. Es erhebt sich daher die Frage, ob der Herr Bundesminister für Finanzen nicht meint, daß es in Österreich hoch an der Zeit wäre, ein neues Schillingeröffnungsbilanzgesetz zu machen, so daß die Unternehmen die Möglichkeit hätten, ihre Anlagen zu bewerten, und zwar entsprechend den tatsächlichen Werten und nicht entsprechend den Werten der Jahre 1954 beziehungsweise 1955; einer Zeit, die schon ein Vierteljahrhundert zurückliegt.

Eine ganze Reihe von Schwierigkeiten sowohl der Steuerpflichtigen als auch der Finanzverwaltung beruht letzten Endes auf diesen Bewertungsproblemen, die dadurch gegeben sind, daß man starr an dem festhält, was damals als Wertgrundlage gegeben war.

Eine weitere Frage, die ich in den Raum stellen möchte: Beabsichtigt das Bundesministerium für Finanzen, auch im kommenden Jahr Steuererhöhungen durchzuführen? Es wurde in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen, daß eine solche Absicht bestünde. Ich glaube, es wäre erforderlich, daß das anlässlich der Diskussion über das Kapitel Finanzen im Plenum dieses Hauses vom Herrn Bundesminister für Finanzen gesagt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein weiteres Problem, auf das ich schon gestern eingegangen bin und das auch der Herr Kollege Mühlbacher in seiner Rede angeschnitten hat, ist jenes der Investitionsförderung. Der Herr Kollege Mühlbacher hat sich hier als Vereinfacher betätigt und die rhetorische Frage aufgestellt, ob man gegen all diese Förderungsmöglichkeiten und Aktionen sei, die derzeit bestehen. Das ist eine ewige Streitfrage. Hier liegt auch die Differenz in den grundsätzlichen Auffassungen der Wirtschaftspolitik.

Mein Fraktionskollege Stix hat hier schon die Antwort darauf gegeben. Er hat gesagt, weil so viel weggesteuert werde, müsse man im Endergebnis, um die katastrophalen Folgen der Besteuerung teilweise zu lindern, wieder fördern. Aber das Ideal wäre sicherlich, eben den einzelnen Unternehmen so viel Geld zu belassen, daß sie sich aus eigenem helfen können und gar nicht der Förderung bedürfen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesen Bereich gehört ja auch, wenn sowohl Dr. Tull als auch Mühlbacher hier deponiert haben, daß Sie für eine Einschränkung der indirekten Förderung, also einer Förderung über steuerliche Maßnahmen sind und zur direkten Förderung übergehen oder zumindest diese Tendenz verstärken wollen. Das ist natürlich etwas, was weiter in den Bereich der Umverteilung hineinführt. Ich glaube, daß jeder sagen muß, daß wir in Österreich mit der Umverteilung bereits an der Grenze sind. Natürlich sagt man bei Förderungsmaßnahmen, daß der Teufel im Detail stecke. Aber ich glaube, daß hier schon des Teufels Großmutter aus dem Gesamtkonzept herauschaut.

Noch einige Bemerkungen zum 2. Abgabenänderungsgesetz. Auch hier hat es Herr Kollege Mühlbacher so dargestellt, als ob dieses 2. Abgabenänderungsgesetz aus außenwirtschaftlichen Gründen erforderlich gewesen wäre. Das war es sicherlich in einigen Teilbereichen. Er würde mir aber, wenn er da wäre, keine Antwort geben können auf die Frage, was eigentlich die Kürzung der Rücklage für die Abfertigungen mit außenwirtschaftlichen Dingen zu tun gehabt habe. Das ist doch ein ganz anderer Bereich, und er war auch in jenem 2. Abgabenänderungsgesetz enthalten. Wir bedauern feststellen zu müssen, daß man zwar im Bereich der Kraftfahrzeuge, wo ein gewisser außenwirtschaftlicher Zusammenhang mit der gestrigen Beschlußfassung besteht, eine Verbesserung herbeigeführt hat, es aber ablehnte, im Bereich der Abfertigungsrücklage eine Verbesserung durchzuführen, obwohl man in der Zwischenzeit die Rechtslage bezüglich der Abfertigungen verändert hatte.

Das sind eben diese Punkte — ich muß das heute noch einmal sagen —, wo die Finanzpolitik und die Sozialpolitik einfach nicht zusammenpassen, wo man sagen müßte, daß zwischen Sozialminister und Finanzminister ein unlösbarer Widerspruch besteht.

Ich komme nun zu einem anderen Kapitel, und das ist das Problem der Zahlen, die sich in diesem Budget befinden. Ich habe schon im Ausschuß darauf verwiesen, daß beim Familienlastenausgleichsfonds beachtliche Differenzen im Voranschlag und im Rechnungsab-schluß bestehen. Diese Differenzen betragen im Jahre 1972 695 Millionen Schilling, 1973 1 338 Millionen Schilling, 1974 1 872 Millionen Schilling, 1975 1 399 Millionen Schilling, 1976 916 Millionen Schilling, 1977 1 474 Millionen Schilling und 1978 4 566 Millionen Schilling.

Das kann man nicht allein mit Änderungen der Rechtslage, die da und dort eingetreten sind, erklären, sondern das sind einfach un-

Dr. Broesigke

richtige Einschätzungen, die dem Budget zugrunde liegen. Man könnte in anderen Bereichen auch anführen, welche Einschätzungen bedenklich sind. Ich will aber nur an diesem Beispiel aufzeigen, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn der Rechnungsabschluß oft ein völlig anderes Bild ergibt, als wir es in dem beschlossenen Budget vorfinden.

Im Jahre 1979 sind über 3 Milliarden Schilling Abgang budgetiert. Eine Summierung der vom Herrn Minister monatlich bekanntgegebenen Einnahmen und Ausgaben ergibt für die ersten neun Monate des heurigen Jahres Einnahmen von 20,7 Milliarden Schilling und Ausgaben von 20,2 Milliarden Schilling, somit einen Überschuß von 434 Millionen Schilling. Wenn man annimmt, daß es im restlichen Jahr so weitergeht, dann wird der Überschuß 578 Millionen Schilling ausmachen statt 3 Milliarden Schilling Abgang. Das sind immerhin sehr beträchtliche Fehlschätzungen.

Ebenso kann man sich schon heute für 1980 ausrechnen, daß die veranschlagten Beträge nicht stimmen können. Es sind die Familienbeihilfen mit 23,4 Milliarden Schilling um rund 2 Milliarden Schilling oder 9,3 Prozent höher budgetiert als 1978. Erhöht wurden sie gegenüber dem Stand vom 1. 1. 1978 um 30 S. Diese 30 S entsprechen einer Steigerung von ungefähr 3 Prozent.

Wenn man also zu den Familienbeihilfen 1978 3,4 Prozent hinzurechnet, ergeben sich 22,1 Milliarden Schilling. Das ist ein Betrag, der um 1,3 Milliarden über dem 1978 budgetierten liegt, wobei bei dieser Rechnung noch der Rückgang der Zahl der Beihilfenberechtigten unberücksichtigt ist. Die Schätzung, Frau Staatssekretär, ist also falsch.

Und ich glaube, es wäre doch erste Notwendigkeit zu versuchen, im Rahmen eines Staatsvoranschlages zu einigermaßen haltbaren Ziffern zu kommen. Es ist dem Hohen Haus eigentlich nicht zuzumuten, daß sich am Schluß im Rechnungsabschluß herausstellt, es war eben anders.

Sicherlich war es anders, aber es ist immer die Frage, ob man es vorhersehen konnte, daß sich andere Ziffern ergeben, oder ob das durch irgendwelche Entwicklungen im Lauf des Jahres geschehen ist.

Ich glaube, anhand dieser Ziffern gezeigt zu haben, daß es sich hier nicht um die Frage kommender Entwicklung gehandelt hat, auch nicht in der Vergangenheit, sondern daß hier effektive Fehleinschätzungen vorliegen, wobei ich natürlich nicht überprüfen kann, wie es zu diesen Fehleinschätzungen gekommen ist.

Ich würde aber doch glauben, daß allgemein an diejenigen, die das Budget erstellen, der

Wunsch gerichtet werden müßte, es sorgfältiger den Erwartungen, wie man sie abschätzen kann, anzupassen, als es derzeit geschieht, wie an diesem Beispiel gezeigt wurde.

Nun noch ein weiteres Problem, das ist das Haushaltsrecht. Ich stimme meinem Vorredner, dem Abgeordneten Sandmeier, durchaus zu in diesen Punkten, die er da aufgezählt hat, die in einem neuen Haushaltsrecht verankert werden müßten. Ich glaube allerdings, daß es sich hier um ziemlich selbstverständliche Dinge handelt, die nicht bestritten sein dürften. Ich sehe die Problematik des neuen Haushaltsrechts in drei Punkten:

Erstens einmal, daß es überhaupt zustande kommt, denn ich möchte in Erinnerung zurückrufen, daß die Schaffung des neuen Haushaltsrechts ein Punkt der Budgetvereinbarung von 1970 gewesen ist. Es ist daher schon ein langjähriges Jubiläum, das wir heute feiern, allerdings ein Jubiläum ohne Haushaltsrecht. Also zu feiern gibt es nichts, sondern es gibt nur zu bedauern, daß das im Laufe der Jahre nicht zustande gekommen ist, obwohl in verschiedenen Fällen vom Bundesministerium für Finanzen ohneweiters zugestanden werden müßte, daß es Konflikte und Auseinandersetzungen in der Vergangenheit nicht gegeben hätte, wenn rechtzeitig ein zufriedenstellendes Haushaltsrecht geschaffen worden wäre.

Die Problematik, die zum Haushaltsrecht gehört, liegt darin, daß das Parlament naturgemäß darauf bestehen muß, daß seine Kontrollrechte ausgebaut und nicht eingeschränkt werden, vor allem in Form einer begleitenden Kontrolle, und daß auf der anderen Seite eine gewisse Elastizität eine unbedingte Notwendigkeit gerade in der heutigen Zeit darstellt.

Beiden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen wird natürlich schwierig sein, man muß aber die Arbeiten trotz aller Schwierigkeiten in Angriff nehmen. Ich hoffe, daß nach Vorliegen einer Regierungsvorlage und weiters nach Einsetzung eines Unterausschusses vielleicht im kommenden Jahr doch eine Regelung in diesem wichtigen Bereich erfolgt.

Ich möchte nun zusammenfassen: Mein Vorredner Dr. Tull hat das Scheitern der Bemühungen des Finanzministers offen zugegeben. Er hat es zwar in seiner üblichen Jubelstimmung und Lobesgesinnung gemacht, indem er alles gutgeheißen hat. Er mußte aber zugeben, daß es nicht gelungen ist, das Budgetdefizit in jenem Umfang zu verringern, der von Fachleuten für notwendig bezeichnet wurde. Zwar ist eine Reduzierung auf 3,1 Prozent erfolgt, aber die gewünschte Reduzierung auf 2,5 Prozent bleibt weiter nur ein Ziel, das

Dr. Broesigke

nicht erreicht werden konnte, trotz beträchtlicher Lasten, die mit diesem Budget der Bevölkerung zusätzlich auferlegt werden.

Dies, meine Damen und Herren, ist der Grund, warum wir Freiheitlichen unsere Zustimmung nicht geben können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Mit der Beschreibung der Weinkenner könnte man ökonomisch gesehen das Jahr 1979 mit Recht als einen großen Jahrgang bezeichnen. Es verbinden sich ein hohes Wachstum, eine Rekordbeschäftigung, eine extrem niedrige Arbeitslosenrate mit dem höchsten Maß, das in diesem Jahr ein Land an Stabilität verbinden konnte, und es wird ein wesentlich günstigeres Leistungsbilanzergebnis erreicht worden sein als erwartet.

Nichts macht deutlicher das Ergebnis als ein Vergleich mit der Prognose vom Dezember des Vorjahres: Damals wurden 3 Prozent Wachstum erwartet, erreicht über 5 Prozent, Arbeitslosenrate 2,4 befürchtet, tatsächlich 2,0 eingetreten, das bereinigte Leistungsbilanzdefizit wird etwa die Hälfte der damaligen Voraussage erreichen. Wie gesagt, die Preissteigerungsrate ist die niedrigste unter den Industriestaaten, wengleich auch uns hier die Auswirkung der um 60 Prozent höheren Ölpreise trifft und sich bemerkbar macht. Der November-Index ist heute mit 4,5 Prozent bekannt geworden.

Ich glaube, daß dies ein erfreulicher und erfolgreicher Abschluß, im übrigen eines ganzen Jahrzehnts, der siebziger Jahre, unter zum Teil schwierigsten Bedingungen ist. Es widerlegt einmal mehr die ständigen falschen Propheten und ihre Prophezeiungen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Es ist bei diesem Ergebnis bei allen zu beachtenden Risiken, die vor uns liegen, eine nicht ungünstige Ausgangslage für 1980 gegeben.

Was die Aussichten auf das kommende Jahr anlangt, geht man sicherlich nicht fehl mit der Feststellung, daß Voraussagen bekanntlich an sich schwierig sind, vor allem dann besonders, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Das trifft nun wirklich im besonderen auf das Jahr 1980 zu, und zwar aus weltpolitischen Gründen, damit unmittelbar oder auch nur direkt zusammenhängenden ökonomischen Erwägungen. In der Tat: Die Ungewißheit ist besonders groß, was die Einschätzung des kommenden Jahres betrifft, die Gefahren und Risiken sind

beachtlich, und es liegt auf der Hand, daß das unmittelbar und in erster Linie mit der Ölsituation zusammenhängt.

Dies ist auch der Grund, warum vor allem die internationalen Organisationen von dem eher pessimistischen Szenario ausgehend sehr pessimistisch sind, die nationalen Konjunkturinstitute dies zu einem geringeren Ausmaß so beurteilen und zum Unterschied oder geradezu in Umkehrung dieser Verhältnisse im Vergleich zu 1974/75 die Wirtschaft selbst die Lage freundlicher und optimistischer beurteilt, wie auch der Präsident der Bundeswirtschaftskammer das heute in seiner Rede deutlich gemacht hat, wie das durch Umfragen gedeckt ist und wie es sich auch in den Auftragsständen und in den Auftragseingängen noch immer niederschlägt. Jedenfalls ist Vorsicht geboten.

Vielleicht haben nach dem Kollektivirrtum seitens der Prognoseinstitute von 1974 auf 1975 diese nun eine verständliche Neigung zur Übervorsicht. Jedenfalls wird die Dezemberprognose, sowohl was Wachstum als auch was Teuerung anlangt, ungünstiger ausfallen als noch die Septemberprognose.

Ich möchte gar nicht auf die Zahlen eingehen, weil ich meine, daß deren Unsicherheitsfaktor sehr groß ist, sondern versuchen, das verbal auszudrücken.

Sicherlich müssen wir mit einer hoffentlich nur leichten Abschwächung des Wachstums rechnen. Es sollte dabei möglich sein, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

Es wird sicherlich einen Anstieg der Teuerung geben, und das alles wird auch seine Auswirkungen auf die Außenwirtschaftssituation haben, nicht zuletzt deshalb, weil man damit rechnet, daß, in realen Zahlen ausgedrückt, das Wachstum des Welthandels von 6 Prozent im heurigen Jahr auf 4 Prozent im kommenden Jahr — um ein Drittel also — zurückgehen wird.

Es gibt aber eine Reihe von Gründen — nicht zuletzt unsere Hartwährungspolitik, die damit erzielte Stabilität und die darauf aufbauenden einkommenspolitischen Entscheidungen, die schon erwähnten Auftragsstände und Auftragsengänge, eine gewisse Belebung in der Industrie, die sich auch wieder in einer Zunahme der Beschäftigten dort niedergeschlagen hat, eine Reihe von Einzelprojekten, die große Investitionen umfassen werden —, um doch davon ausgehen zu können, daß es insgesamt keine schlechte Konjunktur werden muß; alles allerdings mit den vor allem weltpolitisch bedingten Unsicherheitsfaktoren.

Vizekanzler Dr. Androsch

Vor allem wird es aber unsere Aufgabe sein — und eine ganze Reihe von Maßnahmen, darunter Unterlassungen, waren darauf abgestellt —, die Stabilitätserfolge abzusichern und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Wenngleich wir durch die schon erwähnte und die uns unter Umständen noch ins Haus stehende Ölteuerung im kommenden Jahr über einige Monate — vor allem jene, die im heurigen Jahr besonders günstig waren, nämlich Mai, Juni — über 5 Prozent kommen werden, werden wir doch bemüht sein, insgesamt ebenso deutlich wie möglich unter 5 Prozent im Jahresschnitt zu bleiben, was bedeuten würde, daß wir auch im kommenden Jahr wieder eines der preisstabilsten Länder bleiben.

Das ist der kurzfristige Aspekt. Aber die Unsicherheitsfaktoren haben einen längeren Zeithorizont. Hier ist in erster Linie zunächst die Abhängigkeit der Industriestaaten vom Öl zu nennen. Der größte Unsicherheitsfaktor ist die Bedrohung der mengenmäßigen Versorgung. Es liegt auf der Hand, daß alle Prognosen nicht zutreffen könnten, wenn diese nicht gegeben ist. Aber wenn das vermieden werden kann, was zu hoffen ist, dann werden die Preisauswirkungen jedenfalls im Index, in der Leistungsbilanz und in der Kostenstruktur zu spüren sein. Ich glaube, daß für alle Industriestaaten — aber ganz sicher auch für Österreich — die Aufgabe darin bestehen muß, eine Verringerung dieser Abhängigkeit durch eine bessere Effizienz der Nutzung dieses sehr wichtigen „Schmiermittels“ unserer Wirtschaft — im bildlichen Sinn gesprochen — zu erreichen. Dazu gehört ein geordneter Rückzug aus dem Öl.

Das wird nur zu erreichen sein, indem wir aus dieser Situation — ich verwende das Wort ungenau, aber in diesem Zusammenhang scheint es mir notwendig zu sein —, indem wir aus dieser Energie-, dieser Ölkrise einen „Markt“ in der Form machen, daß wir trachten, alles einzusetzen, die Energieproduktivität zu erhöhen.

Das ist nur mit entsprechenden energiebezogenen Investitionen zu erreichen, die aber Auslandsnachfrage und Zahlungen an das Ausland durch Inlandsnachfrage ersetzen können, was gleichzeitig bedeutet, daß dieser Bereich die größte Beschäftigungsreserve darstellt, die wir für die nächsten Jahre haben, die sich aus den Ersparnissen aus höherer Produktivität, höherer Effizienz relativ kurzfristig auch zu finanzieren vermag. Angesichts des steigenden Arbeitskräftepotentials werden wir das auch brauchen. Zugleich ist es eine der größten Innovationsreserven. Darauf ist das Energieprogramm der Regierung abgestellt.

Es hat gestern noch in hohem Maße Übereinstimmung über eine ganze Reihe von gesetzlichen Maßnahmen — Förderungsmaßnahmen vor allem — hier in diesem Hohen Haus gegeben. Sicherlich sind weitere Maßnahmen notwendig. Wir haben mit diesen Förderungsmaßnahmen vielleicht den weicher und leichter zu bearbeitenden Teil des Gesteins durchbohrt, und jetzt kommen härtere Schichten.

Es gibt von der Internationalen Energieagentur Plafonds. Wir sollten vielleicht überlegen und trachten, sogar unter diesen Plafonds oder den uns zugefallenen zu bleiben. Dabei wird der Preis sicherlich eine regulierende Rolle spielen müssen. Es ist dies ein Indikator für die Knappheit, und es ist dies die Voraussetzung, daß die Energieproduktivität erhöht wird, indem sich bestimmte dazu geeignete Investitionen rechnen und rentieren. Allein wird das aber sicherlich nicht gehen, und das Dilemma ist sicherlich in Richtung Stabilitätserfolge gegeben.

Wir werden zusätzliche Aufklärung brauchen, Empfehlungen, Förderungen und damit verbundene Richtlinien, sicherlich aber gelegentlich auch Gebote und allenfalls sogar Verbote, denn viel Zeit ist den Industriestaaten nicht gegeben.

Neben diesen Strukturaufgaben, von denen ich gesprochen habe, sind andere im Wirtschaftsbereich schlechthin und im Industriebereich im besonderen zu nennen, etwa in der Richtung, daß es zu keiner Entindustrialisierung kommen dürfte, sosehr Strukturveränderungen- und anpassungen manche Branchen, manche Betriebe betreffen, aber andere Möglichkeiten gegeben und genutzt werden sollen.

Dies trifft nicht nur auf die Großbetriebe zu, sondern auch auf die die österreichische Wirtschaftsstruktur kennzeichnenden Klein- und Mittelbetriebe. Darauf, Hohes Haus, sind seit Jahren und ganz sicherlich seit 1970, als man die nicht mehr funktionstüchtige Bürges wieder flottgemacht hat, die Förderungen abgestellt.

Wir haben nicht nur vor, General Motors oder BMW zu fördern, um einige Beispiele zu nennen, sondern es gibt auch die Papierförderung, die Förderung für die Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie, es gibt die Existenzgründungsförderung und das große Förderungspotential für den Fremdenverkehr, wovon ja wohl in den letzten Jahren reichlich Gebrauch gemacht wurde (*Beifall bei der SPÖ*), ganz zu schweigen davon, welch großes Förderungspotential die verschiedenen steuerlichen Maßnahmen beinhalten, was ja soweit geht, daß durch die Freigrenze bei der Gewerbeertragsteuer und die Freibeträge von kosten-

Vizekanzler Dr. Androsch

abhängigen oder -bezogenen Abgaben wie den Dienstgeberbeitrag für den Familienlastenausgleichsfonds oder die Lohnsummensteuer eine ganz große Zahl von Kleinstbetrieben nahezu völlig von der Steuer entlastet worden ist, dies gerade in den letzten Jahren. Dieser Umstand widerspricht ja gewissen in die andere Richtung deutenden Behauptungen.

Nun noch eine Bemerkung zum Budget oder zur Budgetentwicklung.

Es gab nun einmal nachweislich — ich darf mir die Wiederholung der Zahlen aus Zeitgründen ersparen und auf die Unterlagen verweisen — eine Phase, 1970 bis 1974, in der es eine deutliche Verbesserung gegeben hat. Niemand leugnet eine zweite Phase deutlicher Verschlechterung: von 1975 im wesentlichen bis 1978. Aber es ist ebenso wenig zu bestreiten, daß dies wesentlich dazu beigetragen hat, in diesen schwierigen Jahren die Situation zu erreichen, die wir erreichen konnten, und das hat insbesondere geheißen, in diesen Jahren der Weltrezession, der weltwirtschaftlichen Krise in Österreich die Vollbeschäftigung zu erhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Immerhin ist seither die Neuverschuldung auch von 4,6 auf 3,8 Prozent im heurigen Jahr zurückgegangen, nicht dramatisch, aber immerhin zurückgegangen.

Hier muß man wohl auch berücksichtigen, daß zwei große Betriebe im Budget kameral inkludiert sind. Würden sie wie jeder andere Betrieb bilanzieren und entsprechend finanzieren, dann wäre die Quote, die das Budget betrifft, weit unter 2 Prozent.

Wenn man in diesem Zusammenhang den Schuldenberg — offenbar muß man hier aber auch die Länder und die Gemeinden nennen — anführt und meint, er müsse beseitigt werden, dann muß man konsequenterweise sagen: Es muß aber auch der Sparberg beseitigt werden. Denn nur dann geht das kreislaufmäßig. Wenn man den Sparberg will, dann kann man nicht das andere verlangen, sonst wird das Sparen sinnlos, und man kann nicht verlangen, den Schuldenberg abzubauen, und gleichzeitig sagen: Durch zusätzliche Budgetmittel soll der Sparberg noch größer werden, aber er soll dann nicht verwendet werden. Das ist in sich nicht logisch und würde auch zu katastrophalen ökonomischen Ergebnissen führen.

Daher auch noch einmal meine Feststellung: Ich bestreite gar nicht, daß es eine Obergrenze der Verschuldung gibt, aber es gibt wohl auch eine Untergrenze, die zu unterschreiten, wie gesagt, ebenfalls gefährlich wäre.

Wir haben jetzt eine dritte Phase eingeleitet: den Budgetspielraum im Sinne des Aus-

maßes der Neuverschuldung, also der Inanspruchnahme dieses Sparberges auf 3,1 Prozent zu verringern und damit einen wesentlichen Schritt dem Ziel näherzukommen, das Professor Seidel im vergangenen Jahr in seinem Gutachten mit 2,5 Prozent empfohlen und damit die erwähnte Untergrenze etwas quantifiziert hat.

Wir hätten eine weitergehende Verbesserung erreichen können, wenn man gewisse dafür bereits sozusagen heranstehende Tarife, Gebühren oder wertbezogene Steuern erhöht hätte. Aber wir haben darauf verzichtet, weil sich dies erst recht im Index auswirken hätte müssen. Vor diese antagonistischen Ziele: Budgetverbesserung auf der einen Seite und Absichern der Stabilitätsfolge auf der anderen Seite, gestellt, haben wir aus guten Gründen, wie ich meine, für letzteres entschieden, um auch die Einkommensrunde von dieser Seite her zu rechtfertigen und abzusichern.

Ich sehe also kurzfristig zwei Hauptprobleme: daß wir die Außenwirtschaftssituation nicht aus dem Auge lassen dürfen und daß wir auf der anderen Seite auch die Stabilitätsentwicklung nicht aus dem Auge lassen dürfen, wegen all der einkommenspolitischen und damit zusammenhängenden kostenmäßigen Konsequenzen, von denen unsere weitere Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit abhängen wird.

Hier, Herr Abgeordneter Sandmeier, möchte ich doch sagen — ich bitte Sie, mir das nicht zu verübeln —: Was soll es eigentlich, wenn man sagt: Das Defizit ist zu hoch, in Dutzenden Beiträgen jedoch meint, aber die Ausgaben müßten da und dort größer sein!? *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Natürlich. Sie haben gesagt: Warum machen wir nicht mehr für die Mindestrentner? Wir hätten schon gerne mehr gemacht, obwohl es hier eine Steigerung ab 1. Jänner, ich glaube, im Ausmaß von 5,6 Prozent, gibt. Aber das hätte zu Dutzenden Millionen Schilling Mehrausgaben geführt. Man hat also Mehrausgaben auf der anderen Seite und Mindereinnahmen auf der dritten Seite verlangt.

Sie sind mir nicht böse, wenn ich sage: Das ist ein Widerspruch, der sich nicht auflösen läßt. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Es ist nicht nur eine Frage des Bundes, sondern es ist wohl auch der Umstand zu beachten, daß der Finanzminister, der Bund, für die Länder und die Gemeinden die Mittel einhebt, die sie sicherlich auch dringend brauchen. Es hat doch eigentlich wenig Sinn, wenn man im eigenen Gemeindebereich Wein trinkt und

Vizekanzler Dr. Androsch

hier Wasser predigt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Sie sind alle schon beim Wassertrinken!*)

Das scheint mir doch ein großer Widerspruch zu sein. Das ist sicherlich keine Alternative und auch keine Leitlinie, sondern nicht mehr und nicht weniger als ein Widerspruch, allerdings einer, wo in stereotyper Wiederholung Behauptungen aufgestellt werden, fernab der tatsächlichen Entwicklung, und gleichzeitig Fehl- und Falschprognosen repetiert werden. Das ist weder Ausdruck von besonderer Realitätsbezogenheit noch von reicher Phantasie, schon gar nicht aber eine sinnvolle anwendbare Alternative.

Ich gebe aber zu, daß diese Wiederholungen dafür allerdings die beruhigende Wirkung haben, die man allenthalben tibetanischen Gebetsmühlen zuschreibt. So haben dies offenbar auch die Wähler in Österreich empfunden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte ganz kurz auf zwei Anfragen des Herrn Abgeordneten Broesigke hinweisen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in einer Zeit relativ höchster Stabilität eine Schilling-eröffnungsbilanz vornimmt, etwas, was nur in Zeiten einschneidender Währungsumstellungen zu rechtfertigen und notwendig ist.

Zum zweiten scheint mir das umso weniger erforderlich zu sein, als ja partiell der Artikel III des Strukturverbesserungsgesetzes gewisse Möglichkeiten in dieser Richtung gegeben hat.

Es kommt aber in diesem Wunsch noch etwas anderes zum Ausdruck: daß in der Tat unsere Bilanzen die Realität nicht sehr widerspiegeln, da jedenfalls die Einrichtung der vorzeitigen Abschreibung, also der damit verbundenen Bewertungsfreiheit, natürlich ein beträchtliches Maß, zeitlich und branchen- und betriebsbezogen unterschiedlich, ein hohes Maß an Bildung stiller Rücklagen erlaubt.

Aber ich meine im übrigen, daß die statische Betrachtung hier ohnehin nicht das Problem ist, sondern vielmehr die dynamische, und diese ist vom Liquiditätsfluß abhängig und nicht von der konkreten Bilanzstruktur: ohne daß ich diese völlig vernachlässigen möchte, aber im einzelnen das noch auszuführen, würde zu weit führen.

Hohes Haus! Lassen Sie mich zum Schluß kommen und zusammenfassen:

Ich meine, die Ergebnisse der siebziger Jahre können und sollen uns jene Zuversicht geben, die wir brauchen, die sicherlich schwierigeren achtziger Jahre zu meistern, und gleichzeitig den Mut dazu, jene Entscheidungen zu treffen, die erforderlich sind, dieses Ziel zu

erreichen. Ich sehe darin bei allen unterschiedlichen Aufgaben und Auffassungen eine gemeinsame Aufgabe. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Taus** (OVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers eingehen. Lassen Sie mich aber zunächst einmal nur zu einer Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tull Stellung nehmen.

Er hat, wie das bei vielen sozialistischen Rednern üblich ist, etwas zitiert, was falsch ist und ich nicht im Raume stehen lassen will. Er hat erwähnt, daß sich der ehemalige Handelsminister und langjährige Abgeordnete dieses Hauses Mitterer einmal dahin gehend geäußert haben soll, daß er kein Freund der Vollbeschäftigung sei, daß er die Auffassung vertrete, daß ein bißchen Arbeitslosigkeit nicht schade.

Ich möchte hier, um der Wahrhaftigkeit das Wort zu reden — vor allem der Herr Abgeordnete Tull hat hier sehr oft von Wahrhaftigkeit gesprochen —, nur eines sagen — Sie können da ja selber nachschauen —: Der Generaldirektor der Nationalbank Dr. Kienzl hat in einer Fernsehdiskussion vor fünf oder sechs Jahren — ich sage dies, weil Sie diese Dinge immer wieder hier aufwärmen — deutlich und dezidiert gesagt, daß Mitterer diesen Ausspruch nie getan habe.

Da Mitterer sich nicht verteidigen kann, weil er nicht mehr hier im Hohen Haus sitzt, glaube ich, ist es ein Gebot der Fairneß, einem Mann nicht ununterbrochen Dinge in die Schuhe zu schieben, die er nicht getan hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das soll für Sie genauso gelten, wie das auch für uns gelten soll.

Ich glaube, es sollte hier endlich einmal Einigkeit darüber herrschen, daß man in Sachen der Vollbeschäftigungspolitik zwar unterschiedlicher Auffassung sein kann, wie man sie erreicht — das gebe ich Ihnen durchaus zu —, daß aber das Ziel, daß alle Menschen Arbeit und Brot haben sollten, doch — jetzt beziehe ich alle Fraktionen dieses Hauses ein — bei allen Fraktionen ein unwidersprochenes ist. Es braucht kein Mensch mehr zu sagen, daß Vollbeschäftigung etwas ist, das die einen mehr und die anderen weniger wollen. Niemand will es mehr und niemand will es weniger. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun aber zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers. Seine Feststellung, daß wir

Dr. Taus

seit etwa drei Jahren eine gute Konjunktur haben, ist unwidersprochen. Es ist uns in Österreich Gott sei Dank gelungen — und das muß man hier einfach feststellen —, die gute Konjunktur, die letztlich alle mitteleuropäischen Staaten gehabt haben, mitzunehmen. Das ist für uns ein sehr erfreuliches Faktum, und niemand spricht hier ein Wort gegen die Tatsache, daß wir eine gute Konjunktur gehabt haben. Wir sind sehr froh darüber und hoffen, daß wir bei allen Schwierigkeiten, die kommen werden, vielleicht noch eine Zeitlang eine akzeptable Konjunktur mitnehmen können.

Es hat auch niemand in diesem Hause — jedenfalls niemand von meiner Fraktion — jemals geleugnet, daß wir eine gute Konjunktur haben und daß die österreichische Wirtschaft diese Konjunktur recht gut — soweit es eben im Rahmen der gegebenen Verhältnisse möglich gewesen ist — ausgenützt hat. Gott sei Dank haben wir das fertiggebracht! Hätten wir es nicht fertiggebracht, würden wir in einer viel schwierigeren Lage sein. Es hätte die ganze Politik und hätten alle Bemühungen der Regierung nichts genützt, wenn in den Unternehmungen die Konjunktur nicht mitgenommen worden wäre. Ich bitte, auch das einmal festzuhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber nun vielleicht ein Punkt, der — ich glaube jedenfalls, ich habe Sie so richtig verstanden — wichtig ist für uns für die nächsten Jahre. Sie haben, wenn ich das richtig mitgekriegt habe, von einer Gegnerschaft zu einer Entindustrialisierung gesprochen. Ich bin hier durchaus Ihrer Meinung. Ich bin der Auffassung, daß wir in Österreich — und wir haben das ja oft genug gesagt — eine richtige, neue Industrialisierungswelle brauchen.

Ich möchte das auch in Zahlen zu fassen versuchen. Ich glaube, daß man in den nächsten vier bis fünf Jahren im Bereich der Industrie wieder etwa 30 000 Arbeitsplätze, die wir in den letzten Jahren dort verloren haben, durch neue Investitionen zurückgewinnen sollte. Wir haben ja bekanntlich einmal rund 680 000 Industriebeschäftigte gehabt, und jetzt sind es ungefähr 625 000. Das ist also meine Meinung: Ungefähr 30 000 sollte man zurückgewinnen. Wir glauben, daß es vernünftig wäre, das zu tun, und wir sehen auch Chancen, daß es möglich ist, das zu tun.

Aber nun ein wesentlicher Punkt dazu. Das erste: Ich bin überhaupt nicht dagegen, daß Großprojekte gefördert werden. Ich habe das verschiedentlich gesagt. Ich bin überhaupt nicht dagegen, daß Multis in Österreich gefördert werden, ich bin gar nicht da-

gegen. Ich bin auch nicht dagegen, daß man bei manchen Projekten, wie ich glaube, recht tief in die Tasche gegriffen hat und recht freigiebig gewesen ist.

Ich möchte eine Feststellung treffen — man möge mir das nicht als Überheblichkeit auslegen —: Wenn man jemand eineinhalb Milliarden Schilling schenkt, dann ist er durchaus in der Lage — ich traue mir das selber auch zu —, dafür 2 000 sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Ich finde, das können viele. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich möchte hier einen Punkt in den Vordergrund rücken, der ein Vorschlag ist, den man zur Diskussion gestellt hat.

Sie selber haben in Ihrer Budgetrede — ich habe sie mir herausgenommen — darüber gesprochen — ich halte das auch für richtig —, daß eben nun neue technologische Entwicklungen in die Wirtschaft hineinkommen. Sie haben die Mikroelektronik angezogen, Sie haben die Mikroprozessoren angezogen, die ein Teil dieser Mikroelektronik sind.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit diesen Ausführungen folgendes sagen. Es nützt uns sehr wenig, ob das nun Mikroelektronik ist, ob das energiesparende Investitionen sind, nämlich die Produktion von energiesparenden Techniken, wenn wir immer darüber reden und immer wieder sagen, daß diese Technologien für Österreich wichtig sind.

Mir geht es hier um eine ganz andere Frage und um ein ganz anderes Problem. Mir geht es darum, daß man in Österreich in viel stärkerem Maße als bisher versucht, daß auch in Österreich derartige Technologien angewendet werden.

Ich gehe hier noch einen Schritt weiter. Ich bin der Auffassung, daß wir in Österreich Produktionen auf dem Gebiet — ich nenne halt einmal die beiden, es gibt auch andere — der Mikroelektronik und der energiesparenden Produktionen aufziehen sollten.

Ich gehe aber nicht so weit, daß ich mich hierher stelle und dafür eine neue Förderung verlange. Das ist immer das Einfachste, obwohl ja, wie gesagt — ich möchte auf dieses Problem noch zu sprechen kommen —, die unterbrochene Anführung von Förderungen auch sehr tief blicken läßt, wenn man sich damit etwas näher beschäftigt.

Aber ich möchte in diesem Bereich, vor allem bei der Mikroelektronik und auch bei den energiesparenden Investitionen, doch einen Gedanken hier in den Raum stellen. Andere Länder sind in diesen Bereichen schon ziemlich weit gekommen, aber wir in Öster-

Dr. Taus

reich nicht. Das weiß jeder, der sich mit diesen Fragen auseinandersetzt.

Es ist aber meiner Meinung nach zwingend notwendig, daß man auch in unserem Land, und zwar, wenn möglich, auch durch österreichische Unternehmungen, die Chancen verbessert, daß man mit derartigen Produktionen — ich habe einmal zwei Bereiche hier genannt — beginnt.

Ich bin der festen Überzeugung, daß man so etwas tun sollte, und ich möchte auch einen Vorschlag machen. Ich bin jetzt nicht der Meinung, daß man hier wieder mit der Förderungsgießkanne durch die Landschaft laufen soll, aber ich kann mir durchaus vorstellen, daß man in etwa der Richtung nach folgendermaßen vorgeht:

Wenn irgendeiner mit einer solchen Produktion beginnen will, dann soll er die Chance kriegen, daß er bis zu einem bestimmten Prozentsatz — ob das 50 Prozent, 20 oder 30 Prozent sind — eine Beteiligung der öffentlichen Hand, zumindest für eine Zeitlang für eine solche Produktion haben kann. Wenn er diese Beteiligung für eine Zeitlang haben könnte, dann besteht die Chance — natürlich ist ein Risiko dabei, er selber muß auch Risikokapital dazu einbringen —, daß wir in Österreich endlich einmal — ich möchte meinen: sogar systematisch — mit solchen Produktionen beginnen können. Sowohl die intellektuelle als auch die industrielle Kapazität ist ja in diesem Lande vorhanden, wir müssen sie nur nützen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang ein weiterer Punkt. Da kann man sagen: Was redet man denn hier, das ist doch eine Domäne der Großen, das ist eine Domäne der großen internationalen Konzerne, und die Kleinen, die Mittleren, die doch das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft ausmachen, haben in diesem Bereich eigentlich überhaupt nichts zu sagen! — Ich halte das für völlig falsch. Wenn man die ausländischen entwickelten Märkte auf diesem Gebiet studiert, dann sieht man, daß die Mittleren und die Kleineren dort den Fortschritt tragen; zu einem großen Teil jedenfalls.

Wenn ich in die Vereinigten Staaten gehe, die den entwickeltsten Markt haben, finde ich Unternehmungen — gerade in dieser Branche — zwischen 20 und 200 Beschäftigten, die von unserem Standpunkt aus gesehen technische Leistungen geboten haben, die die Österreicher auch fertigbringen; wenn nur zunächst einmal die Basis dafür geschaffen wird.

Da wir hier aufholen müssen, da wir hier neu hineingehen müssen, rede ich nicht einer Förderung das Wort. Aber in diesem konkre-

ten Bereich, wo wir die großen Unterstützungen aus dem Rüstungsbereich, die andere Länder haben, ja nicht besitzen — man kann vielleicht sagen: Gott sei Dank, daß wir das nicht haben und vielleicht auch nicht brauchen —, sollte man jedenfalls eines versuchen: mit einer Risikoteilung in diesem Bereich oder zumindest mit einer Partizipation am Risiko zu beginnen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß dabei etwas Vernünftiges herauskommen kann. *(Präsident Thallhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Nun lassen Sie mich aber zu einem weiteren Punkt, den Sie, Herr Finanzminister, gerade vorhin erwähnt haben, ein paar Sätze sagen, und zwar ist das jener Bereich, wo Sie zum Schluß über das Budget geredet und Ihre Phasentheorie vorgestellt haben.

Herr Finanzminister! Es ist eine altbekannte Tatsache, daß sich jeder, dem das eine oder das andere nicht ganz gelungen ist, nachher eine Theorie herumgebaut hat. Das haben Sie auch getan.

Sie haben also eben jetzt, nachdem wir in eine Phase hoher Defizite hineingeraten sind, einfach einige Phasen über diese Entwicklung der vergangenen Jahre drübergelegt und gesagt: Zuerst haben wir eine Stabilisierungsphase oder eine Reduktionsphase der öffentlichen Schuld gehabt, dann haben wir eine starke Ausweitung der öffentlichen Schuld gehabt, und jetzt beginnen wir wieder zu konsolidieren.

Also nennen wir die Dinge beim Namen: Ihre Schuldenpolitik — oder nicht Ihre, sondern die der Regierung, denn ich meine, einer allein kann es ja nicht machen, sondern das ist eine Regierung, das ist eine Linie und ein Konzept, das hier dahinter steht — hat eigentlich schon in den Zeiten der Hochkonjunktur begonnen. 1973, 1974 haben Ihnen die Defizite zu explodieren begonnen. Und wir sind heute in der Situation, daß wir einfach, obwohl die Konjunktur seit einigen Jahren schon wieder gut ist — Gott sei Dank gut ist —, von diesem hohen Defiziten nicht mehr wegkommen. Das ist jetzt nicht ein Problem der Regierungspartei allein und das ist nicht ein Problem der Opposition, sondern das ist einfach ein Problem, das jeden Österreicher angeht.

Wir sind in einer budgetpolitischen Situation, von der wir wissen, daß sie uns — ich will kein Prophet über lange Zeiten sein — in den nächsten zehn Jahren permanent beschäftigen wird. Es gibt im Moment eine Flucht aus diesen Defiziten nicht mehr. Daher müssen wir uns genau überlegen, welche Politik hier gegangen werden soll.

Dr. Taus

Ich habe mir einmal vorzuschlagen erlaubt — das ist von Ihnen ja abgelehnt worden, aber das war durchaus ernst, ich kann das heute ja wiederholen —, weil wir gemerkt haben, wohin die Entwicklung führt, daß man, ehrlich gesagt, versuchen sollte, ein gemeinsames Budgetkonzept zu machen. Es ist nicht dazu gekommen.

Ich gebe zu, es ist eher ungewöhnlich, zwischen Regierung und Opposition von einem gemeinsamen Budgetkonzept zu reden. Aber immerhin, ich möchte hier eines doch festhalten: Wir haben gesehen, wohin hier der Hase läuft, und wir haben einfach versucht, im Interesse dieses Landes zu sagen: Probieren wir doch, in dieser Existenzfrage Österreichs einen gemeinsamen Weg zu gehen! Ich bedaure es noch heute, daß es dazu nicht gekommen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber das Problem, um das es hier geht. Es gehört üblicherweise zu dem Verhältnis zwischen Regierung und Opposition, daß eben die jeweilige Regierung alles, was sie macht, lobt und die jeweilige Opposition all das, was die Regierung tut, kritisiert. Sie haben das ja in der Zeit, in der Sie in Opposition gewesen sind, auch gemacht. Und ich möchte, ohne daß ich das jetzt überbewerten will, daran anknüpfen.

Ich habe einen alten „Österreich-Spiegel“ in Erinnerung — das ist eine sozialistische Propagandazeitschrift aus dem Jahre 1969 gewesen, als damals die österreichische Finanzschuld 42 Milliarden Schilling betragen hat —, und da stand ein Satz drinnen, den ich mir gut gemerkt habe: Eine solche Verschuldung und eine solche Steigerung der Staatsschulden — so stand es da drinnen — gibt es sonst nur in bankrotten Staaten.

Das war schon im Jahr 1969 und ist aus Ihrer Propagandaküche gekommen.

Heute könnten wir mit viel mehr Berechtigung so etwas sagen. Ich tu es aber nicht, weil jeder weiß, der sich in der modernen Finanzpolitik ein bißchen auskennt, daß ein Staatsbankrott etwas ist, was nicht sehr wahrscheinlich ist. Aber das heißt ja nicht, daß so ein Defizit, wie wir es haben, keine Wirkung hat.

Lassen Sie mich ein paar Punkte hier anziehen. Das erste ist, daß alles, was wir budgetpolitisch heute reden, und das, was wir vielleicht irgendwann einmal vor vielen Jahren gelernt haben, für uns nicht mehr gilt. Es gibt in Österreich keine antizyklische Budgetpolitik mehr und es gibt keine zyklische mehr und es gibt keine Politik des ausgeglichenen Budgets und keine kompensatorische, wie immer das alles heißt. Das ist alles vorbei, und

jeder Satz, auf die österreichische Budgetsituation angewendet, ist einfach falsch.

Wir haben vielmehr etwas ganz anderes: Wir haben eine Politik eines permanenten hohen Deficit-spending. Das heißt also, wir machen permanent, ob die Konjunktur gut ist, ob sie schlecht, ob sie mittelmäßig ist, mit nahezu gleichbleibender Höhe regelmäßig hohe Defizite. Ich gebe Ihnen recht: Das macht nicht nur die Republik, das machen die anderen Gebietskörperschaften auch.

Das heißt, wir sind in eine Phase der Budgetpolitik eingetreten, wozu es schon einmal — ich möchte mich jetzt hier darüber nicht verbreitern — eine ganze Theorie gegeben hat, eine ganze Theorie, die besagt hat — nach dem Zweiten Weltkrieg ist das gewesen —, so etwas könnte einmal notwendig sein.

Jetzt beginnt hier die politische Frage: Ist es notwendig, daß man zur Sicherung der Vollbeschäftigung, zur Sicherung der Investitionen, zur Sicherung eines ausgeglichenen Wirtschaftsklimas permanent so hohe Defizite macht?

Nun wird es sicherlich manche Leute geben, die das sogar bejahen. Es wird aber auch sehr viele geben — ich rede jetzt von Fachleuten —, die das nicht bejahen, die sagen, daß in der Wirtschaft genug Investitionsgelegenheiten drinnen sind und daß durch diese hohe Deficit-spending-Politik einfach die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Staat größer wird. Und genau dort liegt die politische Scheidelinie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt: Die politische Scheidelinie liegt im wesentlichen darin, welche Vorstellung man davon hat, wie sich eine Wirtschaft in Zukunft entwickeln soll. Soll sie sich in die Richtung entwickeln, daß es notwendig ist, mit hohen Budgetdefiziten einfach eine hohe Investition aufrechtzuerhalten, oder sagt man, das bedeutet natürlich, daß der Staat schlußendlich in jedem Bereich der Wirtschaft und Gesellschaft das letzte Wort hat? Oder um das anders auszudrücken: Ohne Staat läuft nichts mehr!

In dieser Problematik stehen wir mit hohen Budgetdefiziten! Das muß jeder wissen, der sich damit beschäftigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist eine politische Auseinandersetzung, und es ist gar nichts dagegen zu sagen, wenn so etwas einmal ausgetragen wird. Was mich in Österreich irritiert, das ist, daß man darüber ja nicht redet, daß darüber ja nicht diskutiert wird. Das sind die verschiedenen politischen Positionen.

Dr. Taus

Die Österreichische Volkspartei wird in einem großen Teil ihrer Breite dagegen sein, daß man andauernd hohe Defizite macht, weil wir diese riesige Staatsabhängigkeit nicht haben wollen. Wir halten das für schlecht für die gesellschaftliche Entwicklung. Und ich glaube sogar, daß es in der Sozialistischen Partei heute auch einen zwar viel kleineren Teil gibt, der auch die Auffassung vertritt, daß das vielleicht nicht sehr gut ist. Aber in der Grundlinie wird es sehr viele im sozialistischen Bereich geben, die sagen: Das ist sehr gut, daß man hier einen immer größeren Staatseinfluß bekommt!

Jedenfalls war dies das Spektrum, wenn ich das ideologisch hier sagen darf, das in den beiden großen Parteien immer drinnen gewesen ist.

Das ist die politische Auseinandersetzung, um die es geht. Es ist wichtig, daß man diese politische Frage der Bevölkerung einmal vor Augen stellt. Es hat gar keinen Sinn, über große, über kleine Defizite zu reden und ununterbrochen die Vollbeschäftigung drüberzubringen, wenn damit das politische Problem verlorengeht und niemand weiß, warum die eigentlich in diesem Parlament streiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt auch wieder eine grundsätzliche Frage. Ich meine, meine Damen und Herren, wenn hier oft über Marktwirtschaft und soziale Marktwirtschaft gesprochen wird, so ist das ja nicht etwas, was so einfach dahingeredet wird. Dahinter steht ja etwas.

Lassen Sie mich auch hier etwas sehr deutlich dazu sagen. Das erste ist: Natürlich, jedes ökonomische System ist von vornherein weder sozial noch unsozial. Das ist der erste Punkt. Es kommt immer darauf an, was die Menschen daraus machen. Das ist das Entscheidende.

Die Marktwirtschaft ist von vornherein nicht sozial und sie ist von vornherein nicht unsozial; auch eine Planwirtschaft ist von vornherein nicht sozial und ist von vornherein nicht unsozial; wenn ich die beiden Extremtypen hier hernehme. Das ist einfach ein Faktum. Darüber sollte man nicht streiten.

Aber was wir glauben und was unsere Überzeugung ist: In einer Marktwirtschaft mit ihrer hohen Produktivität kann man viel sozialer sein als in einer Planwirtschaft, die überall eine niedrige Produktivität hätte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Dort aber, wo die Staatsallmacht herrscht — und je mehr der Staat Einfluß auch auf die Wirtschaft hat, umso mächtiger wird er —, geht die Ausbeutung der Menschen viel leichter vor sich als dort, wo die Entscheidung in Tausenden von Be-

trieben vor sich geht. Das ist die Grundüberlegung, die politische Grundüberlegung. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Aber das heißt ja nicht, meine Damen und Herren, daß wir etwa glauben, daß das marktwirtschaftliche System, wie es sich heute präsentiert, etwas mit einem System von vor hundert Jahren zu tun hat, außer natürlich in manchen Grundkategorien. Aber — und das ist wieder die entscheidende politische Frage — selbstverständlich haben alle westlichen Industriestaaten — auch Österreich — das, was man das gemischtwirtschaftliche System nennt. Selbstverständlich! Selbstverständlich heißt das, daß es heute im Gegensatz zu vor hundert, hundertfünfzig oder zweihundert Jahren eine Aufgabe des Staates ist, wirtschaftliche Stabilität herzustellen. Selbstverständlich, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei!

Das gesamte Interventionsinstrumentarium, das wir heute in der Marktwirtschaft benützen, ist ja von — wie Sie sagen — bürgerlichen Ökonomen erfunden worden. Da haben ja nur wenige sozialistische Ökonomen mitgewirkt. Das heißt: Alles das, was wir an Steuerung heute haben, ist letztlich ein Ergebnis dessen, was auf sozialistischer Seite häufig die sogenannte bürgerliche Nationalökonomie genannt wurde. Es ist also ganz falsch, daß wir gegen Interventionismus gewesen sind. Sie haben dazu ja relativ wenig beigetragen.

Aber was ich jetzt damit sagen möchte, ist eines: Wir glauben — um damit den Kreis zum Budget und zu den Defiziten zu schließen — und wir sind fest davon überzeugt, daß man die marktwirtschaftliche Komponente dieses Systems stärken muß. Wir sind überzeugt davon, daß die hohen Defizite dazu beitragen, daß diese Komponente geschwächt wird. Das ist die Grundfrage, um die es hier geht! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt lassen Sie mich ein paar Sätze auch noch zu diesen Defiziten hier sagen, weil Sie, Herr Finanzminister, das zum Schluß hier angezogen haben.

Es wurde einmal hier gesagt: Ein Budgetdefizit von 8 Milliarden Schilling ist ein Wahnsinn. Ich glaube, das war 1967 oder 1968. Es hat das Ihr Parteivorsitzender und heutiger Bundeskanzler gesagt. Ich möchte mich damit nicht auseinandersetzen, sondern hier nur eine Frage in den Raum stellen.

Wir wissen heute nicht ganz genau, wie hoch eigentlich die österreichischen Staatsschulden sind. Wir wissen es nicht, weil die Systematik unserer Budgeterstellung, weil die

Dr. Taus

Systematik unserer Zahlen es nicht zuläßt, das genau zu wissen. Ich weiß es nicht. Ich habe mich sehr bemüht, die Dinge zusammenzustellen, und zwar von mir aus. Ich habe niemand anderen dabei gefragt, weil ich das nicht will. Ich will auch niemanden im Ministerium fragen. Und nun: Wie hoch sind die österreichischen Staatsschulden? Sind sie 300 Milliarden Schilling, sind sie 400 Milliarden Schilling, sind sie 450 Milliarden Schilling? — Ich kann es Ihnen nicht genau sagen.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich kann Ihnen nur sagen, was ich aus den Arbeitsbehelfen herauslese, was ich aus dem Budget, aus den Rechnungsabschlüssen herauslese. Ich glaube, wenn ich die übliche Aufstellung aus dem Rechnungsabschluß 1978 nenne, dann wird die Staatsschuld — mit den Verwaltungsschulden, die natürlich genauso Schulden sind wie die Finanzschulden (*Widerspruch des Bundesministers Dr. Androsch*) — bei ungefähr 300 Milliarden Schilling liegen. Das sind schon Schulden, Herr Minister. Ich würde mich freuen, einmal darüber zu diskutieren. Das sind natürlich genauso Schulden.

Aber dann gibt es hier zum Beispiel — auch bei Ihnen im Arbeitsbehelf drinnen — eine ganz lange Liste — ich möchte sie hier nicht vorlesen — von den außerbudgetären Sonderfinanzierungen des Bundes, die natürlich letztlich auch schon Schulden sind. Ich habe es jetzt gar nicht addiert. Aber das muß so um die 50, 60 Milliarden Schilling liegen. Sie werden sicher genauer wissen — Sie können sich das mit Hilfe Ihres Apparates leichter beschaffen —, was davon schon Schulden sind und was Bestellobligo ist und ähnliches. Ich weiß es nicht, ich kann es auch nicht ausrechnen.

Es steht sogar bei Ihnen drinnen — das ist natürlich, wenn man die Einnahmen- und Ausgabensystematik des Budgets hernimmt —, und zwar handelt es sich um eine Passage im Arbeitsbehelf, daß sogar die Zinsen, die man zahlen muß, nämlich diese rund 122 Milliarden Schilling, die auf der Staatsschuld stehen, dort auch schon als eine Art von Schuld ausgewiesen sind. Das ist die Seite 301 des Arbeitsbehelfes.

„Hiezu zählen jedoch nicht die Verpflichtungen in Höhe von 122 Milliarden Schilling, wie zum Beispiel aus Zinsenleistungen für die Finanzschuld“ und so weiter.

Das heißt also, meine Damen und Herren: Wir haben eine wesentlich höhere Staatsschuld, als normalerweise ausgewiesen wird, worüber wir diskutieren.

Der Schluß daraus ist jetzt ein ganz anderer, ein ökonomisch wichtiger Schluß: Es gibt so

etwas wie eine Belastungssillusion. Wenn man etwas mit Schulden finanziert, gibt es zunächst einmal die verschwommenen Begriffe, daß das irgendwann einmal andere Generationen auch zahlen sollen. Ich möchte mich auf die ökonomische Diskussion darüber nicht einlassen.

Aber eines ist klar — und das muß jeder wissen —: Wenn ich weiter in dieser Höhe Staatsschuldenpolitik oder Finanzpolitik betreibe, dann muß zwangsläufig eine Steuerwelle der anderen folgen. Sie machen das ja konsequent. In den letzten Jahren hat es jedes Jahr irgendwo Erhöhungen gegeben: Ob das im Bereich der Sozialversicherung ist, ob das in anderen Bereichen ist, wenn ich nur an das Abgabenänderungsgesetz und ähnliches mehr denke.

Sie müssen das. Auf jeden Fall heißt eine sehr hohe Verschuldung, daß sich ununterbrochen die Steuerlastquote erhöhen muß. Die politische Frage, um die es hier geht, ist: Ist das der einzig mögliche Weg?

Wir haben uns hier sehr bemüht. Ich sage nicht, daß das Budgetkonzept, das wir konzipiert haben, der Weisheit letzter Schluß ist. Es gibt kein Konzept, das der Weisheit letzter Schluß ist. Aber wir haben uns sehr bemüht — mit einer Reihe von Leuten, die auf diesem Gebiet in Österreich einen sehr guten Namen haben — zu sagen: Welchen Weg können wir gehen? — Wir haben überhaupt nicht davon geredet, daß man die Defizite wegbringt, sondern wir haben nur geglaubt, daß man in den nächsten Jahren versuchen könnte und versuchen müßte, auf der einen Seite bei Ausgaben etwas sparsamer zu sein und auf der anderen Seite, auf der Einnahmenseite, wenn es geht, die Belastung nicht mehr zu erhöhen, weil ich ja damit den Willen zur Investition unterdrücke und dann nur mehr investieren kann, wenn es eine öffentliche Subvention gibt. Und genau das ist es, was wir nicht wollen, meine Damen und Herren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir haben ja damit einen weiteren Punkt erreicht, und zwar: Beginnen wir doch einmal hier eine öffentliche Diskussion über die österreichischen Staatsschulden. Ich gebe Ihnen recht: Da nehmen wir selbstverständlich — selbstverständlich! — die Schulden der anderen Gebietskörperschaften mit hinein. Man kann das und soll das auch gar nicht isoliert sehen. Warum nicht? — Man soll doch einmal den Österreichern darlegen, was hier passiert und welche Konsequenzen das hat.

Das ist eine vernünftige und sachliche politische Diskussion. Ich würde dieser Diskussion das Wort reden. Der österreichische Bür-

Dr. Taus

ger auf der Straße soll wissen, was in den Gebietskörperschaften vor sich geht. Ich meine das nicht polemisch. Ich meine nicht, daß hier irgend jemand dann seine Suppe damit kochen will. Aber es soll jeder deutlich wissen, was es heißt, daß es eine hohe Gemeindeverschuldung gibt. Darüber müssen wir uns ja auch im klaren sein, daß das eben vorhanden ist. Und jeder soll wissen, welche Konsequenzen das hat. Das kann man nur erreichen, indem man eben einen mühsamen Diskussions- und Aufklärungsprozeß beginnt.

Herr Minister! Sie sind gut beraten, wenn Sie zum Beispiel — nur ein Vorschlag — im Finanzausschuß des Hohen Hauses einmal über diese Frage diskutieren und Zahlen vorlegen. Das wird Ihnen wahrscheinlich eher nützen, als es Ihnen schaden würde. Das ist jedenfalls hier meine Meinung in diesem Zusammenhang.

Lassen Sie mich — 20 Minuten; bitte um Entschuldigung, ich habe gedacht, ich bin der erste, der sich an die 20 Minuten hält; es gelingt mir leider auch nicht ganz; aber ich verschweige mich; heute ist der 19.; ich wohne in Wien, die anderen wohnen irgendwo im Westen Österreichs und im Süden; es soll jeder, wenn es geht, nach Hause kommen — zum Schluß kommen und lassen Sie mich eines sagen: Es wäre ja gar nicht einmal eine neue Variante im Bereich der Regierungs- und Oppositionspolitik gewesen, wenn man sich einmal über ein Budget geeinigt hätte. Das ist aber nicht drinnen, das geht nicht.

Wir haben schon gesehen, Herr Minister, daß Sie manche der Ideen, die wir auch gehabt haben — es ist ja nicht so, daß die Dinge Geheimwissen darstellen; es kann ja jeder lesen, und jeder weiß es ja auch selbst —, versucht haben, nun einfach zu bremsen. Ich akzeptiere, daß Sie es versucht haben.

Ich möchte Ihnen hier eines sagen: Vielleicht hätte man über dieses Budget reden können. Vielleicht! Aber nachdem Sie einfach wieder den Weg der Belastung weitergegangen sind, wieder gesagt haben, daß die Menschen einfach mehr zahlen sollen — wir glauben, das ist nicht der richtige Weg —, können wir diesem Budget nicht zustimmen.

Aber eines verbinde ich mit dieser Budgetdiskussion für die nächsten Jahre: daß wir uns bemühen sollten, und zwar alle Fraktionen dieses Hauses — auch wenn wir dieses Budget ablehnen, weil wir glauben, daß der Weg nicht ganz richtig ist, der hier eingeschlagen wird —, daß man versuchen sollte, daß es in diesen Existenzfragen, die unser Land auf viele Jahrzehnte beeinflussen werden — was heute hier beschlossen wird, ist ja kein Beschluß für heute, sondern ein Beschluß für zehn

oder fünfzehn Jahre, bis er seine Wirkungen hat —, in all diesen Existenzfragen eine sachliche Diskussionsbasis gibt, wobei deutlich die politischen Unterschiede herausgearbeitet werden, die es ja in der Demokratie geben muß.

Somit lehnen wir dieses Budget ab. Wir glauben aber, daß wir in Zukunft eine intensive und starke Diskussion über all das, was mit den Staatsfinanzen zusammenhängt, in Österreich haben sollten. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Dr. **Androsch**: Herr Präsident! Hohes Haus! In aller Kürze. Ich bedaure, Herr Abgeordneter Dr. Taus, daß Sie auf die schlagwortartige Beziehung zwischen Sparberg und Schuldenberg nicht eingegangen sind. *(Abg. Dr. Taus: Ich komme nochmals hinaus, wenn Sie wollen!)* Dort trennen wir uns in der Tat offenbar in der politischen Einschätzung. Denn daß wir hohe Ersparnisbildung und Geldkapitalbildung haben, ist nicht zu bestreiten. Daß in solchen Konjunktursituationen überhaupt die ersparten Mittel verwendet werden müssen, wenn das Ganze einen Sinn haben soll und nicht zu einem deflatorischen Prozeß führen soll, glaube ich, ist schwer zu bestreiten.

Daher ist es notwendig, daß diese Geldkapitalbildung in Realkapitalbildung verwandelt wird. Wenn Sie den politischen Standpunkt vertreten, dies sei allen Gruppen erlaubt, privaten Haushalten, der Wirtschaft, nur nicht der öffentlichen Hand *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine Frage des Umfangs!)*, dann sagen Sie, deren Vermögensbildung und Realkapitalbildung darf nur aus laufenden Einnahmen, also in Form von Selbstfinanzierung erfolgen.

Das ist nun eine Frage, daß die Vermögensbildung nie in der Gemeinschaft stattfinden dürfte *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ja nicht gesagt worden.)* Wenn das nicht so sein sollte, dann müssen Sie doch zugeben, daß meine Formel richtig ist, daß es wohl auch eine Untergrenze der Verschuldung gibt — weil Sie gesagt haben, man kann das überhaupt nicht mehr beschreiben —, in deren Ausmaß die öffentliche Hand im allgemeinen, der Bund im besonderen und spezifisch dessen Betriebe wie Bahn und Post einen Teil der Umwandlung vornehmen können und sollen, das heißt durch Kreditaufnahme oder Schulden einen Teil der Ersparnisse in Anspruch nehmen. Das zum ersten.

Vizekanzler Dr. Androsch

Das ist die politische Frage: Bei wem, in welchem Ausmaß meinetwegen, darf und soll Vermögensbildung möglich sein? Nur bei Privaten oder auch im Bereich der öffentlichen Hand? (*Abg. Dr. Zittmayr: Sowohl als auch!*)

Zweitens: Was Sie hier in den Raum gestellt haben, was alles Schulden sind, dieses Argument ist bekannt. Aber nach dieser Argumentation kann man sagen, ein privates Unternehmen müsse die in zehn Jahren fälligen Löhne und Gehälter, weil es dann auch Verpflichtungen sind, schon jetzt als Schulden in seine Bilanz einstellen.

Denn wenn Leistungen noch nicht erbracht sind, ist deren Bezahlung nicht fällig, und es können nicht Schulden sein. (*Abg. Staudinger: Gilt das auch für die Verwaltungsschulden?*) Bitte das zu berücksichtigen bei Bestellobligo und bei Verwaltungsschulden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Drittens: Herr Abgeordneter Dr. Taus! Entgegen diesen stereotypen Wiederholungen ist die Steuerquote seit 1970 nicht gestiegen. Lesen Sie bitte die „Finanznachrichten“ von vergangener Woche, da haben Sie einen, ich glaube, für Sie doch besseren Zeugen, als wenn ich das jetzt hier im einzelnen ausführe.

Und im übrigen: Wo bleibt die Glaubwürdigkeit, wenn Sie beispielsweise die längst fällige Reduktion der Sparförderung, die längst fällige Reduktion der Subventionen ablehnen, gleichzeitig verlangen, daß die Einnahmen verkürzt werden sollen, beides zusammen aber nur bedeuten würde, daß dies Ihnen Kopfzerbrechen macht und auch das Defizit noch größer würde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist nun der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPO): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf nach den sehr ernsten und auch fachlich hochstehenden Ausführungen meiner beiden Vorredner wieder etwas auf den irdischen Boden der Tatsachen zurückkommen und mich mit einigen Realitäten in der Kürze der Zeit beschäftigen.

Nicht nur mir, sondern vielen in Österreich bereitet eine Tatsache große Sorgen, das sind die Zahlen der immer mehr steigenden Insolvenzen. Es ist festzustellen, da braucht man gar nicht mit Zahlenspielerien zu beginnen, daß die Verschuldung der österreichischen Wirtschaft infolge der geringen Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung immer größer wird.

Ich bin auch überzeugt, daß einen wesentlichen Teil der Mitverschuldung, daß es zu

diesem Ereignis immer wieder kommt, die öffentliche Hand, sprich die Regierung oder konkreter der Finanzminister, beiträgt.

Auf der anderen Seite ist durch den starken Steuerdruck, ich sagte es schon, die Eigenfinanzierung aus Eigenmitteln heute kaum mehr möglich, sodaß es überwiegend zu Fremdfinanzierungen in Österreich kommt. Diese Fremdfinanzierungen sind auch wieder nicht gerade der Weisheit letzter Schluß. Dadurch kommt der einzelne Unternehmer immer mehr und mehr in die Abhängigkeit von öffentlichen Institutionen, weil er sich einfach gezwungen sieht, um Subventionen nachzukommen oder darüber hinaus um Zinszuschüsse einzureichen, weil er sonst einfach bei der exorbitanten Belastung durch das Fremdkapital auf die Dauer nicht über die Runden kommt.

Aber doch vielleicht zwei Zahlen dazu. Die Eigenfinanzierung in den letzten 10 Jahren betrug rund 20 Milliarden Schilling gegenüber einer Verschuldenszunahme von 590 Milliarden Schilling. Das heißt also, daß in den letzten 15 Jahren die Verschuldung durchschnittlich auf 80 Prozent gestiegen ist. Ich glaube, das ist bedenklich, weil in solchen Augenblicken Betriebe beim geringsten wirtschaftlichen Einbruch, bei den geringsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten geraten und wir dann diese große Anzahl von Insolvenzen vor uns haben.

Es war in meinem ersten Satz schon zu erkennen, daß ich im besonderen darauf hinaus will festzuhalten, daß die Ertragsbesteuerung der Gewinne in Österreich, die ja zum Unterschied von der Lohnsteuerbelastung deimal so hoch ist, den Unternehmer so hart trifft, daß es immer wieder zu diesen bedauerlichen Ergebnissen kommt.

Nun soll man aber bitte nicht immer wieder dem Unternehmer die Schuld in die Schuhe schieben. Der Unternehmer selbst ist, das ist eine typische Unternehmereigenschaft, risikofreudig. Aber wenn er ständig nur Druck von außen spürt, wenn er ständig unter einer steuerlichen Belastung steht, läßt die Risikofreudigkeit sicher mit der Zeit nach, es fehlen die Anreize zu Investitionen.

Denn das, was wir besonders im letzten Jahr erlebt haben, sind ja nicht Erweiterungsinvestitionen, sondern zum größten Teil Ersatzinvestitionen oder Rationalisierungsinvestitionen. Aber was wir brauchen, sind Erweiterungsinvestitionen. Wenn es uns immer wieder um die Arbeitsplätze geht — die starken Jahrgänge mit den Jugendlichen kommen ja erst —, dann geht es doch um Erweiterungs-

Dipl.-Vw. Josseck

investitionen, denn nur das ist letztlich für die Wirtschaft fruchtbringend.

Da gibt es ein Beispiel, ich möchte das als die „sozialistische Wurstsemmeltheorie“ bezeichnen, denn man erklärt uns: Bitte, was wollt ihr, vor 10 Jahren hat eine Wurstsemmel 5 S gekostet, heute kostet die Wurstsemmel auch 5 S. Man verheimlicht dabei, daß vor zehn Jahren fünf Räder Wurst in der Wurstsemmel waren, und heute sind es nur noch zwei Räder. Aber offensichtlich ist mit dieser Methode sehr leicht jemand zu beruhigen, und es ist sehr typisch und einfach dargestellt, daß man sagt: Wurstsemmel ist Wurstsemmel, und diese hat vor 10 Jahren 5 S gekostet und heuer auch. Solche Beispiele könnte ich viele anführen, aber ich erwähne es, denn was in der Wurstsemmel drinnen ist, das ist das Entscheidende.

Es gibt hier auch sehr gute statistische Darstellungen, die eindeutig aufzeigen, wie weit die Schere Eigenkapital und Fremdkapital in den Betrieben auseinanderläuft, und das ist äußerst bedenklich. Ich will Sie hier gar nicht mit den Zahlen belasten und Ihnen die Darstellungen erläutern, aber rein optisch, wenn man diese Schere sieht, wie sie von 1965 auf heute auseinanderläuft, glaube ich doch sagen zu können, daß diese Kurve doch äußerst bedenklich ist. *(Redner zeigt eine Grafik.)*

Wenn auch der Sommer 1979 konjunkturrell noch relativ gut gelaufen ist, ist doch dem Herbst zu bereits eine Abschwächung zu vermerken, eine kleine Beruhigung, daß die Auftragslage noch hinüberreicht in den Anfang der achtziger Jahre.

Sehr bedenklich ist es jedoch in der Bauwirtschaft und hier auch wiederum im kleinen und mittleren Bereich. Es fehlen die Anschlußaufträge, es fehlen aber auch — und das kann man nicht wegdiskutieren — die Aufträge der öffentlichen Hand hinsichtlich des Wohnbaues. Wenn auch Milliarden hineingesteckt werden in den Straßenneubau und den Ausbau von Straßen, ist das wohl erwähnenswert und begrüßenswert, aber die Unzahl von kleinen und mittleren Gewerbebetrieben, die eine Eignungsgröße haben zum Bau eines Wohnhauses mit vielleicht acht, zehn oder zwölf Wohnungen, sind echt nicht ausgelastet. Hier glaube ich, daß gerade im kommenden Jahr, wenn nicht zusätzliche Impulse kommen, bedenkliche Erscheinungen erweitert auftreten können.

Ich sagte schon, die Sorge und die Pleiten in den kleinen und mittleren Betrieben sollten uns zu denken geben. Der Druck von außen her, von der Kontrollbürokratie, von der

Steuerbürokratie, wenn ich es so bezeichnen kann, ist es, was den kleinen und mittleren Betrieben die großen Schwierigkeiten bereitet, wobei der große Betrieb auf Grund eines größeren verfügbaren Apparates dabei leichter herauskommt, dagegen der kleine Betrieb wiederum den Vorteil hat, sich bei steigenden Löhnen oder bei steigenden Produktionskosten, auch bei billigeren Einfuhren oder periodenweisen Flaute leichter durchzuarbeiten. Aber der kleine — und ich sage es noch einmal — und mittlere Betrieb ist einfach durch die Administration in steuerlichen Dingen und die Steuerbelastung selbst auf die Dauer nicht lebens- und existenzfähig.

Wenn man weiß, daß heute 3 Prozent des Umsatzes allein für die Verwaltung, für die Verbürokratisierung aufgewendet werden müssen, kann man erkennen, daß das zweifellos eine große Belastung ist. Statt daß der Betriebsinhaber sich voll der Arbeit im Betrieb widmen kann, muß er sich durch die Papierflut und durch die Gesetzesflut durchkämpfen. Wenn heute auch schon der kleinste Schneider mit zwei, drei Leuten oder ein Friseur oder der Greißler oder viele kleine Gewerbetreibende mehr Steuerberater brauchen oder sonst jemanden, der ihnen die Lohnverrechnung macht, sind das Kostenfaktoren, die sie heute einfach nicht mehr hereinbringen können.

Ich glaube, man kann das ohne weiteres sagen, daß diese kleinen und mittleren Betriebe, die nicht über einen eigenen Büroapparat verfügen, der sich mit dem ganzen Verwaltungskram beschäftigt, einfach die unbezahlten Staatsbuchhalter sind, die die Arbeit für Androsch machen, die die Arbeit, nicht nur die Aufzeichnungen machen, die letztlich auch dafür sorgen, daß die Geldmittel regelmäßig abgeführt werden. Wehe, wenn sich so ein privater unbezahlter Staatsbuchhalter einmal irrt, dann schlägt der Fiskus beinhart zu.

Wir Freiheitlichen sind fest davon überzeugt, daß der Unternehmer jederzeit bereit ist, Risiko zu tragen, und er will auch gar nicht davon entbunden werden und auch nicht, daß ihm das jemand abnimmt. Aber er hat das Recht, eines zu fordern, nämlich wirtschaftsfreundlichere Gesetze und vor allem auch, das ist ein Appell, der an dieses Haus zu richten ist, verständlichere Gesetze!

Wenn wir in die achtziger Jahre gehen, ist zweifellos die Frage berechtigt: Werden wir genügend Arbeitsplätze für unsere Jugendlichen schaffen können? Mir fehlt hier eines, gerade aus Ihrem Ressort, Herr Bundesminister, ich glaube, es gehört eben ein gewisses Erziehungsmoment dazu, daß man bei der Ar-

Dipl.-Vw. Josseck

beitsplatzsuche und vor allem auch bei der Arbeitsplatzbeschaffung, weil Ihnen ja andere Möglichkeiten auf Grund der Übersicht und der Statistik zugänglich sind, Appelle an die Bevölkerung und vor allem an die Jugendlichen richtet, welche Arbeitsplätze besonders in den nächsten Jahren attraktiv sein können.

Hier nur ein Beispiel. Es ist bekannt, daß Modeberufe, wenn ich sie so bezeichnen darf — für die Damen Kosmetik, Friseur, Drogerie oder für die jungen Burschen Automechaniker, Elektromechaniker —, überlaufen sind. Aber es gibt immer wieder Lücken, die plötzlich auftauchen. Um nur eine zu nennen: Versuchen Sie, heute einen Ofensetzer zu bekommen, der Ihnen einen Kamin kachelt — da müssen Sie drei Jahre warten. Bei diesem Beruf war sicher vor ein oder zwei Jahren abzusehen auf Grund der Energiekrise, was auf uns zukommt, und heute könnte man froh sein, hätte man diesen speziellen Fachmann. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, die Sie auch zu erfüllen haben, Herr Minister.

Ich darf mich kurz mit dem Problem der Arbeiterabfertigung beschäftigen, denn trotz der vielen Beschäftigungs- und Beruhigungsschriften und Äußerungen bleibt es für den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden nach wie vor ein großes Problem. Denn hier kommen auf ihn unüberwindbare Schwierigkeiten zu, aber interessanterweise ja nicht nur für den kleinen Unternehmer oder Gewerbetreibenden selbst, sondern das gibt auch Probleme für die Mitarbeiter.

Mir sind Beispiele bekannt, zum Beispiel hat ein Schneider, als es zu der Gesetzwerdung über die Arbeiterabfertigung gekommen ist, zwei Arbeiter, die er schon mehr als zwanzig Jahre in seinem Betrieb beschäftigt hatte und die über 50 Jahre alt sind, entlassen. Er hat sie entlassen, um diesem Gesetz auszuweichen. Ich darf daher nach wie vor feststellen, daß dieses Problem für den kleinen Gewerbetreibenden trotz aller Abschirmung und Abdeckung vom Gesetzgeber her nicht gelöst ist.

An den Herrn Finanzminister oder auch an seine Herren gerichtet eine Anmerkung zu der Frage der Besteuerung. Um den achtziger Jahren mit allen ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen zu können, wird es auch notwendig sein, daß man sich doch endlich auch ernsthaft mit der Frage beschäftigt, wie weit die Luxussteuer aufrechtzuerhalten und für verschiedene Artikel zu beseitigen ist; denn es ist sicher nicht einzusehen, daß man in der heutigen Situation gewisse Artikel gerade auf dem Fotomarkt oder auf dem Uhrenmarkt noch immer mit der Luxurmehrwertsteuer belegt.

Würde man von dieser heruntergehen, Herr Kollege Mühlbacher, so wäre das weit eher eine Wirtschaftsförderung, allerdings eine indirekte. Ich weiß schon, daß Sie lieber die direkte haben. Sie haben es ja heute auch verbreitet, Sie haben versucht, den Oppositionsparteien dabei das Wort im Mund umzudrehen und zu sagen: Ah so, ihr wollt gar keine direkten Subventionen mehr? Bitte, geht hinaus und sagt das den Wählern.

Ich sage: sowohl — als auch, Herr Kollege Mühlbacher. Aber über eines sind wir uns doch auch im klaren, und da lachen Sie sich ins Fäustchen und freuen sich wahrscheinlich: Je mehr direkte Subventionen und je mehr direkte Stützung, umso mehr Abhängigkeit vom Staat, von der öffentlichen Hand. — Nicht so eine Handbewegung machen, Herr Kollege Mühlbacher. (*Abg. Mühlbacher: Bringen Sie mir einen Geförderten, der das sagt!*) Jeder, jeder. (*Abg. Mühlbacher: Nein!*)

Das sagt ja nicht, daß der deswegen mit dem Parteibuch zu Ihnen kommen muß. Aber eine Abhängigkeit von der öffentlichen Hand ist damit doch sicher gegeben. Und man degradiert einfach diesen Unternehmer, diesen Gewerbetreibenden zu einem echten Bittsteller. Gerade, daß auf den Formularen, die ihnen vorgelegt werden, nicht noch „bitte“ daraufsteht, bevor man das Formular ausfüllt.

Und zu den größten Bittstellern gehört zweifellos der Fremdenverkehr. Ich weiß nicht, wie oft man hier noch erwähnen muß, daß die Konkurrenzfähigkeit des Fremdenverkehrs gerade durch die Überbesteuerung in verschiedenen Bereichen und auch durch die Kompliziertheit in der Steuergesetzgebung sehr leidet. Wir werden auf die Dauer in Österreich nicht nur unsere schöne Landschaft und unsere immer freundliche Bevölkerung verkaufen können. Denn man sieht es heute schon in den Fremdenverkehrsorten: Besonders aus der Bundesrepublik, aus Holland, aus Dänemark, aus Schweden kommen die Gäste und haben den Kofferraum voll mit Dosenbier, weil ihnen einfach unverständlich ist, daß heute in Österreich das Bier steuerlich mit fast 32 Prozent Abgaben belastet ist, zum Unterschied von der Schweiz mit 5,5 Prozent.

Dasselbe ist auch beim Wein zu vermerken. In Österreich liegt auf dem Wein eine steuerliche Belastung von 28 Prozent, in der Schweiz von rund 3 Prozent.

Das sind alles Momente, die dazu führen, daß sich die Leute gerade in der heutigen Zeit, wo sie beginnen, auch im Urlaub den Schilling umzudrehen, womöglich von Haus aus als Selbstversorger eindecken.

Dipl.-Vw. Josseck

Nun noch eine Alternative und eine Anregung. Es wurde gestern in der Fragestunde auch über dieses Thema diskutiert, und ich habe dazu dann auch einen Entschließungsantrag einzubringen. Es müßte doch möglich sein, gerade im Hinblick auf den Alkoholismus in Jugendkreisen, hinsichtlich der Werbung für Alkohol einschränkend zu wirken, aber auf der anderen Seite doch die Möglichkeit zu schaffen, daß alkoholfreie Getränke weitgehend von einer Steuerbelastung befreit werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In dem Entschließungsantrag, der übrigens von der Österreichischen Volkspartei, von Herrn Dr. Wiesinger und von den Freiheitlichen, von den Kollegen Grabher-Meyer und Dr. Frischenschlager, eingebracht wurde, geht es im wesentlichen um die Einschränkung der Werbung für harte Getränke. Wir müssen feststellen, daß harte Getränke meistens ausländische Getränke sind.

Es klingt wie ein Witz, wenn der Klubobmann Dr. Fischer derselben Meinung ist und wenn einem dann eine Salzburger sozialistische Zeitung in die Hand kommt, wo man auf der ersten Seite zwei Flaschen sieht — ich meine in dem Fall einmal zwei richtige Flaschen —, nämlich zwei Getränkeflaschen mit ausländischen Alkoholika.

Um das geht es uns: daß nicht so vordergründig, wenn es auch eine Menge Werbegelder bringt, für Alkoholika geworben wird. Daher kurz der Entschließungsantrag, den ich verlesen darf:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Grabher-Meyer, Dr. Wiesinger und Dr. Frischenschlager betreffend Maßnahmen gegen Alkohol- und Nikotinwerbung.

In den letzten Jahren trat immer klarer zutage, daß der zunehmende Alkoholmißbrauch und der stark ansteigende Nikotinkonsum energischer bekämpft werden müssen. Das insbesondere durch Aufklärung und vorbeugende Maßnahmen versucht werden muß, vor allem die Jugendlichen von vornherein vom Mißbrauch abzuhalten, stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehenden Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, Maßnahmen zur Beschränkung der Werbung für Alkohol, insbesondere für sogenannte harte Alkoholika, und für ein Verbot der Nikotinwerbung zu ergreifen.

Dies der Entschließungsantrag.

Ich darf zum Schluß noch kurz auf die Frage der Ladenschlußzeiten hinweisen, von meinem Kollegen Stix hier vorgebracht. Ungläubig schüttelt der Handelsminister seit neun Jahren den Kopf zu dieser Frage, ungläubig schütteln zwanzig Jahre sozialistische Abgeordnete zum Problem Ladenschlußzeiten den Kopf.

Ich verstehe diese Sturheit nicht, wenn ich es so bezeichnen darf, ich verstehe nicht, warum man nicht bereit ist, hier zu diskutieren. Denn über eines kommen wir doch nicht hinweg, Herr Bundesminister: Die starren und strengen Ladenschlußzeiten sind einfach konsumentenfeindlich. Man macht es der Freizeitgesellschaft doch nicht leichter. Ich sage Ihnen eines dazu: Ich bin überzeugt, daß diese Gesellschaft künftig nicht funktionieren kann, wenn alle zur gleichen Zeit arbeiten und alle zur gleichen Zeit ihre Freizeit genießen sollen. Das wird auf die Dauer nicht funktionieren. Und das ist der Grund, warum wir Freiheitlichen alles ausnützen, um die Ladenschlußzeiten zu ändern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wieso sich der Herr Kollege Mühlbacher heute auf einmal entgegen den langjährigen Aussagen zur Änderung des Abgabenänderungsgesetzes entschlossen hat, wieso er seine Liebe dazu entdeckt hat, ist zu vordergründig, das muß man bitte hier sagen dürfen. Das ist nicht auf Grund von logischen Überlegungen, daß die Steuerbelastung in einigen Bereichen, etwa bei der Kraftfahrzeugabschreibung, geändert werden muß. Das Verwerfliche ist nämlich, daß er wohl um die Notwendigkeit weiß, aber immer den günstigsten Moment abwartet, wo man solche Dinge einbringt, und zwar am besten kurz vor Wahlen. Es steht uns ja im Frühjahr die Wahl zur Handelskammer bevor, gleichzeitig auch die Wahl zur Kammer der Wirtschaftstreuhänder, wo die Sozialisten, wie ich gehört habe, erstmals kandidieren. Der Kollege Mühlbacher, der dort bei beiden Gruppierungen federführend ist, muß also auf diesem Sektor etwas einbringen. Um nichts anderes geht es ihm. Denn wenn er erkannt hat, daß eine Notwendigkeit zu einer Änderung besteht, dann hätte er das ja mindestens schon vor einem halben Jahr oder noch früher machen müssen.

Eine Frage auch an den Herrn Finanzminister. Es wird geredet, geredet, geredet von einer Steuerreform. Es gibt einen Berg von Anregungen dazu. Und bitte, was geschieht? Nichts. Ich weiß schon, daß Steuerreformen den Finanzminister meistens Geld kosten. Aber da gibt es doch konkrete Anregungen, die nichts kosten, die jedoch genau in meine Überlegungen vom Anfang hineinpassen: Vereinfachung der Steuergesetzgebung, Verein-

Dipl.-Vw. Josseck

fachung, damit der kleine und mittlere Gewerbetreibende eine Entlastung auf diesem Gebiet, eine Arbeitsentlastung erfährt.

Was könnte man den Staatsbuchhaltern vereinfachen? Hier nur kurz zwei Anregungen: Wenn schon der Finanzminister nicht bereit ist, die Gewerbesteuer ganz aufzuheben, bitte, warum hört er dann nicht auf mit den Hinzurechnungen oder Kürzungen bei der Gewerbesteuer? Das verkompliziert nur die Verwaltung, es schafft nur mehr Arbeit im Verwaltungsbereich, sowohl beim Steuerpflichtigen als auch bei der Kontrolle durch die Finanz, und bringt per saldo dem Finanzminister nichts.

Oder eine sehr gute Anregung eines Steuerberaterkollegen: Nachdem die Umsatzsteuer ja ohnehin nur beim Endverbraucher ihren Niederschlag findet und daher kein Kostenfaktor im Betrieb ist, warum soll es nicht möglich sein, bei der Verrechnung der Unternehmer untereinander die Mehrwertsteuer von vornherein wegfällen zu lassen? Man würde sich sehr, sehr viel an Arbeit ersparen. Das würde ich als Steuerreform bezeichnen, wenn man gewillt ist, auch nur einen einzigen Schritt zu tun. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich muß zum Abschluß — er ist leider nicht im Plenum — von diesem Platz aus noch einmal dem Herrn Professor Nowotny, Universitätsprofessor seines Zeichens an der Universität in Linz, unterrichtet dort Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, etwas sagen. Sicher ein sehr gescheiter Mann, aber ich finde es geradezu ungeheuerlich, wenn ein Mann, der mitverantwortlich ist, Lehren an die Studenten, an die Schüler heranzubringen, sich immer wieder festrennt und die Unternehmer als Steuerhinterzieher bezeichnet, und dies auch öffentlich kundtut. Wenn dem Finanzminister — so darf ich es vereinfacht sagen — in diesem Jahr die Budgeteinnahmen um 5 Milliarden zurückbleiben, wer ist schuld?: Natürlich die Herren, die die Steuer hinterziehen. Da er weiß, daß der Lohnsteuerpflichtige das kaum kann, bleibt doch nur die Schlußfolgerung übrig, also wieder die bösen Herren Unternehmer, die den armen Finanzminister in die Bredouille bringen, daß ihm das Geld hinten und vorne zu wenig wird. Ganz andere Dinge sind es.

Wenn der Finanzminister und die gesamte Bundesregierung nicht bereit sind, energische Schritte zum Sparen zu tun, sondern das Geld hinaushauen, dann ist es einfach, zu einfach, immer wieder die Schuld den Herren Unternehmern zu geben. Ich bin überzeugt, daß sich das eines Tages auch rächen wird.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen, und es ist zu verständlich, daß wir Freiheitlichen diesem Gesamtbudget unsere Zustimmung nicht geben werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Josseck hat einen EntschlieBungsantrag verlesen. Dieser EntschlieBungsantrag liegt hier beim Präsidenten als ein Selbständiger Antrag auf. Ich fasse daher die Verlesung dieses Antrages als eine Mitteilung im Zuge des Diskussionsbeitrages auf. Eine Unterstützungsfeststellung entfällt daher.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Tull gemeldet. Ich mache auf die Fünf-Minuten-Zeitbegrenzung aufmerksam. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Tull** (SPO): Meine Damen und Herren! Während meiner siebzehnjährigen Zugehörigkeit zum Haus habe ich noch nie eine tatsächliche Berichtigung vorgenommen. Wenn ich das heute tue, so deswegen, weil die persönliche Attacke des Herrn Abgeordneten Sandmeier auf den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft gelinde gesagt ungeheuerlich gewesen ist und einen Schlag unter die Gürtellinie darstellte.

Daher möchte ich folgendes feststellen: Nach der seinerzeitigen Wortmeldung des Abgeordneten Zittmayr hat Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden veranlaßt, klar zu prüfen, was anläßlich der geplanten Aufnahme einer Schreibkraft in die forstliche Ausbildungsstätte Orth tatsächlich vorgefallen ist.

Der zuständige Abteilungsleiter hat bei krankheitsbedingter Abwesenheit des Direktors der Anstalt mit dem Rechnungsführer gesprochen. Dieser hat mitgeteilt: Von 33 Anfragen um den Dienstposten einer Schreibkraft wurden sieben Personen in die engere Wahl gezogen, und nach dem Ergebnis einer Schreibprobe wurde eine vorläufige Reihung vorgenommen. Der Bewerberin, von der Abgeordneter Sandmeier heute gesprochen hat, wurde mitgeteilt, daß sie am Montag, dem 5. November, erfahren könnte, welche Entscheidung getroffen wurde.

Eine Rückfrage der Anstalt beim für Aufnahmen zuständigen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ergab jedoch am 5. November, daß alle Bewerbungsunterlagen vorzulegen seien und erst nach Vorlage und Prüfung dieser Unterlagen eine Entscheidung getroffen werden könne. Da diese Prüfung erst nach Rückkehr des Direktors endgültig abgeschlossen werden würde, wurde dem Rechnungsführer mitgeteilt, daß eine sofortige Aufnahme ir-

Dr. Tull

gendeiner Bewerberin nicht möglich sei. Dies wurde der von Abgeordneten Sandmeier genannten in der Anstalt anwesenden Bewerberin mitgeteilt. (*Abg. Sandmeier: Hat sie gearbeitet dort oder nicht?*) Der Rechnungsprüfer hat ausdrücklich erklärt, daß er keine Zusage hinsichtlich der Aufnahme gemacht hatte.

Da also keine Bewerberin aufgenommen worden war, konnte auch keine entlassen werden. Man muß daher fragen: Wer hat jetzt die Unwahrheit gesagt, der Rechnungsführer der forstlichen Ausbildungsstätte Orth, ein verlässlicher und erfahrener Beamter, oder der Herr Abgeordnete Sandmeier? (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gradenegger: Der Sandmeier!*)

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Zittmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht zu dieser tatsächlichen Berichtigung noch ganz kurz ergänzen, daß man es wohlweislich vermeidet, darauf hinzuweisen, daß das betreffende Mädchen um 7 Uhr zu arbeiten begonnen hat und um 11 Uhr wieder nach Hause geschickt wurde. (*Rufe bei der SPÖ: Unwahrheit! — Abg. Kittl: Stimmt ja nicht!*)

Man versteckt sich hinter dem formalen Begriff „Aufnahme“. Ich gebe zu, daß das formal vielleicht noch keine Aufnahme war. Aber tatsächlich war die Tätigkeit dieses Mädchens gegeben. (*Abg. Dr. Tull: Halbe Wahrheiten sind auch Unwahrheiten!*)

Es wurde in dieser Frage seinerzeit schon von mir nur gesagt, daß das Mädchen in der Früh zu arbeiten begonnen hat und um 11 Uhr aufgefordert wurde, wieder nach Hause zu gehen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Gradenegger: Das sind neue Unwahrheiten!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe leider nicht soviel Zeit zur Verfügung, näher darauf einzugehen. Ich möchte vielleicht folgendes sagen: Herr Abgeordneter Tull! Sie haben in Ihren Ausführungen festgestellt, so gut wie heute ist es uns noch nie gegangen. Ich möchte dazu nur kurz feststellen, daß wir gegenwärtig — wie heute schon gesagt wurde — rund 300 Milliarden Staatsschulden haben und darüber hinaus noch über 200 Milliarden Verpflichtungen, das heißt, daß wir doppelt so viele Schulden und Verpflichtungen in Österreich haben, als jährlich die Einnahmen des Staates sind, und wir leben sozusagen jetzt auf Kosten dieser aufgenom-

menen Staatsschulden und Kredite. Das muß man auch dazusagen, wenn man das hier anführt.

Zweitens haben Sie, Herr Abgeordneter Tull, festgestellt, wir hätten Anträge im Ausmaß von 10 Milliarden Schilling gestellt und wir hätten im Finanzausschuß sozusagen solche Forderungen an das Budget gestellt. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß von der Österreichischen Volkspartei keine ausgabenwirksamen Anträge im Finanzausschuß gestellt worden sind. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Tull: Keine Anträge, aber Wünsche geäußert! Das habe ich gesagt! Bitte bei der Wahrheit zu bleiben!*) Ich stelle fest, Sie haben von „Anträgen“ gesprochen, es wurden keine gestellt.

Zum Finanzminister vielleicht auch noch eine Bemerkung. Der Herr Finanzminister hat zu einer Stellungnahme unseres Kollegen Dr. Taus es noch einmal für notwendig befunden, auf die Frage Staatsverschuldung, Umfang der Staatsverschuldung und so weiter einzugehen und hat auch unter anderem den Begriff „Untergrenze der Staatsverschuldung“ erwähnt. Herr Finanzminister — er ist leider schon wieder nicht hier (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Es interessiert ihn nicht einmal sein Kapitel*), es ist sein Kapitel, das heute zur Debatte steht, und er ist nicht im Saal —, ich möchte nur eines dazu feststellen: Selbstverständlich ist es klar, daß in einer Volkswirtschaft das gesparte Kapital wiederum in der Wirtschaft eingesetzt werden muß; das ist ganz klar.

Die zweite Frage ist, ob das im privaten, industriellen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Sektor eingesetzt wird und im Staat — also als Staat — eingesetzt wird, das betrifft den Umfang der Staatsverschuldung, eingesetzt wird es auf jeden Fall. Wir sind nun der Auffassung, daß zuviel vom Staat verschuldet wurde und daß daher die Belastungen für Zinsen und für Tilgungen zu groß sind und daß dadurch die künftige Generation schwer belastet wird, und wir natürlich gegenwärtig auch. Das möchte ich dazu feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun aber möchte ich mich einem anderen Thema zuwenden, das sich in erster Linie an den Herrn Handelsminister richtet. Wir haben in der österreichischen Volkswirtschaft einige Probleme im Außenhandel, insbesondere auch im landwirtschaftlichen Außenhandel, die uns eigentlich sehr große Sorgen bereiten.

Es ist das, Herr Handelsminister, der Beitritt Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Wirkung vom 1. Jänner 1981, es ist das weiters der gewünschte

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Beitritt Spaniens und Portugals zur EWG, es ist drittens auch der milchwirtschaftliche Außenhandel mit der EWG und das Unwirksamwerden des Käsemindestpreisabkommens, und es sind schließlich noch andere Außenhandelsfragen, insbesondere auf dem Sektor Vieh und Fleisch und anderer Agrarprodukte.

Ich bin der Auffassung, daß die Hauptursache für die heutigen Probleme in erster Linie dadurch begründet sind, daß es im Jahre 1972 nicht gelungen ist, die Landwirtschaft in dieses Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzubinden. Es ist damals nur ein Agrarbriefwechsel zustande gekommen, der nach unserem Dafürhalten keine entsprechenden Bestimmungen enthält und auch nach unserem Dafürhalten zu dürrtig ist. Es wurde praktisch überstürzt abgeschlossen, man hat leichtgläubig diese Dinge unter Dach und Fach gebracht und damit eigentlich die Grundlage für die heutigen Probleme und Sorgen gelegt.

Es wurde außerdem, Herr Handelsminister, von der Regierung keine EWG-konforme Erstattungs- und Abschöpfungsregelung in Österreich geschaffen, obwohl wir seinerzeit von Ihrer Regierung die Zusage hatten, daß man sich in dieser Richtung bemühen werde. Auch das ist ein Versäumnis, das uns heute größte Sorgen bereitet, Herr Minister, und wir können Sie von dieser Verantwortung und Verpflichtung nicht lossprechen und müssen Ihnen diesbezüglich Vorwürfe machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was ich aber als besonders nachteilig ansehe, ist, daß nicht nachdrücklich und konsequent genug bei den Verhandlungen mit der EG-Behörde in Brüssel vorgegangen wurde. Es fehlte nach meinem Dafürhalten das Engagement des Herrn Bundeskanzlers, es fehlte Ihr Engagement, es wurde mit viel zu wenig Nachdruck verlangt, daß man die besondere Situation und Lage der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Landwirtschaft in dieser Vereinbarung besser herausarbeitet.

Es ist auch so, daß erst in den letzten Verhandlungen Ihre Beamten, die ich als sehr tüchtig und sehr ausdauernd bezeichnen möchte, die Weisung bekommen haben, härter vorzugehen, mit einer Kündigung zu drohen, was ja in den letzten Monaten bei den Verhandlungen auch geschehen ist, weil man einfach Jahre hindurch die Sache auf die leichte Schulter genommen hat und daher nicht das zustande gebracht hat, was für die österreichische Volkswirtschaft besonders notwendig gewesen wäre.

Ich kann daher Ihnen, Herr Minister, und auch dem Herrn Bundeskanzler eine gewisse

Säumigkeit in dieser Frage nicht ersparen, obwohl ich weiß, daß Sie sich immer wieder hier äußern, wie sehr Sie sich bemühen, aber es gehört halt doch dazu, daß man bei diesen Gremien — ich weiß, daß das nicht leicht ist; die EWG-Behörde ist eine beinharte Behörde — doch die besondere Situation der österreichischen Wirtschaft und Landwirtschaft herausstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn, Herr Minister, diese schlechten Verträge, diese schlechten Regelungen, diese unzureichenden Regelungen bedeuten ja, daß wir Österreicher alle mitsammen diese Fehler bezahlen müssen. Wenn mit der EWG kein vernünftiger Vertrag besteht, wenn die Abschöpfungsregelung voll auf uns wirksam wird, wenn wir als gewöhnliches Drittland behandelt werden, dann sind wir in einer schwierigen Position, die sehr viel Geld für Österreich bedeutet, um diese Barrieren, diese Abschöpfungshürden und so weiter zu überwinden.

Ein Beispiel nur: Obwohl die Milchproduktion in Österreich so stark zurückgegangen ist, brauchen wir im Jahr 1980 für den österreichischen Export von Milchprodukten rund 1,5 Milliarden Schilling. Davon muß der Finanzminister ungefähr zwei Drittel auf Grund des Marktordnungsgesetzes bezahlen, das heißt, wir alle als Steuerzahler müssen rund 1 Milliarde Schilling an Stützungsmitteln aufbringen, und die Bauern müssen 500 Millionen Schilling an Einkommensverlust hinnehmen, nur deshalb, weil es nicht gelungen ist, abschöpfungsfreie Kontingente für Milchprodukte und Schlachtvieh zu erreichen. Das ist die Tatsache, und das ist erschütternd, denn das geht ja der österreichischen Volkswirtschaft ab. Wir alle als Steuerzahler sind von einem solchen Fehler schwerstens betroffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein besonderes Problem — ich habe es schon angeführt — ist der Beitritt Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Wirkung vom 1. Jänner 1981. Dieser Beitritt Griechenlands als Vollmitglied zur EWG bedeutet, daß wir im Verhältnis zu Griechenland in die gleiche Situation kommen wie zu den anderen EWG-Staaten. Es sind in den ersten fünf Jahren Übergangsmaßnahmen vorgesehen, und es besteht nach meinem Dafürhalten die Gefahr, daß Österreich und die anderen EFTA-Staaten bei ihren gewerblichen und industriellen Exporten nach Griechenland diskriminiert werden und tarifarischen und nichttarifarischen Handelshemmnissen unterworfen sind.

Auf meine Frage im Finanzausschuß, was Sie unternommen haben, um diese Diskriminierung auf dem Zollsektor für österreichische

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Waren nach Griechenland zu verhindern oder abzuwenden, haben Sie eigentlich damals noch keine konkrete und befriedigende Antwort geben können.

Ich frage Sie daher jetzt noch einmal heute: Was werden Sie tun, um eine Schädigung des österreichischen Außenhandels nach Griechenland in dieser Phase des Überganges zu vermeiden?

Dazu kommt noch, daß es auf dem agrarischen Sektor zusätzlich noch Probleme gibt, weil wir ja nach Griechenland im vergangenen Jahr zum Beispiel 27 000 Tonnen Milch oder Milchprodukte exportiert haben — das ist ein Prozentsatz von ungefähr 1,3 Prozent der österreichischen Milchanlieferung — und weil für uns Griechenland als ein potentieller Markt gilt und sich auf diesem Sektor, gerade bei Milchprodukten, der Absatz, der Export nach Griechenland sich sehr positiv entwickelt hat.

Wir müssen rechnen, daß, wenn Griechenland EWG-Mitglied ist, wir praktisch keine Milchprodukte mehr in dieses Land exportieren können.

Das gleiche gilt in etwa auch auf dem Sektor der Fleischlieferungen. Auch hier hat sich ein guter Außenhandel mit Griechenland entwickelt, und es kommt auch auf diesem Sektor dann zur Anwendung der Bestimmungen der EG, und wir müssen rechnen, daß unsere Produzenten, daß unsere Fleisch- und Milchproduktlieferanten dadurch sehr benachteiligt werden.

Ich bitte Sie daher in diesem Zusammenhang, daß man doch den Agrarbriefwechsel aus dem Jahre 1972, der zwischen Österreich und der EG besteht, aus dem Anlaß Griechenlandbeitritt neu aufrollt, und daß man versucht, doch zu erreichen — zumindest jetzt zu erreichen —, daß Österreich gewisse abschöpfungsfreie Kontingente für Molkereiprodukte und für Vieh und Fleisch in die EWG bekommt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich ersuche Sie, Herr Handelsminister, in diesem Zusammenhang gemeinsam mit Minister Haiden mit allem Nachdruck für solche Regelungen einzutreten.

Es ist nicht leicht, ich weiß es. Aber auf der anderen Seite muß man, glaube ich, sich doch in Brüssel so weit verständlich machen können, daß auf die Dauer eine solche Vorgangsweise für Österreich nicht tragbar ist und der österreichischen Volkswirtschaft — nicht den österreichischen Bauern, der österreichischen Volkswirtschaft! — ungeheuer viel Geld kostet, weil jede zusätzliche Stützung aus Steuergeldern bezahlt werden muß, und das sollte man nach Möglichkeit verhindern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächster Punkt ist der gewünschte Beitritt Spaniens und auch Portugals zur EG. Hier trifft das gleiche zu. Für Österreich sind diese Länder, wie Griechenland, Spanien, Portugal, in Europa praktisch bald nur mehr die einzigen Märkte für bestimmte Agrarprodukte, für bestimmte Milchprodukte und auch für Fleisch. Es sind Zuschußgebiete, weil sie auf Grund der natürlichen Produktionsbedingungen gerade diese Produkte brauchen. Durch den Beitritt zur EWG ergibt sich, daß auch Spanien und Portugal voraussichtlich in den kommenden Jahren als Abnehmerländer für österreichische Produkte zumindestens auf dem Agrarsektor ausfallen werden.

Herr Minister! Das ist also auch eine Sache, die man früh genug angehen muß. Wir dürfen nicht so lange warten, bis der Fall eintritt, genauso wie es jetzt in Griechenland passiert, daß man erst dann schön langsam zum Verhandeln anfängt, wenn man weiß — man kann sich diese Dinge ja schon vorher ausrechnen —, was das für die österreichische Volkswirtschaft bedeutet. Daher bitte ich Sie, Herr Minister, daß Sie sich rechtzeitig bemühen, Regelungen zu finden, daß Sie sofort entsprechend verhandeln, und zwar in diesem Zusammenhang auch mit diesen beiden Ländern, und daß Sie versuchen, doch rechtzeitig günstige Regelungen zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das nächste Problem ist jenes des Käsemindestpreisabkommens. Herr Minister, das ist eine ganz kritische Sache. Sie wissen genau, daß auf diesem Gebiet Österreich und seiner Wirtschaft auch unmittelbar große Gefahren drohen. Der Außenhandel mit Käse ist seit vielen Jahren liberalisiert, er kann daher mengenmäßig nicht beschränkt werden. Ich glaube, es ist auch wichtig, daß man berücksichtigt, daß wir hier bestimmte Regelungen haben, die auf dem Milch- oder auf dem Buttersektor oder bei Milchpulver nicht bestehen.

Wir bekennen uns grundsätzlich zur Liberalisierung des Käsemarktes, weil wir in Österreich zirka sechsmal soviel Käse exportieren, als wir vom Ausland importieren. Das ist klar. Wir wollen da keine Ausnahmen oder daß man die Liberalisierung wieder aufhebt.

Herr Minister! Das Käsemindestpreisabkommen mit der EWG wurde 1978 wirksam. Ich habe dazu gesprochen. Ich habe damals schon gesagt: Das ist nur ein Abkommen, das uns vielleicht momentan hilft, aber wenn es nicht angepaßt wird, ist es innerhalb der nächsten Jahre wieder wirkungslos. Was ich damals behauptet habe, ist eingetreten.

Damals wurde die österreichische Importabgabe für Naturkäse bei 5,60 S pro Kilo belassen. Diese 5,60 S gelten schon seit über

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

20 Jahren, Herr Minister. Damals waren 5,60 S ungefähr 30 Prozent des Käsepreises, und jetzt sind es nicht einmal mehr 10 Prozent. Das heißt, der Importschutz, der hier für Österreich vorgesehen war, ist damit vollkommen unzureichend geworden.

Nach dem Käsemindestpreisabkommen im Jahre 1978 ist am 17. Juli 1978 eine Käsepreiserhöhung gewesen. Am 1. Jänner 1979 erfolgte eine weitere durch den Stützungsabbau des Finanzministers und am 1. Dezember 1979 wieder zur Hälfte dadurch. Das heißt, die Käsepreise sind in Österreich innerhalb von eineinhalb Jahren um 18 bis 20 S pro Kilo gestiegen, während der Weltmarktpreis für Käse gleichgeblieben ist. Er hat sich praktisch nicht verändert. Das heißt, daß bei gleichbleibender Importabgabe von 5,60 S der Schutz nach außen vollkommen wirkungslos geworden ist.

Aus der EWG kann daher Käse ohne EG-Erstattung bei dieser Importabgabe von 15 bis 20 S auf dem österreichischen Markt billiger angeboten werden als ein gleichwertiges österreichisches Produkt. Das Käsemindestpreisabkommen ist damit völlig wirkungslos geworden. Das ist ein Zustand, der für die österreichische Volkswirtschaft aber auch für die österreichische Landwirtschaft einfach unerträglich ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich weiß, Herr Minister, daß Sie begonnen haben, Verhandlungen zu führen. Der Herr Landwirtschaftsminister ist ebenfalls sehr dahinter, dieses Importabgabesystem und dieses Mindestpreisabkommen irgendwie zu ändern. Aber ich fürchte, daß das sehr spät angegangen wurde. Dreimal ist in Österreich der Preis erhöht worden, und nichts Wesentliches ist geschehen. Wir sind also heute in der Situation, daß seit 1. Dezember neue Käsepreise gelten und bezüglich des Käsemindestpreisabkommens bisher nichts geschehen ist.

Herr Landwirtschaftsminister und Herr Handelsminister! Sie beide haben in dieser Frage zu spät gehandelt und sich nicht durchgesetzt. Daher müssen wir Ihnen den Vorwurf machen, daß wir auf diesem Sektor ebenfalls schwere volkswirtschaftliche Schäden erleiden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bringe ein Beispiel: Wenn 10 000 Tonnen Käse von der EWG nach Österreich kommen, dann nimmt der Finanzminister an Importabgabe 56 Millionen Schilling ein. Wenn 10 000 Tonnen österreichischer Käse in die EWG-Länder exportiert werden sollen, dann müssen wir zwischen 20 S und 30 S EWG-Abschöpfung überwinden und Stützungen aufwenden. Das heißt, daß unser Exportstützungs-

system für die gleiche Menge Käse mit rund 300 Millionen Schilling belastet ist.

Auf Grund der Regelung im Marktordnungsgesetz muß der Finanzminister ungefähr zwei Drittel aus Budgetmitteln bezahlen. Das heißt, 200 Millionen Schilling und rund 100 Millionen Schilling entfallen auf die Bauern. Wir nehmen an Importabgabe 56 Millionen Schilling ein. Wir müssen als Staat allein 200 Millionen Schilling ausgeben. Das ist ein Zustand, das ist eine Ungleichheit, die wir auf die Dauer volkswirtschaftlich und auch landwirtschaftlich einfach nicht vertragen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Auf dem Sektor des Außenhandels mit Vieh und Fleisch müssen wir auch einige Tendenzen feststellen, die in letzter Zeit — wahrscheinlich auch aus Kostengründen, aus Geldgründen — durchgeführt werden, wobei man die Absicht erkennt, etwa zum Beispiel beim Export von lebenden Schlachtrindern aus Österreich. Auch hier will man sich immer stärker auf Fleischexporte umstellen. Wir haben also Probleme sowohl beim Zuchtvieh mit der Anpassung an die EWG-Rindermarktordnung, als auch bei Schlachtrindern und beim Fleischexport. Wir haben auch die Auffassung, daß man für die Bergbauerngebiete unbedingt den Export von leichteren Stieren, von leichterem Schlachtvieh, und zwar besonders nach Libyen, aufrechterhält.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat erkennen lassen, daß er hier in der ganzen Politik eine Umstellung möchte. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das gerade die Bergbauern treffen würde, die Sie immer wieder als besonders förderungswürdig herausstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und noch folgendes feststellen: Herr Handelsminister, ich weiß, daß hier eine Mitkompetenz des Herrn Landwirtschaftsministers besteht. Ich möchte dem Herrn Landwirtschaftsminister bestätigen, daß er in der letzten Zeit sehr aktiv wurde, weil auch er erkannte, was hier für die österreichische Volkswirtschaft dranhängt und welche Belastungen da auf uns zukommen. Ich will gar nicht sagen, daß nichts geschieht, sondern nur eines feststellen: daß man zu spät die Tragweite dieser ganzen Entwicklung erkannt hat und jetzt im letzten Moment versucht, doch noch etwas bei diesen sehr schwierigen Verhandlungen herauszuholen.

Ich möchte also wirklich bitten, daß man alles unternimmt, denn die volkswirtschaftlichen Schäden sind sehr groß. Die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sollten nach meinem Dafürhalten genauso gesichert werden wie in den übrigen Bereichen. Es wäre not-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

wendig, daß man auch den Neutralitätsstatus Österreichs bei den Verhandlungen mehr als bisher herausstellt, denn wenn es so weitergeht, werden früher oder später die Schwierigkeiten für Österreich so groß, daß wir gezwungen sein werden, mit unseren Produkten, die naturgegeben in Österreich anfallen, auf die afrikanischen und die südamerikanischen Märkte auszuweichen. Wir werden dann hohe Frachtkosten bezahlen müssen und hohe Beiträge an Stützungsmitteln brauchen. Das alles muß von der österreichischen Landwirtschaft, von der österreichischen Volkswirtschaft und von den Steuerzahlern bezahlt werden. Daher sollten wir im gemeinsamen Interesse alles unternehmen, damit wir hier vernünftige Regelungen bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Köck. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Köck** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe gestern anlässlich des Berichtes und des Gesetzbeschlusses über die Sanierung der Verbundgesellschaft gesprochen und habe kritisiert, daß der Herr Dr. Stix anlässlich seines Debattenbeitrages über den Entschließungsantrag des Abgeordneten Klubobmannes Dr. Fischer gesagt hat, daß in Zukunft mit den derzeitigen Kraftwerken in Österreich das Auslangen gefunden werden könnte.

Herr Dr. Stix hat sich in der Folge zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet, und diese tatsächliche Berichtigung, meine Damen und Herren, möchte ich doch zum Anlaß nehmen, Ihnen noch einmal den tatsächlichen Text des Herrn Dr. Stix vorzulesen. Herr Dr. Stix hat also anlässlich der von mir bereits zitierten Debatte über den Entschließungsantrag von Dr. Fischer folgende Aussage zu diesem Thema gemacht:

„Vielleicht noch einige allgemeine Feststellungen zu der Situation seit der Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf. Der erfreulichste Aspekt“, so hat er ausgeführt, „ist wohl jener, daß jene Lügen gestraft wurden, die das Gespenst einer Stromverknappung, einer Stromkrise an die Wahlwand gemalt haben. Wir können heute feststellen“, so Dr. Stix, „daß es nicht zu dieser angekündigten Stromkrise gekommen ist, daß auch nichts dafür spricht, daß sie in nächster Zeit zu befürchten steht. Ganz im Gegenteil“, so Dr. Stix, „die Ausbaupläne der österreichischen Elektrizitätswirtschaft auf dem konventionellen Sektor sind durchaus in der Lage, den tatsächlich auftretenden Bedarf zu decken. Das freut uns umso mehr, als wir schon seit Jahren immer darauf hingewiesen haben, daß die ur-

sprünglichen Bedarfsprognosen einfach zu hoch angesetzt waren.“

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß eigentlich nunmehr alles gesagt ist in diesem Zusammenhang, daß ich bestätigt habe und bewiesen ist, daß das, was ich gestern gesagt habe zu dieser Problematik, seine Richtigkeit hat. Wenn der Herr Dr. Stix, um es also nochmals zu zitieren, hier so apodiktisch in den Raum gestellt hat, daß also mit diesen derzeitigen und den geplanten Kraftwerken in Zukunft das Auslangen gefunden werden könnte, dann darf ich nur sagen, es ist meiner Auffassung nach ein frommer Wunsch der FPÖ, dem wir uns ganz gerne anschließen würden, meine Damen und Herren, nur die Verantwortung tragen wird schließlich und endlich die Regierung, wir werden es müssen. Deswegen werden wir also entsprechende Maßnahmen treffen, die auf die Zukunft ausgerichtet sind.

Meine Damen und Herren! Deshalb haben wir auch, — wie ich schon gestern kurz angeführt habe — den Ersatz für das Kernkraftwerk Zwentendorf bereits mehr oder weniger fixiert, deswegen werden wir wahrscheinlich im nächsten Jahr beginnen, ein Ersatzkraftwerk nach Zwentendorf zu stellen mit einem Kostenaufwand von etwa 4,5 Milliarden Schilling. Deswegen haben wir auch gestern bereits in diesem Hohen Haus eine Sanierung der österreichischen Verbundgesellschaft beschlossen. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, denn das habe ich bereits gestern in diesem Haus sehr ausführlich dargestellt.

Es wurden auch seitens der Regierung, des Bundeskanzlers beziehungsweise des Handelsministers auch rechtzeitige Gespräche auf höchster Ebene eingeleitet mit Polen, weil wir ja nach Fertigstellung dieses Ersatzkraftwerkes im Jahr 1984, wenn alles normal läuft, jährlich 1,5 Millionen Tonnen Steinkohle nach Österreich importieren müssen, um also dieses Kraftwerk auch befeuern zu können und in der Endkonsequenz auch daraus Strom beziehen zu können.

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir auch bereits gestern in diesem Hohen Haus ein sehr wichtiges Gesetz beschlossen, nämlich das sogenannte Energieförderungsgesetz, mit dem es uns in Zukunft möglich sein wird, nicht nur Anlagen zur Erzeugung und Weiterleitung von elektrischer Energie zu fördern, sondern auch technische und wirtschaftliche Einrichtungen, die im Zusammenhang stehen mit der Stromerzeugung, Anlagen zur Übernahme, Speicherung, Fortleitung und Abgabe von Gas und schließlich und endlich auch Anlagen für Kraft-Wärme-Kupplungen.

Köck

Damit haben wir an und für sich Voraussetzungen geschaffen, die ganz einfach notwendig und erforderlich sind, um in Zukunft eine optimale — eine völlige wird ja nicht möglich sein — Unabhängigkeit vom Ausland in bezug auf Energieversorgung für Österreich und seine Wirtschaft zu erreichen.

Es freut mich an und für sich — ich möchte das heute hier deponieren —, daß die Oppositionsparteien nach langer Zeit wieder einmal einem Gesetz ihre Zustimmung gegeben haben und ein positives Verhalten in einer sehr wichtigen Frage gezeigt haben. Ich meine auch, daß es höchste Zeit war, denn die Energieprobleme, meine Damen und Herren, sind ja nicht nur Probleme etwa der österreichischen Bundesregierung, sondern natürlich auch im selben Maße der gesamten österreichischen Wirtschaft und schließlich und endlich aller Bürger dieses Landes.

Wir wissen alle, daß Österreich ein importabhängiges Land in bezug auf Energieversorgung, wie viele andere Industrieländer der freien westlichen Welt auch. Das ist bedingt auf Grund seiner geologischen und geographischen Struktur, und es bedeutet natürlich eine sehr wesentliche Unsicherheit in bezug auf Menge und Preis hinsichtlich der Energieversorgung, die wir aus dem Ausland tätigen müssen.

In diesem Zusammenhang hat der Herr Abgeordnete Dr. König vor einigen Tagen und auch gestern hier zum Ausdruck gebracht, daß seiner Meinung nach die österreichische Energieversorgung sich auf mehr Beine stellen müßte, was die Energiearten betrifft, aber auch auf die Länder, aus denen wir diese Energiearten nach Österreich importieren.

Ich muß also sagen, Herr Dr. König — er ist ja leider nicht hier —, daß, wenn wir auf diese Vorschläge, auf diese „Einsicht“ gewartet hätten, meine Damen und Herren, wir heute in Österreich eine Energiesituation hätten, die sicherlich katastrophal wäre.

Ich darf als Beweis, daß wir alle diese Vorschläge des Herrn Dr. König schon seit dem Jahr 1970 verfolgt haben, nur anführen, daß wir zum Beispiel das Rohöl aus fünf verschiedenen Ländern nach Österreich importieren. Aus dem Irak, Iran, Libyen, Saudiarabien und der UdSSR.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir die Steinkohle aus Polen, Rußland, Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland nach Österreich importieren und daß wir Gas aus Rußland und zu kleinen Teilen auch aus der BRD nach Österreich importieren. Wir sind dabei, uns auch noch insofern zu verbes-

sern, daß wir alles daransetzen, um im Jahr 1985, wenn also die Fernleitung hergestellt sein wird, auch Gas aus Algerien nach Österreich zu importieren, wobei wir daran denken, rund 2 Millionen Kubikmeter pro Jahr einzuführen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Dr. König hat auch in seiner gestrigen Aussage und auch in seinem Pressegespräch am 11. Dezember darauf hingewiesen, daß es in Österreich noch immer große Möglichkeiten gäbe hinsichtlich des Ausbaues der Wasserkraft. Ich darf dazu nur sagen, daß sicherlich noch einige Möglichkeiten bestehen, aber schließlich und endlich ist heute für die Fachleute jedenfalls klar, daß mindestens 60 Prozent der ausbauwürdigen Wasserkraft bereits ausgebaut ist und nur mehr Teile zur Verfügung stehen.

Auch hier ist ein Gesinnungswandel des Herrn Abgeordneten Dr. König zu verzeichnen, aber vor allen Dingen auch der ÖVP, meine Damen und Herren, denn wenn ich zurückdenke an das Jahr 1968, als also führende Herren der Österreichischen Volkspartei damals noch die Alleinverantwortung in diesem Lande gehabt haben, immer wiederum die Frage aufgestellt haben, ob es denn überhaupt betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich noch notwendig und interessant wäre, die Donau-Kraftwerke auszubauen, als diese Herren allen Ernstes damals die These und die Behauptung aufgestellt haben, daß nunmehr im Jahr 1968/1969 die Zeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie, konkret der Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf, gekommen sei — das war, meine Damen und Herren, 1968 und 1969!

Es freut mich an und für sich, daß heute offensichtlich dieser Gesinnungswandel bei der ÖVP eingetreten ist. Aber auch hier muß man sagen: sehr, sehr spät. Denn wenn wir also auf diesen Weitblick der Österreichischen Volkspartei gewartet hätten, dann ergäbe sich auf dem Gebiete der Versorgung mit elektrischem Strome heute in Österreich eine katastrophale Situation. Denn wir haben in der Zwischenzeit drei Donaukraftwerke seit dem Jahre 1970 ausgebaut, wir sind dabei, das vierte Donaukraftwerk, nämlich Melk, jetzt zu bauen, und wir haben also dann noch vier weitere zu errichten in einem Drei-Jahres-Rhythmus.

Es wurden insgesamt in der Zeit seit 1970 allein bei den Donaukraftwerken, meine Damen und Herren, die Sie damals so sehr in Frage gestellt haben, rund 4,5 Milliarden Kilowattstunden produziert.

Köck

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, es wäre unvorstellbar gewesen, hätten wir uns hier auf den Weitblick der Österreichischen Volkspartei verlassen oder darauf gewartet.

Nun auch einige Worte zur Unterstützung des Baues von Donaukraftwerken durch Bund und öffentliche Hand. Was ich vorhin gesagt habe, meine Damen und Herren, das kann ich mit einigen Zahlen belegen, nämlich das seinerzeitige Desinteresse der OVP-Alleinregierung am weiteren Ausbau der Donau.

Im Jahre 1969 hat die Österreichische Volkspartei, also die OVP-Regierung, aus Bundesmitteln insgesamt 101 Millionen Schilling zugeschossen. Im Jahr 1970 hat die sozialistische Bundesregierung bereits 265 Millionen Schilling an Kapitalaufstockung und an Baukostenzuschüssen zugeschossen. Im Jahr 1975, um nur einige Zahlen zu nennen, um das zu bestätigen und zu beweisen, waren es insgesamt 351 Millionen Schilling, und im Jahr 1979, meine Damen und Herren, hat der Bund, hat die Regierung für den Bau von Donaukraftwerken 414 Millionen Schilling zugeschossen.

Das, meine Damen und Herren, ist die Wirklichkeit, das ist die Realität im Zusammenhang mit der Frage Unterstützung für die Donaukraftwerke und für den Wasserkraftausbau.

Gestern hat Herr Dr. König hier davon gesprochen und auch in seiner Pressekonferenz darüber referiert, daß diese Notwendigkeit schon deshalb gegeben wäre, weil eine Aushungerung der Verbundgesellschaft eingetreten wäre. Wenn er das zum Ausdruck gebracht hat, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß wir ja schon seit einiger Zeit wissen, daß diese Aushungerung in Wirklichkeit nur dadurch eingetreten ist, weil die Verbundgesellschaft mit 50 Prozent an dem nicht in Betrieb genommenen Kernkraftwerk Zwentendorf beteiligt war, welches 9 Milliarden Schilling gekostet hat, und dadurch die Verbundgesellschaft einen Verlust von rund 4,5 Milliarden Schilling zu verzeichnen hatte. Wir wissen, daß die Verbundgesellschaft nur durch eine besondere Aktion vor dem Konkurs gerettet werden konnte. Ich möchte daher noch einmal sagen: Die Aushungerung der Verbundgesellschaft war eine Folge der Nichtinbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf.

Und da muß ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, doch in aller Deutlichkeit, aber trotzdem sehr friedlich sagen, daß die Österreichische Volkspartei und die Freiheitliche Partei natürlich ein ge-

rüttelt Maß an Schuld haben, daß das Kernkraftwerk Zwentendorf nicht in Betrieb genommen werden kann (*Abg. Graf: Nur die Erklärung des Bundeskanzlers — in aller Friedlichkeit!*), und dadurch auch, Herr Abgeordneter Graf, jene Situation in der Verbundgesellschaft eingetreten ist, die der Herr Abgeordnete König als Aushungerung dargestellt hat. (*Abg. Graf: Die Fragestellung des Kanzlers hat das ausgelöst in Wirklichkeit!*)

Meine Damen und Herren! Ich kann hier nur sagen — es ist immer wieder dasselbe, das alles gehört zum Stil der Opposition — : Auf der einen Seite verlangt sie immer wieder Zuschüsse, Mehraufwendungen und Mehrausgaben des Staates für verschiedene Institutionen oder ihnen nahestehende Organisationen und ähnliches, auf der anderen Seite fordert sie Verzicht auf Einnahmen des Staates, auf Steuern und so weiter und so fort, und gleichzeitig bekräftigt sie immer wieder und bei jeder Gelegenheit das sogenannte Budgetdefizit dieser Regierung. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger.*)

Meine Damen und Herren! Noch einige Worte, damit mir die Zeit nicht davonläuft. Herr Dr. König hat in seinen gestrigen Ausführungen im besonderen darauf hingewiesen, daß er zwar mit dem Import von Kohle, von Steinkohle nach Österreich zufrieden ist, daß ihm das an und für sich paßt, daß das auch im Sinne der Österreichischen Volkspartei, der Opposition überhaupt wäre, daß er sich aber gleichzeitig gegen die Errichtung eines Großprojektes in Polen auf Steinkohlebasis ausspricht. Er hat in diesem Zusammenhang mehr oder weniger auf die „Gefahr“ hingewiesen, daß es damit sozusagen zu einer immer größer werdenden Abhängigkeit von Ländern des Ostblocks käme.

Meine Damen und Herren! Abgesehen davon, daß ich weiß — ich habe mich informiert —, daß bei dieser Gelegenheit nur die Problematik um ein solches Großkraftwerk ventiliert, erörtert wurde und man von vornherein nicht daran gedacht hat, daß sich nur Österreich an einem solchen Großkraftwerk in Polen beteiligen sollte, sondern auch mehrere westliche Industrieländer, und es sollte in der Folge ein sogenanntes Verbundnetz von westlichen Ländern auch im Ostblock hergestellt werden, hat Herr Dr. König folgendes gesagt. Ich möchte es vorlesen, weil ich es bedauerlich finde, daß bei all den Maßnahmen und Versuchen, für Österreich eine optimale Energiesituation herzustellen, die Dinge immer wieder in einer derart tendenziösen Weise dargestellt werden.

Er hat ungefähr gesagt: Gleichermaßen müsse auch eine einseitige Abhängigkeit von

Köck

den Energieimporten verhindert werden, die letztlich zu einer Gefährdung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen könnte. Statt Geld für den Ausbau der Donaukraftwerke auszugeben, soll nun ein Kraftwerk um 2 Milliarden Schilling — da ist er falsch informiert, denn in Wirklichkeit wird es 4 Milliarden Schilling kosten — in Polen gebaut werden. Die Folgen dieser politischen Tendenzen des Bundeskanzlers zeigten sich bereits im Abstimmungsverhalten Österreichs bei der UNO, sagte König.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir alle darüber einig sein können, daß man eine solche Darstellung nicht machen sollte, wenn man ganz genau weiß, daß es für Österreich kaum eine andere Möglichkeit gibt, eine gesicherte Energieversorgung zu haben.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, vertrete ich die Auffassung des Herrn König überhaupt nicht. Ich meine, daß uns ja die Erfahrung in all den Jahren und Jahrzehnten gezeigt hat, daß es durchaus richtig und notwendig ist, im Sinne von Kooperation und Zusammenarbeit und im Sinne der Entspannung zwischen den Ländern, wenn sie auch verschiedene gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Systeme haben, weil wir damit in der Endkonsequenz sehr viel für die Entspannung in Europa beitragen können.

Ich glaube, daß die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß die Zusammenarbeit, die Kooperation zwischen westlichen und östlichen Ländern positiv war, ob das auf dem Gebiet des Sportes, der Kultur oder der Wirtschaft war.

In Summe gesehen, glaube ich, können wir heute alle miteinander feststellen: Es hat sich gebessert. Und wenn wir versuchen, den Zeiger der Uhr um einige Jahre oder gar Jahrzehnte zurückzudrehen, dann, glaube ich, werden diese meine Auffassungen schließlich und endlich auch bestätigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pelikan. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Pelikan** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem sozialistischen Abgeordneten Köck: der gemeint hat, er werde uns in aller Freundlichkeit etwas sagen, antworten: Was er gesagt hat, war sehr ruhig, aber nicht freundlich. Deswegen muß ich ihm sagen, daß unsere Meinung immer die war, daß ein verstärkter Anteil an Ostimporten an Energie nicht gut ist und daß man es seitens der Regierung versäumt hat, sich rechtzeitig auch im Westen abzusichern.

Und wenn Sie unsere Haltung für tendenziös halten, muß ich Ihnen vorhalten, daß ich die Ostabhängigkeit, die Abhängigkeit von der Energie aus dem Osten, für tendenziös halte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und was die Abstimmung Zwentendorf anlangt — Sie sind offenbar ein Befürworter —, so bedanken Sie sich beim Herrn Bundeskanzler, denn er hat das erste Plebiszit dieser Republik in ein Kanzler-Plebiszit umfunktionierte! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zu zwei Bereichen Feststellungen treffen. Der eine betrifft die Budgetpolitik im allgemeinen und der zweite die Industriepolitik im besonderen.

Der sozialistische Abgeordnete Hirscher hat seinerzeit bei der ersten Lesung ziemlich am Ende der Rednerliste gemeint, die Wiese der Argumente sei abgemäht, jetzt könne man nur mehr mit dem Heuwagen heimfahren.

Nun, ich muß sagen, angesichts dieses finanziellen Desasters könnte man das Thema noch lange beackern, ich will es aber bei diesen wenigen angekündigten Feststellungen belassen.

Es gibt in der Budgetpolitik drei Grundsätze: den Grundsatz der Budgetwahrheit, den Grundsatz der Budgetklarheit und den Grundsatz der Budgetwirklichkeit. Und ich sage, daß Sie seit zehn Jahren, Herr Finanzminister, diese Grundsätze über Bord werfen, deswegen nämlich, weil Sie ständig Fehleinschätzungen machen, was die Einnahmen und was die Ausgaben anlangt, was zur Folge hat, daß es immer wieder zu einer Reihe von Budgetüberschreitungssetzen kommt.

Die Dreiteilung des Budgets dient ja auch nicht dem Grundsatz der Budgetklarheit. Fast könnte man mit Richelieu sagen, die Finanzen sind die Nerven des Staates. Sie müssen den Augen der Bürger entzogen werden. Sie halten sich offenbar an diesen Spruch, und das ist nicht vereinbar mit dem ständig von Ihnen im Mund geführten Wollen nach einer verstärkten Transparenz.

Eines war positiv, das ist auch heute in der Debatte schon herausgekommen: daß Sie diesmal das erstmal von einer notwendigen Sanierung des Budgets gesprochen haben. Sanierung ist nach Meyers Lexikon die Behebung eines krankhaften Zustandes. Sie haben also zugegeben — das erstmal —, daß etwas nicht in Ordnung ist, wenngleich Sie noch vor einigen Jahren hier im Haus erklärt haben, die Staatsfinanzen sind in Ordnung.

Meine Damen und Herren! Die reine Finanzschuld des Bundes beträgt 200 Milliarden Schilling. Die Verwaltungsschuld ist hier nicht

Dr. Pelikan

ingerechnet, wir wissen nicht, wie hoch sie ist, es kann auch der eine oder andere Definitionsgrund dafür ausschlaggebend sein. Aber annähernd wird die gesamte Schuld des Bundes bei 300 Milliarden Schilling liegen.

Die Finanzschuld der Länder beträgt 35 Milliarden Schilling, das ist die Folge davon, daß der Bund immer wieder die Länder zur Vorfinanzierung zwingt, und die der Gemeinden 40 Milliarden Schilling.

Die jährliche Annuität, also alles das, was wir für Zinsen und Kapitaltilgung ausgeben, beträgt 37,6 Milliarden Schilling, das ist so viel wie die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusammen.

Ich möchte Ihnen doch vorhalten, Herr Finanzminister, was Sie seinerzeit als Oppositionsabgeordneter hier im Hohen Hause zum Problem Sanierung, zum Problem Schulden erklärt haben. Es war die Rede vom 19. Dezember 1968: „Schließlich“, sagten Sie damals, „meine Damen und Herren, hat man es verabsäumt, die versprochene Sanierung des Budgets herbeizuführen. Vielmehr sehen wir uns einer drehenden Lawine von Defiziten gegenüber, die in ihrer vollen Tragweite erst nach den nächsten Nationalratswahlen abzu sehen sein werden.“

Das haben Sie am 19. Dezember 1968 gesagt. Sie haben zehn Jahre Zeit gehabt, das Budget, das Ihrer Meinung nach damals schon sanierungsbedürftig war, zu sanieren. Sie haben es nicht zustande gebracht. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Zitat, die Schulden betreffend: „Am besten zeigt sich die Entwicklung“, sagten Sie, „wenn man sich vor Augen hält, in welchem Ausmaß sich die Staatsschuld erhöht. Sie hat Ende 1965 noch 28 Milliarden betragen und ist in der Zwischenzeit auf rund 39 Milliarden angestiegen. Sie wird Ende 1970 50 Milliarden Schilling ausmachen. Aber das ist das Entscheidende: das rasche Tempo der Zunahme, nicht der relative Anteil am Bruttonationalprodukt.“ — Wie wahr, kann man da nur sagen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Schuldendienst hat sich in den letzten Jahren verfünffacht, meine Damen und Herren. 1970 betrug er 7,9 Milliarden Schilling, 1980 wird er 37,6 Milliarden Schilling betragen. Genausoviel wie damals im Jahre 1968 die Schulden überhaupt.

Ich glaube, man müßte einmal eine Analyse des Defizits anstreben. Man müßte das Defizit dahingehend analysieren, daß man wirklich untersucht, woher es kommt. Denn es ist ein Unterschied, ob ich ein Defizit dadurch entstehen lasse, daß ich zum Beispiel eine lei-

stungshemmende oder eine Eigenkapital hemmende Steuer abschaffe und dadurch einen Defizitposten hineinbringe, oder ob ich den Defizitposten durch irgendwelche Ausgaben, die vielleicht nicht rentabel oder nicht einmal umwegsrentabel sind, entstehen lasse. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Zur Industriepolitik ein paar Sätze. Ich glaube, es ist nicht nur bei uns, sondern in allen Industriestaaten der westlichen Welt eine gewisse Wachstumsskepsis feststellbar. Bis vor einigen Jahren war die Industrie der Problemlöser schlechthin, heute gibt es Stimmen, zum Teil manipuliert, zum Teil aus ehrlicher Überzeugung, die sagen, die Industrie ist jener Bereich der Wirtschaft, der den Konsumenten zum sinnlosen Verbrauchen bringt, der die Umwelt verschmutzt, der den Menschen entfremdet oder sogar zur Entseelung des Daseins beiträgt.

So hat sich in den letzten Jahren eine immer stärkere Skepsis dem Wirtschaftswachstum gegenüber entwickelt, eine Ablehnung oder sogar eine Feindschaft gegenüber Wachstum, Fortschritt und Technik. Beweis sind die zahlreichen Alternativbewegungen, die man, das glaube ich und das ist meine Überzeugung, durchaus ernst nehmen muß.

Nur eines darf uns nicht passieren: daß wir als Österreicher beginnen das Kind mit dem Bade auszugießen, daß ein Zeitalter wie das seinerzeitige Maschinenstürmerzeitalter eingeleitet wird. Denn wir brauchen die Industrie! *(Beifall bei der ÖVP.)* Jene Industrie, die immerhin 660 000 Menschen in diesem Land beschäftigt und die in den letzten Jahren Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren hat, die es wieder zu schaffen gilt.

Es ist bedauerlich — ich habe im Finanz- und Budgetausschuß schon darauf hingewiesen —, daß man im ORF kürzlich eine Bemerkung hören mußte, in der von einem Reporter von der „Freibeutermentalität der Industriegesellschaft“ gesprochen wurde. Und da habe ich doch einige Fragen anzuschließen, Herr Vizekanzler.

Wie steht es mit Ihrer Einstellung zu einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft? Wie steht es mit Ihrer Einstellung zur Strukturpolitik?

Der Herr Bundeskanzler hat anlässlich des Tages der Industrie am 11. Oktober 1979 einen sehr bemerkenswerten Satz ausgesprochen. Er sagte nämlich wörtlich, ich habe mir das aufgeschrieben: „Der Staat muß die Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich die unternehmerische Tätigkeit voll entfalten kann.“

Dr. Pelikan

Ich behaupte, Sie haben die Rahmenbedingungen nicht geschaffen! (*Lebhalte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Er hat noch einen Satz gesagt, der im Unterton fast wie eine gefährliche Drohung klingt. Er sagte nämlich: „Wir brauchen den Unternehmer, weil wir nichts Besseres haben, das ihn ersetzen könnte.“

Sie werden nichts Besseres finden, Herr Bundeskanzler! Sie werden nichts Besseres als den Unternehmer finden können, denn Sie können den Unternehmer nicht durch einen Anonymus ersetzen, Sie können ihn nicht durch den Staat ersetzen. Und ich bin persönlich dagegen, das habe ich auch im Ausschuß schon gesagt, daß der Unternehmer durch Ministerialbeamte ersetzt wird (*Beifall bei der ÖVP*), bei aller Hochachtung vor den Ministerialbeamten selbstverständlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich, wie ich schon eingangs gesagt habe, kurz fassen und nur auf ein mir wichtig scheinendes Programm hinweisen. Es ist ein Minimalprogramm, das notwendig wäre, unbeschadet ob die Einkommensteuerreformkommission zu Ergebnissen kommt oder nicht. Ich bin nur dagegen, daß man diese als Schild für Untätigkeit benützt.

Eine drastische Senkung der Tarifsätze als Voraussetzung für eine Bereinigung bei den Ausnahmebestimmungen; das scheint mir ein wesentlicher Punkt zu sein. Eine Verminderung der Vermögensteuerbelastung, Rücknahme der Kreditgebühr und des 2. Abgabenänderungsgesetzes, Abbau der international wettbewerbsverzerrenden Gewerbesteuer und insbesondere der Lohnsummensteuer, die ja eine Arbeitsplatzsteuer ist. In Anbetracht der Tatsache, daß wir alle die Vollbeschäftigung bejahen und sie als primäres Ziel der Wirtschaftspolitik ansehen, ist eine Arbeitsplatzsteuer eine Groteske, meine Damen und Herren.

Abbau der steuerlichen Hindernisse zur Bildung und Beschaffung ausreichenden Eigenkapitals und schließlich die Entlastung der Wirtschaft von dem kosten- und verwaltungsintensiven und mit Haftungsrisiko verbundenen Einbehalt und der Abfuhr lohnabhängiger Abgaben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie werden mir jetzt vorhalten, Herr Finanzminister, daß würde das Defizit vergrößern; aber das deckt sich mit dem ab, was ich schon vorher gesagt habe. Das ist die Direktrentabilität von steuersenkenden Maßnahmen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich bin auch dagegen, daß der Herr Vizepräsident Mühlbacher dann, wenn Sie Leid erzeugt haben, mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz zum Bei-

spiel, sich als Feuerwehrmann aufspielt und dieses Leid etwas verkleinert. Das kommt mir so vor, wie wenn ein Feuerwehrmann selbst das Haus anzündet, um dann als der große Löscher dazustehen. Das Haus ist aber abgebrannt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einen Satz zur Marktwirtschaft: Es ist selbstverständlich, daß kein Wirtschaftssystem in seiner vollsten Ausprägung vorkommt. Das hat schon Walter Eucken gesagt, nur damit ich Ihnen den Beweis liefere, das ich den auch gelesen habe. Jedes System bedarf irgendwelcher Eingriff. Nur deswegen ist die Marktwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft geworden, weil es ordnungspolitische Eingriffe gibt. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und diese ordnungspolitischen Eingriffe — das wurde heute schon von Dr. Taus gesagt — sind von bürgerlichen Politikern erfunden worden. Selbstverständlich, wenn die ordnungspolitischen Eingriffe falsch sind, dann wirkt sich das negativ aus. Ich kann das mit einem Ausdruck aus der Computersprache vergleichen: „garbage in — garbage out“; wenn man etwas Falsches hineingibt, dann kommt zwangsläufig etwas Falsches heraus.

Meine Damen und Herren, einige Worte noch zur Exportwirtschaft. Die Exporte, das sei zugegeben, sind quantitativ gestiegen, von 1978 auf 1979 um 17,5 Prozent, und sie werden im Jahre 1980 voraussichtlich um 10,5 Prozent steigen. Was aber das Erschreckende ist, ist der Rückgang der Erträge. Wenn ich mir ansehe, wie die Arbeitskosten im Vergleich zu den Preisen gestiegen sind, dann geht das ganz deutlich hervor. Auf der Basis 100 im Jahre 1970 haben wir heute im Jahre 1979 Exportpreise von 144,6 Punkten, und der Index für die Arbeitskosten beträgt 177,5. Die Arbeitskosten sind also fast zweimal so stark gestiegen als die Exportpreise. Das dazu.

Die Frage des Haushaltsrechtes ist heute schon mehrfach releviert worden. Sie haben es nicht zustande gebracht. Ich glaube, wir sollten uns doch einmal zusammensetzen, vielleicht im nächsten Jahr, um dieses veraltete, zum Teil aus der Monarchie stammende Haushaltsrecht durch moderne Vorschriften zu ersetzen. Sie werden wahrscheinlich wieder Ihren Spielraum damit vergrößern wollen. Das ist Ihr gutes Recht, wir werden darüber diskutieren müssen.

Was nicht gemacht wurde und was ich auch für richtig halte, wäre eine Kosten-Nutzenanalyse bei allen Gesetzen verbunden mit einer Folgekostenrechnung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Pelikan

Die Frage der Betriebssteuer: Davor habe ich etwas Bedenken und fast etwas Angst, weil ich glaube, daß da wieder etwas herauskommt, was Mehrbelastungen für die Wirtschaft bringt. Das würden wir ablehnen, Herr Finanzminister! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das muß selbstverständlich mit einer verstärkten Begünstigung des nicht entnommenen Gewinnes verbunden sein.

Zusammenfassend und zum Schluß — ich sage das jetzt als Parlamentarier und Jurist ganz bewußt —: In der Zeit von 1970 bis 1978 umfaßte das Bundesgesetzblatt 3 326 Druckseiten. Das sind ebensoviele Normen, die an sich jeder Österreicher kennen müßte, und niemand kann behaupten, daß er diese Gesetzesflut übersehen kann, nicht einmal der beste Rechtsanwalt. Und so wird die Gesetzestreue praktisch zu einem Phänomen des Zufalls. Was das für den einzelnen, den Klein- und Mittelbetrieb etwa bedeutet, liegt auf der Hand. Das ist eine Belastung, die nicht im Finanziellen liegt, sondern einfach im Arbeitsmäßigen für die Klein- und Mittelbetriebe. Das stelle ich jetzt einmal als Faktum in den Raum.

1977 gab es nach einer Untersuchung der Oesterreichischen Nationalbank 386 verschiedene Methoden und Möglichkeiten, zu Krediten zu kommen. Nur der Gefinkelte kennt sich hier aus; jemand der einen entsprechenden Berater hat. Der einzelne, wieder der Kleine, der kann den Weg hier nicht finden, der kann das gar nicht ausnützen. Was ich damit sagen will, ist nichts anderes, als daß die Bürokratisierung und der Anteil des Staates unerträglich wird. Das ist vergleichbar mit dem, was Prof. Tautscher in Graz seinerzeit in einem Buch mit dem Titel „Der ökonomische Leviathan“ geschrieben hat. Ich glaube, wir sollten uns Gedanken machen, wie wir diese Dinge steuern könnten, wie wir diese Dinge eindämmen können und einmal überlegen, wie wir den Anteil des Staates an reiner bürokratischer Verstaatlichung des Menschen zurückdrängen. „Mehr Subsidiarität des Staates und nicht wuchernder Bürokratismus!“, so würde ich das bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was das Budget — lassen Sie mich jetzt ganz zum Schluß kommen — anlangt, darf ich Sie wieder zitieren, Herr Finanzminister, aus der Rede vom 19. Dezember 1968. Sie sagten: „Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Für die siebziger Jahre wäre es notwendig, eine kühne Brücke zu errichten. Das Budget 1969 hätte ein Bestandteil einer solchen Brücke sein können. Was Sie gemacht haben“ — das war an die Adresse der ÖVP als Regierungspartei gerichtet — „ist nur ein

wackeliger, ein brüchiger Steg“. Sie hätten, Herr Finanzminister, wirklich auch eine kühne Brücke errichten können, eine Brücke in die soviel zitierten und besprochenen achtziger Jahre. Das ist Ihnen nicht gelungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Westreicher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Westreicher** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich heute anlässlich der Abhandlung der Budgetkapitel „Handel“ und „Finanzen“ in meiner Wortmeldung mit dem Fremdenverkehr beschäftige, so glaube ich, haben wir irgendwo auch Anlaß, stolz auf die Leistungen zu sein, die die Fremdenverkehrswirtschaft im abgelaufenen Jahr gebracht hat. Vielleicht waren die Erwartungen nicht so gut als die Saison überhaupt ausgefallen ist. Ich möchte sagen, daß es hier in erster Linie darum geht, zu diesen Leistungen auch einmal in aller Öffentlichkeit zu sagen, wer eigentlich dahinter steht. Es ist das Qualitätsstreben, das wir seit Jahren gemeinsam betreiben, es ist auch die preisbewußte Leistungserbringung und es ist nicht zuletzt die Gästebetreuung, die in einem Gastland, wie Österreich es ist, auch entsprechend aufgebaut wurde.

Damit könnte ich wohl sagen, daß der Fremdenverkehr seine volkswirtschaftliche Bedeutung bewiesen hat, daß er als Devisenbringer in diesem Lande wieder seine Funktion erfüllt; überhaupt in einer Zeit, wo es darum geht, daß wir unsere Energieversorgung, mit der wir so vom Ausland abhängig sind, sicherstellen können. Diese Entwicklung ist volkswirtschaftlich positiv zu betrachten, leider ist sie von der betrieblichen Seite her etwas schlechter ausgefallen.

Die Auslastung der Betriebe ist so rückläufig, daß wir nicht einmal die 100-Tage-Vollbelegung im Schnitt in Österreich erreichen. Die Ursachen mögen sicher darin liegen, daß wir in den letzten Jahren über 200 000 Betten mehr geschaffen haben. Das würde bei einer 100-Tage-Vollbelegung bedeuten, daß wir 20 Millionen Nächtigungen pro Jahr haben müßten. Das ist trotz aller Anstrengungen nicht gelungen. Darüber müssen wir uns heute auseinandersetzen und auch Gedanken machen. Denn wir stehen heute in einer Zeit wirtschaftlicher Umstrukturierungen, die einerseits bedingt sind durch die Änderung der Verbrauchergewohnheiten, aber andererseits uns auch aufgezwungen werden durch den besseren Wohnungsstandard in Österreich und in ganz Europa. Wir müssen aber unsere Überlegungen auch dahin richten, daß wir heu-

Westreicher

te feststellen müssen, daß die Energie knapp und teuer geworden ist. Wir haben in der Vergangenheit versucht, all dem bereits Rechnung zu tragen, und so kann ich doch irgendwie optimistisch feststellen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft all diese Entwicklungen nicht unvorbereitet treffen.

Wir haben in Qualität investiert, wir haben — wenn ich nur an das Jahr 1975 denke — der Bauwirtschaft die Aufträge gebracht, wir haben die Konjunktur belebt durch unsere Investitionen, und das sehr bestimmt auf lokaler und regionaler Ebene. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und daraus ableitend möchte ich sagen, daß der Erfolg gegeben ist, daß wir heute in Österreich einen Standard haben, der dem internationalen Standard entspricht und ihn in vielen Bereichen, glaube ich, auch übertrifft.

Mitgezogen haben sicher in dieser Entwicklung auch die Gemeinden und die Regionen. Aber es bleibt noch vieles zu tun, um eine Verbesserung der Betriebsstrukturen zu erreichen, um auch die Energie- und die Wärmedämmung in den Griff zu bekommen.

Die Fremdenverkehrswirtschaft ist sich dieser Tatsachen bewußt, und wir werden auf die notwendige Strukturverbesserung, auf eine breite und zukunftsorientierte Angebotspalette hinarbeiten. Das sind wir einerseits den Unternehmen und andererseits unserer Volkswirtschaft schuldig.

Ich freue mich heute, daß diese unsere Leistungen im ganzen Lande Anerkennung finden. Ich betone aber, daß der Erfolg das Ergebnis der Arbeit der Unternehmer und deren Mitarbeiter ist, die oft in den Saisonzeiten sicher nicht mit einer 40-Stunden-Woche das Auslangen finden können.

Aber wenn ich in die Zukunft blicke, so habe ich mir auch die Frage zu stellen: Welches Angebot brauchen wir denn eigentlich in der Zukunft? Es geht darum, daß wir die Betriebsgröße, die heute durchschnittlich in Österreich auf dem Beherbergungssektor 29 Betten ausmacht, dahin führen, daß — wenn ich es mit den Worten des Ministers sage — in einem Betrieb die Leute von einem Omnibus untergebracht werden können. Ich stimme ihm zu, daß wir das machen sollen.

Ich glaube auch, wir sollten uns darüber hinaus Gedanken machen, wie wir gerade schlechter ausgestatteten Betrieben, die sich noch in der Kategorie C und D befinden, eine Chance eröffnen können, die achtziger Jahre ertragreich zu bewältigen. Die Bundessektion Fremdenverkehr hat neuerlich eine Studie in Auftrag gegeben, um zu prüfen, was daraus würde, wenn man diese Betriebe in Ferienwohnungen umbauen könnte, weil ja der

Markt hier offen ist, weil die Nachfrage nach familiengerechten Wohnungen vorhanden ist. Ich bin mir sicher, nachdem diese Studie positive Aspekte aufzeigt, daß wir hier Investitionen tätigen sollen, Investitionen, die sinnvoll sind, die die Bauwirtschaft beschäftigen und wo die öffentlichen Gelder auch volkswirtschaftlich und richtig ertragskräftig eingesetzt werden. Ich glaube, das ist eine Notwendigkeit, zu der stehen wir, Herr Minister.

Aber wir stehen zu einem nicht, wo das Motto sein mag: „Vom Jumbo-Jet in die Retortenorte hinein.“ Der Herr Finanzminister, der immer wieder versucht, sich auch in fremdenverkehrspolitische Belange einzumischen, ist der Meinung, daß es nur in Größenordnungen von 350 Betten möglich wäre, oder von so viel Betten, daß die Passagiere eines Jumbo-Jets in einem Betrieb Platz haben. Aber ich glaube nicht, daß man einem Fremdenverkehrsstaat mit solchen Ratschlägen kommen kann. Die Fremdenverkehrswirtschaft ist aufgebaut auf die Familienbetriebe mittlerer und kleinerer Größen, und das hat sich bewährt. Es hat sich dahin gehend bewährt, daß breite Bevölkerungskreise Einkommen gefunden haben, und zwar auf selbständiger Basis, wodurch die Abwanderung aus den Tälern, aus den Berggebieten unseres Landes verhindert worden ist. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich glaube, wir sollten jetzt nicht in eine Entwicklung hineingehen, die Frankreich vor zehn Jahren begonnen hat mit seinen Retortenorten und so weiter. Wir kennen die Folgen, wir wissen, was in Savoyen passiert ist. Da sind mit fremdem Kapital, mit anonymen Gesellschaften diese Dörfer gebaut worden, die heute die negative Auswirkung haben, daß die Bevölkerung dieser Gebiete sorgenvoll abzieht, weil diese Hotels eben nicht das bringen, was erwartet wurde. Diese Leute schauen eigentlich neidisch über die Grenzen, wie es in Österreich der Bevölkerung auf Grund unserer Strukturpolitik geht und welche Möglichkeiten zur Einkommensverbesserung wir haben.

Deshalb finde ich es nicht richtig, wenn man heute hergeht und Feriendörfer à la Savoyen auch in Österreich als den großen Hit hinstellt, wenn man Tausende Betten — man spricht von 6 000 Betten — in das Land setzen will in strukturschwache Gebiete, mit anonymen Unternehmern, die nichts zu tun haben mit der Mentalität unserer Menschen. Ob das jetzt im Waldviertel ist oder in anderen entwicklungsfähigen Gebieten, man sollte nicht auf diese Art und Weise versuchen, diesen Gebieten irgendeine Entwicklung aufzuprop-

Westreicher

fen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich glaube, man sollte die Bevölkerung animieren, man sollte ihr Hilfestellung geben, man sollte Pioniere animieren, daß sie aus sich selber heraus die Gelegenheit wahrnehmen, hier eine Strukturverbesserung zu realisieren, und zwar müßte die Hilfe soweit gehen, daß es auch in einem vertretbaren Zeitraum möglich wäre, das Gebiet fremdenverkehrspolitisch auszubauen.

Um diese Innovation zu machen, ist es natürlich in erster Linie notwendig, daß wir eine spürbare Erleichterung und Verbesserung auf dem Eigenkapitalsektor, eine Verbesserung zur Schaffung von Eigenkapital bekommen. Es ist auch eine verstärkte Dotierung der Förderung notwendig bei gleichzeitiger Setzung neuer Schwerpunkte, und zwar bezüglich der Entwicklungsgebiete und des Umbaues von C- und D-Betrieben in Ferienwohnungen. Ich glaube, das ist eines der vordringlichen Probleme, um diesen qualitativ zurückgebliebenen Betrieben und auch Gebieten eine Strukturänderung zu ermöglichen, und zwar in Richtung gewerblicher Ferienwohnungen und Hotelbetrieben. Ich glaube, das wäre mit dem Einsatz von relativ kleinen Mitteln zu erreichen, und wir würden damit zwei Ziele verfolgen und auch realisieren können: Einerseits würde die bestehende Kapazität nicht weiß ich wie groß aufgebläht werden und andererseits würde die Qualität, die Ausstattung an den internationalen Standard herangebracht werden. Damit würden dem heimischen Angebot wieder wesentlich mehr Impulse gegeben und familiengerechte Unterkünfte für die Ferien geschaffen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Minister! Hohes Haus! Wenn ich jetzt davon gesprochen habe, daß man schwerpunktmäßig mehr Förderungsmittel einsetzen sollte, so bin ich sicher, daß Sie nachher sagen werden: Herr Abgeordneter, Sie haben schon wieder lizitiert, Sie wollen wieder mehr Mittel! — Aber dem ist nicht so. Mir wäre es viel lieber, wenn man sie zielbewußter und schwerpunktmäßig einsetzen würde und noch lieber wäre es mir natürlich, wenn die Betriebe in der Lage wären, das aus Eigenmitteln zu finanzieren, und wenn die Steuern, die ja gerade in der Dienstleistungsbranche als exorbitant hoch empfunden werden, verringert werden könnten oder gleich und gerechter verteilt wären, so wäre manche Ungerechtigkeit beseitigt.

Hohes Haus! Herr Minister! Hier liegt für die Bauwirtschaft noch viel Beschäftigung drinnen. Der Herr Finanzminister hat es heute selber gesagt. Die ganze Energiepolitik, die

ganzen Probleme, die auf dem Energiesektor auf uns zukommen, erfordern hohe Investitionskosten auf dem Gebäudesektor, um eine Verbesserung bei der Wärmedämmung zu erreichen, und da ist es meines Erachtens schon gescheiter, wenn wir versuchen, die heimische Bauwirtschaft im Inland zu beschäftigen.

Sie wissen, daß wir vor zwei Jahren den Ungarn versprochen haben, ihre Fremdenverkehrswirtschaft aufzubauen mit 3¹/₂ Milliarden Schilling. Neuerdings höre ich, daß auch Jugoslawien an die österreichische Bundesregierung und Bauwirtschaft herantritt, um mit unserer Hilfe die Fremdenverkehrswirtschaft aufzubauen. Man kann es sich bei allem Verständnis für die Bauwirtschaft und deren Beschäftigung nicht vorstellen.

Ich glaube, es wäre wohl in erster Linie richtig, die Bauwirtschaft hier in unserem Lande zu beschäftigen. Man denke nur daran, was diese vorhin aufgezeigten Probleme der Wärmedämmung gerade alleine im Fremdenverkehr kosten und Beschäftigung bringen. Laut einer Studie von Odelga sollen die Kosten für diese Wärmedämmung bei 11 Milliarden Schilling liegen. Das wäre ein weites Betätigungsfeld für die Bauwirtschaft und könnte weiters dazu beitragen, uns einerseits Devisen für Energieimporte zu ersparen und andererseits auch die Qualität der Betriebe anzuheben.

Herr Minister! Ein Wort noch zu den Preisen im Fremdenverkehr, weil eigentlich Jahr für Jahr vom Abgeordneten Dr. Schranz an Sie die Anfrage gerichtet wird, wie es mit den Preisen im Fremdenverkehr steht, insbesondere während der Energieferien.

Hier stehe ich nicht an, Herr Minister, Ihnen für die Antwort, die Sie dem Abgeordneten Dr. Schranz gegeben haben, zu danken. Sie haben klipp und klar gesagt — ich zitiere wörtlich —: Es hat im Fremdenverkehr weder Preisexzesse noch exorbitante Preiserhöhungen gegeben; jedenfalls sind sie mir nicht bekannt.

Ich glaube, damit haben Sie uns Anerkennung für unser Bemühen gezollt, jahrzehntelang oder jahrelang Preisstabilität und eine leistungsgerechte Preiserstellung verwirklicht zu haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn ich mich nur an die letzten Jahre zurückerinnere, muß ich fragen: Was ist alles auf uns zugekommen? Beispiellose Belastungen und Gebührenerhöhung. Diese haben Sie in der Regierung beschlossen. Es bedarf eines immer stärkeren persönlichen Einsatzes der Unternehmer durch überdurchschnittliche Leistungen, diese Belastungen eini-

Westreicher

germaßen wettzumachen. Durch die Verschlechterung der Ausgangslage wird die Betriebssubstanz immer ungünstiger.

Andererseits sind wir auch vom Markt her gezwungen, unsere Preise stabil zu halten. Ich habe Bedenken, daß durch weitere Belastungen dies langsam nicht mehr möglich sein wird und wir gezwungen sein werden, Preisanhebungen durchzuführen.

Aber hier, Herr Minister, muß ich sagen, daß die Regierung großteils dafür die Verantwortung trägt, denn die explodierenden Gebühren, die Steuern, die Sozialabgaben und die enormen Verteuerungen der Investitionen müssen einmal wieder auf die Preise abgewälzt werden und werden sich in der Preisgestaltung niederschlagen.

Darüber hinaus haben wir immer wieder Sorge mit Gesetzen, die einfach praxisfremd sind, die fast nicht einzuhalten sind.

Es ist das Gastarbeiterbeschäftigungsgesetz, das uns in der Fremdenverkehrswirtschaft, insbesondere im Westen Österreichs, große Sorgen macht. Ich bin mir zwar bewußt — ich bin da verantwortungsbewußt genug —, daß in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht die Gastarbeiterfrage sehr schwierig ist. Aber vielleicht könnte man eine Lösung dahin gehend finden, daß man wohl während der Saisonzeiten Ausländer in niederen Diensten beschäftigt und sicherstellt, daß diese Ausländer nach Saisonschluß wieder zurück in ihre Heimat gehen, um sie nicht das ganze Jahr hier dann in Österreich zu haben und ihnen alle Vorteile eines dauernden Aufenthalts zu bieten.

Herr Minister, hier wäre doch ein Gespräch mit dem Sozialminister nötig, hier eine Regelung zu finden. Denn ich kann nicht länger mit ansehen, wie es immer schwieriger wird, gerade in der Dienstleistungsbranche, wo es ja nicht die Vier- oder Fünftagewoche gibt, sondern auch samstags und sonntags gearbeitet werden muß, entsprechende Hilfskräfte zu bekommen.

Ein Unikum für ein Fremdenverkehrsland, wenn sich heute das Justizministerium bemüht, einen internationalen Hotelvertrag zu erstellen, der unter *Uni droit* läuft und der eigentlich auf Länder zugeschnitten ist, die erst mit dem Fremdenverkehr beginnen, wo vielleicht doch noch nicht die Voraussetzungen dafür, das Wissen vorhanden ist, wie ein Betrieb zu führen ist, wie die Situation zu meistern ist. Es geht nicht an, daß wir uns als Fremdenverkehrsland engagieren, eine Tagung zu uns herbiten und ein Recht für die ganze Welt schaffen wollen.

Ich glaube, man sollte das anderen Ländern überlassen, wenn schon auf dieser Basis gearbeitet werden soll. Aber ich würde Sie trotzdem bitten: Verhindern Sie diese Tagung in Österreich! Sie bringt uns kein Ansehen, sie bringt uns eigentlich wenig Erfolg. Sie bringt höchstens Verwirrung und Unsicherheit (*Abg. Dr. Wiesinger: Ärger!*), denn wir haben Hotelverträge, wir haben Konsumentenschutzgesetze, wir und die Konsumenten sind eigentlich voll unserem Standard entsprechend auch rechtlich abgesichert, sodaß es eigentlich wenig Schwierigkeiten in dieser Richtung gibt.

Meine Damen und Herren! Wenn ich noch abschließend ein Wort zur Förderungspolitik insgesamt sage, so möchte ich eine Aktion aufgreifen, Herr Minister! Das ist die ERP-Ersatzaktion, eine Aktion, die eigentlich sehr beliebt, sehr bekannt und auch sehr gefragt ist. Wir haben heute noch Anträge im Ausmaß von 1 Milliarde Schilling vorliegen, aber im Budget ist kein Schilling Geld mehr vorhanden.

Sie werden sagen: Wir machen das über ein Budgetüberschreitungs-gesetz und wollen sicher versuchen zu helfen, diese Situation zu verbessern.

Ich habe die Sorge, daß diese ERP-Ersatzaktion investitionsmäßig nicht sehr freundlich gestaltet ist, und zwar in erster Linie durch die Dauer der Laufzeit: zwölf Jahre, davon ein Jahr tilgungsfrei, sind zu kurz. 5½ Prozent plus Kreditsteuer plus Bankgarantie — denn anders geht es, so scheint's, bei dieser ERP-Aktion nicht — machen es viel zu teuer.

Ich werde das jetzt kurz an Hand eines Beispiels noch erläutern: Wenn heute eine ERP-Ersatzaktion 5½ Prozent Zinsen kostet plus angenommen 1 Prozent Bankgarantie, so sind es 6½ Prozent, und wenn sie eine Laufzeit von zwölf Jahren hat, so beträgt die jährliche Annuität bei 1,1 Millionen 171 500 S. Hingegen beträgt bei einem normalen Kredit in derselben Höhe: 1,2 Millionen mit einem Zinssatz von 8¾ Prozent, der in Österreich zu bekommen ist, der eine 20jährige Laufzeit hat, die jährliche Annuität 115 566 S. Das ist also um rund 60 000 S jährlich günstiger. Ich kann sogar auf 15 Jahre Laufzeit zurückgehen, wo die Annuität 130 306 S ausmacht, gegenüber 171 500 S Ersatz bei ERP.

Also die Attraktion dieser Förderung ist an und für sich relativ gering.

Herr Minister! Ich möchte den Vorschlag machen, daß man versuchen sollte, diese beliebte Aktion dahin gehend zu verbessern,

Westreicher

daß entweder ein zweites tilgungsfreies Jahr geschaffen wird oder die Laufzeit auf 15 Jahre verlängert wird.

In diesem Sinne darf ich an Sie alle, vor allem an die Damen und Herren der linken Seite, appellieren, mit uns gemeinsam eine konstruktive Fremdenverkehrspolitik für die achtziger Jahre zu betreiben. Denn ich glaube, wir haben die notwendigen Konzepte, wir haben die Experten, wir haben die Erfahrung, wir haben auch das praktische Wissen und deshalb laden wir Sie gerne ein, sich dieses Kapitals zu bedienen und gemeinsam mit uns eine positive Zukunft für den Fremdenverkehr zu erarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Heindl.

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Westreicher! Das Angebot oder, wenn Sie wollen, das Offert oder Ersuchen, das Sie stellen, nehmen wir heute so auf wie vor einigen Jahren. 1970 haben wir es ja noch gar nicht gekonnt, denn da haben Sie uns das Angebot zur Zusammenarbeit nicht gemacht.

Sie wissen, daß die Regierung im Jahr 1970 unter dem Slogan „Service für die Wirtschaft“ angetreten ist. Wir haben damals das zehnjährige Fremdenverkehrsförderungsprogramm ausgearbeitet. Viele Dinge, die wir zum erstenmal bringen oder um es genauer zu sagen, Dinge, die viele Neuerungen bringen, werden kritisch betrachtet.

Ich kann mich genau an die erste Debatte erinnern, als Sie gefragt haben: Wie wollen Sie das alles realisieren? Woher wollen Sie die Mittel bekommen, um in kurzer Zeit die Verbesserung der österreichischen Fremdenverkehrsstruktur herbeizuführen?

Wenn Sie heute hier sagen: Wir sind stolz auf die Fremdenverkehrswirtschaft, stolz auf die Entwicklung, dann bin ich das mit Ihnen, Herr Kollege Westreicher, weil ich der Auffassung bin: Das ist das Musterbeispiel dafür, wie eine Regierung Grundsätze erstellt, den Grundsätzen entsprechend Budgetprogramme erstellt und diesen Grundsätzen entsprechend Politik macht, die von der Bevölkerung, von den Subjekten, an die sie adressiert ist — im konkreten Fall an die Fremdenverkehrswirtschaft —, aufgenommen wird.

Sie wissen genau: Wir sind damals mit dem Grundsatz „Die Qualität hat vor der Quantität zu stehen“ angetreten. *(Abg. Dr. Wiesinger: Das habt nicht ihr erfunden!)* Herr

Kollege Wiesinger! Da haben Sie sich um Politik noch nicht gekümmert, da haben wir schon über Fremdenverkehrspolitik diskutiert.

Damals, Herr Kollege Wiesinger, ist noch in Zweifel gezogen worden, ob wir in der Lage sind, in kürzester Zeit eine Qualitätsverbesserung herbeizuführen. Ich darf Ihnen sagen, es ist uns gelungen. Wir haben das Fremdenverkehrsförderungsprogramm bereits im vorigen Jahr ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Herr Kollege! Im vorigen Jahr ... *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wenn man mich nicht unterbrochen hätte, könnten Sie den Faden jetzt genau verfolgen. Ich gehöre nicht zu jenen, die sagen: Die Regierung, der Staribacher hat die Zimmer gebaut. *(Ruf bei der ÖVP: Das fehlt ja noch!)* Ich habe gesagt: Die Regierung hat ein Konzept erstellt, die Subjekte, an die es adressiert war, haben es aufgenommen, und gemeinsam wurde das erarbeitet.

Lange Zeit wurde das in Zweifel gezogen. Man hat gesagt: Das ist nicht realisierbar, was Sie sich hier an Qualitätsverbesserung auf dem Zimmersektor vorstellen; das ist zuviel, was Sie verlangen. Was Sie vorschreiben, daß die Zimmer an Einrichtung haben sollen, ist zu hoch!

Dazu haben wir immer wieder gesagt, meine Damen und Herren: Nur wenn wir ein gutes Angebot machen, werden wir qualifizierte Gäste haben, und nur dann werden wir die Einnahmen in den Betrieben steigern können! Die Statistik, die wir heute hier haben, meine Damen und Herren, zeigt ja, daß die Grundlinie dieser Politik goldrichtig war.

Schauen Sie sich doch bitte die Entwicklung gerade bei den Betrieben — der Kollege Westreicher hat es ja angezogen — der Kategorien A 1 und A an. Gerade dort, bei jenen Betrieben, die ein qualitativ hohes Angebot zu bieten haben, ist der Auslastungsgrad enorm hoch. 46 Prozent Auslastung! Bei jenen Betrieben, die ein relativ niedriges Qualitätsniveau haben, ist die Auslastung niedrig! Zwangsläufig ist daher auch die betriebswirtschaftliche Struktur schlecht. Daher war es ja auch unsere Politik, durch Förderungsmaßnahmen diese Struktur so rasch wie möglich zu verbessern.

Bitte, wer hat das hier schon gesagt? Herr Kollege Westreicher, es hätte mich gefreut, wenn Sie anerkannt hätten, daß wir innerhalb von vier Jahren 25 000 Zimmerverbesserungen durchgeführt haben. *(Ruf bei der ÖVP: Was heißt „wir“?)* „Wir“ heißt die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft unter der Initialzündung und Unterstützung der Förde-

Dr. Heindl

rungsmittel durch die Bundesregierung. *(Beifall bei der SPÖ — Zwischenruf des Abg. Bergmann.)*

Herr Kollege Bergmann! Hätte diese Regierung die Budgetmittel, die Sie immer kritisieren, nicht zur Verfügung gestellt, dann wäre das nicht möglich gewesen. Das hat Ihnen ja Ihr Kollege Westreicher jetzt sehr deutlich gesagt. Sie sollten Ihren Leuten zuhören, dann würden Sie sich derartige Zwischenrufe doch ersparen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie reden leider über Dinge, Herr Kollege Bergmann, von denen Sie wirklich nichts verstehen. Sie sollten sich zu anderen Themen äußern, aber nicht zum Tourismus. Davon haben Sie zuwenig Ahnung.

Meine Damen und Herren! Die Betriebe der Kategorie A wurden von 878 im Jahre 1974 auf 1 300 gesteigert; eine stolze Zahl, auf die wir alle stolz sind, Herr Kollege Westreicher, wir mit Ihnen. Genau das ist der richtige Weg! Und je rascher es uns gelingt, von den C- und D-Typen auf B und A und A1 umzustellen, desto mehr werden wir die Struktur verbessern, umso leichter wird es sein, die zugegebenermaßen vorhandenen Belastungen zu verkraften.

Sie wissen es ja selber, Herr Kollege Westreicher: Obwohl wir immer gesagt haben: Machen Sie uns Vorschläge, wie wir den diversen administrativen Kram erleichtern könnten, ist bis heute kein Vorschlag gekommen, aber nicht, weil wir es uns leicht machen und sagen: Erfindet ihr das! Es ist halt furchtbar schwer, die sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene vorhandenen administrativen Forderungen zu bewältigen. Nur soll man halt nicht hergehen und sagen: Die Regierung ist dafür verantwortlich!

Das ist also die Entwicklung gewesen. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, auf diesem Gebiet Erleichterungen zu schaffen. Daß sie geschaffen worden sind, habe ich Ihnen nur an einem Beispiel — ich könnte noch einige nennen — bewiesen.

Was hat 1970 unserer Fremdenverkehrswirtschaft gefehlt? Unserer, der österreichischen, sage ich, damit es nicht gleich wieder heißt, das sei die Fremdenverkehrswirtschaft der österreichischen Bundesregierung. Ich betone: der österreichischen! Wir hatten eine schlechte oder, wenn Sie wollen, noch nicht stark ausgebaut Infrastruktur.

Im Jahr 1970 gab es in ganz Österreich 209 Hallenbäder. Wir haben gesagt: Gerade im Hinblick auf die österreichische Wettersituation — wir liegen nun einmal an der Donau, bei uns gibt es halt mehr Regentage, wir

haben nicht die Sonne der Adria, aber wir haben eine reine Luft und bieten den Leuten auch Bademöglichkeiten — fördern wir die Hallenbäder! — Wir haben sie auch gefördert. Im Jahre 1978 gab es bereits 880 Hallenbäder. *(Abg. Dr. Wiesinger: Was glauben Sie, wie das bei einer ÖVP-Regierung gewesen wäre?)* Na, Herr Kollege Wiesinger ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Da kann ich Ihnen nur die Frage stellen: Warum haben Sie sie nicht gebaut? Als wir an die Regierung gekommen sind, gab es 200. Heute gibt es 880 Hallenbäder. Also bitte, hätten Sie es getan. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Wiesinger: Na, gar nix soll in dieser Zeit passiert sein?)*

Oder Seilbahnen und Lifte: 1970 gab es 2 170. Heute haben wir 3 300 Seilbahnen und Sessellifte. Wir wissen, meine Damen und Herren, daß wir die Infrastruktur verbessern müssen, Förderungsmittel einsetzen müssen, Initialzündungen geben müssen, damit die Wirtschaft diese aufgreift. Daß sie sie aufgreift, meine Damen und Herren, haben wir auch gesehen.

Sie kritisieren auf der einen Seite immer das Budget, der Abgang sei zu hoch, das Defizit sei zu hoch — das habe ich heute hier, meine ich, schon sechs- oder achtmal gehört —, aber gleichzeitig wissen wir, daß in Wirklichkeit noch mehr Mittel in diese Richtung fließen müßten. Es ist bei den Förderungsmitteln noch nie Geld übrig geblieben. Ich habe mir das zusammengeschrieben.

Wissen Sie, daß wir von 1970 bis 1979 über 3 Milliarden Schilling nur an Fremdenverkehrsförderungsmittel und über 2,3 Milliarden Schilling nur an ERP-Mittel in die Fremdenverkehrswirtschaft gepumpt haben? Ich gebe zu, Herr Kollege Westreicher, daß wir in Zukunft viel punktueller vorgehen müssen, weil es ja gar keine Frage ist, daß es wenig sinnvoll ist, in Gebiete, in denen Infrastruktur und auch Fremdenverkehrsstruktur an sich sowieso in Ordnung sind, weiter zu investieren. Wir sollten neue, zurückgebliebene Gebiete verbessern. Das wird ja in Zukunft auch geschehen.

Schauen Sie sich das neue Fremdenverkehrsförderungsprogramm bis zum Jahre 1990 an. Da wir davon überzeugt sind, daß wir auch die nächsten zehn Jahre in Österreich die Regierungsverantwortung tragen werden, haben wir uns bereits auf das Jahr 1990 hin orientiert. Und wir werden so wie in den letzten zehn Jahren auch in den nächsten zehn Jahren diese Politik fortsetzen. Das wird — das sage ich auch, Herr Kollege Westreicher — in den nächsten zehn Jahren

Dr. Heindl

wesentlich leichter sein als in den vergangenen. Denn all die Dinge, von denen Sie gesagt haben, daß man sie machen müßte, sind in unserem Fremdenverkehrsprogramm enthalten. Jawohl, das ist die Basis.

Wenn Sie als Sprecher der Fremdenverkehrswirtschaft diese Punkte hier angezogen haben, dann kann ich Ihnen sagen: Sie finden sie bereits im Programm, sie werden sukzessive Jahr für Jahr entsprechend den Möglichkeiten des Budgets verwirklicht werden. *(Zwischenruf des Abg. Westreicher.)* Man braucht auch Großprojekte. Das wissen Sie, Herr Kollege Westreicher.

Ich darf Ihnen eines sagen, denn gerade an der Zahl der Förderungsmittel sehen Sie es genau: Diese jährlichen Mittel von 600 bis 700 Millionen Schilling sind ausschließlich — ausschließlich! — der österreichischen Wirtschaft zugute gekommen. Es stimmt ja nicht, daß irgendein ausländisches Großprojekt damit gefördert worden ist. Stellen Sie hier nicht Dinge in den Raum, von denen Sie ganz genau wissen, daß sie nicht stimmen, Herr Kollege Westreicher.

Zum Schluß darf ich zu einem Gebiet noch etwas sagen, das viel kritisiert worden ist. 1970, als wir gesagt haben, die Fremdenverkehrswerbung gehöre verbessert, kam auch — ich habe es gestern schon gesagt — sofort wieder der Ruf: Jessas na, der Staribacher und seine Leut' werden jetzt den Zentralismus, den Dirigismus bringen! Ich bin froh, daß Kollege Stix gestern gesagt hat: In manchen Dingen ist das eine gute Sache. Wir haben nicht zentralisiert. Wissen Sie, was wir gemacht haben? — Wir haben neue Leitlinien geschaffen. Wir haben Grundlagenforschung betrieben, was notwendig ist. Wir haben Topleute geholt. Dazu haben Sie auch wieder gesagt: Jessas, schon wieder junge Rote, was werden die anstellen! Gott sei Dank sind mittlerweile heute hier einige, die wissen, daß diese jungen Leute, die wir gebracht haben, wirklich Topleute sind. *(Abg. Graf: Mindestens sind sie um zehn Jahre älter geworden!)* Nicht alle, weil manche sind erst fünf Jahre dort, Herr Kollege Graf. *(Abg. Graf: Die Leute sind tüchtig, auch das gebe ich zu!)* Darauf kommt es uns ja an.

Wir haben heute eine Situation, daß die Vertreter der von Ihnen geführten Bundesländer kommen und sagen: Herrschaften, jawohl, ihr habt recht, machen wir gemeinsam auch die Inlandswerbung! Denn das ist unser nächstes Problem, nämlich daß wir dafür sorgen müssen, daß der Österreicher — er verdient heute Gott sei Dank sehr viel; dank zehn Jahren sozialistischer Regierung ist das

nun einmal in Österreich so — weniger ins Ausland fährt, sondern mehr im Inland bleibt. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Bitte sehr, wenn Sie sich anschauen ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger.)* Herr Kollege Wiesinger, Sie lesen zuwenig. Sie sollten sich mehr anschauen, was die Österreicher 1969 verdient haben und wieviel Geld sie heute für den Auslandsurlaub ausgeben. Heute sind es bereits fast 30 Milliarden Schilling. Leider im Ausland!

Wir müssen uns alle gemeinsam bemühen — die Fremdenverkehrswirtschaft, wir alle —, daß das Österreichbewußtsein, das Heimatbewußtsein gestärkt wird und die Österreicher mehr daheim bleiben.

Ich bin glücklich, daß heute aus den Ländern selber die Anregung kommt: Machen wir die Inlandswerbung gemeinsam, trachten wir, ein Konzept zu bekommen, damit wir gemeinsam dem Österreicher sein Österreich näherbringen. Dafür sind die Budgetmittel da. Bitte, sagen Sie einmal auch zu diesem Budgetkapitel ja, dann wird man sich über diese Dinge ein bisserl leichter reden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Schauer.

Abgeordneter **Schauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Westreicher hat sich mit den Sorgen des Fremdenverkehrs beschäftigt, Herr Abgeordneter Heindl hat uns erklärt, daß die Regierung alles getan hat, daß der Fremdenverkehr so weit kommt, wie er eben ist, und wir diesen Standard erreicht haben.

Ich kenne aber aus Niederösterreich her auch die Sorgen des Fremdenverkehrs und weiß, wie sich die Familienbetriebe oft einsetzen müssen, damit sie Überlebenschancen haben, und deshalb möchte ich mich in diesem Zusammenhang auch mit den Klein- und Mittelbetrieben und mit deren Bedeutung beschäftigen.

Sie alle haben erlebt, wie der Herr Finanzminister das Budget in den rosigen Farben dargestellt hat und wieder einmal so getan hat, als sei darin alles in Ordnung.

Wenn ich mir den Budgetansatz für 1980 im Hinblick auf unsere Wirtschaft ansehe, kann ich aber darin nicht sehr viel Wachstumsanreize für die Wirtschaft und vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe erkennen. Dabei ist ja auch den Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion wohl klar, daß gerade die selbständigen Klein- und Mittelbetriebe den Karren unserer Wirtschaft noch

Schauer

immer flotthalten, und das trotz sozialistischer Einschränkungs- und Belastungspolitik.

Wieder einmal werden im Jahre 1980 so wie schon in den Vorjahren die Klein- und Mittelbetriebe auch für die wirtschaftliche Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen. Daraus stellt sich die Frage: Haben wir in Österreich eigentlich noch genug Menschen, die bereit sind, als selbständiger Unternehmer oder als Selbständiger in einem freien Beruf tätig zu sein?

Diese Frage scheint vielleicht nicht allzu bedeutend zu sein. Wenn wir aber überlegen, welche Aufgaben die Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft und in den freien Berufen haben, und wenn wir uns dann einige Zahlen ansehen, müßte eigentlich die Alarmglocke läuten.

Zunächst einige Zahlen. Im Jahr 1952 gab es noch um ein Viertel mehr gewerbliche Selbständige als heute.

Noch deutlicher ist die Entwicklung aus einer Arbeitsmarktvorschau des Wirtschaftsforschungsinstituts ersichtlich. Nach dieser Untersuchung ist die Zahl der Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft und in den freien Berufen samt den mitarbeitenden Familienangehörigen von 1971 bis 1977 von 291 000 Personen auf 240 000 Personen zurückgegangen. Die Anzahl dieser Gruppe von Selbständigen war also 1971 noch um rund 20 Prozent höher als heute. Die Prognose bis zum Jahr 1991 sagt einen weiteren starken Rückgang voraus.

Die Mitgliederzahl der Handelskammer ist zwar in den letzten Jahren geringfügig gestiegen, doch darf dies über die langfristige Entwicklung nicht hinwegtäuschen. Dieser Anstieg wurde vor allem durch einen Rückgang jener Personen, die in das Pensionsalter eintreten, begünstigt.

Die Handelskammern haben den Rückgang der Zahl der Selbständigen schon lange mit Besorgnis verfolgt und sind schon seit Jahren bemüht, den alarmierenden Rückgang der Zahl der gewerblichen Selbständigen zu bremsen. Dies geschah vor allem durch Beratungen und durch Begünstigung bei Kreditaktionen für die Gründung von selbständigen Existenzen.

Als Beispiel kann ich das Bundesland Niederösterreich anführen. Hier wurden seit 1974 1 628 selbständige Existenzen gefördert und ein gemeinsamer Zinsenzuschuß des Landes und der Handelskammer von mehr als 29 Millionen Schilling gewährt. Das entspricht einem gefördertem Kreditvolumen von rund 250 Millionen Schilling.

Ähnliche Aktionen wurden in anderen Bundesländern ins Leben gerufen.

Und jetzt fragen wir uns: Warum bemühen wir uns eigentlich, den Rückgang der Selbständigen zu bremsen? Wir bemühen uns deshalb, weil wir genau wissen, welche Bedeutung die Selbständigen in unserer Wirtschaft haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für jede gesunde Volkswirtschaft ist es Voraussetzung, daß viele kleine und mittlere Betriebe existieren. Es ist unbestritten, daß gerade in den letzten Jahren die Klein- und Mittelbetriebe sehr viele Arbeitsplätze, die in der Industrie verloren gingen, ersetzt haben. Allein in Niederösterreich waren das in den letzten fünf Jahren 12 000 Arbeitsplätze.

Darüber hinaus werden mehr als 85 Prozent der Lehrlinge in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet.

Und wir alle wissen, daß die Nahversorgung besonders im ländlichen Raum nur durch die Klein- und Mittelbetriebe erhalten bleiben kann.

Es ist für mich sehr interessant, daß die Bedeutung dieser Betriebe für unser tägliches Leben sowie für die gesamte Volkswirtschaft auch in der Zeitung „Wirtschaft für alle“, einer Zeitung, die von der Bank für Arbeit und Wirtschaft herausgegeben wird, sehr eingehend dargelegt wird. In dieser Zeitung wurde vor etwa zwei Jahren folgendes geschrieben:

„Klein- und Mittelbetriebe sind in ihrer Vielzahl und Vielfalt ein unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Marktwirtschaft. Jeder Versuch, sie auszuschalten, würde Konzentrationstendenzen fördern, die sich auf die Dauer auf den Wettbewerb und damit auf die Preisentwicklung negativ auswirken können.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und weiter heißt es dort: „Die Lebensqualität hängt nicht zuletzt von einem umfassenden und differenzierten Angebot von Waren und Dienstleistungen aller Art ab, das Großbetriebe einfach nicht erbringen können.“

Ich kann diesem Artikel, der, wie gesagt, in einer Zeitschrift der Bank für Arbeit und Wirtschaft erschienen ist, nur zustimmen. Besonders hinsichtlich der Aussage zur Lebensqualität. Die so viel und so oft strapazierte Lebensqualität hängt nicht nur von einer gesunden Umwelt ab, sondern in hohem Maß auch davon, wie wir einkaufen können und welche Dienstleistungen uns geboten werden.

Ich kann daher annehmen, daß die Frage: Brauchen wir viele selbständige Unterneh-

Schauer

mer?, von allen in diesem Hause vertretenen Parteien mit Ja beantwortet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe auch mit Interesse aus der vorjährigen Budgetrede des Finanzministers entnommen, daß die Bundesregierung in Zukunft junge unternehmerische Menschen, die sich zur Errichtung eines eigenen Betriebes entschließen, besonders unterstützen will. Heuer konnte ich aus der Budgetrede des Finanzministers leider keinen Hinweis in dieser Richtung feststellen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns aber allen Ernstes fragen, ob für die Förderung einer selbständigen Existenz wirklich genug und ob das Richtige getan wird. Die Belastungen, die der Wirtschaft in den letzten Jahren durch Steuern und Abgaben aufgebürdet wurden, sind sicherlich kein Anreiz für die Gründung eines Betriebes.

Die Auswirkungen dieser Belastungen wurden in den steigenden Zahlen der Insolvenzen bereits sichtbar. Im gesamten Bundesgebiet waren es 1977 801 Betriebe, 1978 waren es bereits 1 094 Betriebe, das ist eine Steigerung von rund 36 Prozent.

Auch die Belastung, die durch die zunehmende Verwaltungsarbeit in den Betrieben entsteht, hält viele junge Menschen davon ab, eine selbständige Existenz zu gründen. Die vom Staat auferlegte Bürokratie ist in allen Bereichen festzustellen und verunsichert uns die Betriebe.

Ich denke nur an die Lohnverrechnung. Der Herr Abgeordnete Josseck ist darauf sehr eingegangen. Bei der Lohnverrechnung führt das Unternehmen für den Staat eine komplizierte und aufwendige Arbeit durch. Eine nur irrtümlich falsche Eintragung oder nur die Unterlassung einer Meldung kann aber Sanktionen zur Folge haben, die die Betriebe schwerstens belasten. Bei meinen Sprechtagen als Präsident der Handelskammer Niederösterreich wird mir von den Mitgliedern immer wieder die Belastung mit der unbezahlten Verwaltungsarbeit für den Staat vorgetragen.

Was muß sich aber so ein kleiner Wirtschaftstreibender denken, wenn er erfährt, daß der Rechnungshof eine unrichtige Verbuchung von Repräsentationsausgaben durch Regierungsmitglieder festgestellt hat? Was muß er sich denken, wenn er erfährt, wie leichtfertig und verschwenderisch man mit öffentlichen Geldern in Millionenhöhe umgeht? *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Und was muß er sich denken, wenn das alles ohne Sanktionen bleibt? — Die Bundesregierung gibt damit der Jugend ein sehr schlechtes Vor-

bild. Und diese Jugend soll dann bereit sein, als selbständiger Unternehmer mehr zu leisten?

Eine weitere Benachteiligung angehender Unternehmer ist die Streichung der Unterstützung nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz für Besucher von Meisterprüfungs-Vorbereitungskursen. Für alle anderen Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung gibt es Förderungen. Nur für die Ausbildung zum selbständigen Unternehmer wurde diese Förderung gestrichen. Dabei wäre gerade diese Förderung eine ideale Unterstützung zur Schaffung von Arbeitsplätzen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat deshalb in dieser Angelegenheit auch eine Anfrage an den dafür zuständigen Sozialminister gerichtet, um diese offensichtliche Benachteiligung aufzuzeigen. Angesichts dieser Tatsache ergeben sich viele Fragen.

Was hat die Bundesregierung außer Ankündigungen nun wirklich getan, um junge, unternehmerische Menschen zu unterstützen? Ist die Bundesregierung an der Zunahme der selbständig Berufstätigen überhaupt interessiert? Und: Welche Förderungsmaßnahmen stehen den Belastungen mit Steuern und Verwaltungsaufwand gegenüber? Wird die Bundesregierung weiterhin den Weg gehen, daß der Bürger in Zukunft immer noch mehr zum Zahlen gezwungen wird?

Der Herr Finanzminister wird einwenden, daß es genügend Förderungsmaßnahmen gibt, seit dem Frühjahr 1977 auch die BURGES-Aktion zur Förderung von Betriebsneugründungen. Mit dieser Aktion, die geschaffen wurde, sollen zwar Betriebsübernahmen finanziert werden, doch gerade die Übernahme von Waren und Betriebsmitteln wird nicht gefördert. Außerdem sind mindestens 30 Prozent der Gesamtkosten aus Eigenmitteln aufzubringen. Und gerade die Aufbringung dieser Eigenmittel ist für viele junge Unternehmer schwierig.

Da hilft auch die Erhöhung der Kreditobergrenze auf 2 Millionen Schilling nichts. Im Gegenteil: Das erhöht nur den Bedarf an Eigenmitteln. Aber gerade diese Eigenmittel fehlen dem jungen Unternehmer.

Wir wissen von unseren Beratungsstellen in den Handelskammern für Existenzgründungen und Betriebsübernahmen, daß allein 70 Prozent der vorgemerkten Interessenten nicht über das notwendige Startkapital verfügen. Auch aus anderen Untersuchungen geht hervor, daß die Aufbringung des notwendigen Kapitals das größte Hindernis für den Beginn einer selbständigen Existenz ist.

Schauer

Der „Kreditschutzverband von 1870“ stellt in seiner letzten Quartalsstatistik fest, daß die Eigenkapitalausstattung der Betriebe vielfach ungenügend ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei warnt schon seit Jahren vor der Kapitalaushöhlung der Betriebe. *(Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig! Genau!)* Daraus kann nur eine Erkenntnis gezogen werden: Die Bereitstellung von Krediten allein — noch dazu verbunden mit dem großen bürokratischen Aufwand — ist eindeutig zu wenig! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Für jeden Kredit braucht man einen bestimmten Anteil Eigenkapital, und je höher der Kredit, umso mehr Eigenkapital ist erforderlich. Gerade die Bildung dieses Eigenkapitals müssen wir fördern. Aber leider müssen wir feststellen, daß die Steuergesetze der Bildung von Eigenkapital immer weniger Raum geben.

Wir haben uns in der Österreichischen Volkspartei schon längere Zeit mit diesem Problem beschäftigt und Vorschläge erarbeitet. Unsere Fraktion wird daher demnächst einen Initiativantrag über die Förderung von Existenzgründungen einbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unser Antrag verfolgt das Ziel, junge Menschen bereits frühzeitig zum Sparen für die spätere Gründung einer selbständigen Existenz anzuregen. Viele junge Unternehmer haben mir erzählt, daß sie bereits als Lehrling daran dachten, einmal selbständig zu werden. Durch unseren Antrag soll gerade diesen Menschen ein Anreiz zum frühzeitigen Sparen gegeben werden. Dieser Anreiz soll durch eine staatliche Prämie in der Höhe der Beträge erfolgen, die angespart wurden. Diese Prämie soll aber nur dann ausbezahlt werden, wenn das angesparte Kapital zur Gründung einer selbständigen Existenz in der gewerblichen Wirtschaft oder in einem freien Beruf verwendet wird.

Damit diese Maßnahmen unmittelbar wirksam werden können, soll auch die Übertragung bestehender Sparformen ermöglicht werden. Für einen begünstigten Anschlußkredit ist die Einbindung der bereits bestehenden Bürgersaktion vorgesehen.

Der Bedarf nach dieser Aktion läßt sich auf Grund einer Meinungsumfrage leicht nachweisen: Nach einer Fessel-Studie haben 19 Prozent der Österreicher einmal daran gedacht, sich selbständig zu machen. Der Großteil gab diese Pläne wegen fehlender Eigenkapitalmittel auf. Die Überlegung der Österreichischen Volkspartei besteht vor allem darin, daß man den jungen risikofreudigen Menschen nicht gleich mit einem Schuldenberg belastet.

(Zustimmung bei der ÖVP.) Es ist doch erwiesen, daß innerhalb der ersten drei Jahre eines Betriebes die meisten Insolvenzen eintreten. Diese Entwicklung dürfen wir nicht noch dadurch fördern, daß wir diese Menschen zu Beginn ihrer selbständigen Tätigkeit zur Aufnahme von Krediten treiben, die betriebswirtschaftlich nicht vertretbar sind.

Der Bundeshaushalt gibt beim Schuldenmachen leider ein schlechtes Beispiel für die Betriebe. Diesen Weg können wir in der Wirtschaft nicht gehen. Nur mit genügend Eigenkapital werden wir gesunde und leistungsfähige Betriebe haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Diese Betriebe sind auch in der Lage, weitere Investitionen mit Krediten zu finanzieren.

Mit unserer Überlegung stehen wir auch auf internationaler Ebene nicht ganz allein: Auch in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet man daran, ein Modell der Eigenkapitalbasis für junge Unternehmer zu bilden beziehungsweise zu verbessern. Dabei ist aber der Anteil der Selbständigen an den Gesamtbeschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland weitaus höher als in Österreich: Er beträgt dort noch 10 Prozent.

Ich weiß, daß die Regierung derzeit für Sparförderung wenig Verständnis hat. Sie von der Regierungspartei werfen uns auch vor, daß bei der derzeitigen Situation des Staatshaushalts die Schaffung neuer Förderungsmaßnahmen unverantwortlich ist. Sie wollen das Budget auf dem Rücken der Wirtschaft und der Staatsbürger sanieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unser Antrag muß aber hinsichtlich seiner späteren Auswirkungen gesehen werden. Wir sind nämlich davon überzeugt, daß die Sparförderung eine gute Investition in junge Menschen ist, die bereit sind, für unsere Wirtschaft mehr zu leisten. Diese Investition wird in späteren Jahren dem Staat in Form von erhöhten Steuerleistungen zurückfließen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Durch diese Sparförderung wird zumindest für den jungen Unternehmer ein Arbeitsplatz geschaffen. In vielen Fällen wird diese Förderung auch der Anlaß dafür sein, daß aus kleinen Anfängen ein großer Betrieb mit sehr vielen Arbeitsplätzen entstehen kann.

Diese Sparförderung begünstigt auch nicht die Konsumausgaben, sondern fördert die Investitionen, die wir für ein weiteres Wirtschaftswachstum dringend brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Österreichischen Volkspartei geht es darum, daß wieder

Schauer

mehr junge Menschen ihre Fähigkeiten und Begabungen in einer selbständigen Existenz verwerten. Diese selbständigen Betriebe sollen gesund sein und daher von Beginn an über das notwendige Eigenkapital verfügen.

Vor allem sind wir der Ansicht, nicht nur davon zu reden, daß man Unternehmer braucht. Wir sind der Ansicht, daß man etwas tun soll, damit wir auch in Zukunft Unternehmer haben (*Beifall bei der ÖVP*), Unternehmer nicht als Selbstzweck, sondern als Rückgrat unserer Wirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Dr. Steidl.

Abgeordneter Doktor **Steidl** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Heindl hat sehr euphorisch über die Fremdenverkehrsförderung gesprochen; eine Euphorie, die ich als Praktiker nicht teilen kann. Wenn er die Administration lobt, so möchte ich dem eine Feststellung aus der Mitteilung der Girozentrale vom 14. November entgegenhalten, die besagt: Die Vielzahl der Aktionen mit unterschiedlichen Richtlinien macht es den Interessenten praktisch unmöglich, selbst die optimale Finanzierung zu finden.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Heindl von den Hallenbädern spricht, dann hätte er auch erwähnen müssen, welche Energieversorgungsprobleme sich heute damit verbinden und welche Rentabilitätsschwierigkeiten heute bei den Hallenbädern vorhanden sind. Und er sollte auch sagen, wie viele Fehlinvestitionen auf diesem Gebiet geschehen sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde ihm als einem der Befürworter der Unterstützung der Seilbahn- und Liftanlagen wünschen, daß er als Praktiker einmal den Hürdenlauf der Administration dabei hätte mitmachen müssen.

Wir haben heute, meine Damen und Herren, von zwei sozialistischen Abgeordneten Ausführungen über die wirtschaftliche Entwicklung gehört. Der Abgeordnete Dr. Tull hat die apodiktische Feststellung getroffen, daß es uns in den achtziger Jahren ähnlich gut gehen wird. Er hat sozusagen eine Art Garantierklärung abgegeben. Auf Ihre Garantie, Herr Dr. Tull, möchte ich keinen Wechsel ziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auf der anderen Seite hat der Herr Finanzminister in seiner ersten Wortmeldung in einem für mich sehr beachtlichen Beitrag auf die Gefahren und Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung in den achtziger Jahren hingewiesen. Er hat gesagt, daß wir Zuversicht haben sollen. Er hat erwähnt, welche Einflüsse aus dem Ausland die Wirtschaft in Österreich bestimmen

können, und damit dargetan, daß diese Art Garantierklärung des Herrn Dr. Tull wirklich nicht zu Recht besteht.

Wenn ich die Glaubwürdigkeit der wirtschaftlichen Aussagen der beiden sozialistischen Abgeordneten werten soll, so liegt für mich darin ein Unterschied wie zwischen der Position des Vizekanzlers im Kabinett und der politischen Situation des Abgeordneten Dr. Tull in Vöcklabruck. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es wird gerade in der letzten Zeit sehr viel von Föderalismus, vom Föderalismusbewußtsein gesprochen. Und mich wundert es, daß davon so viel geredet werden muß, da wir doch alle hier in diesem Hause Föderalismusbewußtsein bekunden, da wir bei jeder Gelegenheit die Bedeutung des Föderalismus anerkennen und akzeptieren wollen und da wir immer bereit sind, den Föderalismus zu unterstützen. Es muß etwas geben, warum in der Bevölkerung dieser Föderalismusgedanke immer stärker herauskommt, warum wir uns auch in den nächsten Jahren, und zwar verstärkt, mit diesem Föderalismus werden beschäftigen müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte auf eine Komponente dieses Föderalismus zu sprechen kommen, nämlich auf die finanzielle, die ja doch ein wesentlicher Bestandteil der Würdigung des Föderalismus ist. Wir haben, Herr Vizekanzler, am 11. Dezember vorigen Jahres das Finanzausgleichspaktum unterzeichnet und damit jene Verhandlungen abgeschlossen, die Sie mit der erklärten Absicht begonnen haben, den Anteil der Länder an den gemeinschaftlichen Abgaben zu kürzen. Dieses Vorhaben, Herr Vizekanzler, ist Ihnen voll und ganz gelungen. Wieweit das allerdings mit den Aussagen sozialistischer Mandatare, dem Föderalismus entsprechendes Interesse und Unterstützung entgegenzubringen, in Übereinstimmung steht, möchte ich dahingestellt lassen.

Ich möchte auch hier jetzt nicht Statistiken, Tabellen und Verhältniszahlen anführen, denn Statistiken haben die fatale Eigenschaft, daß sie nicht die Wirklichkeit bestätigen und unterstützen, sondern sehr oft Wirklichkeit und Wahrheit verdecken.

Lassen Sie mich die absolute Ziffer nennen, die allein 1979 durch den neuen Finanzausgleich als Mindereinnahme für die Länder feststeht, nämlich 700 Millionen Schilling. Diese 700 Millionen Schilling setzen sich folgendermaßen zusammen:

Erstens aus der Kürzung der Landesumlage um 2 Prozentpunkte, und zwar Herabsetzung von 12,5 auf 10,5 Prozent — das macht zwei

Dr. Steidl

schen 330 und 350 Millionen Schilling aus —, und

zweitens aus dem Beitrag der Länder zum Wasserwirtschaftsfonds — wir haben uns dazu bereitgefunden, um eine Austrocknung des Wasserwirtschaftsfonds zu verhindern — 130 Millionen Schilling,

drittens aus dem Entfall von saldierten Zweckzuschüssen in Höhe von 105 Millionen Schilling und

viertens aus einer Verminderung der Vergütung für Bauleitungs-, Projektierungs- und Bauführungsaufgaben der Länder im Tiefbau von 9 auf 7 Prozent mit einer Auswirkung von 175 Millionen Schilling.

Wenn wir nun, meine Damen und Herren, unterstellen, daß ein jährlicher Zuwachs von 7 Prozent erfolgt, dann würde das für den gesamten Finanzausgleichszeitraum bedeuten, daß die Länder durch den neuen Finanzausgleich 5 Milliarden Schilling verlieren gegenüber 2 Milliarden Schilling des Bundes bei einem wesentlich höheren Anteil an der gesamten Finanzmasse.

Wir haben uns, Herr Vizekanzler, zu einem paktierten Finanzausgleich in der Erwartung bereitgefunden, daß sich der Bund gegenüber Ländern und Gemeinden kooperativ verhalten wird und weil wir der Meinung waren, daß ein paktierter Finanzausgleich einem diktierten, wie er auf Grund der Kompetenz des Bundes möglich wäre, vorzuziehen ist.

Wir haben uns auch bereitgefunden, dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds beizutreten, weil er als Versuch für zwei Jahre gedacht war und wir einem solchen Versuch nicht entgegenstehen wollten. Ich muß Ihnen aber heute schon sagen, Herr Finanzminister, daß die Länder auf die Dauer nicht bereit sein werden, diesem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds weiterhin die Treue zu halten, wenn es nicht zu Veränderungen verschiedener Bestimmungen kommt. Es ist für die Länder einfach unerträglich, wenn sich das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungsträger nach ihrem Beitragsaufkommen mit der Erhöhung richtet und nicht nach der Erhöhung der Pflegegebühren.

Wenn ich das Jahr 1979 heranziehe, dann stelle ich fest, daß sich das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungsträger um 6 Prozent erhöht hat, dadurch auch der Beitrag um 6 Prozent stieg, die Pflegegebühren jedoch um fast 10 Prozent stiegen. Wir haben hier also eine Differenz von mehr als 3 Prozent; angesichts der Summen, um die es im Spitalwesen geht, eine gigantische Mehrbelastung der Länder.

Erlauben Sie mir einige telegrammstilartige Anmerkungen, die Sie bitte für die künftigen Finanzausgleichsverhandlungen ad notam nehmen wollen. Ich mache sie rechtzeitig, damit erstens nicht unter Zeitdruck verhandelt werden muß und zweitens, weil ich glaube, daß es zu keinem systemverändernden Finanzausgleich kommen wird, dem jetzigen System aber grundsätzliche strukturelle Mängel anhaften.

Erstens: Es sollte für uns kein feststehendes unverrückbares Axiom sein, daß der Anteil des Bundes auf jeden Fall mehr als 60 Prozent betragen muß. Wenn wir als Vergleiche die Bundesrepublik Deutschland, auch Staaten mit guter föderativer Gliederung nehmen, dann sehen wir, daß der Bund, die Zentrale, einen wesentlich geringeren Anteil an der Finanzmasse hat. Es steht dem Bund als Treuhänder der Finanzmasse wirklich nicht gut an, daß er für sich selbst von vornherein den größten Teil requiriert. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zweitens meine ich, daß es möglich sein müßte — ich kenne schon die Bedenken —, die Gemeinde als Finanzausgleichspartner gesetzlich zu normieren.

Drittens müßte es auch möglich sein, wenn es der Bund nicht der Mühe wert findet, mit den Ländern und Gemeinden zu verhandeln, daß dafür Sanktionen festgelegt werden.

Viertens bitte ich Sie, Herr Vizekanzler, Ihren Einfluß geltend zu machen — es tangiert Sie nicht, weil es den horizontalen Bereich des Finanzausgleiches betrifft —, daß der abgestufte Bevölkerungsschlüssel als grobe Ungerechtigkeit gegenüber den bevölkerungsschwachen Gemeinden abgeschafft wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Fünftens bitte ich Sie, doch zu überlegen, ob das Volkszählungsintervall nicht verkürzt werden könnte. Wenn ich daran denke, daß wir im Land Salzburg durch das zehnjährige Bevölkerungszählungsintervall allein in den Jahren 1971 bis 1979 225 Millionen Schilling verloren, dann werden Sie verstehen, daß wir auf eine Abkürzung des Zählungszeitraumes Wert legen.

Es gibt aber in Österreich nicht nur den paktierten Finanzausgleich, sondern wir haben daneben auch den grauen Finanzausgleich, der eine immer größere Rolle in der Beziehung des Bundes zu den Ländern und Gemeinden spielt. Dieser graue Finanzausgleich ist durch zwei Momente gekennzeichnet; zum Beispiel einerseits dadurch, daß Kooperation durch Junktum ersetzt wird. Ich möchte es an drei Beispielen hier anführen.

Dr. Steidl

Erstens: In der Arbeitsmarktpolitik werden Arbeitsmarktförderungsmittel nur in jenem Ausmaß gegeben, als andere Gebietskörperschaften ebenfalls bereit sind, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ich frage mich dann: Wieso kommt die Bundesregierung dazu, auf Plakaten zu erklären: „Wir sichern die Arbeitsplätze!“ und „Wir halten die Wirtschaft in Gang!“, wenn die Länder und die Gemeinden im mindestens gleichen Ausmaß zu derartigen Aktionen herangezogen werden? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als anderes Beispiel erwähne ich den Viehabsatz, wo ebenfalls die Länder zu Leistungen herangezogen werden und der Bund nur unter der Voraussetzung bereit ist, Beiträge zu geben, wenn die Länder dies in gleicher Weise tun.

Drittens: Auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung haben wir ähnliche Zustände, daß nämlich die Ansuchenden nur dann Mittel bekommen, wenn auch die Länder entsprechende Gelder bereitstellen.

Das zweite Problem beim grauen Finanzausgleich sind die Tatbestände der Vor- und Mitfinanzierung.

Herr Vizekanzler! Ich darf das Salzburger Beispiel erwähnen. Vielleicht haben Sie in den Juli- und Augusttagen erlebt, daß die Stauungen beim Ofenauer- und Hieflertunnel 20 km lang bis an die Stadtgrenze von Salzburg zurückgehen, daß in der glühend heißen Augustsonne die weinenden Kinder, die nervösen Autofahrer, die erschöpften Frauen von den Rotkreuzwagen, die auf den Abstellstreifen stehen, geläbt werden müssen, dann werden Sie auch erkannt haben, wie notwendig die zweite Röhre beim Hiefler- und beim Ofenauertunnel ist. Sie hätten es nicht darauf ankommen lassen sollen, das Land Salzburg zur Mit- und Vorfinanzierung heranzuziehen. Das ist ausschließlich Bundesaufgabe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie hätten es, Herr Vizekanzler, vor allem nicht unter der Prämisse tun dürfen: Der Bund hat kein Geld, deshalb muß das Land Salzburg hier Beiträge leisten.

Der Rechnungshof hat festgestellt... *(Abg. Dr. Androsch: Festspielhaus, Garage, Ausstellungshalle in Salzburg sind Bundes-sache gewesen?)*

Herr Vizekanzler! Die Salzburger Festspiele haben eine Ausstrahlung, die weit über das Land Salzburg hinausgeht. Und ich freue mich, daß aus ganz Österreich die Festspielbesucher nach Salzburg kommen. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Da gibt es ja ein*

Gesetz! — Abg. Dr. Androsch: Was ist mit der Garage, was ist mit dem Ausstellungsgelände?)

Herr Vizekanzler! Es gibt kein Bundesland, in dem der Bund nicht auch finanzierend tätig wird. Ich würde nicht einsehen, warum das Land Salzburg davon ausgeschlossen werden soll. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Vizekanzler! Ich hätte gemeint, daß Sie Ihrem Herzen einen Stoß geben sollten. Es fällt Ihnen kein Stein aus der Krone, wenn Sie den unter falschen Prämissen geschlossenen Vertrag rückgängig machen, wenn Sie hier die Finanzierung allein vom Bund aus übernehmen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Androsch: Sie sind für einen Vertragsbruch? Oder was soll das heißen?)*

Herr Vizekanzler! Die juristische Wertung möchte ich Ihnen und dem Rechnungshof überlassen. *(Beifall und neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Abschließend möchte ich meinen: Die Föderalismusdiskussion, meine Damen und Herren, wird in Österreich nicht aufhören, ob Sie es nun wahrhaben wollen, können oder dürfen. Wir sollten dem Rechnung tragen, nicht in Worten, sondern auch in der Tat, das heißt, auch im finanziellen Bereich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Gassner.

Abgeordneter Ing. Gassner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anscheinend sind der Mehrheitsfraktion in diesem Haus die Argumente ausgegangen, da nur mehr ÖVP-Redner, Oppositionsredner zum Rednerpult kommen und hier die Argumente und Stellungnahmen zum Budget vorbringen.

Die Sozialistische Partei ist vor zehn Jahren und dann wiederholt später angetreten, um den Kampf gegen die Armut zu führen. Wir haben auch immer wieder bei allen Aussagen gehört, daß ein Umverteilungsprozeß eintreten soll. Ich bin der Ansicht, daß sich ein solcher Umverteilungsprozeß vollzogen hat, aber ein Umverteilungsprozeß nicht zugunsten der kinderreichen Familien, ein Umverteilungsprozeß nicht zugunsten der weniger Verdienenden, ein Umverteilungsprozeß nicht zugunsten der Ausgleichszulagenbezieher, sondern einzig und allein ein Umverteilungsprozeß zugunsten des Finanzministers. Und das halten wir für den falschen Weg. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir wissen, daß der Staat Aufgaben zu erfüllen hat. Wir wissen, daß Wünsche vorhanden sind: von den Gebietskörperschaften, von den Gemeinden, von den Ländern, natürlich

Ing. Gassner

auch von den Interessenvertretungen. Aber worum es geht, ist die Frage der Prioritäten, über die wir jetzt beim Budget tagelang diskutiert haben.

Die Frage ist für uns aber vor allem, wie der Staat zu dem Geld kommt, um diese Aufgaben zu erfüllen. Hier habe ich immer nur, fast möchte ich sagen, selbstverständlich das Loblied der sozialistischen Abgeordneten gehört, daß all das, was der Finanzminister macht, sowieso in Ordnung wäre.

Wir von der ÖVP vertreten die Ansicht, daß auch ein anderer Weg, ein Weg, der den Menschen auch im Finanzpolitischen mehr in den Mittelpunkt der Politik gestellt hätte, dazu geführt hätte, ja wir glauben sogar, besser dazu geführt hätte, wenn wir den leistungsorientierten, den leistungswilligen Menschen, den leistungsorientierten, den leistungswilligen Betrieb gefördert hätten, daß der Finanzminister zu seiner Steuereinnahme kommt, als dies derzeit durch seine Politik der Fall ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird behauptet, daß die Einkommen der großen Masse der Menschen gar nicht so schlecht sind, daß die Familien gar nicht so schlecht dastehen. Aber, meine Damen und Herren, warum haben die Arbeitnehmer die Chance, sich doch etwas zu leisten? — Weil sich der Arbeitnehmer nicht darauf beschränkt, nur 40 Stunden zu arbeiten, sondern weil er Überstunden macht, weil er Zulagen erhält, weil der zweite in der Familie mitverdient und — sprechen wir es ganz offen aus — weil er auch manchmal in den Pusch geht. Ist es nicht beängstigend, wenn wir leider feststellen müssen, daß Österreich in der Anzahl der beschäftigten Frauen unter den Industriestaaten an der Spitze steht? 41 Prozent der österreichischen Frauen müssen arbeiten, um die Familienexistenz zu gewährleisten, und das halten wir ganz einfach für falsch! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir vertreten die Ansicht, daß einer in der Familie möglichst so viel verdienen sollte — wir wissen, daß das nicht überall möglich sein kann, aber es sollte doch die Finanz-, die Wirtschafts- und die Einkommenspolitik möglichst darauf ausgerichtet sein —, daß er die Familie entsprechend erhalten kann, wobei es ganz egal ist, ob dies die Frau oder der Mann ist, wenn nur eine Person primär die Familie erhalten und die zweite Person sich voll und ganz oder als Teilzeitbeschäftigter wenigstens halbtags der Erziehung der Kinder, der Familie widmen kann. Das ist unsere grundsätzliche Stellung zur Familienpolitik, die auch in der Einkommenspolitik Ausdruck findet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister ist nicht im Saal, aber die Frau Staatssekretär oder der Herr Handelsminister werden ihm das vielleicht mitteilen. *(Ruf bei der SPÖ: Er ist hier!)* Pardon, er steht hier im Hintergrund. — Ist nicht die Entwicklung der Nettoeinkommen bei uns als äußerst problematisch anzusehen? Ich habe das wiederholt gesagt und möchte es heute noch einmal wiederholen, und zwar mit einem Appell an Sie von der SPÖ: Wenn der sogenannte Industriebeschäftigtenindex im Jahre 1975, also nach der vorletzten Lohnsteueranpassung, zeigt, daß die Industriebeschäftigten im Jahre 1975 noch 80,5 Prozent ihres Bruttolohnes netto auf die Hand bekommen haben, dann war das damals vielleicht ganz erfreulich festzustellen. Wenn wir jedoch auf Grund der Wirtschaftsforschungsberichte feststellen, daß im Jahre 1978 dieser Anteil des Nettolohnes am Bruttolohn der Industriebeschäftigten auf 75,4 Prozent gesunken ist, dann glauben wir, daß wir dieser Entwicklung nicht unwidersprochen zusehen können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben am 1. Jänner 1979 eine Lohnsteueranpassung gehabt. Auch hier sagt der letzte Wirtschaftsforschungsbericht, daß in den ersten Monaten des Jahres 1979 nicht das, was wir erwartet haben, eingetreten ist, nämlich daß wenigstens wie nach dem 1. Jänner 1975 der Nettoanteil am Bruttoeinkommen der Industriebeschäftigten etwas angestiegen wäre. Nein, meine Damen und Herren, der Anteil des Nettolohnes ist im Jahre 1979 weiter gefallen, und zwar auf 74,7 Prozent. Das halten wir, wie bereits gesagt, für eine falsche Entwicklung.

Dem möchte ich nur eine Zahl aus der Regierungszeit der ÖVP, eines ÖVP-Bundeskanzlers und ÖVP-Finanzministers gegenüberstellen. Im Jahre 1960 betrug der Nettoanteil der Industriebeschäftigten am Bruttoeinkommen noch 86 Prozent, also über zehn Prozentpunkte oder über ein Drittel mehr als im Jahre 1979. Bei den Angestellten, Herr Abgeordneter Dallingner, ist, wie Du weißt, die Entwicklung noch ärger. Da war der Anteil 1978 noch 72,6 Prozent. In den ersten Monaten des Jahres 1979 ist er auf 72,1 Prozent gefallen.

Wenn man die ersten sechs Monate des Jahres vor der sogenannten Lohnsteueranpassung 1979, also des Jahres 1978, mit den ersten sechs Monaten des Jahres 1979 vergleicht, dann stellt man fest, daß nicht nur die in der Industrie Beschäftigten, sondern alle österreichischen Arbeitnehmer im Durchschnitt um 100 S mehr an Lohnsteuer an den Finanzminister abgeführt haben. Das heißt, in diesem einen Jahr ist trotz Lohnsteueranpassung das

Ing. Gassner

Lohnsteueraufkommen der Beschäftigten Österreichs um 7,2 Prozent gestiegen. Das, meine Damen und Herren, liegt weit über der Inflationsrate, weit über dem, was die Arbeitnehmer in Österreich brutto mehr verdienen. Das halten wir, wie gesagt, einfach für einen falschen Weg. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir haben vor einiger Zeit in diesem Haus die Erhöhung der Beitragssätze für die Pensionsversicherung diskutiert. Die ÖVP hat sie abgelehnt. Diese Dinge sind ja nicht, wie zum Beispiel die Lohnsteuerentwicklung, isoliert zu sehen. Man muß die gesamte Politik betrachten. Der Finanzminister versucht, indem er nicht bereit ist, die Steuerprogression zu mindern, sich ganz einfach Jahr für Jahr mehr aus den Taschen der Arbeitnehmer zu holen, und auf der anderen Seite läßt er Beschlüsse fassen — das heißt, die sozialistische Mehrheit faßt diese Beschlüsse —, wonach die Beitragssätze auch für die Pensionsversicherung erhöht werden.

Meine Damen und Herren! Auch dabei sind wir leider trauriger Spitzenreiter. In Österreich wird ab 1. Jänner 1980 der Anteil für die Sozialversicherung 20,5 Prozent betragen, davon zahlen die Arbeitnehmer 9,75 Prozent. Dazu ein Vergleich: in der Bundesrepublik Deutschland 18 Prozent insgesamt, die Arbeitnehmer 9 Prozent, in Belgien insgesamt 14 Prozent, die Arbeitnehmer 6 Prozent, in Frankreich insgesamt 11,15 Prozent, die Arbeitnehmer 3,45 Prozent und in unserem Nachbarland, der Schweiz, insgesamt 9,4 Prozent und die Arbeitnehmer 4,7 Prozent. *(Abg. Dallinger: Gassner, auch die Leistungen mußst du dir anschauen!)* Sehr richtig, Herr Abgeordneter Dallinger! Natürlich soll man immer die Leistungen auch mit den Aufwendungen vergleichen, nur glaube ich ganz einfach feststellen zu können — da wirst du mir sicher recht geben —, daß die Schweizer nicht die halbe Leistung haben, sondern die Leistungen in der Schweiz doch mehr als die Hälfte von jenen sind, die wir in Österreich erbringen. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Die Schweizer arbeiten um vier Stunden in der Woche mehr!)*

Meine Damen und Herren! Wir waren der Ansicht, daß es doch notwendig ist, zeitgerecht über eine Lohnsteueranpassung zu diskutieren. Wir haben deshalb, als der Herr Finanzminister erklärt hat, es komme in den nächsten Jahren keine Lohnsteueranpassung in Frage, gesagt, wir wollten konkret darüber sprechen, weil aus den Wirtschaftsforschungsberichten zu ersehen ist, daß der Herr Finanzminister bis zum Jahre 1982 gegenüber dem Jahre 1979 gemäß Voranschlag um 24 Milliar-

den Schilling, das heißt um 45 Prozent, mehr einnehmen wird. Dazu können wir als Arbeitnehmervertreter, dazu können wir als ÖVP im Sinne der Arbeitnehmer ganz einfach nicht schweigen, sondern hier haben wir die konkrete Änderung der Politik des Finanzministers zu verlangen.

Herr Finanzminister, wir haben heuer ein Jubiläum: Vor 25 Jahren, also am 7. Dezember 1954, hat sich der Nationalrat ebenfalls mit einer Lohnsteueranpassung beschäftigt. Herr Finanzminister, ich fordere Sie auf, dem damaligen Finanzminister nachzufolgen. Der Nationalrat hat am 7. Dezember 1954, also vor 25 Jahren, über Drängen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes einstimmig beschlossen, für kleinere und mittlere Einkommen eine Steuersenkung einzuführen, und zwar eine Steuersenkung um 24 bis 15 Prozent. Das war eine den Arbeitnehmern, der Bevölkerung gerechte Politik, nicht jene, wie sie der Finanzminister heute durchführt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ergibt sich die Frage: Wo ist die Grenze, die der Herr Finanzminister zieht? Herr Finanzminister, glauben Sie nicht, wenn Sie diese Politik fortsetzen mit der Begründung, der Staat habe eben neue und mehr Aufgaben zu übernehmen, daß ganz einfach eine Bewegung, eine Meinung entsteht, daß der Mensch gar nicht mehr bereit ist, Leistungen zu erbringen, zu denen er imstande wäre, weil er sich ganz einfach sagt: Warum soll ich mehr leisten, wenn mir der Finanzminister sowieso das Mehr meiner Leistung aus der Brieftasche nimmt und vom Gehaltskonto abzieht?

Herr Finanzminister! Ich habe Sie im Finanzausschuß gefragt: Wo, meinen Sie, ist die Grenze der Belastbarkeit der Arbeitnehmer? Wo könnten Sie die Grenze für die Industriebeschäftigten sehen? Bei 77, bei 78, bei 80 Prozent? Oder sind Sie bereit, noch weiter herunterzugehen, und zwar unter diese 74,7 Prozent, bei denen wir heute stehen, auf 72, auf 70, auf 65 Prozent? Herr Finanzminister, ich frage Sie: Wo ist die Grenze, die Sie glauben, für den Arbeitnehmer als zumutbar ansehen zu können? Ich fordere Sie auf, dazu Stellung zu beziehen und uns, dem Nationalrat, und damit auch der österreichischen Bevölkerung zu sagen, wo Sie diese Grenze sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir stellen aber auch fest, daß die Mehrheitspartei in diesem Haus und auch der Herr Finanzminister nicht bereit sind, auf die Probleme verschiedener Bevölkerungsgruppen einzugehen, daß man ganz einfach nicht bereit ist, das Problem der Pendler zu lösen.

Ing. Gassner

Ich habe im Jänner des vergangenen Jahres den Antrag Gassner und Genossen auf Einführung eines Pendlerpauschales in Höhe von 2 400 S eingebracht. Dieser Antrag ist mit der Nationalratswahl verfallen. Ich habe ihn im Juni neuerlich eingebracht: Einführung eines Pendlerpauschales in Höhe von 2 400 S. Wir haben im Finanzausschuß beschlossen, einen Unterausschuß einzusetzen — und seither herrscht Grabesruhe über diesen Antrag.

Das heißt, meine Damen und Herren, Sie sind nicht bereit, über die Sorgen, über die Probleme, über die finanzielle Belastung der Pendler zu diskutieren, geschweige denn, darüber einen Beschluß zu fassen. Ich fordere Sie auf, doch endlich einmal darüber konkret in Verhandlungen einzutreten, um diese Probleme zu lösen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie sind überhaupt nicht bereit, auf kleine Gruppen Rücksicht zu nehmen, auf Dinge, die halt nur ein paar Leute berühren, ein paar Richter, ein paar Staatsanwälte, ein paar Ministerialbeamte, die heute entsprechend dem Dienstpostenplan schlechter behandelt werden, wobei die Durchlässigkeit nicht gegeben ist. Das lehnen Sie im Finanzausschuß ab, das ist für Sie nicht akzeptabel.

Da wir, die ÖVP, uns ganz einfach auch der Anliegen kleiner Gruppen annehmen, wenn wir glauben, daß es gerechtfertigt ist, daß es notwendig ist, bringe ich im Plenum noch einmal ein den

A b ä n d e r u n g s a n t r a g

der Abgeordneten Dr. Hauser, Dkfm. DDr. König, Ing. Gassner und Genossen zum Stellenplan für das Jahr 1980, Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 (zu 80/170 der Beilagen, XV. Gesetzgebungsperiode) betreffend Änderung von Planstellen im Bereich des Bundesministeriums für Justiz.

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Im Stellenplan für das Jahr 1980, Abschnitt II Planstellen, A Planstellen für die Bundesbediensteten der unmittelbaren Bundesverwaltung, Justizwesen, Bundesministerium für Justiz, 1. Zentraleitung, haben in den Fußnoten ¹⁾ und ²⁾ jeweils die Klammerausdrücke „(für Sektion IV)“ zu entfallen.

2. Im Stellenplan für das Jahr 1980, Abschnitt II Planstellen, A Planstellen für die Bundesbediensteten der unmittelbaren Bundesverwaltung, Justizwesen, Bundesministerium für Justiz, 3. Justizbehörden in den Ländern, a) Richter und Richteramtsanwälter, wird in der Spalte „Richter des Ober-

landesgerichts“ die Zahl 90 auf 97 erhöht und in der Spalte „übrige Richter“ die Zahl „1180“ auf „1173“ vermindert. Bei der Zahl „97“ wird eine Fußnote ¹⁾ angebracht, die folgenden Wortlaut hat: „¹⁾ Hievon 7 zur Verwendung im Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofes“.

Meine Damen und Herren! Ich fordere Sie auf — diese Dienstpostenplanveränderung bringt keine Vermehrung der Dienstposten, sondern ganz einfach nur die Chance für die dort beschäftigten Arbeitnehmer, daß der Dienstpostenplan durchlässiger und ihren Wünschen gerecht wird —, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir von der Österreichischen Volkspartei haben uns immer dafür eingesetzt, daß wir gesunde Betriebe, gesunde Unternehmen und auch eine gesunde Wirtschaft haben. Wir stellen auch als Arbeitnehmer fest, daß die Chance, diese gesunden Betriebe, diese gesunden Unternehmen, diese gesunde Wirtschaft zu haben, durch Ihre Finanzpolitik immer mehr verringert wird. Wir stellen fest, daß Sie die Unternehmen, die Wirtschaft auspressen wie eine Zitrone. Das nützt letztlich auch den Arbeitnehmern nicht, sondern die Arbeitnehmer haben ein Interesse an einer gesunden Wirtschaft, die Arbeitnehmer haben ganz einfach den Wunsch, in den Betrieben entsprechende Löhne zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Wir glauben, bei der künftigen Entwicklung einer positiven gesellschaftspolitischen Veränderung ist es notwendig, daß der Arbeitnehmer eine gleichwertige Stellung in der Gesellschaft erhält und daß es den Arbeitnehmern ermöglicht wird, sich auch an den Betrieben zu beteiligen.

Ich habe es wiederholt festgestellt: Dem stehen heute die Gesetze entgegen; Gesetze, die es dem Arbeitnehmer nicht möglich machen, sich geringfügig am eigenen Unternehmen, in dem er beschäftigt ist, zu beteiligen.

Ich fordere deshalb den Finanzminister auf, entsprechende Schritte zu unternehmen, Schritte, die keinen Schilling an Steuergeldern kosten, sondern diese Barrieren, diese Schranken wegräumen und dem Arbeitnehmer die Chance geben, sich an dem Unternehmen, in dem er beschäftigt ist, zu beteiligen. Der Arbeitnehmer ist gerne bereit, in diesem Sinne Verantwortung zu übernehmen, um auch eine entsprechende Position als Arbeitnehmer in der Gesellschaft zu erhalten. Dies hätten wir als ÖVP gerne. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ing. Gassner

Die ÖVP hat das in ihrem Salzburger Programm klar definiert und sich zur Vermögensbildung für die Arbeitnehmer bekannt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen langsam ins Finale der Budgetdiskussion des heurigen Jahres, und ich fasse zusammen: Wir glauben, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß die Politik des Finanzministers dazu führt, daß der Mensch in seinem Freiheitsbereich immer mehr eingeengt wird, daß der Mensch immer mehr vom Staat abhängig wird und so wie der Mensch, der Bürger auch die Betriebe und die Unternehmen. Ihre Politik steht einer modernen Entwicklung der Gesellschaft entgegen. Deshalb, meine Damen und Herren, können wir Ihrem Budget nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir fordern Sie auf, Ihre Politik zu ändern, von Ihrer Politik „mehr Staat, mehr Apparat“ abzugehen und mehr für den Menschen zu tun. Wenn Sie das tun, meine Damen und Herren, werden Sie auch ein Ja der ÖVP finden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der Antrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Behandlung.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Prechtl. *(Abg. Peter: Wann fährt die Eisenbahn zurück?)*

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Sie fahren heute abend noch mit der Eisenbahn zurück. Die Menschen versehen am Abend ihren Dienst, auch sonntags und feiertags, und ich glaube, das ist gebührend zu würdigen.

Nun, meine Damen und Herren, zum Budget und zur sachlichen Frage, Herr Abgeordneter Peter. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Sie haben den Zwischenruf nicht gehört.

Ich möchte nun dem Herrn Abgeordneten Gassner doch einiges sagen. Er hat in seinen Schlußbemerkungen von Vermögensbildung gesprochen und erklärt, daß der Arbeitnehmer in Österreich nicht in der Lage ist, sich auch nur das Geringste zu leisten. *(Abg. Dr. Mock: Verdrehen Sie die Worte nicht, Herr Abgeordneter Prechtl!)* Sie kommen heute auch noch dran, Herr Abgeordneter Dr. Mock, ich habe noch einige Dinge vom ersten Tag!

Ich möchte Ihnen also sagen, Herr Abgeordneter Gassner — ich sollte eigentlich „du“ zu dir sagen, weil wir im OGB sitzen, es ist doch etwas angenehmer, „du“ zu sagen *(Abg. Ing. Gassner: Kannst du!)* —, daß wir die weltwirtschaftlichen Probleme in ihrer Gesamtheit betrachten müssen.

Mich stört nur, und das sage ich bei allen Dingen, daß es immer heißt: Der Finanzminister steckt das Geld ein. — Das, glaube ich, ist

eine Diktion, die einer Demokratie nicht würdig ist. *(Abg. Dr. Mock: Na!)* Denn diese Dinge werden hier gesetzlich beschlossen und dienen der Republik Österreich und der österreichischen Wirtschaft. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, zu dem sollten wir uns bekennen und nicht persönliche Angriffe starten in dem Zusammenhang. Das klingt zwar sehr gut, entbehrt aber, glaube ich, jeder sachlichen Grundlage.

Ich glaube, daß sich gerade die Weltwirtschaft sehr stark verändert hat. Es hat heute hier bereits der Herr Abgeordnete Dr. Taus gesprochen, der ein sehr eindeutiges Bekenntnis zur Vollbeschäftigung abgelegt hat. Gerade das ist auch die Linie des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, nämlich die Vollbeschäftigung in Österreich aufrechtzuerhalten.

Wir stehen wenige Tage vor den Weihnachtsfeiertagen, und gerade den arbeitenden Menschen, den Arbeitern und Angestellten, aber auch den Wirtschaftstreibenden in Österreich ist es sehr, sehr wertvoll, zukunftsfröh in die achtziger Jahre zu gehen. Und gerade das Budget 1980 mit seinem Stabilisierungseffekt geht in diese Richtung.

Wenn hier die Bundesrepublik Deutschland und wenn Belgien erwähnt worden ist, dann muß man auch dazusagen, wie hoch die Arbeitslosenziffer und wie hoch die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern ist. In Belgien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit bis zu 40 Prozent. Die haben wir in Österreich nicht, durch die positiv veränderte Strukturpolitik ist es uns Gott sei Dank gelungen, keine Jugendarbeitslosigkeit in Österreich zu haben. Gerade die von Ihnen oft angegriffenen Unternehmen stellen nunmehr sehr viele Jugendliche ein. Diese Problematik wird zu lösen versucht. Denn wir haben hier im Parlament Gesetze beschlossen, wo dem Finanzminister ungefähr 86 Prozent Bindungen auferlegt werden, während er im Budget einen Spielraum von nur etwa rund 14 Prozent hat. Wenn man addiert, und ich werde auf die Einzelheiten zu sprechen kommen, dann ist dieser Spielraum, den Sie versuchen, dem Finanzminister aufzuerlegen, verhältnismäßig sehr klein.

Es wurde hier auch von den Ministerialräten und vom Stellenplan gesprochen. Der Abgeordnete Dr. Mock hat von der Verwaltungsreform gesprochen. Ich werde versuchen, Ihnen das auch einigermaßen verständlich zu machen.

Wenn Sie hinausgehen und die Polizeibeamten fragen, wenn Sie hier die Angestellten des Parlaments fragen — ich weiß nicht, ob Sie mit ihnen reden —, so haben sie im Durchschnitt eine Überstundenleistung ... *(Abg. Dr.*

Prechtl

Wiesinger: Wir reden mit den Beamten vom Haus vielleicht mehr als Sie!) Herr Abgeordneter Dr. Wiesinger, gehen Sie auf Ihre Klinik. Ich möchte sagen, daß von diesen Menschen im Hause ungefähr 70 Überstunden geleistet werden, die Polizei macht monatlich 70 Überstunden.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Wir haben allein bei der Bahn ungefähr fünf Millionen Überstunden. Und dann geht hier der Abgeordnete Mock her und redet von einer Verwaltungsreform. Nun werde ich Ihnen sagen, wie die Verwaltungsreform von der sozialistischen Regierung echt praktiziert, aber auch durchgesetzt worden ist. Ich möchte zuerst mit den Ländern beginnen, mit jenem Bundesland vielleicht, aus dem Sie kommen. Ich möchte sie aber nicht einzeln zitieren.

Vom Jahre 1960 bis zum Jahre 1979 hat sich der Stand der aktiven Bediensteten der Bundesländer ohne Landeslehrer von 70 000 auf 117 410 erhöht; das ist ein Zuwachs von 67,6 Prozent. (*Abg. Dr. Wiesinger:* Wie war das in Wien?) — Fragen Sie nach dem Bund.

Herr Abgeordneter Wiesinger! Ich kann Ihnen auch sagen, wie sich etwa die Entwicklung beim Bund seit dem Jahre 1970 abgezeichnet hat. Der Bund hatte im Jahre 1970 258 000 Bedienstete, heute sind es 283 000 Bedienstete. Das ist ein Zuwachs von nur 9,7 Prozent.

Herr Abgeordneter Dr. Mock, bevor Sie hinausgehen, möchte ich Ihnen die Zahlen noch nennen. Sie haben gesagt, es geschehe nichts beim Unterricht, es geschehe nichts bei der Kultur, es geschehe nichts bei der Bildung. Ich habe Sie damals leider als Lehrer qualifiziert, ich wußte nicht, daß Sie ein Diplomat sind, der sehr lange redet, aber nichts zu sagen hat. Aber das nur am Rande. (*Abg. Graf: Haha!*) Das ist ein Witz.

Es sind 26 552 Planstellen nur in der Kultur und im Unterricht seit dem Jahre 1970 mehr zu verzeichnen. Das bedeutet, der Herr Abgeordnete Mock geht hierher und schildert Zahlen, die überhaupt nicht stimmen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ich brauche das Konzept nicht, ich habe es sogar im Kopf. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Sie reden, wir hätten hier eine Hierarchie. Wir haben seit 1970 um 1 003 Planstellen mehr bei der Sicherheit. Es fehlt leider Ihr Sicherheitsprecher, der Abgeordnete Lichal. Mehr als 1 000 Polizeibeamte wurden mehr eingestellt.

Wir haben um 1 827 Beamte mehr beim österreichischen Bundesheer. Sie haben uns

immer vorgehalten, wir hätten eine Wehrpolitik, die negativ ist. Seit wir eine sozialistische Regierung haben, haben wir einen gewaltigen Zuwachs und einen gewaltigen Zustrom beim österreichischen Bundesheer. Das bedeutet, daß es uns gelungen ist, durch eine attraktive Gehalts-, durch eine attraktive Lohn- und durch eine attraktive Wehrpolitik auch das Bundesheer für die österreichische Bevölkerung dementsprechend attraktiv zu gestalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Weil Sie von Verwaltungsreform sprechen, möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Sie sind ja nicht kleinlich in den sozialpolitischen Anträgen, die Sie im Parlament gestellt haben. Wir haben in der Zwischenzeit auch für den öffentlichen Dienst den Mindesturlaub erhöht, wir haben den Pflegeurlaub eingeführt, und es ist die Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden verkürzt worden.

In der Studie eines Wissenschafters wurde festgestellt, daß sich daraus allein eine Erhöhung im Dienstpostenplan um 20 000 ergeben würde. Sie hat sich nicht ergeben, und das beweist, daß die Verwaltungsreform von der Regierung Kreisky auf Grund der Regierungserklärung im positiven Sinne fortgesetzt worden ist.

Zum Abgeordneten Gassner bezüglich Justiz. Dazu wollte ich auch noch etwas sagen. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug: Wir haben hier im Dienstpostenplan um 143 Stellen mehr vorgesehen als im Jahre 1979. (*Abg. Dr. Wiesinger:* Haben Sie soviel Geld?) Ja freilich haben wir so viel Geld, weil wir einen gescheiten Finanzminister haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Im Gerichtsvollzug, im gerichtlichen Strafvollzug haben wir seit dem Jahre 1970 eine Erhöhung von 9 147 auf 10 214 Bedienstete.

Sie haben ja in Ihrem ÖVP-Konzept gesagt: 1 Prozent Personalsenkung im öffentlichen Dienst. Das ist immer sehr attraktiv, denn der öffentliche Dienst besteht ja nicht nur aus der Hoheitsverwaltung, sondern ist im wesentlichen ein Dienstleistungsbetrieb, der der Öffentlichkeit dient.

Wir haben im Sicherheitswesen ohne Justiz und Zollwache 28 000 Personen beschäftigt. Wenn Sie hier eine Kürzung vornehmen, wären es ungefähr 1 800. In der Gerichtsbarkeit und im Strafvollzug sind 10 000 Leute beschäftigt; also sind es über 1 000. Wenn Sie all das summieren, dann würden wir eine Verminderung bekommen.

Ich hätte mich sehr, sehr gefreut, wenn einer Ihrer Abgeordneten einmal folgende Anfrage gerichtet hätte: Wie hoch sind die

Prechtl

Überstundenleistungen des öffentlichen Dienstes, die erbracht werden, wo es große Probleme gibt? Sie greifen nur aus Effekthascherei und aus Ihren politischen Überlegungen heraus den öffentlichen Dienst an, denn in Wirklichkeit grenzen die Überstundenleistungen bereits an das Maß des Möglichen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger.*) Sie können ja nicht mitreden als Selbständiger, das weiß ich, Herr Abgeordneter Wiesinger. (*Abg. Dr. Wiesinger: Ich kenne mich sehr gut aus, denn schon mein Vater war Beamter!*) Das ist ja das Gute, darum hat er Sie studieren lassen können.

Sie sehen eben in diesem Zusammenhang, wie nützlich der öffentlich Bedienstete ist. Aber wenn er gewußt hätte, was aus seinem Buben wird, bitte schön, das weiß ich nicht, denn wir haben einige profilierte Spitzenpolitiker von Ihnen, deren Väter Sozialisten gewesen sind. Nur die Buben sind ein bisserl abgerutscht. Aber das macht in dem Zusammenhang ja nichts.

Ich möchte daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, folgendes sagen: Wir haben hier ein Budget zu beschließen mit einem Budgetrahmen von 302 Milliarden Schilling und Einnahmen von 253 Milliarden Schilling.

Dieses Budget sichert uns auch für das Jahr 1980 die Vollbeschäftigung. Die Budgets der vergangenen Jahre haben uns ebenfalls die Vollbeschäftigung gesichert. Sie haben aber auch die Existenz der Gewerbetreibenden und der Industrie gesichert durch eine kluge Strukturpolitik. Wir befinden uns derzeit in einer weltwirtschaftlichen Krise, aber es ist uns bisher trotzdem gelungen, die schwierigsten Probleme von Österreich abzuhalten. Das ist, glaube ich, der Regierung Kreisky zu verdanken. (*Beifall bei der SPO.*)

Wenn wir nun am Ende des Jahres beziehungsweise des Jahrzehnts 1970 sind, dann feiern wir auch in wenigen Tagen oder in wenigen Monaten ein historisches Erlebnis: zehn Jahre sozialistische Regierung in Österreich, zehn Jahre einer Regierung, die die Vollbeschäftigung gesichert hat, die eine Investitionspolitik gesichert und letzten Endes unseren Menschen in Österreich auch die soziale Sicherheit gegeben hat. (*Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Wiesinger: Der Wahlkampf ist schon lange vorbei!*) Das haben uns in der Vergangenheit die Wahlergebnisse bewiesen.

Wir gehen nun in die Jahre 1980 und glauben, ab Beginn des Jahres 1980 und über das Jahr 1984 hinaus werden die Sozialisten für Vollbeschäftigung, für Sicherheit, aber auch dafür eintreten, einen gesicherten Lebensabend

in Österreich zu erreichen, weil das die österreichischen Wähler als richtig erkannt haben. Und deshalb geben wir diesem Budget gerne die Zustimmung. *Außerst gerne! (Beifall bei der SPO.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Fachleitner.

Abgeordneter Fachleitner (OVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir bereits fast neun Stunden das Kapitel Handel und Finanzen beraten und die Abgeordneten der Regierungspartei und der Opposition entweder pro oder kontra gesprochen haben und wenn dieses Kapitel sicherlich innerhalb des gesamten Budgets eines der entscheidendsten ist, weil sich daraus ein Spiegelbild für eine moderne Volkswirtschaft, für eine Finanzpolitik ergibt, so müssen wir leider festhalten, daß das nicht der Fall ist.

Deshalb ist das nicht der Fall, weil auch im heurigen Jahr mit einem Budgetabgang von rund 50 Milliarden Schilling zu rechnen ist. Wenn wir die letzten Jahre verfolgt haben, wo es ähnlich gewesen ist, wenn heute bereits die Frage gestellt wurde, wie hoch die Staatsverschuldung ist: sind es 300 Milliarden, sind es 350 Milliarden, sind es 400 Milliarden Schilling?, so kann man das nicht so einfach abtun: Das spielt keine wesentliche Rolle, Hauptsache, die Vollbeschäftigung ist gesichert!

Nun gibt es zur Vollbeschäftigung auch noch eine Vollbeschäftigung, die wir in der Landwirtschaft als Priorität für die Erhaltung unserer Betriebe ansehen. Wenn aber ständig eine Überbelastung des Budgets vorhanden ist, so haben wir den Eindruck, daß berechtigte Wünsche der Landwirtschaft, die notwendig wären, um die Betriebe aufrechtzuerhalten, nicht erfüllt werden.

Ich darf dem Herrn Finanzminister — er ist leider nicht hier — folgendes mitteilen: Ich hatte kürzlich eine Diskussion mit Absolventen einer bäuerlichen Fachschule, und dort wurden mir drei Fragen gestellt:

Erstens: Wieweit kann eine Verschuldung von der Bevölkerung toleriert werden?

Die zweite Frage war: Hat die Regierung Vermarktungsmodelle für die Überproduktion der Landwirtschaft?

Die dritte Frage war: Wie kann die Preispolitik gestaltet werden, um unsere Betriebe zu erhalten?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Jungbauern haben also jene Fragen gestellt, denn es ist sicherlich richtig, daß es

Fachleutner

darauf ankommt, welche Möglichkeiten, welche Perspektiven sich aus einer guten Finanzpolitik, aus einem Budget ergeben, und zwar auch für die Landwirtschaft.

Ich muß leider sagen, daß hier keine geordneten Verhältnisse, weder für die Gegenwart noch für die Zukunft, vorhanden sind. Diese Bundesregierung und vor allem der Finanzminister wären vielleicht zu vergleichen mit Kolumbus, der, als er damals abfuhr, nicht wußte wohin, als er ankam, nicht wußte, wo er sich befand, und als er zurückkam, nicht wußte, wo er war. Und diese Reise ließ er sich von der öffentlichen Hand oder von Unbekannten finanzieren. Ähnlich ist es auch mit der Finanzpolitik des Finanzministers in diesem Lande, die wir deswegen auch ablehnen.

Die Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft erfahren ständig eine Kürzung, wodurch die Landwirtschaft großen Schaden erleidet. Wenn ich an die Exportstützungen denke, Herr Handelsminister: Wenn der Finanzminister in diesem Jahr nur 30 Millionen Schilling gerade bei der Mehranlieferung der Schweine als Exportstützung zur Verfügung gestellt hätte, wäre es nicht zu Preisverlusten für die Landwirtschaft von zirka 1,5 Milliarden Schilling gekommen. Und dann behaupten Sie, Sie hätten die Entwicklung auch in der Exportpolitik im Griff! Ich habe Ihnen allein mit dieser Zahl nachgewiesen, welch gewaltigen Schaden Sie der Landwirtschaft zugefügt haben.

In den letzten Jahren haben sich durch eine unverantwortliche Importpolitik bei Wein beispielsweise für den Finanzminister 1 Milliarde Schilling ergeben, aber allein im letzten Wirtschaftsjahr gab es auf Grund der Importe Preiseinbrüche von 3 S bis 4 S, was für die österreichische Weinbauernschaft einen Ausfall von über 1 Milliarde Schilling bedeutet.

Auch die Aufwertung war nicht gerade ein großer Vorteil für die Landwirtschaft, weil sich gerade bei den Exporten differenzierte, das heißt höhere Exportstützungen ergeben haben, und wir konnten in der Vermarktungspolitik durch diese Währungspolitik leider oft nicht jene Exporte durchführen, die erforderlich wären, um unsere Betriebe kapitalkräftig zu erhalten.

Daher glaube ich, daß aus diesen kleinen Entwicklungsphasen allein schon resultiert, daß die Verschuldung der Landwirtschaft ständig zunimmt. In diesem Zusammenhang soll auch erwähnt werden, daß das Pro-Kopf-Einkommen 1978 in den bäuerlichen Betrieben für eine Arbeitskraft bei 7 300 S lag, für einen Industriearbeiter bei 13 000 S. Die Ar-

beitszeit in der Landwirtschaft beträgt zwischen 50 und 70 Stunden in der Woche; bei den Arbeitnehmern wird sie ständig verkürzt, bei gleichem Lohn oder sogar bei Verbesserungen. Wir gönnen es den Arbeitnehmern, aber wir wollen festhalten, daß, wenn in der Landwirtschaft 50 bis 70 Stunden in der Woche gearbeitet wird und sich ständig die Schere beim Einkommen zuungunsten der Landwirtschaft vergrößert, dies eine falsche Wirtschaftspolitik ist, die nicht im Interesse der Landwirtschaft gelegen sein kann. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt frage ich Sie, Herr Finanzminister: Genügt es denn nicht, wenn in den letzten Jahrzehnten 700 000 Menschen aus dem ländlichen Raum abgewandert sind? Da erhebt sich die Frage: Wer wird unsere Dörfer weiter pflegen, wer wird die Kulturlandschaft weiter pflegen, wenn wir nicht endlich Maßnahmen setzen, und zwar auch im Interesse dieser Betroffenen gerade in den Grenzregionen, etwa Maßnahmen in der Einkommenspolitik, damit sie auf ihren Betrieben bleiben können?

Ich glaube, daß Sie in dieser Politik versagt haben, und jetzt versuchen Sie — und das ist das Interessante —, eine Einkommensumverteilung vorzunehmen. Sie versuchen, jenen Betrieben, die in noch relativ günstigen Lagen liegen, durch neue Belastungen die Existenz zu erschweren, und zwar mit dem Zusatz, den Bergbauern zu helfen. Ich persönlich habe nichts gegen eine Förderung der Bergbauern; die müssen gesondert behandelt werden. Aber eine solche Politik, die Sie betreiben, ist eine Klassenkampfpolitik, die wir ablehnen müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn ich frage Sie, Herr Handelsminister: Könnten Sie einem Arbeiter aus der VOEST, der gut verdient, vom Lohn etwas wegnehmen, um jenen Arbeitnehmern in der Grenzregion, wo der Arbeiter weniger verdient, eine Aufbesserung zu geben? Wenn Sie das machen würden, wenn Sie das durchsetzen würden, da würden sich die Menschen freuen, sie würden Sie aber zum Teufel jagen! Und die Landwirtschaft soll ihrerseits einer solchen Umverteilung von Vermögen Ihnen ihre Zustimmung geben? Ja das müssen wir ablehnen! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn wir die Belastungen weiter nennen: In einer solchen Entwicklungsphase versuchen Sie, uns weitere Belastungen zu übertragen. Ich frage Sie, ob es richtig ist, daß die Einheitswerte im nächsten Jahr angehoben werden. Das wird eine Belastung von 1 Milliarde Schilling ergeben.

Fachleutner

Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß wir in diesem Wirtschaftsjahr einen Verlust bei den Weinpreisen von 1 Milliarde Schilling und bei den Schweinen von 1,5 Milliarden Schilling sowie eine Belastung beim Treibstoff von 700 Millionen Schilling über uns ergehen lassen mußten. Weiters mußten wir einen Getreideausfall, einen Wertschöpfungsausfall von zirka 2,4 Milliarden Schilling erleben. Meine sehr Verehrten, da erhebt sich folgende Frage, wie es die Jungbauern in der Diskussion gesagt haben: Wie lange noch wird sich die Landwirtschaft beziehungsweise die österreichische Bevölkerung diesen Auslaugungsprozeß gefallen lassen? Das ist die Frage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, daß auch die Regierung in der Vermarktungspolitik nicht jene notwendigen Initiativen gesetzt hat. Sie können uns nicht vorwerfen, daß wir diesbezüglich keine Vorstellungen hatten. In der Agrar- und Ernährungsordnung hat diese Vermarktungspolitik Priorität bekommen. Wir versuchten, mit Ihnen Gespräche zu führen, aber Sie waren nicht bereit, mit uns gemeinsam die vorgeschlagene Agrar- und Ernährungsordnung zu beschließen, damit wir bei den Überhängen zu Rande kommen. Wenn wir hier keine Regelung finden können, dann wird das abermals zu gewaltigen Belastungen und zum Zusperrn von Zehntausenden Betrieben führen.

Wir werden wieder bessere Ernten einbringen. Wir rechnen in den nächsten Jahren gerade bei Getreide mit einer Mehrproduktion von 300 000 bis 500 000 Tonnen, die wir im Ausland absetzen müssen. Wir bräuchten ein System in der Vermarktungspolitik, aber wir haben nichts. Wir sehen wohl, daß es in der Wirtschaftsgemeinschaft eine Abschöpfungs- und Erstattungsregelung gibt, die wir auch des öfteren vorgeschlagen haben. Sie waren aber nicht bereit, ein ähnliches System zu schaffen, damit wir jene Mittel bekämen, um unsere Mehrproduktion auf den Weltmärkten abzusetzen.

Wir und auch Sie, Herr Handelsminister, versuchten, in der ersten Phase der Vermarktungspolitik beim Olsaatenkonzept eine gewisse Euphorie auszustreuen. Als es aber zur Beschlußfassung kam, hatten Sie eine Kehrtwendung um 180 Grad gemacht. Es wurde zum Staatsbegräbnis Nummer eins erklärt, dieses Vermarktungssystem durch Umschichtung von Getreideflächen in das Olsaatenkonzept einzubinden, um sich damit unabhängiger vom Ausland zu machen. 95 Prozent der ausländischen pflanzlichen Fette werden importiert. Sie waren nicht bereit, das durchzuführen, um Autarkie zu erreichen.

Ich frage Sie: Warum wurde in diese Richtung nicht auch ein Vorstoß unternommen, wenn wir zur Stunde wissen, daß es möglich ist, mit Rapsöl Dieseltraktoren zu betreiben? Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hätte gerade zur Energiefrage einen entscheidenden Beitrag leisten können, und zwar einerseits in der Marktentlastung und andererseits in der Versorgung mit Treibstoff oder Energie durch die heimische Landwirtschaft.

Ich frage Sie in Anbetracht der Tatsache, daß die Landwirtschaft die Möglichkeit hätte, die Mehrproduktion bei Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais, Weizen oder auch Stroh — es gibt auch noch andere Dinge — der Biospritverwertung zuzuführen: Ja wo sind denn die Verhandlungen? Es wurden bereits Vorverträge abgeschlossen, um eine Entscheidung herbeizuführen. Man versucht diese Maßnahme in der Verwertung, die nicht nur der Landwirtschaft dient, sondern auch volkswirtschaftlich gesehen werden muß, weil wir uns in der Handelsbilanz Hunderte Millionen Schilling ersparen würden. Damit könnte auch ein Vermarktungsmodell geschaffen werden.

Was ist bis zur Stunde geschehen? — Nichts ist geschehen. Ich habe den Eindruck, daß das ein zweites Staatsbegräbnis wird, so wie es bereits beim Olsaatenkonzept eines geworden ist. Oder: Man wird erst dann etwas unternehmen, wenn uns in der Energiefrage das Wasser bis zur Gurgel steht. Es soll angeblich eine österreichische Einstellung sein, daß man erst dann Maßnahmen setzt, wenn man nicht mehr zu Rande kommt.

Wenn man weiß, daß gerade die Energiefrage nicht nur für unser Land ein entscheidender Faktor, sondern auch international ein Weltproblem geworden ist, dann frage ich mich, wenn Möglichkeiten vorhanden sind, die die Landwirtschaft bieten könnte, warum diese nicht durchgeführt werden. Das ist die Frage, die man der Bundesregierung stellen müßte. Man sollte von ihr verlangen, daß sie auch in dieser Richtung mehr als bisher Initiativen entfaltet, um zu Rande zu kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir diese Wirtschaftspolitik in Verbindung mit der Finanzpolitik sehen, dann müssen wir leider feststellen, daß bei den Anforderungen, die die Gegenwart an die Regierung, an das Parlament stellt, leider von der Regierung als Initiator keine entsprechenden Maßnahmen gesetzt werden, die im Interesse dieses Landes und dieser Bevölkerung gelegen sind. Aus diesen Überlegungen sind wir nicht bereit, diesem Kapitel Finanzen die Zustimmung zu geben. Wir sind aber auch nicht

Fachleutner

bereit, dem Budgethaushalt 1980 die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort kommt die Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon des öfteren gehört, wie gut derzeit unsere Wirtschaftslage ist. Der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat uns gesagt, die Auftragsstände wären sehr gut, und das würden wir allein der gezielten Wirtschaftsförderungspolitik dieser Regierung verdanken. Ich möchte dazu sagen, daß wir diese Situation in erster Linie unseren österreichischen Klein- und Mittelbetrieben und unseren österreichischen Unternehmern verdanken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Niemand, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, hat heute von der Ertragslage der Unternehmen gesprochen, die sich verschlechtert hat. Auch der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat es hier nicht getan. Aber in einem Leitartikel in der Zeitschrift der Selbständigen AKTUELL vom Dezember 1979 kann man nach dem üblichen Lob für die Bundesregierung und die Regierungspolitik dennoch lesen: „Kaum ein kleinerer oder mittlerer Betrieb verfügt aber über die notwendigen Reserven, um die Durststrecke bis zum nächsten Konjunkturaufschwung zu überwinden.“ — Hier geben Sie es zu. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei habe ich mir gedacht, vielleicht gelingt es Ihnen, Herr Abgeordneter, bei Ihren Kollegen auf der Regierungsbank mehr Förderungsmittel für die heimische Wirtschaft durchzusetzen. Aus diesem Grund habe ich mir die Budgetansätze zum Kapitel Handel, Gewerbe, Industrie angesehen. Was habe ich da festgestellt? — Die Ausgaben für die Wirtschaftsförderung sind um 10 Prozent gekürzt worden. Die BURGESS-Kreditaktion für Klein- und Mittelbetriebe wurde um 2 Prozent gekürzt. Die gemeinsame Kreditaktion von Bund, Ländern und Kammern wurde um 24 Prozent gekürzt. Wer ist davon betroffen? — Diese gemeinsame Aktion betrifft unsere Klein- und Mittelbetriebe. Es handelt sich dabei um Kredite in der Höhe von 30 000 bis 50 000 S in Wien und bis zu 80 000 S in verschiedenen Bundesländern. Und diese Kürzungen nennen Sie eine erfolgreiche Förderung der Wirtschaft? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Allerdings muß ich ehrlich sagen: Ich habe mich gefreut, als der Bundeskanzler in der Regierungserklärung erklärt hat: „Klein- und Mittelbetriebe haben großen Anteil an Österreichs Wirtschaft; sie waren für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung von besonde-

rer Bedeutung und sie sind es immer noch. Sie haben in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit ihre Flexibilität unter Beweis gestellt. Die gezielte Förderung von Klein- und Mittelbetrieben wird im verstärkten Ausmaß fortgesetzt werden.“ — Ich muß aber sagen, bei diesem Budgetansatz hat mich der Herr Bundeskanzler sehr enttäuscht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel nennen. Der Herr Vizekanzler hat die Kreditsteuer eingeführt. Er hat 500 Millionen Schilling Einnahmen vorgesehen. Und von diesen 500 Millionen Schilling gibt er 400 Millionen Schilling an die Wirtschaft zurück. Meine Damen und Herren! Herr Vizekanzler! Wo sind die verbleibenden 100 Millionen Schilling? Verschlingt das die Bürokratie? *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nennen Sie das eine erfolgreiche Förderung der Wirtschaft? — Ich bezeichne das als eine Aushöhlung der Wirtschaftskraft der Betriebe. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Für Klein- und Mittelbetriebe gibt es nur verbale Streicheleinheiten, und dies auch nur dann, wenn es politisch paßt. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wie sieht es denn im mittelständischen Handel wirklich aus? *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Eine Studie des Instituts für Handelsforschung an der Wirtschaftsuniversität Wien hat über die Kosten- und Ertragslage sowie über die Vermögens- und Kapitalstruktur im österreichischen Einzelhandel im Jahr 1977 festgestellt, daß sich das Verhältnis Fremdkapital zu Eigenkapital fast durchwegs verschlechtert hat. In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß im Zeitraum von 1971 bis 1976 der Eigenkapitalanteil einschließlich Rücklagen an der Bilanzsumme von 45,7 Prozent auf 36,8 Prozent zurückgegangen ist. In fünf Jahren 9 Prozent, und der Rückgang setzt sich fort! Parallel dazu stieg die Verschuldung im genannten Zeitraum von 118,9 Prozent auf 171,7 Prozent. Dieses Ergebnis kann nicht durch Strukturschwäche erklärt werden, vielmehr verdanken wir es der Steuer- und Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Seit Jahren machen wir vom Handel immer wieder auf die Probleme in der Nahversorgung aufmerksam. Wir wissen bereits um unterversorgte Gebiete in Niederösterreich, um Ortschaften, die keinen Kaufmann mehr haben. Es wurde in Wien eine Studie über die Nahversorgung erstellt. Herr Handelsminister, Sie werden es vielleicht nicht wissen, aber Sie kennen sich in Wien ein wenig aus: Zwischen Grinzinger Allee und Heiligenstädter StraÙe gibt es kein einziges Lebensmittelgeschäft

Ingrid Tichy-Schreder

mehr. Wo sollen bitte die älteren Menschen, die auch in dieser Gegend wohnen, einkaufen? Welch lange Strecken haben sie zu Fuß zu gehen! *(Zustimmung bei der ÖVP. — Minister Dr. Staribacher: Dafür gibt es dort den Merkur-Markt!)*

Sie haben ja teilweise schon selbst dieses Problem erkannt, und zwar steht in dem SPÖ-Parteiprogramm unter 2.2.1, daß die Nahversorgung gefährdet ist. Was haben Sie bitte bis jetzt zur Lösung unternommen? Sie sind zehn Jahre lang an der Regierung — ich höre es heute den ganzen Tag: Zehn Jahre Bundesregierung! —, aber Sie haben nichts unternommen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Das Greißlersterben kommt nicht von ungefähr.

Wir kennen die Änderung der Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten, aber man muß sich darauf einstellen, und wir haben die Problematik auch erkannt. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb beziehungsweise eine gleiche Ausgangslage für alle Betriebe am Markt zu schaffen hat. Das haben Sie aber nicht getan. Vor zwei Jahren haben Sie unseren Vorschlag auf Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis — vor zwei Jahren bitte! — abgelehnt. Jetzt scheint es im Rahmen der Sozialpartnerverhandlungen zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Aber in diesen vergangenen zwei Jahren haben auch einige Betriebe zusperrten müssen.

Sie kennen auch das Problem der sozialkalkulierten Artikel: Bei Milch, Zucker, Mehl liegt die Handelsspanne zwischen 5 bis 10 Prozent; die Kosten der Betriebe liegen bei 20 Prozent. Die Wiener Wirtschaft und der österreichische Handel finanzieren also die Konsumenten mit 1,5 Milliarden Schilling.

Herr Bundesminister! Wo haben Sie die mittelständische Wirtschaft unterstützt? Wo sind Sie für uns eingetreten und haben etwas unternommen, damit diese Betriebe weiterleben können? Sie haben leider Gottes nichts getan, Herr Handelsminister! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Wirtschaftskraft der Betriebe wurde ausgehöhlt. Wo sieht man die Auswirkungen leichter als bei einer Studie über die Besitzverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft, die die Arbeiterkammer angestellt hat und die sie im übrigen jedes zehnte Jahr macht. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom Juni war zu lesen, daß eine starke Überfremdung des Handels droht. 50 Prozent des Handels sind in ausländischem Besitz.

Meine Damen und Herren! Das sollte uns zu denken geben. Die ausländischen Unternehmen haben uns Diskontformen gebracht. Sie haben uns eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz gebracht, denn sie bringen verstärkt ausländische Produkte herein. Unsere österreichischen Unternehmungen verlieren hier Absatzmärkte. Aber was haben sie noch gebracht? Sie haben auch für die Arbeitnehmer weniger qualifizierte Arbeitsplätze gebracht, denn ein Regalbetreuer braucht nicht die gleiche Ausbildung wie ein Verkäufer oder ein Drogist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Und Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, haben da zugesehen und nichts unternommen.

Diese Aushöhlung unserer Wirtschaft kommt nicht von ungefähr. Ich möchte jetzt ins Grundsätzliche gehen. Hier geht es um ordnungspolitische Wertvorstellungen. Die Sozialistische Partei lehnt die Soziale Marktwirtschaft ab. Heute habe ich einen neuen Begriff der Marktwirtschaft gehört; der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat von der „sinnvollen Marktwirtschaft“ gesprochen. Ich würde sagen: Eine sinnvolle Marktwirtschaft ist die Soziale Marktwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)* Der Herr Minister Staribacher spricht von der „sozialdemokratischen Marktwirtschaft“ — ein nebulöser Begriff. Und der Herr Finanzminister? — Er spricht von der „interventionistischen Marktwirtschaft.“ Diese Bezeichnung drückt schon sehr deutlich aus, was Ihre Vorstellungen sind. Im Klartext heißt das: Investitionslenkung durch den Staat.

Ich bin der Auffassung, daß sich die Bundesregierung nicht in die Investitionspolitik der Betriebe einmischen soll. Sie soll regieren, das ist ihre Aufgabe. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unsere Unternehmer wissen selbst am besten, wo sie investieren.

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, welche auf den Prinzipien der freien Preisbildung, des Privateigentums auch an Produktionsmitteln und der freien Initiative des einzelnen mit einem durch Leistungswettbewerb gesicherten sozialen Fortschritt beruht.

Der Staat hat in der Sozialen Marktwirtschaft unter anderem jene Aufgabe, die Rahmenbedingungen zur Abwehr von Wettbewerbsbeschränkungen zu schaffen. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, uns immer wieder vorwerfen, daß das System der Sozialen Marktwirtschaft versagt habe, weil es die auftretenden Probleme nicht sofort löse, dann muß ich Ihnen erwidern, daß das System nicht versagen würde, wenn Sie es in Ihrer Politik vertreten hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ingrid Tichy-Schreder

Wenn es um den Wettbewerb geht, dann muß ich schon eine Aussage des Herrn Vizekanzlers im „Extrablatt“ bekanntgeben, wo er in einem Interview gesagt hat: Liberalität ist eine Frage der Gesinnung, und es ist wohl zu unterscheiden zwischen dem, was man so mit konservativen Schlagworten wie „freiheitliche Wirtschaftsordnung“ oder ähnlichem belegt, oder wenn man Marktwirtschaft mit „sozialer“ und dergleichen Etiketten ausstattet und mit allem versehen wissen will, nur nicht notwendigerweise mit Wettbewerb, höchstens, wenn es darum geht, in eitlem Wettbewerb um mehr Subventionen zu treten.

Herr Vizekanzler, wir müssen um Wirtschaftsförderung ansuchen, da Ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik die Ertragslage der Unternehmer so geschwächt hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich behaupte, es ist Ihre Absicht, uns Unternehmern Freiheitsräume einzuschränken und uns zu Bittstellern zu degradieren. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich kann diese Auffassung auch an zwei anderen Beispielen untermauern. Der Herr Bundeskanzler hat an die Adresse der jungen Linken gesagt: Wir haben sogar ausländische Unternehmer hereingeholt, damit ihr wenigstens wißt, wie Kapitalisten aussehen, wenn ihr sie bekämpfen wollt.

Der Herr Zentralsekretär Blecha hat beim Grazer Parteirat am 13. Oktober 1977 gesagt: Heute kommt es in erster Linie auf die Entscheidungsverhältnisse in der Wirtschaft und in einer Gesellschaft und gar nicht so sehr auf die Eigentumsverhältnisse an.

Ihr Instrument heißt: staatlicher Dirigismus. Dies zeigt sich auch im Budgetvoranschlag. Und deshalb lehnen wir den Budgetvoranschlag für Handel, Gewerbe, Industrie ab. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe aber all diese Überlegungen angestellt, um Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, zum Nachdenken anzuregen. Ich möchte nicht schließen, ohne Ihnen zu sagen, daß wir Selbständigen nicht den Mut verlieren und uns verstärkt bemühen werden, unsere Mitarbeiter zu Mitunternehmern heranzubilden. Unsere Aufgabe wird es sein, nicht entfaltete Fähigkeiten der Mitarbeiter zu entdecken, zu wecken und zu fördern. Unsere Mitarbeiter sollen selbst wählen können, ob sie die Stellung eines Arbeitnehmers oder eines Mitunternehmers einnehmen wollen. Wir wollen aber auch unseren Mitarbeitern, die nur in der Sozialen Marktwirtschaft mögliche freie Berufs- und Arbeitswahl erhalten und sichern. Wir werden für unsere Wertvorstellungen zum Wohle der Gesellschaft mit Ihnen, meine Damen und Herren von der Re-

gierungspartei, in einen Wettbewerb eintreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Staudinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Feststellung zuvor: Der Herr Abgeordnete zum Nationalrat Universitätsprofessor Doktor Nowotny hat Anfang Dezember festgestellt, daß mit Steuermindereinnahmen von etwa 5 Milliarden Schilling zu rechnen sei und daß diese Steuermindereinnahmen auf Steuerhinterziehungen der österreichischen Unternehmer zurückzuführen seien.

Ganz abgesehen davon, daß der Herr Finanzminister in einer Anfragebeantwortung am 9. Oktober 1979 festgestellt hat, daß mit Mindereinnahmen in der Höhe von etwa 3 Milliarden Schilling zu rechnen sei, ist an der Feststellung des Herrn Nationalratsabgeordneten Professor Dr. Nowotny bemerkenswert, daß sie unkorrigiert im Raum hängen blieb und sich kein einziger berufener roter Mund geöffnet hatte, um diese Feststellung zu korrigieren. Sie ist nämlich zu korrigieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Mindereinnahmen lassen sich ganz einfach erklären. Die vom Herrn Finanzminister vorzeitig vorgenommene Streichung der Investitionssteuer beträgt 1,5 Milliarden Schilling. Die Zuordnung der Kinderbeihilfe zur Lohn- und Einkommensteuer unterlag einer falschen Schätzung. Bei der Einnahmensteigerung auf Grund des 2. Abgabenänderungsgesetzes ist ein Verzögerungseffekt eingetreten. Der Finanzminister hat die Einnahmen aus der Einkommensteuer für 1979 mit plus 24 Prozent bewußt überschätzt und damit Budgetkosmetik im Hinblick auf das Wahljahr betrieben.

Zum letzten Punkt ist folgendes festzustellen: Das relativ günstige Wirtschaftswachstum des Jahres 1979 ist hauptsächlich auf Zuwächse im Export zurückzuführen. Die Exportwirtschaft erzielte diese Zuwächse auf Grund des scharfen internationalen Wettbewerbs nur mit äußerst knappen Erträgen, was die geringen Einnahmen aus der Einkommen- und Gewerbesteuer zur Folge hat und die Überschätzung des Finanzministers ad absurdum führt.

Ich habe diese Information vom Wirtschaftsforschungsinstitut. Ich könnte mir vorstellen, wenn diese Information ein einfacher Abgeordneter bekommt, daß sie auch der Herr Professor Dr. Nowotny bekommen hätte können, wenn er gewollt hätte (*Beifall bei der ÖVP*) und wenn es ihm nicht darum gegangen wäre, einfach nur im Anhang an die

Staudinger

unternehmerfeindlichen Parolen beim SPÖ-Parteitag die Diffamierung der Unternehmer fortzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich steige im weiteren Verlauf meiner Rede absichtlich in jene Thematik ein, mit der sich schon die Frau Abgeordnete Tichy-Schreder befaßt hat, weil ich glaube, daß das Beispiel des Handels, konkret nun das des Lebensmittel-einzelhandels, besonders signifikant dafür ist, was diese Regierung, die die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe in der Regierungserklärung herausgestellt hat, darunter versteht.

Die Zahl der Lebensmitteleinzelhandelsläden betrug 1966 noch 27 862 und nach dem Nilson-Report Ende 1978 13 975. Das heißt also: 13 887 Einzelhandelskaufleute aus der Lebensmittelbranche — das sind 50 Prozent der Einzelhandelskaufleute aus der Lebensmittelbranche — haben ihre Rolläden für immer geschlossen. Der weitaus überwiegende Teil hat die Selbständigkeit nicht preisgegeben oder keinen Nachfolger gefunden, weil sie keine Funktion mehr gehabt hätten, weil die Kundennachfrage ausgeblieben wäre, weil sie Gewinne in einem Umfang hätten ansammeln können, der es ihnen erlaubt hätte, sich auf den Ruheteil zurückzuziehen, oder weil sie Opfer einer notwendigen Strukturbereinigung im Handel geworden wären, sondern diese Einzelhandelskaufleute haben ihre Selbständigkeit aufgegeben, weil die Wirtschaftspolitik ihre Funktion, ihre soziale Funktion der Nahversorgung nicht honoriert hat, weil sie untätig ihrer sich immer schwieriger gestaltenden Situation zugeschaut hat und weil diese Leute gleichzeitig als Prestreiber diffamiert wurden, unwidersprochen diffamiert wurden, weil ihnen eine Fülle bürokratischer Arbeit aufgebürdet wurde und ihnen trotz einer 80-Stunden-Woche und trotz des Kapitalrisikos vielfach nicht einmal ein Hilfsarbeiterlohn verblieb. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das Ergebnis ist die Krise in der Nahversorgung — Tichy-Schreder hat sie bereits erwähnt —; eine Krise, die von niemandem mehr geleugnet wird. Diese Krise ist ein gesellschaftspolitisches und ein soziales Problem für alle sozialen Randständler: für die Alten, für die Behinderten, für die Kinder. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Regierung kann nicht freigesprochen werden von der Schuld daran. Als Beweis hat die Frau Abgeordnete Tichy-Schreder bereits den Bereich der sozial kalkulierten Artikel angeführt, die keine kostendeckende Spanne gewähren, weil die amtliche Preisregelung ihnen eine kostendeckende Spanne vorenthält.

Vor ein oder zwei Jahrzehnten war eine solche Preispolitik vielleicht noch dadurch gerechtfertigt, daß die mittelständischen Einzelhandelsbetriebe ihren Spannausgleich beim übrigen Sortiment finden konnten. Nun ist eine ganz neue Situation entstanden. Nach dem Nilson-Report gab es Ende 1978 435 Supermärkte, das heißt also, Einzelhandelsbetriebe in einer Größenordnung von 500 bis 1 000 m², und 157 Verbrauchermärkte, die einander einen gnadenlosen Wettbewerb liefern, wie das Beispiel Carrefour auch hier in Wien zeigt.

Es gibt heute kein einziges Einzelhandelsgeschäft mehr, das nicht im Schlagschatten eines Verbrauchermarktes steht, und diese Revolution im Handel hat eine ungeheure Veränderung hervorgebracht.

Unverändert sind aber die sozialistische Wirtschaftspolitik und die sozialistische Preispolitik geblieben. Der Spannausgleich ist längst unmöglich geworden, die Nahversorgungsläden werden mehr und mehr nur zu Funktionserfüllern im Bereich der sozial kalkulierten Artikel, und ihre Erträge sinken natürlich dementsprechend.

Staribachers amtliche Preisregelung schreibt bei einer Kostenbelastung von rund 20 Prozent — ich zitiere wieder Tichy-Schreder — Spannen von 4,3 Prozent bei Zucker, von 9,5 Prozent bei Mehl und von 10 Prozent bei Milch vor.

Der Herr Finanzminister hebt die Milchpreisstützung in der Größenordnung von rund 500 Millionen Schilling auf, weil sie ihm unerträglich geworden ist und weil er sagt, sie sei nicht mehr zeitgemäß. Aber der österreichische Lebensmitteleinzelhandel muß weiterhin mit 1 500 Millionen Schilling die sozialistische Wirtschafts- und Preispolitik subventionieren. Allein 363 Millionen Schilling beträgt diese Subvention bei der Volltrinkmilch. Wenn man diese 1 500 Millionen Schilling auf die 14 000 Lebensmitteleinzelhandelsläden aufteilt, dann ergibt sich daraus, daß für jeden Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb im Durchschnitt ein Betrag von 100 000 S zusätzlichen Ertrags zu erwarten wäre, ein Ertrag, der diesen Betrieben vorenthalten wurde.

Verstehen Sie bitte, Herr Handelsminister, die Bitterkeit dieser Leute, wenn Sie mit der Höhe der Subventionen für die geförderten Kredite prunken, aber über die Preispolitik den gerechten Arbeitslohn vorenthalten.

Verstehen Sie, Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, die Bitterkeit dieser Leute, wenn wir 1975 bereits allen Ernstes über das Gesetz des Verbotes des

Staudinger

Verkaufs unter dem Einstandspreis verhandelt haben und nun frühestens 1980 mit einem solchen Gesetz zu rechnen ist.

Verstehen Sie, Herr Handelsminister, die Bitterkeit dieser Leute, wenn das Ausmaß der Kreditförderung gegenübergestellt wird den Belastungen aus der Kreditsteuer, aus dem 2. Abgabenänderungsgesetz, aus den zusätzlichen Stempelgebühren, aus den erhöhten Posttarifen und aus den erhöhten Bahntarifen, und sie dann feststellen, daß mehr genommen als gegeben wird, daß sie immer weniger auf eigenen Füßen stehen, sondern immer mehr auf fremde Füße gestellt werden. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Soziale Marktwirtschaft. Sie setzen dem den Grundsatz der sozialdemokratischen Marktwirtschaft entgegen. Das ist etwas, was wir nicht gutheißen können, nämlich das zunehmende Maß an Abhängigkeit.

Das Institut für Handelsforschung stellt fest, daß sich bei einer Handelsspanne für den gesamten österreichischen Handel, für die Branchen, die untersucht wurden und 70 Prozent des Umsatzes repräsentieren, von 18,1 Prozent und Gesamtkosten von 19,6 Prozent ein betriebswirtschaftliches Ergebnis von minus 1,6 Prozent errechnet.

Wenn man davon den Unternehmerlohn, der hier mit 4,5 Prozent kalkuliert ist, abzieht, so bleibt ein steuerliches Ergebnis vor Steuerabzug von 3 Prozent vom Umsatz. Zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel, für viele Einzelhandelsbetriebe. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Das Ergebnis ist eine zunehmende Abhängigkeit von staatlichen Subsidien.

Herr Abgeordneter Mühlbacher! Nichts gegen die BÜRGES, nichts gegen das Gewerbestruktureverbesserungsgesetz, denn schließlich und endlich sind das Institutionen, die nicht auf Sie zurückzuführen sind, sondern in der ÖVP-Alleinregierungszeit erfunden wurden *(Beifall bei der ÖVP)*, aber schärfsten Widerstand gegen Almosen anstelle von Gerechtigkeit und Eigenkapital. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Noch einmal zur Regierungserklärung: Förderung der Klein- und Mittelbetriebe. Dem Mittelstand helfen heißt, um die Stabilität unserer gesamten Gesellschaft besorgt zu sein. Dem Prozeß zunehmender Abhängigkeit, der in einer Großgesellschaft nun einmal zwangsläufig drinnensteckt, muß entgegengewirkt werden. Dazu bedarf es aber einer grundlegend anderen gesamtgesellschaftlichen Strukturpolitik. Mit Vereinbarungen von „happy pills“ in Form von geförderten Kreditkosten ist da nicht gedient.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Nahversorgungskonzept des österreichischen Wirtschaftsbundes, ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Mittelstandsgesetz, das vor der neuerlichen Einreichung steht; eine nähere Darlegung wird später einmal möglich sein.

Von dieser gesamtgesellschaftlichen Strukturpolitik ist trotz aller Förderung nichts zu merken. Der sozialistische Trumpf der sozialdemokratischen Marktwirtschaft ist eben Förderung anstelle von Selbständigkeit. Und wie man sozialistische Marktwirtschaft eigentlich definieren kann, hat niemand treffender formuliert als Günther Nennung im „Forum“ von Mai/Juni 1976 in seinem berühmt-berühmten Brief an junge Unternehmer, in dem er schreibt:

„Wir halten euch am Leben. Aber natürlich zahlt ihr einen Preis dafür. Der Preis ist euer allmählicher sanfter Tod, die schleichende Sozialisierung. Selber nicht mehr lebensfähig, angewiesen auf uns als Ordnungs- und Planungsfaktor, aber nützlich und nötig noch eine ganze Zeit. Zwecks friedlichen, menschlichen, rationellen Übergangs dürft ihr nur Stück für Stück krepieren. Indem wir für euer Gedeihen sorgen, sorgen wir für euren Untergang.“ — Förderungen! — „Wir Sozialisten werden leben, und ihr Kapitalisten werdet untergehen. Und bis dahin werden wir zusammen leben und bitten um eure intensive Mitarbeit.“ Ein Stück Weges, hat der Herr Bundeskanzler dazu gesagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gibt viele Beispiele für eine solche Politik. Das Beispiel des Lebensmitteleinzelhandels schien mir besonders signifikant zu sein. Das ist eine Realität, die auch mit doppelt so hohen Förderungsbeträgen nicht kaschiert werden kann. Das ist eine Realität, zu der wir nicht ja sagen können. Und deswegen lehnen wir auch dieses Budget ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny zu Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Beschränkung aufmerksam und erteile ihm das Wort. *(Abg. Dr. Schwimmer: Berichtigen Sie jetzt den falschen Vorwurf der Steuerhinterziehung?)*

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Staudinger hat mir vorgeworfen, ich hätte undifferenziert von Steuerhinterziehung gesprochen. Nun, glaube ich, wäre es doch eigentlich die mindeste Fairneß gewesen, sich die Aussendung selber anzuschauen, auf die er sich bezogen hat. *(Abg. Staudinger: „Kro-*

Dr. Nowotny

nen Zeitung“!) Vielleicht ist es doch besser, manchmal an die Quellen zu gehen.

Diese Quelle ist die „Sozialistische Korrespondenz“, und ich möchte daher genau das vortragen (*Abg. Bergmann: Er berichtet ja nicht!*), was in dieser Aussendung der „Sozialistischen Korrespondenz“ gestanden ist (*Abg. Bergmann: Das ist doch keine Berichtigung!*), um den falschen Eindruck, den der Herr Kollege Staudinger erweckt hat, zu berichtigen. (*Ruf bei der SPÖ: Blödsinn! — Abg. Dr. Schwiemer: Ordnungsruf für Mondl, bitte! Mondl hat „Blödsinn“ gesagt!*)

Und zwar ist hier gestanden, wo ich von den Einnahmenschätzungen spreche, daß neben den Wirkungen der Investitionssteuer diese Entwicklung insbesondere auf Mindereinnahmen bei der Mehrwert- und Gewerbesteuer, vor allem aber bei der veranlagten Einkommensteuer zurückzuführen ist. Das heißt, ich habe genau die Punkte, die Sie angeführt haben, ebenfalls erwähnt. Also ist es völlig falsch zu sagen, ich wäre auf diese Punkte nicht eingegangen.

Das ist der erste Punkt, den ich berichtigen möchte.

Zweitens bin ich dann darauf eingegangen, daß die Gründe für diese Entwicklung einerseits technischer Natur, wie geringere Steuerwirkung des Exportbooms und Umstellung der Finanzverwaltung, sein dürften. Und dann kommt erst als ein Punkt unter anderen: Daneben dürfte sich in dieser Entwicklung auch die massive Zunahme der Steuervermeidung — bekanntlich ist Steuervermeidung etwas anderes als Steuerhinterziehung: die nicht kriminelle Umgehung der Steuerpflicht — und Steuerhinterziehung im Bereich der Umsatz- und Gewinnbesteuerung ausdrücken. (*Abg. Graf: Das ist eine tatsächliche Berichtigung?*)

Worauf ich hinweisen wollte, ist, daß hier wesentlich differenzierter argumentiert worden ist, als von Herrn Kollege Staudinger der Anschein erweckt wurde. (*Abg. Dr. Schwiemer: Herr Professor, lernen Sie die Geschäftsordnung, was eine tatsächliche Berichtigung ist!*)

Meine Damen und Herren! Ich muß es schon sehr eigenartig finden, daß Sie sich hier offensichtlich als Schutzherr für Steuerhinterziehung profilieren wollen. (*Abg. Dr. Schwiemer: Das ist Polemik und keine Berichtigung mehr!*) Ich möchte hier nur den Eindruck berichtigen, den der Herr Kollege Staudinger von meiner Äußerung wiedergegeben hat. Und ich glaube, diese Berichtigung steht mir zu (*Abg. Dr. Schwiemer: Keine Pole-*

mik!), weil dieser Eindruck nicht unwidersprochen im Raume stehenbleiben sollte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dr. Staribacher.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde mich natürlich nur mit dem Kapitel Handel beschäftigen und möchte mich bedanken, daß verhältnismäßig wenig daran kritisiert wurde. Es wäre auch schwer möglich gewesen, denn immerhin ist die Förderung von 1,1 Milliarden Schilling auf 1,4 Milliarden Schilling gestiegen.

Frau Abgeordnete Tichy-Schreder! Sie haben in der Frage der Kleinsthandelskredite völlig recht, daß wir nämlich hier entsprechende Änderungen machen sollen. Wir werden jene Mittel zur Verfügung stellen, die bis jetzt auch zur Verfügung gestanden sind. Ich habe das dem Herrn Abgeordneten Dittrich bereits im Ausschuß gesagt. Soweit Anregungen kommen, werde ich sie natürlich berücksichtigen.

Herr Abgeordneter Sallinger hat den Verkauf unter dem Einstandspreis kritisiert. Ich kann nur sagen, es sind jetzt hoffnungsvolle Verhandlungen im Gange. Ich selbst habe mit den Sozialpartnern entsprechende Lösungen vorbereitet und hoffe, daß sie uns sehr bald gelingen wird.

Ähnlich wie beim Nahversorgungssicherungsgesetz werden wir imstande sein, die notwendigen Gesetzentwürfe, entweder Initiativantrag oder Regierungsvorlage, hier im Hause einzubringen, und werden dadurch diese Politik fortsetzen.

Herr Abgeordneter Stix und Herr Abgeordneter Josseck haben gemeint, der Ladenschluß sei aus Sturheit von mir nicht mehr weiter behandelt worden, es gäbe keine Diskussion. Das stimmt nicht, wir diskutieren die ganze Zeit diese Frage. Ein eigener Ausschuß des Konsumentenbeirates, in dem alle Interessenvertretungen drinnen sind, behandelt dieses Problem.

Herr Abgeordneter Staudinger! Sie meinen, die sozial kalkulierten Preise seien nicht entsprechend berücksichtigt worden. Haben Sie nicht die Zwischenrufe von Herrn Abgeordneten Zittmayr gehört, wie er den Herrn Abgeordneten Stix hier angegriffen und gesagt hat ... (*Abg. Staudinger: Beim Käse!*) Käse hat ja auch einen geregelten Preis. Bitte, sich also innerhalb der ÖVP zu einigen. Wir vom Handelsministerium machen auf alle Fälle das Möglichste, aller-

Bundesminister Dr. Staribacher

dings nur dann, wenn ich eine entsprechende Übereinstimmung erzielen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was die Förderung bezüglich der von Herrn Abgeordneten Westreicher erwähnten zielbewußten Einsätze betrifft, kann ich nur sagen: Sie geschahen im Einvernehmen in der Vergangenheit, und wir werden im Einvernehmen in Zukunft vorgehen. Daher kann ich mir keinen besseren Einsatz vorstellen, denn wenn Sie zugestimmt haben, wird er sicherlich gut sein.

Was die Frage Ungarn und Jugoslawien bezüglich der Exportförderung anlangt: Es geschieht dort nichts anderes, als daß die Exportförderungskredite, die für Maschinen und so weiter und so weiter gegeben werden, auch der Bauindustrie zur Verfügung gestellt werden. Und ich glaube, dagegen können Sie kaum etwas einwenden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Schauer! Sie meinen, daß die Betriebsneugründung nicht gefördert wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir im vergangenen Jahr mit 120 Millionen Schilling gefördert haben; heuer werden es 450 Millionen Schilling sein. Ich habe in allen Bundesländern die Landeshauptleute eingeladen, sie sollen sich daran beteiligen, dann können wir sofort verdoppeln. Ich stelle fest, daß Wien, Kärnten und Burgenland das gemacht haben.

Was die Energie betrifft, kann ich nur sagen: Es muß meine Absicht sein und ist meine Absicht, die Energieversorgung zu sichern. Dabei werde ich nicht auf einem Bein stehen. Ich habe immer gesagt, ich möchte ein Tausendfüßler sein. Das geht natürlich nur dann, wenn wir alle Möglichkeiten in Ost und West ausnützen.

Es stimmt daher nicht, Herr Abgeordneter Stix: Wir waren die erste Regierung, die eine entsprechende Garantie gegeben hat, um den Gasvertrag mit Algerien zu ermöglichen. Leider ist das nicht durchgegangen. Wir haben in Kosovo nicht vergessen, daß hier die Schweizer daran sind, wir machen das Projekt mit den Schweizern gemeinsam, die Schweizer haben hier keine Vorhand.

Was nun die Biospritfrage betrifft und auch die von Herrn Abgeordneten Fachleitner verlangte Änderung der Politik, weil wir zum Beispiel Raps nicht für Dieseltreibstoff verwenden: Ohne weiteres! Die einzige Frage ist nur: Wer soll es bezahlen? Die Vorschläge, die wir bis jetzt bekommen haben, waren dahin gehend gerichtet, daß der Staat es bezahlen soll. Das geht nicht, meine Damen und Herren. Sie selbst sind gegen das höhere

Budgetdefizit, wir können mit diesen Ausgaben nicht noch weitere Defizite schaffen. Das einzige, was wir machen werden: Wir werden weiter verhandeln. Ich bin überzeugt davon, wir werden hier eine entsprechende gemeinsame Lösung finden, wenn die Preisfrage dementsprechend überdacht wird.

Ich danke Ihnen daher vielmals, daß Sie für dieses Kapitel Verständnis gehabt haben, und kann nur sagen, wir werden in den nächsten zehn Jahren genau dieselbe Politik wie in den vergangenen Jahren fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Dem voraussichtlich letzten Redner vor den Schlußabstimmungen wird eine Art interfraktionelle einheitliche Meinung zuteil. Sie alle fragen sich, warum redet er überhaupt und wie lange redet er. Ich leide unter dieser Auflage. Allerdings werde ich mich bemühen, nicht zu lange darunter leiden zu müssen.

Aber bevor ich zu dem komme, was ich sagen möchte: Herr Bundesminister Dr. Staribacher! Ein Römer würde umkehren, wenn ihm das passierte. Ihre Bemerkungen zur Energiepolitik veranlaßten die Technik im Haus, das Licht ausgehen zu lassen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich hoffe, es ist kein böses Omen. Ich hoffe es!

Nur der Ordnung halber möchte ich erwähnen: Ich bin seit einigen Jahren im Parlament und habe viele tatsächliche Berichtigungen erleben dürfen. Ich habe heute die erste tatsächliche Berichtigung erlebt, die Herr Professor Nowotny vorgenommen hat. Er hat nicht ein Faktum berichtet, vielmehr hat er sich selbst berichtet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, einige Sätze nur zum Budget, das der Herr Finanzminister dem Hohen Haus vorgelegt hat. Ich werde sicher mit meiner Partei die Gelegenheit wahrnehmen, im Jänner in einer Pressekonferenz eine größere und länger währende Aussage zu treffen, aber es sei mir jetzt gestattet, einige grundsätzliche Bemerkungen an Sie, Herr Minister, zu richten.

Die Budgetrede, mit der Sie Ihr Budget hier eingeleitet haben, war eigentlich überwiegend vergangenheitsorientiert. Sie war eine Laudatio in eigener Sache unter Bezugnahme auf den Aufholprozeß in den siebziger Jahren, wobei Sie, Herr Minister, einen monokausalen Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik, Budgetpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung

Graf

gesehen haben. In allen Ihren Erklärungen ließen Sie aber ein substantielles Moment aus: Die Höhe der Belastungsgrenze haben Sie uns nicht verkündet. Diese Aussage muß ich urgieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die von Ihnen, Herr Finanzminister, rückblickend behauptete Rationalität der Budgetpolitik durch deren Gliederung in drei Phasen war de facto nicht gegeben.

Ich möchte dazu noch einmal etwas erwähnen. 1969, Hohes Haus, wurde unter Minister Koren der exportinduzierte Aufschwung in einen sich selbst tragenden übergeführt, und durch die Verabschiedung eines Maßnahmenpaketes wurde Ihnen ein geordnetes Budget übergeben. Das möchte ich zuerst feststellen! *(Beifall bei der ÖVP. — Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ihren drei Phasen der Budgetpolitik möchte ich unsere drei entgegenhalten.

Sie sagten, Herr Minister: Phase 1, 1970 bis 1974: vorzeitige Tilgung von Finanzschulden, Stilllegung von Mehreinnahmen und Bildung von Rücklagen.

Ich möchte zu Ihrer Phase 1 sagen: Die erste Phase der Hochkonjunktur hat dazu geführt, daß die zur Sanierung getroffenen Einnahmenerhöhungen im Zeitraum von 1970 bis 1974 voll wirksam geworden sind, aber die reichlich fließenden Einnahmen erwiesen sich lediglich als Triebfeder für die Beschlußfassung zahlreicher neuer gesetzlich fixierter Ausgaben.

Zur Phase 2, 1974 bis 1979: Einsetzung des Budgethaushaltes zur Konjunkturunterstützung.

Darf ich dazu bemerken: Der Konjunkturerinbruch, verbunden mit grundlegender Wachstumsverlangsamung, das war die zweite Phase. Das Ende der Hochkonjunktur führte zu unerwartet hohen Defiziten auf Grund der gesetzlich fixierten Ausgaben. Zum Großteil erfolgte die Defizitbewertung automatisch; die bewußte Ausweitung der Aufträge war vergleichsweise gering; der Konnex, Herr Minister, zwischen Vollbeschäftigung und Brutto-defizit war bereits zu diesem Zeitpunkt nicht so stark wie verschiedentlich behauptet. Sie beschränkte sich im wesentlichen darauf, gegenläufige Entwicklungen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite nicht zu korrigieren. Ich gestehe Ihnen zu, Ausfällen auf der Einnahmenseite wurden richtigerweise nicht mit Ausgabenkürzungen begegnet.

Zur Phase 3: Rückführung der Staatsverschuldung.

Hiezu darf ich sagen: Ihre Phase 3 ... *(Die Beleuchtung im Plenarsaal fällt aus. — Un-*

ruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Auch ich bin vor technischen Schwierigkeiten nicht gefeit, aber ich trage nicht die Verantwortung für das Budget, meine Damen und Herren. Ich gestehe gerne zu, auch ich bin vor technischen Pannen nicht gefeit, aber ich trage nicht die Verantwortung für die Energie, das unterscheidet mich vom Herrn Staribacher! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zu Ihrer dritten Phase, Herr Bundesminister für Finanzen: Für uns ist die dritte Phase Ihrer Budgetpolitik die Phase der Belastungswelle. Ab 1977 griffen ständige Sanierungsbemühungen des Bundeshaushaltes auf der Einnahmenseite Platz, die der Wirtschaft und auch den Lohnsteuerpflichtigen erhebliche Belastungen aufbürdeten. Insbesondere Alleinverdiener beziehungsweise kinderreiche Familien waren davon betroffen. Die Wettbewerbsfähigkeit, meine Damen und Herren, wurde durch diese Vorgangsweise beeinträchtigt, der Strukturwandel wurde verlangsamt. Beispiele hierfür sind die Vermögensteuererhöhung, die Einführung einer Kreditsteuer, das 2. Abgabenänderungsgesetz, keine Anpassung bei der Lohn- und Einkommensteuer bis 1979 und letztlich die Lkw-Sondersteuer.

Das Ergebnis dieser Budgetpolitik, Hohes Haus: Wirtschaft und Bevölkerung zahlen mit einer ständig wachsenden Steuerbelastung für budgetpolitische Fehler der Vergangenheit. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Zu einem Zeitpunkt, Hohes Haus, zu dem seitens der Finanzpolitik durch Beseitigung wettbewerbsverzerrender Steuerelemente und eine generelle Senkung der Lohn- und Einkommensteuer die entscheidenden Weichenstellungen für die Zukunft erfolgen müßten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Die globalen Zahlen in Ihrem Budget, die Steigerung der Budgetausgaben um 3,5 Prozent und die Einnahmesteigerung um 7 Prozent, deuten zwar auf ein Umdenken in der Budgetpolitik hin, aber die nähere Analyse zeigt, daß die niedrige Ausgabensteigerungsrate im wesentlichen von drei Komponenten beherrscht wird:

Eine günstige Situation im Rahmen der Staatsschuldentilgung, die Fälligkeitsstruktur ermöglicht ein Konstanthalten der Tilgungen auf dem Niveau von 1979. Bereits im nächsten Jahr ist eine Steigerungsrate von über 30 Prozent laut Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen zu erwarten.

Herr Minister! Es kommt zu einer zunehmenden Intransparenz der Budgetpolitik durch Umschichtungen zum Beispiel im Sozialversicherungsbereich und Änderungen im Fernmeldeinvestitionsgesetz.

Graf

Die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge mit einem Mehraufkommen von 3,5 Milliarden, wodurch sich die Zuschüsse des Bundes verringern, mit der Wirkung einer Belastungserhöhung für Lohnempfänger und einer Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensteigerungen im Unternehmensbereich.

Es zeigt sich, daß die Struktur des Budgets für 1980 dadurch charakterisiert ist, daß Sie von je 1 000 S 865 S zwingend ausgeben müssen, davon 124 S für Tilgung und nur 80 S für Investitionen. Diese Verschlechterung, Hohes Haus, ist nicht allein eine Folge des Erdölshocks und der Rezession, sondern die Folge eines Jahrzehntes sozialistischer Finanzpolitik (*Zustimmung bei der ÖVP.*), die beim Ausgeben zu großzügig und bei der Verwendung von Steuergeldern zu wenig sparsam war.

Meine Damen und Herren! Eines sollte gesagt werden, auch in gebotener Eile: Die Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre ist mit drei Problemen, die nicht gelöst sind, konfrontiert:

mit einem anhaltend hohen Budgetdefizit und hohen Finanzierungsaufwendungen,

mit einem anhaltend hohen Leistungsbilanzdefizit und hohen Finanzierungsaufwendungen sowie

mit einem Stagnieren am produzierenden Sektor.

Hohes Haus! Abschließend darf ich folgendes sagen: Dieses Budget hat in sich, daß es die Entwicklung der heute oft strapazierten Sozialen Marktwirtschaft nicht nur nicht fördert, sondern daß es die Soziale Marktwirtschaft in diesem Lande gefährdet.

Und wenn, Hohes Haus, der Herr Bundeskanzler gestern abermals erklärte, daß die Marktwirtschaft nicht sozial sei, so lassen Sie mich schließen mit einem Zitat aus einem Buch von Dr. Karl Renner, das im Jahre 1924 erschienen ist. Er schrieb in dem Buch „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung“ — wenn man die damals gängigen Vokabeln der zwanziger Jahre tauscht, hat das, was Renner damals sagte, noch immer Gültigkeit, und es sollte auch für Sie Richtmaß sein (*Beifall bei der ÖVP*) —, Renner schrieb also in diesem Buch, und ich darf es wörtlich sagen:

„Jeder Eingriff in den ökonomischen Gesamtprozeß, der diesen Prozeß stört oder gar zerstört, trifft zuerst die Arbeiterklasse selbst, stürzt sie in das Elend der Arbeitslosigkeit und kann die Wirtschaft um Jahre, selbst um Jahrzehnte zurückwerfen. Denn ein solcher Eingriff trifft zweitens ein so fein gegliedertes Uhrwerk, trifft ein Zirkulationssystem, das ja zu den wundervollsten Gebilden des Men-

schengeistes gehört. Die kapitalistische Wirtschaft zerstören ist leicht, sie ersetzen schwer.“ — So Karl Renner.

Meine Damen und Herren! Sie sollten, adaptiert mit modernen Vokabeln, die Äußerungen dieses großen Demokraten zu Ihrer Richtschnur für die kommende Budgetpolitik nehmen. Dann werden wir vielleicht gemeinsam ein Budget machen können. So nicht, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Generalberichterstatter hat ein Schlußwort gewünscht. Bitte sehr.

Generalberichterstatter **Maderthaler** (*Schlußwort*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich als Generalberichterstatter von dem Recht, ein Schlußwort zu halten, Gebrauch mache — ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen —, nicht nur, weil es der Tradition des Hohen Hauses entspricht, nach der Beendigung der Beratungen über das Budget ein Schlußwort zu halten, sondern weil ich über die zeitliche Abfolge eine Information geben möchte.

Die Budgetberatungen im Plenum haben eine Gesamtzeit von rund 69 Stunden beansprucht. Davon entfallen 59 Stunden und 5 Minuten auf 150 Abgeordnete, die das Wort ergriffen haben. In 21 Beantwortungen von den Herren Bundesministern und Regierungsvertretern wurde eine Zeit von 7 Stunden und 34 Minuten beansprucht. 17 Berichterstatter, davon 15 Spezialberichterstatter und zweimal der Generalberichterstatter, beanspruchten eine Gesamtzeit von 1 Stunde und 49 Minuten. Es erfolgten 17 Berichtigungen mit einer Zeit von 32 Minuten.

In der Debatte haben sich 52 sozialistische Abgeordnete gemeldet, die insgesamt 19 Stunden und 23 Minuten gesprochen haben; 1978 waren es 58 Redner.

Seitens der Österreichischen Volkspartei haben 68 Abgeordnete das Wort ergriffen und insgesamt 26 Stunden und 14 Minuten gesprochen; 1978 waren es 70 Redner.

Die Freiheitliche Partei hat 30 Beiträge mit einer Zeit von 13 Stunden und 16 Minuten geleistet. 1978 waren es 28.

Das war der zeitliche Ablauf der Budgetberatungen.

Gestatten Sie mir noch die Bitte, diese Aufstellung zur Kenntnis zu nehmen. Zur Berechnung von Durchschnittswerten habe ich erstens nicht die Zeit gehabt, zweitens ist es mir nicht möglich, nachdem ich kein Computer bin. Ich bitte Sie also, das zur Kenntnis zu nehmen.

Maderthaner

Gestatten Sie mir aber auch, Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 1980 zu wünschen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur **A b s t i m m u n g**.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe IX des Bundesvoranschlags 1980 abstimmen. Diese umfaßt das Kapitel 63 in 80 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI des Bundesvoranschlags 1980 in der Fassung des Ausschlußberichtes 170 der Beilagen. Diese Beratungsgruppe umfaßt die Kapitel 50 bis einschließlich 57 samt dem zu Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags wie auch die Kapitel 59 und 74 bis einschließlich 76 in 80 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang in 80 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 170 der Beilagen und die dazugehörenden Anlagen — ausgenommen die Anlagen I und II, über die bereits abgestimmt wurde.

Die restlichen Anlagen sind:

die Anlagen Ia bis Ic — Gesamtübersichten, unter Berücksichtigung der Abänderungen zu den Beratungsgruppen II, XI und XIV,

Anlage IIa — Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlags,

Anlage III — Stellenplan und der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes, die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen, in 80 und Zu 80 der Beilagen.

Zu Anlage III — Stellenplan liegt bezüglich der Planstellen im Bereich des Bundesministeriums für Justiz ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Hauser und Genossen vor. Ich lasse zunächst über diesen Teil des Stellenplans in der Fassung dieses Abänderungsantrages abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die **Minderheit**. Abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Bundesfinanzgesetz und die genannten Anlagen samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit **Mehrheit** angenommen.

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1980 samt Anlagen beendet.

Wir kommen gleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit **Mehrheit** angenommen.

Damit ist das Budget für das Jahr 1980 verabschiedet.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 32/A bis 34/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 279/J bis 287/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 23. Jänner 1980, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Schlußansprache

Präsident Benya: Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Mit der Erledigung der Tagesordnung der heutigen Sitzung sind wir auch am Ende unserer Arbeiten im Jahre 1979 angelangt. Ein solcher Jahreswechsel ist immer Anlaß sowohl zu einer kritischen Rückschau als auch zum Versuch einer gewissen Vorausschau.

Rückblickend ist zu sagen, daß diese Gesetzgebungsperiode ja erst um die Jahresmitte begonnen hat. Wenn nach unserem Empfinden trotzdem sowohl die Wahl als auch die Neukonstituierung des Nationalrates schon längst der Vergangenheit anzugehören scheinen, so ist dafür sicher auch die in dem verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitt geleistete Arbeit maßgeblich:

Immerhin haben wir:

21 oft vielstündige Plenarsitzungen hinter uns gebracht, zu deren Vorbereitung

76 Sitzungen von Ausschüssen und

30 Sitzungen von Unterausschüssen notwendig waren.

Mit besonderer Befriedigung möchte ich hervorheben, daß die schon in der letzten Gesetz-

Präsident Benya

gebungsperiode begonnenen Versuche zur Straffung der Budgetdebatte ihre Fortsetzung gefunden haben. Nur so war es möglich, seit Beginn der Tagung 1979/80 neben den Beratungen des Bundesfinanzgesetzes für das kommende Jahr, die sowohl im Ausschuß als auch im Plenum einen Großteil unserer Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nahmen, noch

38 Gesetze zu verabschieden,

17 Abschlüsse von Staatsverträgen und

2 Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zu genehmigen sowie

4 Berichte zur Kenntnis zu nehmen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Die Mitglieder des Nationalrates haben die immer wieder geäußerte Meinung, durch kurze und präzise Ausführungen dem Wesen der parlamentarischen Debatte besser zu entsprechen, beherzigt, und ich möchte deshalb der Hoffnung Ausdruck geben, daß es in dieser Gesetzgebungsperiode gelingen wird, die jährliche Budgetdebatte eventuell noch weiter zu straffen.

Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich ausdrücklich betonen, daß dadurch das parlamentarische Forum öffentlicher Auseinandersetzungen in keiner Weise beschnitten werden soll.

Ich glaube nur, daß Selbstdisziplin unsererseits, verbunden mit einem neuen Haushaltsrecht, den Aufwand des Hohen Hauses hinsichtlich der Beschlußfassung und allenfalls auch Kontrolle des Staatsbudgets viel zweckmäßiger gestalten und damit gleichzeitig wertvolle Zeit und Energien für andere Arbeiten freimachen könnte.

Wenn ich rückblickend sage, daß der in diesem Jahr neugewählte Nationalrat nun auch schon seine ersten Stürme hinter sich gebracht hat, dann möchte ich gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß solche auch in Zukunft weder der Ergiebigkeit unserer Arbeit noch den zwischenmenschlichen Beziehungen und schon gar nicht dem Ansehen des Parlaments abträglich sein mögen.

Der ehemalige Nationalratspräsident Dr. Maleta hat einmal gesagt: Ein Parlament ist kein Mädchenpensionat. — Ich pflichte dem bei, möchte aber ergänzend sagen: Das darf uns nicht daran hindern, mit allen Kräften danach zu streben, der Öffentlichkeit jenen Eindruck zu vermitteln, den sie sich nun einmal von einer funktionierenden Volksvertretung erwartet.

Am Ende des Jahres ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, den Mitgliedern der Präsidialkonferenz, den Ausschußobmännern, den Berichterstattern und Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie zum Gelingen unserer bisherigen Tätigkeit in der eben begonnenen Gesetzgebungsperiode beigetragen haben, herzlich zu danken.

Da auch heuer wieder eine größere Hektik zum Jahresausklang nicht ganz vermeidbar war, möchte ich in Ihrer aller Namen den Bediensteten des Hauses besonderen Dank sagen (*allgemeiner Beifall*), die uns gerade in diesen letzten arbeitsreichen Wochen so vorbildlich unterstützt haben.

Ich danke weiters allen Beamten des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien, die uns insbesondere in den Ausschußberatungen hilfreich zur Seite gestanden sind, ebenso wie den Sachverständigen und Auskunftspersonen, die zur Vorberatung wichtiger Materien von den Ausschüssen oder Unterausschüssen herangezogen wurden. (*Allgemeiner Beifall.*)

Schließlich danke ich auch den Mitarbeitern der Massenmedien, die sich bemüht haben, unsere Tätigkeit der Öffentlichkeit zu vermitteln und verständlich zu machen. Ich hoffe, daß es im kommenden Jahr durch zusätzliche Kontakte gelingen wird, auf diesem wichtigen Gebiet noch weitere Verbesserungen zu erzielen.

Allen unseren Mitbürgern sowie den Auslandsösterreichern, besonders aber auch unseren Landsleuten, die im Dienste der Vereinten Nationen oder für Entwicklungsprojekte tätig sind, möchte ich schließlich die besten Weihnachts- und Neujahrswünsche der Volksvertretung übermitteln. (*Allgemeiner lebhafter Beifall.*)

Möge das kommende Jahr, dem wir ja angesichts der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Lage nicht ganz ohne Sorge entgegensehen, ein gutes und erfolgreiches Jahr für alle Österreicherinnen und Österreicher und für unsere demokratische Republik werden.

Ich sage Ihnen: Auf Wiedersehen im Jahre 1980, in einem hoffentlich glücklichen Jahr, wie wir es alle wünschen. (*Lebhafter allgemeiner Beifall.*)

Die Sitzung ist geschlossen.

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Dr. Fischer, Dr. Mock und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr